

Jur. is.

303

p

Jur. is.

Zoejfl

303 P

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Historisches Jahrbuch.

(Schluss.)

Der politischen Geschichte steht ein politisch-statistischer Uebersichts-Kalender für das Jahr 1854 voran, welcher auch nicht immer genau ist. So heisst es S. 19: „Schweiz, Bundesstaat von 25 demokratischen Cantonen.“ Bisher hatte man jedoch nur 22 Cantone. „Schuld: 778,000 Thlr.“ Von diesem abnormen Schmuck der Europäischen Staaten weiss die Eidgenossenschaft bis jetzt nichts; dagegen mag sie hier und da an moralischer Schuld leiden, von welcher ja kein Staat und Einzelwesen frei ist. S. 6 wird für Baden als Ministerpräsident Freiherr von Stengel aufgeführt, was wohl auch nicht ganz in der Ordnung sein möchte. Ein nekrologischer Kalender schliesst das nützliche und der Fortsetzung harrende Jahrbuch für 1853. Möge der Nachläufer sich eines reichern Thatenstoffs und einer gedrungenern Form erfreuen!

*Geschichte Kaiser Karl's des Fünften von Ludwig Storch. 269. 8
Leipzig, bei Lorck, 1853.*

Seit einiger Zeit haben sich die Quellen und Hülfsmittel für die obige Titelrolle bedeutend vermehrt; über den Gang der Indischen Entdeckungs- und Eroberungsfahrten ist mit Erfolg vielfach geforscht und geschrieben, die Reformationsgeschichte in Betreff Grossbritanniens, Teutschlands, der Schweiz, Frankreichs, Italiens, Spaniens u. s. w. durch einzelne und zusammenhängende Werke von verschiedenen Seiten her aufgeheilt, endlich die Correspondenz eines Hauptfürsten, welcher bald die Gegensätze des Zeitalters auszugleichen, bald zu bekämpfen trachtete, zu einem grossen Theil aus den Brüsseler und andern Archiven herausgegeben worden. Was daher alte Spanische Historiker wie Sandoval und Sepulveda, auch jetzt noch unentbehrlich, anbahnten, Robertson in den letzten Sechzigern des abgelaufenen Jahrhunderts (1769) weiter fortführte und vor einem Menschenalter Ranke von neuem in Angriff nahm und als Episode seinen Fürsten und Völkern Süd-Europa's einverleibte (1827), das alles konnte und musste der heutige Biograph benutzen. Aber davon ist auch nicht von ferne her die Rede; man erhält fast nichts als einen anders abgetheilten und bisweilen durch Einschiebelscheinbar selbständig gestalteten Auszug Robertson's, ohne dass nach löblicher Plünderungsmanier und Notenschau der Name des Wohlthäters erscheint. Schon ein Blick in das erste Kapitel lehrt

495 B

das; es ist zwar modern überschrieben und lautet: Weltlage gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts, aber der Inhalt entspricht ganz dem Abriss des Zustandes von Europa, wie ihn der ehrliche, alte Engländer darbietet. Herr Storch hat nur schlagende Stellen herausgefischt, verkürzt und auf seine Art mittelst kleiner Sätze mundgerecht zu machen getrachtet. Dort heisst es z. B. vom Französischen König Karl VII.: „er erhielt gleichfalls von seinen Unterthanen, dass sie gewisse Taxen, die sonst nur bei Gelegenheit und auf kurze Zeit erhoben wurden, als beständige und auf einige Zeiten abzutreten“ (I, 126 der Deutschen Uebersetzung von 1770), hier lautet dasselbe kürzer, aber auch unvollständiger: „Karl wagte sogar, ohne Beistimmung der Stände durch ein einfaches königliches Edict Steuern aufzuerlegen.“ Von Ludwig XI. sagt der Britte: „Da er die Glieder der Stände entweder bestach oder schüchtern machte — so hatte er solchen Einfluss über diese Versammlungen, dass er sie aus wachsamen Beschirmern der Vorrechte und des Eigenthums des Volks zu geschmeidigen Werkzeugen der gehässigsten Massregeln seiner tyrannischen Regierung machte“ (S. 130). Der Deutsche berichtet dagegen: „Er erfand die Kunst, sich auf die Reichsstände und ihre Beschlüsse einen steten Einfluss zu wahren, indem er ein vollkommenes Bestechungs- und Einschüchterungssystem anwandte, und machte auf diese Weise, da er die Beschirmer der Volksfreiheit zu dienstergebenen Vollstreckern seines Willens erniedrigte, die Freiheit selbst illusorisch“ (S. 14). Auf dieselbe wahlverwandte Weise geht der historische Parallelismus beider Biographen weiter, ohne dass es hier nöthig wäre, den langen und kurzen Robertson im Einzelnen zu verfolgen. Letzterer weicht jedoch bisweilen auch von seinem ältern Doppelgänger ab, z. B. in der Schilderung des Bauernkrieges, wo dem armen, geplagten Mann ein förmlicher Reichsreformplan beigelegt wird, gewissermassen demokratisch-kaiserliche Einheit, ein anticipirtes Empire nach demokratischer, breitester Basis (S. 78), oder am Ende des Werks, wo der Hauptheld nicht gerade gut vor dem kritischen Todtenrichter besteht. Ob, wie derselbe meint, im matten Ausdruck des kaiserlichen Auges der starre Fanatismus des Geistes lag, mag dahin gestellt bleiben, aber dass Karl V. wissenschaftliche Bildung von sehr geringem Umfang besass, ein Kopf von gewöhnlicher, guter Begabung, in vieler Beziehung sehr beschränkt, ohne Tiefe und Höhe, ohne echte Begeisterung, aber gewandt und weltklug“ war —, diese dunkle Charakteristik wird ja schon durch den „weltgeschichtlichen“ Gang der Entwürfe und Thaten widerlegt. Wie hätte ihn sonst auch Herr Storch zum Gegenstand einer, dem gebildeten Publikum bestimmten, wenn auch nur meistens aus dem Englischen übersetzten, für den gestellten Zweck ganz brauchbaren Lebensbeschreibung gewählt! Den Schluss macht die jetzt wiederum übliche elegische Klage über den durch Karl der Deutschen Nation angelegten Hemmschuh zur Macht und Grösse, welche erst kommen könnten, wenn man jene karlischen,

mit dem wahren Heil der Völker unvereinbaren Regierungsgrundsätze gänzlich aufgeben. Aber welche denn? Etwa das von dem Habsburger-Spanier festgehaltene Princip, die Türken zu befehlen und selbst den Franzosen nicht völlig zu vertrauen? — Wahr ist es, den Knoten hatte beiderseitige Schuld so geschürzt, dass ihn keine menschliche Weisheit mehr lösen konnte, den Kaiser aber die Stellung zu Deutschland gradezu als Folterbank quälen und endlich zum Verzicht nöthigen musste; die Dinge besserten sich jedoch dadurch nicht. Wie unheilbar nämlich der Bruch zwischen dem Oberhaupt und den Ständen war, lehrt schlagend die Antwort des Herzogs Heinrich von Braunschweig auf des kaiserlichen Abgeordneten Schwendi Werbung (5. Mai 1555). Es würde, hiess es da neben anderm, allgemein dafür gehalten, „als ob ihre majestät nur dan gern sehen, das alles heilsamblichs wesen im reiche gentslichen zu grunth und zu drümmern ginge, item das die stende des reichs einander selbs ausmergelten und verderpten, damit volgents ir kais. majest. mit bester gelegenheit und vorthail iren willen gegen dieselben schaffen, und also das reiche in ire und ires geliepten sons (Philipp II.) dienstbarkeit pringen und inen underwerfig machen könthen u. s. w.“ — (S. Staatspapiere zur Geschichte Karl's V. von Lanz, 1845, S. 532). Was blieb da übrig als Abdankung? Und doch hatte sie der hoch aufstrebende, gewaltige Mann schwerlich einseitig verdient; die Stände und Völkerschaften waren eben auch undankbar und wollten lieber den beliebten Kirchenstreitigkeiten als weltherrschenden Planen nachgehen. Das war aber ein offener Widerspruch, an dessen Pflege beide Theile erstickten. —

Kritische Skizzen zur Vorgeschichte des zweiten punischen Krieges. Von Dr. Susemihl. Greifswald bei Koch. 48 S. 1853.

Nicht sowohl Skizzen oder in sich abgeschlossene und abgerundete Umrisse als Aphorismen oder zerstückelte, zusammenhanglose Sätze werden in dieser, übrigens mit Kenntniss und Wärme abgefassten Gelegenheitsschrift niedergelegt. Die Kritik besteht meistens darin, dass gewöhnlich Livius und Polybios über etwaige Differenzen bei Nebenpunkten ins Verhör genommen, natürlich fruchtlos, weil sie nicht antworten wollen oder können, befragt und entlassen, eben so weniger berühmte Zeugen, wie Appianus und Zonaras mit neuern Gelehrten zur kurzen Rechenschaft herangezogen werden. Die Sachen selber bleiben aber so ziemlich ungeändert, ohne dass eben neue Endergebnisse kommen. Diess begegnet schon in dem ersten Abschnitt, welcher von den Ursachen des Krieges handelt und der Livianischen Darstellung den Vorzug gibt, weil sie factisch vollendeter sei, den Karthagischen Nationalhass als Grundlage, den Groll Hamilcars als Ausfluss der allgemeinen Stimmung auffasse. Allein dadurch wird wenig oder nichts gewonnen;

denn des Polybios dynastisch-nationaler Römerhass, an das Haupt der Barciner geknüpft und psychologisch wohl tiefer aufgegriffen, ist doch so ziemlich gleichartig dem national-dynastischen Römerhass des Livius. Dass der Grieche den Causalnexus formell gerade so und nicht anders sieht und betrachtet; — dieser Umstand hätte dem Verfasser einen didactischen Wink geben und ihn veranlassen sollen, sich um eine Basis seiner jetzt losen Aphorismen zu bekümmern. Jene würde sodann gerade in der noch sehr dunkeln und überall unvollständig geschilderten Oberstatthalter-schaft Hispaniens hervortreten. Denn diese ist, um es mit wenigen Worten zu bezeichnen, die eigentliche Domäne oder Hausmacht der Barciner; sie gebieten, natürlich mit dem Vorbehalt der Karthagischen Oberhoheit, als thatsächlich selbstherrliche, gewissermassen erbliche Oberstatthalter oder Vicekönige, verfügen über Krieg und Frieden, schliessen selbst mit Rom, wie der Hasdrubalische Act beweist, der Ratification nicht bedürftige Staatsverträge ab, gründen, so zu sagen, ein Neu-Karthago in den Iberischen Kolonien, wie etwa bis zu einem gewissen Grade hin Cortes ein Neu-Spanien in Mexiko stiftet. Der zweite punische Krieg, durch Hannibal's ungestümes Genie vielleicht vor der Zeit beschleunigt, sollte wohl hauptsächlich die Feuerprobe für Jung-Karthago bilden, zu welchem eben desshalb Alt-Karthago, durch Hanno den Grossen verkörpert, in vielfach schneidender, aber natürlicher Opposition steht. Hält man diesen, übrigens in mannichfaltigen Zügen nachweisbaren Ausgangspunkt fest, so ergibt sich die kriegerische Zustimmung der Karthagischen Raths- und Volksmehrheit von selber; der Nationalhass und die nationale Eifersucht thaten das übrige. Wie entschieden aber die Pole des öffentlichen und staatlichen Lebens bereits gewechselt hatten, erhellt auch daraus, dass Alt-Karthago hauptsächlich eine See- und Handelsmacht, Neu-Karthago eine Land- und Militärmacht geworden war; im zweiten Kriege spielt die Punische Flotte entweder keine oder eine sehr untergeordnete Rolle, während sich sogar die Römische hebt u. s. w. — Ja, wer weiss, ob nicht ohne den verhängnissvollen Römerkrieg über kurz oder lang eine förmliche Trennung der Spanischen Kolonien vom Mutterlande erfolgte, ein zweites, unabhängiges Karthago aufstieg? — Die Unterwerfung der Iberen theils durch die Waffen, theils und hauptsächlich durch Diplomatie, hatte daher wohl eben so gut einen innern, politischen, als äussern, rein auf Rom gerichteten Grund und Zweck. Hannibal jedoch überstürzte letztern, weil er den erstern, die Machtstellung in Spanien, etwas zu sanguinisch für bereits gewonnen hielt und den Knoten der Karthagischen Opposition mit dem Schwert durchhauen wollte. Der Andeutung des Fabius Pictor, der grosse Feldherr habe den Römischen Angriffskrieg entgegen dem Willen der Karthagischen Regierung unternommen, wohnt eine gewisse Wahrheit bei, welche auch von dem Gang der Ereignisse bestätigt wird. Denn mehr Leidenschaft und aufbrau-

sender Enthusiasmus denn Besonnenheit und feste Ausdauer bewogen die grosse Mehrheit der leitenden Behörden zu dem entscheidenden Schritt. Bei der Schilderung des Karthagischen, allerdings nur mangelhaft bekannten Parteiwesens hat der Verfasser eine wichtige Stelle bei Aristoteles in der Politik (V, 7, p. 167 nach der Ausgabe von Götting) übersehen. Die hier von dem ältern Hanno gegebene Nachricht beweist den früh und tief eingefressenen Zwietrachtstoff der Magnaten, welche nun in dem Römischen Wendepunkt hier einen zweiten Hanno als Vertheidiger der Aristokratie und des Friedens, dort den Hamilkar Barkas und die Söhne als Anwälte gemässigter Demokratie und des Kriegs darboten. Im Grunde war aber wohl die Barcinische Hausmacht in Spanien der eigentlich principiellen, nur von Hannibals genievollem Ungestüm einstweilen aufgegebene Strebepunkt. Der im fünften Abschnitt genauer entwickelte Tractat Hasdrubal's zeugt für den oben angedeuteten Plan der Barciner. Die Römer schlossen übrigens Sagunt wohl hauptsächlich in die Demarcationslinie ein, weil sie hier Gelegenheit sahen, das seit dem Epirotenkrieg mit Pyrrhos allmählig angenommene Princip des Hellenischen Protektorats auch auf Halbgriechen und jenseit der Alpen wie Pyrenäen zu übertragen. Aber gerade aus diesem künstlichen und gleichsam verpfuschten Abrundungs- und Interventionsprincip, welches an offener Unreife leidet, ging bald das schwankende, unbehülfliche Benehmen in der Saguntinischen Angelegenheit hervor. Denn alles Unklare und Halbfertige drückt den Geist darnieder, hemmt auch in der Diplomatie eines sonst praktischen und auf feste Ziele gerichteten Volks den zeitigen, sachgemässen Entschluss; man bietet Kniffe und Redensarten auf, während der kraftvolle Gegner handelt. „Dum Romae consulitur, Saguntum capitur.“ Dieser sprichwörtlich gewordene Cardinalsatz der „passiven und activen“ Politik wird in dem sechsten und siebenten Abschnitt weilläufig, wenn auch unter anderm Namen erörtert, dabei jedoch unnöthigerweise an der Wirklichkeit der Gesandtschaft zum Hannibal'schen Heere vor Sagunt gezweifelt (S. 37). Denn der Römische Stolz, welchem bisher von Seiten Karthago's alles eingeräumt war, ist eben blind genug gewesen, auch hier dem jungen, unbekannten Helden gegenüber an den nachhaltigen Effect leerer Worte und Drohungen zu glauben. — Darum stand man auch nach dem Fall Sagunts eine gute Weile verduzt da, wusste nicht aus und ein, machte neue Negotiationen und hatte, als endlich der Krieg erklärt war, keine Ahnung von dem offensiven, im achten Abschnitt kurz behandelten Operationsplan des Feindes. Wie kleinfügig ihm gegenüber die endlichen Schirmanstalten ausfielen, wie man den concentrirten, zuletzt erkannten Angriff durch Zersplitterung der Streitkräfte aufzuhalten suchte, — diese und ähnliche Sätze werden in dem letzten Abschnitt mehr angedeutet als sorgfältig ausgeführt. — Immerhin liefert die kleine Schrift einen dankenswerthen Beitrag zu den politisch-kriegswissenschaftlichen Studien

jenes grossartigen Völker- und Staatenkampfes, welcher trotz der Entlegenheit niemals sein Interesse verlieren wird.

Mémoires et documents publiés par la société d'histoire de la Suisse romande. Tome I—XIII. 8. Lausanna. Bridel, 1838 — 1854.

Mit rühmlicher Ausdauer, Umsicht und Uneigennützigkeit, wie sie sich selten vereinigt finden, hat die geschichtsforschende Gesellschaft der romanischen oder wälschen Schweiz bereits siebenzehn Jahre lang ihre Arbeiten fortgesetzt und die Blüthen derselben in dem obigen Sammelwerke niedergelegt. Es ist, wie schon früher in diesen Blättern bemerkt wurde, reich an selbständigen, gründlichen Forschungen und seltenen, ausgiebigen, meistens bisher unbekannten und ungedruckten Urkunden. Beide Zweige des wissenschaftlichen Fleisses beziehen sich in der Regel nur auf die Geschichte des Mittelalters, jener so oft verläumdeten, misskannten Nährmutter — alma mater — des neuern, aus ihrem Schoosse entsprossenen, vielleicht zu früh emancipirten Sohnes und Jahrhunderts, dessen Jean Paul'sche „Flegeljahre“ auch noch nicht vorüber sind. — Referent begnügt sich hier, auf elliche, gemeinwissenschaftliche Abhandlungen und Documente hinzuweisen, ohne dass dabei den übergangenen ein geringerer Werth beigelegt werden soll. Im ersten Band springen hervor des Herrn von Gingins Memoir über das Burgundische Rectorat und bisher ungedruckte Statuten des berühmten und weisen Grafen Peter von Savoyen über den Civilprocess und die Notare der Grafschaft; im zweiten Band machen sich bemerklich tief eingehende Forschungen Hisely's über die Freiheiten der Waldstätten und über Wilhelm Tell, einen Mann von wirklichem Gebein und Blut, nicht etwa nur sagenhaftem Heiligenschein und göttergleichem Ichor; im dritten tritt hervor das von dem Herrn von Gingins herausgegebene und erläuterte Cartularium des reichen, gefeierten Stiftes Romainmôtier, im vierten der durch den Herrn Felix Chavannes entdeckte und hier natürlich zuerst veröffentlichte Weltspiegel, le mireour du monde, aus dem 14. Jahrhundert; im fünften neben dem genau untersuchten altadeligen Hause Cossonay eine bisher unbekannte Chronik der gleichen Stadt; im sechsten das zuerst hier gedruckte und sorgfältig erläuterte Cartularium des Kapitels U. L. Frauen von Lausanne aus den Jahren 1228—1242; im siebenten eine reiche, diplomatisch-historisch durch Gingins und Forel erläuterte Sammlung von Charten, Statuten und Documenten des alten Bisthums Lausanne; im achten ein aus seltenen Quellen geschöpfter Aufsatz des Herrn von Gingins über die Burgunderkriege (1474—1476); im neunten, zehnten und eilften eine urkundliche Geschichte der Grafschaft Griers (Gruyère) von Hisely nebst theilweise mitgetheiltem Urkundenbuch; im zwölften die reichhaltigen, gelehrt erläuterten Car-

tularien der Carthause Oujon (von Hisely), der Abteien Hautcrêt (von ebendemselben) und Montheron (von Gingins); im dreizehnten neben der Berichterstattung des Historikers Vulliemin die von Rickly in Bern neu und kritisch herausgegebene Chronik des Bischofs von Lausanne, Marius (455—581), wichtig für die Geschichte der Franken, Gothen und Burgunder, endlich eine treffliche Abhandlung des Herrn Blanchet über die Münzen der dem Waadt-kanton benachbarten Landschaften mit acht Kupferstichen (planches). Der Celtischen Zeit gehören neben anderm auch etliche Griechische Münzen an; sie wurden in einem Felsengeklüft gefunden, kamen vielleicht von Massilien als Tempelgabe oder auch als zufälliges, hier verstecktes oder verlornes Eigenthum in die Wildniss. Eine dieser Münzen zeigt in der Beischrift Thasos und den rettenden Herakles, welcher ja, konnte der Verfasser beifügen, nach Apollodoros II, 5, 9 ein Hellenischer Stifter oder Oekist jener Insel war. *) Darauf folgt die Römische, an Consular- und Kaisermünzen für das bezeichnete Gebiet ziemlich reiche Zeit; eine Silbermünze mit Julius Cäsars Kopf und dem Triumphbogen gehört zu den ältesten Denkmalen der Art. Was nun weiter an Münzen des christlichen Mittelalters vorhanden ist, wird genau eingetheilt (klassifizirt) und beschrieben, namentlich in Bezug auf die Bisthümer Lausanne und Genf, die Grafen von Genf und Fürsten von Savoyen, auf Wallis nach weltlichem und geistlichem Kreise, auf die Grafen von Neuchatel und Gruyère. Die dunkle Werthung der Münzen bekommt dabei neben mancher Thatsache neues Licht. Den Schluss bildet die Bernische Periode, in welcher die politische Symbolik des bekannten Wappenschildes rücksichtlich der Münzen vielfach erklärt und in einen merkwürdigen Zusammenhang mit dem jedesmaligen Gang der Politik gebracht wird. Am Ende des XVII. Jahrhunderts erscheint z. B. „der Bär das erstemal stehend oder aufrecht und bewaffnet, umgeben von allen Landvogteien, welche ja seine Stärke bilden“ (S. 318). Das Wort „Batzen“ wird mit Recht von ihm, dem Petz oder Betz, abgeleitet. —

Man ersieht aus dem gegebenen Inhalt leicht den allgemeinen historischen Werth der, den Teutschen Gelehrten noch zu wenig bekannten Denkschriften der waadtländischen, geschichtsforschenden Gesellschaft.

Abhandlungen des historischen Vereins des Kantons Bern. Erster Jahrgang 1848, S. 399; zweiter 1851 u. 1854, S. 364. Bern, Stämpfli'sche Verlagsbuchhandlung.

Neben vielen gründlichen und anziehenden Aufsätzen und Miscellen örtlichen Stoffs und Gehalts gewährt diese Zeitschrift auch

*) Vgl. über andere massilisch-keltische Münzen, welche unlängst bei Bern entdeckt wurden, Jahn in den Abhandlungen des historischen Vereins des Kantons II, 2, 355.

manchen lehrreichen Einblick in Gegenstände und Verhältnisse von universalhistorischem Interesse. Dahin muss man namentlich aus dem zweiten Jahrgange eine kritisch-geschichtliche Forschung des Dr. und Alt-Regierungsraths Fetscherin rechnen. Sie ist überschrieben: „Die Gemeindeverhältnisse von Bern im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert“; auf Urkunden und besonnene Kritik gestützt, gibt diese, ziemlich den ganzen Band ausfüllende Monographie einen vorzüglichen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Teutschen Städtewesens im Mittelalter und verdient, allen Freunden und Liebhabern desselben empfohlen zu werden. Referent begnügt sich, da in das Einzelne hier nicht eingetreten werden kann, mit der bezeichnenden Anfangs- und Schlussstelle. „Als Herzog Berchthold von Züringen, dieses Namens der Fünfte, heisst es im Proöm, Bern im Jahre 1191 gegründet, eine Stätte freier Männer zu sein und ihm selbst zum Schutze zu dienen, in Verbindung mit Burgdorf (das er kurz zuvor mit Mauern umgeben), mit Freiburg und Peterlingen gegen den ihm und seinem Geschlechte abholden Sinn der Burgundischen Grossen, gab er der auf Reichsboden neu erbauten Stadt schöne Freiheiten, welche er derselben von Kaiser Heinrich VI. bestätigen liess. — Diese ältere Handfeste, zwischen 1195 und 1196 gegeben, alljährlich bei der Wahl der Gemeindsvorsteher vorgelesen und beschworen, wurde durch die spätere Handfeste von Friedrich II. (1218) allmählig in Vergessenheit gebracht; noch um 1420 sah sie der Chronist Justinger“ (S. 6). — Etwa sieben und zwanzig Jahre nach der Gründung (1218) wurde bekanntlich Bern durch die Handfeste Kaiser Friedrichs II. aus einem festen Hause der erloschenen Züringer „erst ein bürgerliches Gemeinwesen“ (vgl. Kopp, eidgenössische Bünde IV, 193), dessen Gemeindeverhältnisse eben den Gegenstand der vorliegenden Forschungen bilden.“ Das Endergebniss wird am Schluss (S. 210) so bezeichnet: „Wir sehen, dass in den zwei ersten Jahrhunderten die Gemeinde gerade die nämlichen Rechte übte, welche nach „Neocorus Chronik der Dithmarschen“, herausgegeben von Dahlmann, die Landsgemeinde der freien Dithmarschen in gleicher Zeit übte; diese entschied über Gesetze, Krieg, Frieden, Verträge und Wahl der Obrigkeiten; seit der letzten Hälfte des funfzehnten Jahrhunderts handelten dann acht und vierzig Landesälteste gewissermassen als Repräsentanten der Gemeinde, also dass anfangs reine, dann durch Stellvertreter gezügelte Demokratie galt.“ — Die Parallele möchte bei manchem Aehnlichen, jedoch nicht überall passen, indem in Bern ritterliche Geschlechter, obschon ohne eigentliche Vorrechte, neben den Gemeinfreien siedelten und ehrenhaft wirkten, bei den Dithmarschen aber der Adel nie aufkommen oder mit den Freisassen gewissermassen verschmelzen konnte, ein Umstand, welcher bei einer neuen Zeitenwende mit zum Untergang der dortigen Demokratie führte. —

Geschichte der Eidgenossenschaft während der Zeit des so geheissenen Fortschrittes, von dem Jahre 1830 bis zur Einführung der neuen Bundesverfassung im Herbst 1848. Aus authentischen Quellen dargestellt durch Anton von Tillier. Erster Band. XII. 387. gr. 8. Bonn, bei J. Körber. 1854.

Der rühmlich bekannte Verfasser hat mit diesem Werke seine literarische und nach dem Rathschlusse Gottes auch seine irdische Laufbahn vollendet; am 16. Mai des laufenden Jahres starb er bei einem zeitweiligen Aufenthalt zu München im noch lebenskräftigem Alter von kaum zwei und sechzig Jahren; mit Schild und Helm begraben, ist er der letzte Sprosse eines alten, daneben auch reichsfreiherrlichen, Bernischen Geschlechts gewesen, welches manchen Kriegs- und Staatsmann hervorgebracht hat, in guten und schlimmen Tagen seinem engern und weitem Vaterlande, dem Heimathskanton und der Eidgenossenschaft, treu zur Seite stand. Wie in einem Vorgefühl des nahenden Todes hat er in unabhängiger Musse seine letzten Jahre und Studien gleichsam für eine ernste, gewissenhafte Mahnung an die Gegenwart benutzt, ihr ein Spiegelbild der jüngst abgelaufenen achtzehn Jahre, möglichst ohne Hass und Liebe, in objectiver Ruhe und Wahrheitstreue vorgehalten, damit Selbsterkenntniss und Bescheidenheit ein oft bei sehenden Augen blindes und zu anspruchsvolles Geschlecht durchdringen und den richtigen Weg des ächten Wetteifers mit dem Ruhm der Vorfahren zeigen möchten. Denn nichts sei verderblicher als missverständene und gemissbrauchte Freiheit, deren ächten Kern allein die Herrschaft des Gesetzes, der Sitte, redlichen Einsicht und Frömmigkeit verkörperten. „Schweizer, Brüder, heisst es in dem Vorwort (S. 9), fragen wir uns alle mit ernstem Sinn, wie nahe wir dem allen gekommen sind? Was ist aus dem langen und wirren Kampfe der Alt- und Neugesinnten, der s. g. Konservativen und Radikalen, der Rothen, Schwarzen und Weissen, und wie die Parteinamen alle heissen mögen, mit denen man sich gegenseitig verfolgt und verunglimpft, für die Herrschaft des Gesetzes, der Sitte und der höhern Einsicht geschehen? aus der ehrlichen, biedersinnigen Antwort darauf mögen wir den wirklichen vernunftgemässen Fortschritt ermessen; was für denselben gethan, was gegen denselben gesündigt wurde, mögen diese Bücher lehren. — Eine richtige Erkenntniss ohne Selbsttäuschung und ohne Selbstüberschätzung unserer gegenwärtigen Zustände und unserer Mängel, kann wohl durch nichts Besseres als durch wahre Geschichte herbeigeführt werden, während niemand heillosern Verrath mit der Zukunft seines Volkes treibt, als derjenige, der es, um von des Volkes Eitelkeit Vorthail zu ziehen, in verderbliche Täuschung, in unheilbringenden Schlummer wiegt.“ —

Diese goldenen, überall zu beherzigenden Worte, welche dem Geschichtschreiber die schwierige, jedoch unerlässliche Pflicht des Geschwornen der Wahrheit und Gerechtigkeit auferlegen, bilden den

Kern des Programms. Ob es der Verfasser auch bei dem besten, redlichsten Willen etwa schon wegen der Nähe und Frische der Ereignisse halten konnte oder nicht? — über diese Frage vermag Referent sein unmassgebliches Gutachten vor dem Abschluss des Ganzen nicht abzugeben. Jedoch darf er nach Lesung verschiedener Abschnitte schon jetzt sich dahin aussprechen, dass eine hinlängliche Vollständigkeit des oft zerrissenen und mehrmals kleinfügigen Stoffes, eine geschickte und handliche Vertheilung desselben und ein billiges, gleichmässiges Urtheil ohne Rücksicht auf Meinungsgenossen und Gegner nicht vermisst werden. Dagegen mag wohl hin und wieder eine etwas zu trübe und schwermüthige Ansicht des gesammten jüngsten Entwicklungsprocesses obwalten und unbewusst auf die Schilderung zurückwirken. Es ist wahr, des Lächerlichen, Thörichten und Verwerflichen in Bezug auf Zwecke und Mittel bieten die politisch-kirchlich-socialen Partekämpfe überall die Hülle und Fülle, aber die Schweiz, eben nicht frei von diesen Gebrechen, hat doch mehr wie ein anderes Land gewisse positive Endergebnisse und Errungenschaften gewonnen, welche eben jetzt warnen sollen vor dem Rückfall in die destructive, verneinende Sisyphusarbeit des Agitirens und Einreissens. Grosse Monarchieen wie Frankreich und allfällig Teutschland können den Kreislauf und Veithstanz eher von vorne anfangen, ohne zu ermüden; aber kleine Republiken, mögen sie föderativer oder centralisirender Natur sein, reiben durch den stäten Umschwung entweder den Mühlstein ab oder stehen aus Mangel am Wasser und Wind still; letzteres tritt ein, wenn die Finanzen fehlen, ersteres, wenn die s. g. Wühlereien nimmer endigen wollen.

Die Schweiz nach ihrer Vergangenheit und Gegenwart. Studien von Severus. Bern, bei Huber. IV. 188. 1853.

Der namenlose Verfasser will in den erwähnten Blättern gewesene und laufende Verhältnisse seiner Heimath nicht nur nach den Thatsachen, sondern auch nach den Ursachen und Folgen beleuchten, also einen kurzen, pragmatischen Rückblick auf die theils abgeschlossenen, theils noch im Fluss befindlichen Dinge werfen. Diess ist ihm meistens auch wohl gelungen; Kenntniss der Sachen, Besonnenheit und Milde des Urtheils, vernünftige, über den lärmenden Tagsparteien stehende Freiheitsliebe treten überall hervor; was er von der „alten Zeit, Revolution, Helvetik und Mediation“ sagt, ist dagegen ungenügend; schon die Kürze musste bei diesen verwickelten Gegenständen zur Oberflächlichkeit und mit ihr zum Dunkel führen; es wäre räthlich gewesen, bei der vorgezeichneten Kargheit mit dem Jahre 1815 oder der s. g. „Restaurationsepöche“ zu beginnen und an diesen Dreh- oder Wendepunkt die nachfolgenden Umrisse und Betrachtungen zu knüpfen. Davon abgesehen kann man das Büchlein Lesern, welche eine

gedrängte, räsonnirende Uebersicht der neuesten Schweizerangelegenheiten zu haben wünschen, nur empfehlen. Ueberdiess wird häufig und mit Erfolg auf den jeweiligen Gang der grossen Europäischen Verhältnisse Rücksicht genommen, die Zukunft aus dem jüngsten Umschwunge nach einem gewissen Wahrscheinlichkeitscalcül gefolgert, eine neue Revolution Frankreichs, wenn etwa die socialen Reformbedürfnisse keine Befriedigung fänden, als eine rein innere, dem übrigen Europa weiter nicht gefährliche? Aenderung bezeichnet und hinsichtlich Deutschlands folgendes Urtheil gefällt: „Wie war es zerwühlt, zerrissen das ehemalige römische Reich deutscher Nation! Ein paar Jahre, die Fluth ist verauscht, es ist vollständige Ebbe eingetreten, höchstens unterbrochen durch Heimathmüde, welche die schnell segelnden Schiffe ins geträumte Eldorado jenseits des atlantischen Ozeans bringen. Woher der merkwürdige Umschwung? Das deutsche Volk fühlte sich getäuscht in seinen Hoffnungen, in den Männern seines Vertrauens (Kaisermachern, Gothaern, Erfurtlern, Heckerlingen?), in den Resultaten der Bewegung. Es trägt verbissenen Ingrimm (gegen die Russen oder die ...?) in der Seele, wie ein Mensch, dessen besste Hoffnung gescheitert ist, wie ein Liebhaber, den die Geliebte (die Freiheit?) verlassen hat. — Das politische Leben anbetreffend, bewegt sich die Presse verhältnissmässig frei (namentlich in jüngster Zeit für den Grosstürken); das Volk hat Schwurgerichte; es ist ihm ein Theil seiner freien Institutionen geblieben; aber — das materielle Elend lässt sich nicht bannen; es macht im Gegentheil die besorglichsten Fortschritte (wie fast überall in Folge des orientalischen Wirrwarrs und offenen oder geheimen Bündnisses mit der wurmstichigen Pforte); die Verarmung schreitet progressiv vorwärts, und kein Mittel will dagegen verfangen. So geht es jedoch überall; die industrielle Geldaristokratie ist da und die Gegengewichte der alten Aristokratie fehlen. Da helfen keine sozialistischen Doktrinen; es hilft nur die Opferfähigkeit christlicher Liebe, unter deren Händen im Mittelalter die zahlreichen wohlthätigen Stiftungen entstanden, die man in der Sucht der Centralisation nur allzukeck beseitigte.“ — Man sieht, der Verfasser (etwa Troxler?) betrachtet die laufenden Dinge aus einem höhern Standpunkte als ihn die „moderne Civilisationstheorie“ einnimmt und anweist; seine Bogen wird man daher, wie gesagt, auch ausserhalb der Schweiz mit Nutzen lesen können.

30. Junius.

Kortüm.

Gustav Freiherr von Lerchenfeld, die altbayerischen landständischen Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen. Nach den officiellen Druckausgaben mit geschichtlicher Einleitung und kurzem Wörterverzeichnisse herausgegeben. München, bei Chr. Kaiser. 1853. (Einl. S. CCCL). Text mit Wörterbuch, 427 S. gr. 8.

Obschon die ständische Urkundensammlung in Bayern in früheren Zeiten mehrfach, und zwar zweimal von den altbayerischen Ständen selbst im Druck herausgegeben worden war, so war sie doch, ebenso wie die Landesfreiheitserklärungen, sehr selten geworden. Es ist daher sehr erfreulich, hier einer neuen Ausgabe zu begegnen, welche sich den officiellen alten Druckausgaben wortgetreu anschliesst, und wobei zugleich die in dem k. b. Reichsarchive vorhandenen zahlreichen Originalien verglichen worden sind. Der Herr Herausgeber hatte dabei insbesondere die Absicht, durch die Herausgabe dieser Urkunden die vielverbreitete Ansicht zu widerlegen, als wenn die deutschen Landstände in den älteren Zeiten auch nur so beschränkte und kümmerliche Rechte gehabt hätten, als wie zur Zeit ihres Verfalles, d. h. seit der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts, seit welcher Zeit ihre Versammlungen freilich in den meisten Staaten zu blossen Postulaten-Landtagen heruntergesunken waren. Diejenigen, welche einer solchen unrichtigen Ansicht huldigen, werden in der vorliegenden Urkundensammlung reichlichen Stoff zur Belehrung finden: diejenigen aber, welche mit der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte gründlich vertraut sind, und die eben desshalb von jeher keine andere Ueberzeugung haben konnten, als dass die alten Stände in der Zeit der Blüthe dieses Institutes einen häufig weit grösseren Einfluss auf die Landesgesetzgebung und Verwaltung hatten, als die Volksrepräsentation in den modernen constitutionellen deutschen Staaten zu haben pflegt, werden, insoferne ihnen die hier neu abgedruckten Urkunden bisher nicht zugänglich waren, darin eine vollkommene Bestätigung ihrer bereits anderwärts wohlbegründeten geschichtlichen Ueberzeugung finden. Der Kenner der deutschen Geschichte und der Entwicklung des deutschen Volkes wird sich aber dabei nicht allein an das Aeusserliche halten; er wird nicht bloss das abwägen, in wiefern ein gewisses einzelnes landständisches Recht an sich betrachtet, die heutigen landständischen Rechte an Umfang zu übertreffen scheint, sondern er wird diese landständischen Befugnisse der älteren Zeit, eben so wie die der Gegenwart, in ihrem Zusammenhange mit den jedesmaligen gesellschaftlichen Zuständen und mit dem übrigen Rechtsleben der Nation auffassen und würdigen. Hieraus wird man zu der Einsicht gelangen, dass manche jener alten, scheinbar so grossen landständischen Rechte, nicht nur für jene Zeit, in welcher sie galten, gar nichts Besonderes oder Auffälliges waren, sondern dass sie auch zum Theile mit den Rechtsbegriffen unserer Zeit durchaus unvereinbar wären, und dass daher auch das landständische Wesen, wie jede andere menschliche Ein-

richtung, dem Wechsel und einer zeitgemässen Fortbildung unterworfen ist. Wenn man bedenkt, dass das landständische Wesen zu einer Zeit anfang sich zu entwickeln, in welcher das Faustrecht als ein deutsches Rechtsinstitut betrachtet wurde, in welcher nach dem Zeugnisse des Liber feudorum und des Schwabenspiegels es als ein allgemeines Recht eines jeden Vasallen galt, seinen Herrn zu befehlen (— „dominum suum potest depraedare“ —) wenn derselbe nicht auf seine Vorladung vor Gericht erschien, wo ein Edelmann nichts destoweniger als ein getreuer Unterthan des Kaisers galt, wenn er diesem, wie z. B. unter Maximilian I. ein Fall vorkam, wegen angeblicher Beleidigung oder Rechtskränkung absagte, d. h. die Fehde gehörig ankündigte, indem er beifügte, „dies alles meiner Eidespflichten gegen Ew. Majestät unbeschadet“ — wenn man also bedenkt, dass damals die Vollziehung selbst der richterlichen Urtheile regelmässig der Privatgewalt des Siegers im Prozess überlassen blieb, dass also die gerichtlichen Urtheile selbst kaum mehr waren, als eine gerichtliche Erlaubniss zur Selbsthülfe, so wird man es eben so wenig für etwas Besonderes und Grosses halten können, wenn man findet, dass in landständischen Freibriefen auch den Landständen das Recht der Selbsthülfe im Falle der Verletzung ihrer Freiheiten vorbehalten wurde — (was sich nach damaligen Rechtsbegriffen von selbst verstand) — als man heut zu Tage Ursache haben könnte, ein solches landständisches Recht, und den Rechtszustand, mit welchem es verwachsen war, zurückzuwünschen. Unverkennbar liegt gerade in den hier angedeuteten Umständen der Schlüssel zum Verständnisse des Verfalles des alten landständischen Wesens und der Grund der Nothwendigkeit seines Herabsinkens zu dem Postulaten-Landtagswesen. Als man das Faustrecht überhaupt als Rechtsinstitut nicht mehr vertragen konnte, so musste es endlich auch aufhören ein landständisches Privileg zu sein: es musste, nach dem Gesetze, welches in dem Gange der Geschichte waltet, erst der mittelalterliche Geist in allen seinen Richtungen gebrochen werden, damit eine neue Entwicklung auf den Grundlagen des neuen Staatsbürgerthumes und der dessen Kern ausmachenden Rechtsgleichheit der Stände möglich werden konnte. Wer bloss auf den Umfang der landständischen Rechte allein sehen will, und danach allein die Tüchtigkeit der landständischen Verfassung bemisst, übersieht, dass andere Elemente, andere sociale Zustände, auch andere Verfassungsverhältnisse bedingen und erfordern. Etwas anderes ist eine Zeit, wo der Landesherr selbst noch einen Kaiser und das Reich über sich hatte, wo er selbst nur ein „Landherr des Kaisers“ hiess, und wo er die Landstände als die „Landherren seines Fürstenthums“ — *meliores et majores terrae* — neben sich hatte, wo er daher selbst häufig nur als *primus inter pares* erschien, oder, wie in den geistlichen Fürstenthümern, der Fürstbischof regelmässig aus den Ständen selbst (dem ritterbürtigen Domkapitel) durch Wahl hervorging, und wo, wie in

vielen Urkunden sich zeigt, der Fürst oder Bischof neben Prälaten, Ritterschaft und Städten, selbst nur als „ein Stand“ im Lande betrachtet wurde — eine Zeit, wo die Stände bestimmte in sich abgeschlossene sociale Kreise bildeten, wo sie das, was sie an Geld bewilligten, aus ihrem eigenen Beutel, und die Kriegshülfe, die sie zusagten, mit ihrer eigenen Person und ihren eigenen Dienstleuten leisten mussten: und wieder etwas anderes ist eine Zeit, die gar keine politisch bevorrechteten Stände mehr will und kennt, und wo nur ein Volk dem souveränen Staatsherrscher gegenübersteht, wo die Stände nicht aus ihrem, sondern aus dem Gesamtvermögen des Volkes, der Steuerpflichtigen, die Geldmittel für die Regierung bewilligen und das Volk selbst nach Conscriptionssystem u. dergl. die Kriegsmacht des Staates stellen muss. Eine solche Zeit kann sich eben so wenig mit Landständen im Geschmacke der Postulaten-Landtage des vorigen Jahrhunderts begnügen, als sie sich, wenn sie sich selbst, und ihre Grundverschiedenheit von dem XIII. und XIV. Jahrhundert begreift, nach den selbstverwaltenden und Faustrecht übenden Ständen des Mittelalters zurücksehnen kann. Eine solche Zeit wird lernen müssen, das was ihr frommt, aus sich selbst zu schaffen, so wie das Mittelalter auch das, was es bedurfte, aus sich selbst geschaffen hat. Je mehr die Gegenwart aber ihre Wurzel in der Vergangenheit erkennen und den geschichtlichen Entwicklungsgang begreifen lernt, dem sie ihr Dasein verdankt, desto weniger wird sie in Gefahr kommen, ihre Wurzel mit der Blüthe oder der Frucht zu verwechseln, welche sie selbst treiben oder zur Reife bringen soll. So wird auch die Verständigung über den angemessenen Wirkungskreis der Landstände in unserer Zeit nicht ausbleiben, und daher eben so wenig Grund zur Besorgniss sein, als könnte man wieder in das System der Postulaten-Landtage zurückfallen, als wohl auch Niemand daran denken wird, die Stände des XIII. und XIV. Jahrhunderts wieder in's Leben rufen zu wollen. Uebrigens hatte jede dieser früheren Epochen ihre eigenthümlichen Kämpfe; so mag denn auch die Gegenwart die ihrigen haben und die Partheien sich gegen einander versuchen lassen: was tüchtig und haltbar ist, wird sicher siegreich aus diesem Kampfe hervorgehen. — Die Einleitung, welche dem Wiederabdrucke der altbayerischen landständischen Freiheiten und Landesfreiheitserklärungen vorangestellt ist, hat nach einer Notiz in der Neuen Münchener Zeitung Beilage 108 d. J. den Herrn Reichsarchivspraktikanten Rockinger zum Verfasser. Sie hat sich die geschichtliche Nachweisung und Entwicklung des landständischen Wesens in Bayern bis in das XVI. Jahrhundert zur Aufgabe gesetzt. Es ist dies eine sehr tüchtige, durchaus quellenmässige und fleissige Arbeit, die ein rühmliches Zeugniß von der genauen und umfassenden Bekanntschaft des Herrn Verfassers mit den hier einschlägigen Urkunden gibt. Möge der Wunsch des Herrn Herausgebers, dass auch andere deutsche Länder in der Herausgabe ihrer

landständischen Urkunden nicht zurückbleiben möchten, bald in Erfüllung gehen!

Dr. Paul Wigand Denkwürdigkeiten, gesammelt aus dem Archiv des Reichskammergerichts zu Wetzlar. Leipzig, 1854. Verlag von S. Hirzel. (22 Bog. S. 339) in 8.

Unstreitig eine der reichsten Fundgruben für die deutsche Rechtsgeschichte war das vor Kurzem aufgelöste und unter die betreffenden deutschen Staatsregierungen vertheilte Archiv des Reichskammergerichts zu Wetzlar. Jahrhunderte hindurch hatte diese hohe Behörde den Mittelpunkt des deutschen Rechtslebens gebildet, in welchem alle Fäden desselben zusammenliefen, und von welchem dann wieder die gemeinsame Rechtsidee nach allen Richtungen hin ausstrahlte, und das partikuläre Rechtsleben erwärmte und zusammenhielt. Wenn Deutschland etwas bei der Auflösung des deutschen Reiches zu bedauern hat, so ist es der Untergang des Reichskammergerichtes, dieses unschätzbaren und leider durch nichts ersetzten Wächters der Einheit in der deutschen Rechtsbildung, dieses obersten Gerichtshofs, nach dessen Praxis als trefflichstem Vorbilde sich die Praxis in allen deutschen Ländern richtete, und aus deren Studium die Wissenschaft das Lehrgebäude des gemeinen Rechtes entwickelte, welches alle deutschen Staaten damals aus gerechtem Stolze als das Gesamteigenthum der deutschen Nation betrachteten und pflegten. Gewiss hatte sich die deutsche Reichsverfassung nach einem tausendjährigen Bestehen in ihren meisten Bestandtheilen und Grundlagen überlebt, und konnte darum den Anforderungen des gegenwärtigen Jahrhunderts nicht länger entsprechen; betrübend ist aber, dass keine sorgsame und schützende Hand ein Institut aus dem allgemeinen Sturze zu retten und in den Neubau des deutschen Staatslebens zu verflechten wusste, welches jederzeit ein fester Schutz gegen alle Willkür und Gewaltmissbrauch gewesen war, und dessen Mangel noch immer als eine unausgefüllte Lücke in der gegenwärtigen Bundesverfassung empfunden wird. Bei der Wichtigkeit, welche die in dem Reichskammergerichtsarchive gelegenen Akten für die Geschichte der deutschen Rechtsbildung haben, ist es sehr wünschenswerth, dass nunmehr rüstige und sachkundige Kräfte in den einzelnen Staaten, wohin seine Bruchtheile verbracht wurden, sich der gewiss dankbaren Arbeit unterziehen, das rechtsgeschichtlich Wichtige aus diesen Akten zusammenzulesen und in gehöriger wissenschaftlicher Verarbeitung dem gelehrten Publikum vorzulegen. Die vorliegende Schrift hat in dieser Beziehung trefflich Bahn gebrochen und darf zugleich als ein Muster empfohlen werden, wie solche Arbeiten einzurichten sind, damit der Wissenschaft ein wirklicher Gewinn zugehe, ohne zugleich dieselbe mit überflüssigem und nutzlosem Beiwerke zu belästigen. Es sind hier aus den reichskammergerichtlichen Akten sehr interessante und rechtsgeschichtlich be-

lohnende Fälle ausgewählt und mit einer solchen zweckmässigen Präcision dargestellt, dass man dieser Arbeit nur alles Lob ertheilen und nur aufrichtig wünschen kann, dass derselben, sei es durch den Hr. Verf. oder durch Andere, bald mehrere ähnliche Arbeiten nachfolgen mögen. Als besonders interessant sind die Darstellungen der Rechtsfälle, welche die Geschichte des ewigen Landfriedens, der Fehmgerichte, die Collisionen der Ritterbürtigen mit den Städtebürgern, insbesondere den Streit der patrizischen Geschlechter um ihre Ritterbürtigkeit, die ehelichen Güterverhältnisse und die Verhältnisse der Bauerngüter in Westphalen, das energische Einschreiten des Kammergerichtes gegen den Unfug der Hexenprozesse u. dgl. betreffen. Den rechtsgeschichtlichen Abhandlungen ist eine Denkschrift über den Inhalt und die Bedeutung des reichskammerrichtlichen Archivs vorangestellt, welche von dem Hrn. Verf. der k. preussischen Regierung übergeben worden ist, und allen denjenigen sehr willkommen sein wird, welche sich über den Zustand dieses Archives zu belehren wünschen.

Otto Göschel, das Sächsische Landrecht nach der Quedlinburger Pergamenthandschrift herausgegeben. Halle, 1853. Verlag von C. E. M. Pfeffer. (5 Bog. S. 80) in 8.

Bei der grossen Seltenheit der Gärtner'schen Ausgabe des Sachsenspiegels, welche allein bisher die berühmte Quedlinburger Handschrift in vollständigem Abdrucke wiedergegeben hatte, wird es gewiss Vielen sehr willkommen sein, hier einen neuen und überdies vielfach richtigeren Abdruck jener Handschrift des Sachsenspiegels zu erhalten, welche im obersächsischen Dialect den vorzüglichsten Text derjenigen Form des Rechtsbuches enthält, welcher dessen ursprünglicher Gestalt am nächsten steht. Diese Handschrift kennt nämlich weder Bücher noch Glossen, noch diejenigen Artikel, welche in den anderen Handschriften hauptsächlich zwischen dem 8. u. 16. Art. des I. Buches eingeschoben und zu Ende des III. Buches angefügt sind. Da die Homeyer'sche Ausgabe des Sachsenspiegels einen sehr guten niedersächsischen Text zur Grundlage genommen hat, so schien es schon lange wünschenswerth, auch einen ausgezeichneten Text in obersächsischer Mundart in einer Handausgabe zur Vergleichung zu haben, und diesem Bedürfnisse ist durch die vorliegende Ausgabe vollkommen entsprochen. Die Sorgfalt des Herausgebers bezüglich der Richtigstellung des Textes verdient alle Anerkennung. Es ist auch ein Facsimile der Quedlinburger Handschrift beigegeben, was bei der Gärtner'schen Ausgabe fehlt. Es ist dies mit Recht von dem Hrn. Herausg. für zweckmässig erachtet worden, weil die Handschrift keine Jahreszahl enthält, und die Ansichten darüber abweichen, ob ihr Alter in das Ende des XIII. oder (doch wahrscheinlicher) in den Anfang des XIV. Jahrhunderts zu setzen ist.

Zoepl.

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Robin et Verdeil: *Traité de Chimie.*

(Schluss.)

Das zweite Buch handelt (T. II mit pp. 581 und T. III, p. 1—400) von den einzelnen unmittelbaren Bestandtheilen, worunter auch Sauerstoff, Wasserstoff, Stickstoff, Kohlensäure, Kohlenwasserstoff, Schwefelwasserstoff, Schwefelammonium, Wasser aufgezählt werden — das dritte (T. III, p. 401—414) von den „zufälligen“ unmittelbaren Bestandtheilen, — das vierte (T. III, p. 415—573) von den „wenig bekannten (mal déterminés)“ und „zweifelhaften“ Bestandtheilen, und von solchen Körpern, welche keine eigentlich chemischen Bestandtheile sind (corps qui ne sont pas des principes). Warum das dritte Buch, welchem ohnehin nur der unverhältnissmässig beschränkte Raum von 14 Seiten gewidmet ist, nicht lieber ganz weggelassen wurde, ist nicht einzusehen, — werden doch in diesem ganzen Buche nur zwei Stoffe: Acide nitro-hippurique und der Rohrzucker abgehandelt! Eine solche Verkennung des obersten Grundsatzes jeder Eintheilung spricht nicht für den systematischen Geist der Verfasser, welcher übrigens auch bei der Ausscheidung des dem zweiten und vierten Buche zugewiesenen Materials vermisst wird. Denn wer würde z. B. Serolin, Pankreatin, Mucosin, Ptyalin, Musculin, Elastin, Cartilagein, Ostein, Melanin, Urrosacin [Urosacin] u. s. w. nicht eher im vierten als im zweiten Buche suchen? — vom „Acide pneumique“ gar nicht zu reden, welches die Verff., schon als Entdecker dieses Stoffes, natürlich zu den sicher constatirten Bestandtheilen des Organismus rechnen und (T. II, p. 460—466) ausführlich beschreiben.

Gehen wir nun näher auf die Einzelheiten des Werkes ein, so können wir nicht umhin, den wahrhaft erstaunlichen Fleiss zu bewundern, mit welchem die Verff. aus den Werken aller Zeiten und aller Völker das literarische Material für ihre Arbeit zusammentrugen. Am Ende jedes Artikels ist sogar eine Uebersicht über die besondere Geschichte und Literatur desselben angegeben. Eigentliche Vollständigkeit ist übrigens bei alle dem doch nicht erreicht, wie die genaue Vergleichung einzelner Artikel bald zeigt; auch sind die Citate und die Rechtschreibung nicht selten verfehlt. Diese Mängel wären jedoch weit eher zu verzeihen, als die oft unnöthige Weitschweifigkeit über längst abgethane Dinge und die häufige Kritiklosigkeit in der Benützung des vorhandenen Materials. Ohne auf Allbekanntes weiter einzugehen, wollen wir nun in Kürze noch Dasjenige hervorheben, was das Werk an Eigenthümlichkeiten darbietet. Da begegnen wir denn vor Allem einer Anzahl neuer Benennungen für längst bekannte und benannte Gegenstände. So nennen die Verff. den Krümelzucker jetzt „Leberzucker“ (sucre du

foie), als ob diese Zuckerart nicht bereits Namen genug erhalten hätte, und als ob die Benennung „Glycose“ in Frankreich nicht eben so verständlich als bekannt, und wegen ihrer allgemeinen Bedeutung nicht viel zweckmässiger als der neue Namen wäre! Neu sind ferner die Bezeichnungen: „Musculine“ für den Muskelfaserstoff, „Elasticine“ für das elastische Gewebe (der *ligg. flava*), „Cartilagéine“ für den Knorpel-, „Ostéine“ oder „Osséine“ für den Knochenleim, „Urrosacine“ für den Harnfarbstoff. Alle diese Benennungen sind nicht etwa dadurch gerechtfertigt, dass die Verff. die betreffenden Stoffe neuerdings genauer untersucht, bestimmter charakterisirt und dadurch von bereits bekannten Stoffen etwa schärfer unterschieden hätten, wir glauben daher kaum, dass einer dieser neuen Namen sich einer weiteren Verbreitung zu erfreuen haben wird. Hinsichtlich der den Verff. eigenthümlichen Beobachtungen sind wir vorzugsweise auf den Atlas verwiesen, welcher 1200 Figuren enthält, — mit Ausnahme von 10 — 12 lauter Originalzeichnungen, vortrefflich gestochen, und, wo es nöthig schien, colorirt. Ausser diesen Zeichnungen, welche nur krystallisirbare, übrigens grösstentheils bekannte Objekte darstellen (wozu der Text des Werkes meist sehr ausführliche Erklärungen gibt), enthält das Werk in der That wenig Originelles. Die bildliche Darstellung selbst ist aber häufig unverkennbar mehr auf Effekt als auf das streng wissenschaftliche Bedürfniss berechnet, indem mit der Zahl und Grösse der Figuren oft wahre Verschwendung getrieben wird. Wer da weiss, dass an einem, einige Linien langen Krystalle eben so viel zu sehen ist, als an einem mehrere Zolle langen, wird bald erkennen, dass ohne allen Schaden mehr als die Hälfte des Raumes auf den Tafeln hätte gespart werden können; nimmt man aber hinzu, dass viele Gegenstände in einer unnöthigen Anzahl von Figuren dargestellt und wiederholt sind, so wird man, bei aller Anerkennung des Fleisses und der Kunst in der Ausführung, doch nur bedauern müssen, dass durch diese verschwenderische Ausstattung das Werk nur vertheuert wurde. Zum ersten Male oder besonders ausgezeichnet dargestellt erscheinen in dem Atlas: phosphorsaure Magnesia [?] (aus Kaninchenharn) Pl. II, fig. 1 und Pl. X, der Gehörsand des Menschen Pl. II, fig. 2, phosphorsaurer Kalk aus Knocheneiter Pl. II, fig. 4, saurer [?] phosphorsaurer Kalk aus Menschen- und Hundeharn Pl. III, fig. 1, kohlensaurer Kalk aus Hundespeichel Pl. IV und V (ganz verschieden davon aus Kaninchenharn Pl. XIII, fig. 3 und Pl. XV, fig. 3), schwefelsaurer Kalk aus pankreatischem Speichel Pl. VI, fig. 1 (übereinstimmend mit dem schwefelsauren Kalk auf Pl. XLII, fig. 2, dem milchsauren Kalk Pl. IX, fig. 3, und dem sauren harnsauren Ammoniak [?] Pl. XVIII, fig. 1), ein eigenthümliches Salz aus Hundeharn Pl. XIV, fig. A und B, die Säure daraus fig. C — G, Pl. XVII, fig. 4 und Pl. XLIV, fig. 2, Harnsäure Pl. XI bis XVII, harnsaure Magnesia Pl. XVIII, fig. 2 und Pl. XIX, fig. 1, Hippursäure Pl. XX und XXI, hippursaurer Kalk Pl. XXI, fig. 2 und 3, Pl. XXII, fig. 1, Kreatin und Kreatinin Pl. XXII bis XXIX, Harnstoff (reiner, salpetersaurer und

oxalsaurer) Pl. XXIX bis XXXII, Cystin Pl. XXXIII, Lungsäure Pl. XXXV, fig. 4 und XXXVI, fig. 1, Pl. XXXVII, Leucin Pl. XLII, fig. 1 und Pl. XLIII, fig. 1, Hämatoidin Pl. XLIII, fig. 4 und 5, Pl. XLIV, fig. 3*), inosinsaurer Baryt Pl. XLV, fig. 1.

Der dem Atlas beigegebene Text verweist zwar nicht auf die Stellen des Buches, an welchen die Figuren ausführlich beschrieben sind, doch ist es leicht, mit Hülfe des alphabetischen Registers am Ende des dritten Bandes, die einzelnen Stoffe im Werke selbst aufzufinden.

Hoeffe.

Küchler, Friedr. Aug., Grossh. Hess. Geh. Regierungsrathe in Giessen. Handbuch der Localstaatsverwaltung im Grossherzogthum Hessen, mit Anleitung zur Geschäftsführung der Lokalbehörden, insbesondere der Bürgermeister und Gemeinderäthe, Lokalpolizeibeamten, Kirchen- und Schulvorstände. Heidelberg, Verlag der Julius Groos'schen Universitätsbuchhandlung. 1854. 43 Bogen in 8.

Unter allen Theilen des öffentlichen Rechts hat noch keiner weniger Bearbeiter gefunden, als das Verwaltungsrecht. Die politische Gestaltung Deutschlands, das Bestehen so vieler Einzelstaaten, bringt es mit sich, dass in diesem Gebiete von einem gemeinsamen oder allgemein gültigen Rechte gar nicht die Rede sein kann. Aber auch selbst eine vergleichende Darstellung des Verwaltungsrechtes und der Verwaltungseinrichtungen der einzelnen Bundesstaaten erscheint als fast unmöglich, so lange nicht das Verwaltungsrecht und die Verwaltungseinrichtungen in den einzelnen Staaten tüchtige Bearbeitungen gefunden haben. Auffallender Weise fehlen aber auch diese fast gänzlich, und kaum einige der grösseren deutschen Bundesstaaten besitzen bereits einige Werke, die sich mit der Darstellung ihres Verwaltungsorganismus in übersichtlicher Vollständigkeit beschäftigen. Und doch sollte man annehmen dürfen, dass das praktische Bedürfniss selbst, die Nothwendigkeit, angehende Verwaltungsbeamte zu ihrer Dienstführung anzuleiten, und ihnen einen Leitfaden an die Hand zu geben, an welchem sie sich durch die in fast allen Staaten seit Jahrhunderten in Unzahl angehäuften Verordnungen hindurch finden, und das noch Anwendbare von dem Veralteten mit Leichtigkeit unterscheiden lernen könnten, allenthalben zu zeitgemässer Bearbeitung des Verwaltungsrechtes drängen müsste! Dieses Bedürfniss muss aber um so fühlbarer werden, als nach der Wiederbelebung der Gemeinde-Verfassung in den meisten deutschen Staaten eine grosse Anzahl von Männern, welche keine vorbereitenden Fachstudien machen und nicht erst eine langjährige Praxis an den Verwaltungsstellen durchlaufen und sich dadurch eine Routine erwerben konnten, oft plötzlich in den Verwaltungsdienst hineingezogen werden, wie z. B. namentlich die Bürgermeister und an-

*) Die Verff. halten übrigens die Blutkrystalle nicht für rein organische Stoffe. T. II, p. 335 Anm.

dere Gemeindebeamte. Es wäre daher sehr zu wünschen, sowohl vom Standpunkte der Wissenschaft als der Praxis aus, dass sich in den einzelnen Staaten praktisch wohlerfahrene Männer, an denen es gewiss nirgends fehlt, finden möchten, welche sich der Darstellung des partikulären praktischen Verwaltungsrechtes ihrer Heimath unterziehen; auch sollten es die Regierungen nicht unterlassen, befähigte Männer zu solchen Arbeiten aufzufordern oder damit zu beauftragen. Mit besonderer Befriedigung haben wir daher von dem oben genannten Werke Kenntniss genommen, welches wir seiner klaren Darstellung wegen zugleich als ein Muster empfehlen können, nach welchem derartige Schriften einzurichten sind. Der Herr Verf. hat eine systematische Ordnung gewählt, welche sich an den Registraturplan der Bürgermeistereien anschliesst, was bei der vorwiegend praktischen Tendenz des Buches alle Billigung verdient. Die Hauptrubriken sind: Staatsverfassung, Statistik und Topographie, Staatsverwaltung, Bezirksverwaltung, Verhältnisse mit auswärtigen Staaten, Verhältnisse mit Standesherrn und adelichen Grundherren, Lehensangelegenheiten, Militär- und Kriegsangelegenheiten, Finanzangelegenheiten, Justizangelegenheiten, Bevölkerungspolizei, Angelegenheiten der Juden, Kirchenangelegenheiten, Schulangelegenheiten, Gemeindeangelegenheiten, Armen- und Wohlthätigkeitspolizei, Medicinal- und Sanitätspolizei, Sicherheitspolizei, Sittenpolizei, Aufsicht über Presse und Buchhandel, Landwirthschaftspolizei, Forst-, Jagd- und Fischereipolizei, Handels- und Gewerbepolizei, Post- und Botenpolizei, Baupolizei, Feuerpolizei. Diese kurze Uebersicht wird genügen, darauf aufmerksam zu machen, welches umfassende Material dieses Buch bewältigt. Was wir besonders rühmend anerkennen müssen, ist das richtige Maas, welches der Herr Verf. bei seiner Darstellung einzuhalten gewusst hat. Es wird hier nicht etwa nur ein nacktes Verzeichniss der einschlägigen Verordnungen, sondern auch deren Inhalt selbst mit grosser Präcision und Gemeinverständlichkeit gegeben, und wird daher auch Denjenigen ein lichtvolles Bild der grossh. hessischen Verwaltungseinrichtungen vorgeführt, welche nicht zum Zwecke praktischer Thätigkeit, sondern aus wissenschaftlichem Interesse sich veranlasst finden, sich mit den Verwaltungszuständen des Grossherzogthums Hessen bekannt zu machen.

*Dr. Eduard Osenbrüggen (Prof. d. R. an d. Universität Zürich).
Casuistik des Criminalrechts. Schaffhausen, Verlag der Hurter'schen Buchhandlung. 1854. 22 Bogen in 8.*

Es ist eine sehr lobenswerthe und zweckmässige Einrichtung, wenn sich die Lehrer des Criminalrechts und des Criminalprozesses an den Universitäten nicht blos auf den Vortrag der Theorie beschränken, sondern auch den Studierenden, welche sich mit der Theorie bereits hinlänglich bekannt gemacht haben, Gelegenheit geben, sich in einem s. g. Criminalpraktikum in der Besprechung und Beurtheilung von Strafrechtsfällen zu üben, und sich hierdurch auf

die spätere amtliche Praxis vorzubereiten. Die Schwierigkeit und daher auch der Grund, aus welchem solche Criminalpraktika seltener veranstaltet werden, als es im Interesse der Ausbildung der Studierenden zu wünschen ist, liegt hauptsächlich darin, dass es an Sammlungen von Rechtsfällen fehlt, welche in der Art dargestellt und geordnet sind, dass sie die Grundlage eines solchen Collegium practicum, d. h. den Stoff für die Bearbeitung der angehenden Juristen und der Besprechung und Kritik unter Leitung des Lehrers in zweckdienlicher Weise abgeben können. Namentlich werden sich besonders jüngere Docenten oft in der Verlegenheit finden, woher sie geeignete Criminalrechtsfälle, und zwar in grösserer Anzahl, und von solcher Beschaffenheit auftreiben sollen, dass eine zweckmässige Auswahl getroffen und das instructive Interesse befriedigt werden kann. Selbst da, wo die Regierungen in anerkennenswerther Bereitwilligkeit dem Lehrer des Criminalrechts die älteren, abgethanen Criminalfälle zur Benützung im Praktikum verabfolgen lassen, ist dadurch allein dem Bedürfniss des Unterrichts nicht abgeholfen, da hierbei es besonders darauf ankommt, dass es durchaus ausgewählte, besonders reichen Stoff zur Uebung der Verstandesschärfe und zur Veranschaulichung der schwierigeren und feineren Lehren darbietende Fälle sein müssen, wenn der Studierende wahren Nutzen aus dem Praktikum ziehen soll. Mit fingirten Fällen ist hier, wie der Herr Herausgeber dieser Casuistik ganz richtig bemerkt, durchaus nichts gethan: es müssen wahre, wirklich vorgekommene, aus dem Leben gegriffene Fälle sein, wenn sie für das Leben nützen sollen. Es ist daher eine sehr willkommene Erscheinung, dass in dem vorliegenden Werke nicht weniger als zwei hundert wirkliche, von den Gerichten abgeurtheilte Criminalrechtsfälle mitgetheilt sind, welche einen vortrefflichen Stoff für ein Collegium practicum abgeben. Die Auswahl darf eine recht sehr gelungene genannt werden, und wird sicher jeden Docenten, der in den Fall kommt, sich nach einem tüchtigen Materiale umzusehen, das er seinen Zuhörern in die Hand geben kann, sehr befriedigen. Es ist bei dieser Auswahl nicht nur darauf Rücksicht genommen worden, dass die verschiedenen Arten der Verbrechen neben einander repräsentirt sind, sondern namentlich auch darauf, dass das Eingreifen der allgemeinen Lehren besonders bemerkbar gemacht werden kann, und dass es Fälle sind, bei welchen die Denkkraft und das wissenschaftliche Studium in Anspruch genommen wird, um eine richtige Auffassung und Entscheidung herbeizuführen. Solchergestalt zweckmässig ausgewählte Rechtsfälle können auch nicht verfehlen, das Interesse der Zuhörer oder Praktikanten zu fesseln, und einen rühmlichen Wetteifer um die richtige Lösung hervorzurufen. Sehr glücklich nennen wir den Gedanken des Herrn Herausgebers, den einzelnen Fällen einen Apparat für die Bearbeitung beizufügen, worin theils auf die Literatur, theils auf die gemeine und partikuläre Gesetzgebung und auf die Entscheidungen ähnlicher Fälle durch die Gerichte hingewiesen wird. Durch diese Beigabe wird sich dieses Werk gewiss auch sehr den

Praktikern, besonders den jüngeren Staatsanwälten und Advocaten empfehlen, welche vielleicht in ihrer Universitätszeit keine Gelegenheit zum Besuche eines s. g. Criminalpraktikums gefunden haben, oder die doch jetzt erst in ihrer Praxis anfangen, das Bedürfniss einer wissenschaftlichen Grundlage und eines der Lebendigkeit der wirklichen Fälle angepassten literarischen Apparates zu empfinden, welcher sich mit Leichtigkeit auf andere Fälle übertragen lässt. — Nicht minder werden aber auch selbst die jüngeren Männer, welche sich für das Lehrfach des Criminalrechts bestimmen, aber, wie leider, heut zu Tage nur zu häufig der Fall ist, noch keine Gelegenheit gehabt haben, sich selbst erst recht tüchtig in der wirklichen Amtspraxis herauszubilden, diese lebendigen und interessanten Fälle mit Nutzen gebrauchen, um durch deren Studium den Mangel wenigstens einigermaßen zu ersetzen, welcher fast unvermeidlich die Folge der Entbehrung einer Vorschule in der gerichtlichen Praxis, namentlich der collegialgerichtlichen Erfahrung zu sein pflegt.

Schulze, Hermann J. F. (Prof. d. R. in Jena), die staatsrechtliche Stellung des Fürstenthums Neuenburg, in ihrer geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Bedeutung. Jena, Druck und Verlag von F. Maucke. 1854. 19 Bg.

Die vorliegende Schrift wird allen Denjenigen, welche sich für die geschichtliche Entwicklung der öffentlichen Rechtszustände in Europa interessiren, eine höchst willkommene Erscheinung sein. Unbedenklich darf sie den besten publicistischen Monographien beigezählt werden, und kann nicht verfehlen, über das alles Recht verletzende Verfahren, wodurch die Revolution im Jahr 1848 das Fürstenthum Neuenburg in eine Republik umwandelte, das hellste Licht zu verbreiten. Die Darstellung bewegt sich durchaus auf geschichtlichem Boden, und ist vollständig quellenmässig. Der Herr Verf. ist nicht nur in der Lage gewesen, das umfangreichste Material benützen zu können, welches vielleicht jemals gesammelt worden ist, sondern hat dies auch vortrefflich zu benützen verstanden. Der rechtlichen und geschichtlichen Darstellung, welche 226 Seiten füllt, ist ein interessantes Urkundenbuch S. 229 — 296 beigegeben, welches Documente vom Jahr 1288 ab bis auf die neueste Zeit enthält. Das Recht des k. preuss. Hauses auf das Fürstenthum Neuenburg wird in dieser Schrift als ursprünglich wurzelnd in dem Lehenbriefe des K. Rudolph I. vom 15. Sept. 1288 nachgewiesen. Besonders merkwürdig ist der mit dem berühmten Spanischen Successionsstreite gleichzeitige Neuenburgische Successionsstreit, in welchem nicht weniger als 15 Prätendenten auftraten, und der im Jahr 1707 am 3. Nov. von dem höchsten Gerichtshof des Landes, den *Trois-états*, durch eine „*Sentence souveraine et absolue*“, und zwar nach Verhandlung in *privatrechtlicher* Form, wie dies auch sonst im deutschen Privatfürstenrechte Regel war, zu Gunsten von Preussen entschieden wurde. Mit grosser Gründlichkeit hat der Herr

Verf. die Frage nach der Competenz dieses Gerichtshofes der Prüfung unterworfen, und durch seine Forschung die Zweifel widerlegt, welche in der neueren Zeit Schweizerische Schriftsteller gegen die Rechtmässigkeit jenes Richterspruches zu erregen versucht haben, um das sonnenklare Unrecht, welches die Revolution durch die Republikanisirung Neuenburgs begangen hat, zu bemänteln. Während der Herrschaft des preussischen Hauses vom Jahr 1707—1806 war Neuenburg kein Mitglied der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wohl aber stand es mit ihr in einem Bundesverhältniss, wie mehrere andere s. g. zugewandte Orte. Im Jahr 1806 wurde es an Frankreich abgetreten und von Napoléon dem Marschall Berthier als souveränes Fürstenthum verliehen. Im Anfange des Jahres 1814, bei dem Vordringen der Verbündeten nach Frankreich, wurde das Fürstenthum Neuenburg von der Krone Preussen wieder in Besitz genommen und von dem Marschall Berthier (Fürsten von Wagram) am 3. Juni 1814 zu Paris eine förmliche Abdankungsurkunde zu Gunsten des Königs von Preussen ausgestellt, wogegen der König von Preussen sich verpflichtete, dem Marschall Berthier eine Leibrente von 34,000 Thlrn. zu gewähren, wovon die Hälfte nach seinem Tode seiner Wittve jährlich fortbezahlt werden sollte und auch wirklich bis zu deren Ableben ausbezahlt worden ist. Diese That-sachen scheinen wenig bekannt geworden zu sein; jedenfalls fand man es von jener Seite, welche sich die Beschönigung des von der Revolution im Jahr 1848 begangenen Treubruches gegen den König von Preussen zur Aufgabe gesetzt hat, für angemessener, von dieser Cession, als einem völkerrechtlich unbestreitbar gültigem Akte (indem der Fürst von Wagram keineswegs ein blos usurpatorischer Zwischenherrscher, sondern legitimer, ebenfalls durch Cession des berechtigten Herrschers zur Regierung gelangten Souverän gewesen war), zu schweigen, und den König von Preussen selbst für einen usurpatorischen Eroberer ausgegeben. Bald nachher (in demselben Jahre) wurde die Verbindung Neuenburgs mit der Schweiz, und zwar — was ein grosser politischer Fehler war — in einer engeren Weise wiederhergestellt, als dies früher der Fall gewesen war, indem das Fürstenthum Neuenburg als Canton in die Eidgenossenschaft aufgenommen wurde. Es war dies auf den Wunsch von Oesterreich, Russland und Preussen selbst geschehen, indem man hierdurch der Schweiz eine gesicherte Militärgränze gegen Frankreich zu geben beabsichtigte. Diese Verbindung des Fürstenthums mit der Schweiz wurde auch durch Art. 73 der Wiener Congressakte sanktionirt, und somit entstand (15. Mai 1815) das seitdem vielbesprochene Doppelverhältniss Neuenburgs, welches von der revolutionären Partei zur Untergrabung der Souveränität des Fürsten und der Republikanisirung Neuenburgs ausgebeutet wurde. Welcher Mittel sich die revolutionäre Partei im Jahr 1848 bediente, die Gewalt an sich zu reissen und eine (demungeachtet nur geringe) Majorität für die Republikanisirung des Fürstenthumes zu erlangen, ist bekannt, und von dem Verf. gut dargestellt. Ist es doch noto-

risch, dass die aufgedrungene Republik weder hätte eingeführt werden, noch sich hätte bisher erhalten können, wenn ihr nicht von Aussen her, theils von dem (1848) republikanisirten Frankreich, theils von der siegenden demokratischen Partei in der Schweiz ein Halt gegeben worden wäre. Mit vollster Ueberzeugung wird daher jeder deutsche Publicist, der auf dem geschichtlichen Rechtsboden steht und für den völkerrechtliche Verträge eine Rechtsquelle sind, deren Verbindlichkeit durch kein einseitiges, willkürliches Abgehen aufgehoben werden kann, mit dem Verfasser darin übereinstimmen, dass die Revolution vom 1. März 1848 nicht das Recht des Königs von Preussen, sondern nur dessen Ausübung betroffen hat, und dieses Recht so lange fortbestehen wird, bis von seiner Seite, als dem legitimen Souverän, darauf verzichtet worden ist, was bis jetzt aber noch in keiner Weise stattgefunden hat.

Seybold, Franz von, (k. b. Hofrath, Advokat und Wechselgerichtsnotar in München): Das Institut der Aemter. Ein Beitrag zum allgemeinen Staatsrechte. München 1854. Druck und Verlag der Joh. Deschler'schen Offizin. Augsburg, in Commission bei Pilon u. Comp. 4 Bogen in 8.

Es ist immer sehr erwünscht, wenn Männer von praktischer Erfahrung sich der Prüfung allgemeiner Lehren und Grundsätze unterziehen und die Theorieen der Wissenschaft mit den Ergebnissen der Praxis zusammenstellen. Auf diese Art wird die Wissenschaft und die Praxis in das richtige Verhältniss gebracht, und beide werden vortheilhaft auf einander einwirken. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die vorliegende Schrift eine willkommene Erscheinung, indem sie sich nicht nur die Prüfung des Begriffes und Wesens des Staatsamtes oder des Staatsdienstes, sondern im Zusammenhange damit auch die Prüfung der Zweckmässigkeit der Trennung von Justiz und Administration (Polizei) bei den sog. Aemtern zum Gegenstande macht. Der Hr. Verf. hat zwar in letzterer Hinsicht hauptsächlich die bayerischen Aemter, namentlich die Landgerichte im Auge, indessen wird das, was von deren Geschäftsüberhäufung gesagt ist, und von der Nothwendigkeit, hier eine ernstliche Abhülfe zu bewirken, wohl auch von den Untergerichten in dem bei weitem grössten Theile von Deutschland, wo nämlich die Trennung von Justiz und Polizei noch nicht durchgeführt ist, gelten können. Der Hr. Verf. unterwirft vorerst die verschiedenen Begriffsbestimmungen vom Staatsdienste, wie sie besonders von den Hauptschriftstellern in dieser Lehre, von Seuffert, van der Becke und Gönner aufgestellt worden sind, einer Prüfung, und versucht, nachdem er deren Mängel nachgewiesen hat, die Aufstellung eines erschöpfenderen und das Wesen des Staatsdienstes genauer bezeichnenden Begriffes. Hierbei zeigt sich einmal recht deutlich, wie gerade die alltäglichsten, bekanntesten Erscheinungen des Lebens, Verhältnisse, in und unter welchen sich fast

der ganze Verkehr bewegt, am schwierigsten von Allen in die strenge Formel eines Begriffes zu pressen sind. Zeigt sich das doch ganz ebenso im Civilrechte in manchen Lehren, wie z. B. namentlich in der Lehre vom Besitze! Kaum wird irgend ein Mensch gefunden werden, der nicht mindestens Etwas besitzt, und doch ist in der Schule noch immer Begriff und Wesen des Besitzes streitig. Fast eben so geht es mit den Ansichten über das Wesen und den Begriff des Staatsamtes oder Staatsdienstes. Es ist dies ein Beweis der Vielseitigkeit dieses Wesens selbst und der nothwendigen Verschiedenheit seiner geschichtlichen, erfahrungsmässigen Erscheinung, selbst in demselben einzelnen Staate. Ob es daher je gelingen wird, eine allgemein gültige, auf jede Art des Staatsdienstes anwendbare Begriffsbestimmung aufzustellen, möchte daher fast zweifelhaft erscheinen. Man wird vielleicht damit sich begnügen müssen, die hauptsächliche und regelmässigste Art des Staatsdienstes, den Begriff jener Aemter, welche, in eine organische Ordnung eingereiht, unmittelbar die Ausübung der Staatsgewalt, die Ausübung der einzelnen Hoheitsrechte vermitteln, zu Grunde zu legen, und sich sodann auf die Hinweisung zu beschränken haben, dass auch gewisse andere Dienste theils durch die positive Gesetzgebung, theils durch das Herkommen, die Praxis, jenen begriffsmässigen Staatsämtern gleichgestellt worden und die damit betrauten Personen hiernach auch als Staatsbeamte zu behandeln sind. Auch dem Hrn. Verf. ist es nicht gelungen, so richtig auch seine Ausstellungen an den Begriffsbestimmungen seiner Vorgänger sind, und so gut er deren Fehler erkannt hat, mit seiner S. 13 gegebenen Begriffsbestimmung ein Mehreres zu leisten. Er sagt nämlich: „Unter dem Ausdrucke Amt hat man nach unserer Ansicht eine organische Einrichtung zu verstehen, wodurch die Vornahme gewisser staatlicher Functionen (?) im Auftrage des Regenten innerhalb der Schranken einer geographischen Begrenzung des (?) Staatsgebietes und in einer bestimmten Geschäftssphäre in dauernder Weise bewerkstelligt werden soll.“ Gewiss sind hier sehr wesentliche Momente für den Begriff des Staatsdienstes zusammengestellt. Aber abgesehen von der sprachlichen Ungenauigkeit, indem anstatt „staatlicher Functionen“ doch wohl „Functionen für Staatszwecke“, und anstatt „geographische Beschränkung des Staatsgebietes“, „geographische Beschränkung auf das Staatsgebiet und in dem Staatsgebiete“ gesetzt werden müsste, so ist diese Begriffsbestimmung doch nicht erschöpfend. So gibt es z. B. unzweifelhaft Staatsämter in den dermaligen Staaten, welche keine „staatliche Function“ in dem Sinne des Verfassers, d. h. keine Hoheitsrechte, keine Regierungsgewalt ausüben, die auch, wenn sie gleichwohl der Aufsicht anderer Behörden unterliegen, doch nicht selbst eine organische Einrichtung genannt werden können; es gibt Staatsanstalten, welche unter sich eine gewisse Stufenfolge bilden, eine Gliederung im Range naturgemäss darstellen und doch zu einander durchaus keine hierarchalische

Ober- und Unterordnung zeigen, so dass die verwandten, höher gestellten Aemter durchaus nicht auf die unteren einzuwirken oder sie zu controliren befugt sind: es gibt wirkliche Staatsdienststellen, welche an gewisse Orte, als ihre Sitze, gebunden sind, ohne dass man darum sagen könnte, dass sie irgend einen Amtssprengel hätten u. s. w. Um von vielen Beispielen nur eines zu nennen, welches alle eben hervorgehobenen Eigenthümlichkeiten in sich vereinigt, so denke man nur an die Stellung der Universitätsprofessoren und anderer mit Staatsdiener-Eigenschaft angestellter Lehrer an höheren Studienanstalten. Gewiss bilden alle Bildungsanstalten des Staates von der Volksschule bis zur Universität oder den höhern technischen Lehranstalten eine Stufenfolge, eine natürliche Gliederung: demungeachtet ist mit keiner der höhern Stellen dieser Art eine Art von Imperium, ein Control- und Beaufsichtigungsrecht, ein Recht, Vorschriften zu ertheilen, bezüglich der niederen Stellen dieser Art verbunden, sondern die Controlbehörden, von den Schulinspektoren der Volksschule an bis zu dem Oberstudienrathe oder Ministerium des öffentlichen Unterrichts hinauf, welche „die staatliche Function“ in Bezug auf das Unterrichtswesen ausüben, sind von jenen lehrenden Aemtern (den Lehrämtern) in recht sichtbarer Weise getrennt. So haben Universitäten und andere höhere Lehranstalten ihre vom Staate angewiesenen Sitze: aber sie haben keinen Amtssprengel, in dem Sinne, wie er bei anderen in den administrativen und Justiz-Organismus eingereihten, mit einem Verordnungsrechte (Imperium) ausgerüsteten Stellen anerkannt und vorhanden sein muss. Auch würde man doch wohl nicht ohne Verkehrung des Sprachgebrauches und ohne Verstoss gegen die Natur der Sache davon sprechen wollen, dass die an solchen höheren Lehranstalten angestellten Lehrer, den Auftrag vom Regenten haben, das sog. Unterrichtsregale auszuüben? Das Unterrichtsregale besteht nicht im Lehren selbst, sondern in der Befugniss der Anordnung der Lehranstalten des Staates, in der Besetzung derselben mit tüchtigen Lehrern, in deren Beaufsichtigung u. dergl. Hiermit ist „die staatliche Function“ erschöpft; das Lehren aber ist reine Selbstthätigkeit des Lehrers: er lehrt auch nur und soll auch nur sein Wissen lehren, und nicht das Wissen des Souveräns; auch befiehlt er nicht, indem er lehrt, im Namen des Souveräns, sondern er sucht zu überzeugen und sein Wissen zu verbreiten und zum Gemeingute seiner Zuhörer zu machen. Die Begriffsbestimmung des Hrn. Verf. gibt auch keinen Anhaltspunkt für die Unterscheidung an, warum z. B. ein Universitätsprofessor oder ein Lehrer an einer höheren Lehranstalt ein Staatsdiener ist, ein Volksschullehrer aber es nicht ist: warum oft von den in demselben Administrationszweige, bei derselben Behörde, mit demselben Range und mit denselben Amtsobliegenheiten angestellten Personen der eine Staatsdiener ist, der andere aber es nicht ist. Man sieht deutlich, welche grossen und mannichfachen Einflüsse die bereits bestehende particuläre Gesetzgebung auf den Begriff des Staatsamtes

und des Staatsbeamten geäußert hat, wie die Rücksicht auf Ersparungen in Pensionsverhältnissen in vielen Staaten dahin führten, sog. niedere Diener von eigentlichen Staatsdienern zu unterscheiden, obschon auf die Amtsthätigkeit der Ersteren alle jene Merkmale passen würden, welche nach der vom Verf. als allgemein gültig aufgestellten Begriffsbestimmung als wirklicher Staatsdienst betrachtet werden müssten. Man wird sich hiernach überzeugen, wie unendlich schwierig und bedenklich daher der Versuch werden muss, einen allgemeinen Begriff vom Staatsamte aufzustellen, und wie man insbesondere in jenen Staaten, in welchen eine positive Staatsdienstpragmatik besteht, kaum mehr mit praktischer Bedeutung etwas Anderes als Staatsamt, oder einen Diener als Staatsdiener bezeichnen kann, als was in der Pragmatik für ein Staatsamt, und wer darin als Staatsdiener erklärt worden ist. Auch darin wird man mit dem Herr Verf. schwerlich übereinstimmen können, wenn er als Ausgangspunkt seiner Untersuchung damit beginnt (S. 5 und 7), jeden Dienst für eine Hülfeleistung zu erklären. Eine solche Auffassung muss zu ganz unrichtigen Anschauungen und Ergebnissen führen. Es gewinnt nämlich hiernach der Anschein, als wenn eigentlich der Souverän im Staate alles selbst thun müsste, und dass er nur bei der physischen Unmöglichkeit, alle „staatlichen Functionen“ selbst vorzunehmen, sich der Hülfe der Staatsdiener bediene. Eine solche Auffassung der dem Souverän im Staate gebührenden Stellung wäre aber an sich grundfalsch; der Souverän hat den Staat zu regieren, aber er hat von Haus aus nicht die Functionen der Beamten vorzunehmen; er hat weder selbst Recht zu sprechen, noch Verbrecher zu verhaften, noch Steuern einzutreiben, noch Protocolle zu führen, noch auf den Lehrstühlen zu lehren. Wenn sich der Souverän hierzu der Beamten bedient, d. h. sie gebraucht, so leisten sie ihm keine Hülfe bei seiner ihm ausschliesslich zustehenden Thätigkeit des Regierens, sondern sie entwickeln eine besondere Thätigkeit, welche nur durch sein Regieren in Bewegung gesetzt und autorisirt, d. h. überhaupt eine befugte wird. Vielleicht wäre der Herr Verf. nicht auf den Gedanken gekommen, die Functionen der Beamten als eine dem Souverän bei dem Regieren zu machende Hülfeleistung darzustellen, wenn er mehr das von ihm selbst (ganz richtig) mit Staatsdienst als gleichbedeutend gebrauchte Wort: „Amt, *officium, munus publicum*“ ins Auge gefasst hätte. In dem Worte „Amt“ liegt an sich keinesweges die Idee der Hülfeleistung, wie sie sich in einiger Beziehung mit dem weit vieldeutigerem Worte „Dienst“ allerdings verbinden lassen mag, sondern in dem Worte „Amt“ liegt der Grundgedanke der Verbindlichkeit, und eben daher auch Befugniss, kraft der von einer Autorität erhaltenen Vollmacht, für die Zwecke eines Gemeinwesens, innerhalb des Umfanges der Vollmacht (Autorisation) selbstthätig zu handeln. In diesem Sinne spricht man auch ebensowohl von Staatsämtern, als von Kirchenämtern und Gemeindeämtern, und gewiss würde es Anstoss erregen,

wenn man ein Kirchen- oder Gemeindeamt als eine Hilfeleistung der Kirche oder Gemeinde erklären wollte. Ein Staatsamt ist daher, im Allgemeinen betrachtet, eine Thätigkeit für Staatszwecke, zu welcher eine Person durch Autorisation des Souveräns berufsmässig angestellt, d. h. verpflichtet und berechtigt ist; alle übrigen Merkmale, die etwa noch hinzukommen könnten, sind aber nach der Verfassung der einzelnen Länder im Besonderen zu beurtheilen. Dagegen muss man dem Hrn. Verf. darin beipflichten, dass das ganze System des jetzigen Staatsdienstes auf dem Princip der Arbeitstheilung, sowohl der subjectiven, d. h. bezüglich der handelnden Subjecte und Organe, als auch der sachlichen, d. h. des materiellen Inhalts der Geschäfte beruht, und dass durch die im Laufe der Zeit eingebürgerte bürokratische Verfassung der deutschen Länder, nicht minder unter den Einflüssen des modernen s. g. Rechtsstaates als des ihm vorhergegangenen Polizeistaates, eine Ueberhäufung der Unterbehörden mit den heterogensten Geschäften eingetreten ist, deren zweckmässige Erledigung schwerlich allein durch die Vermehrung des Personals wird erreicht werden können. Der Verfasser findet den Grund dieser Ueberladung der Aemter mit Geschäften aber nicht bloß in der bisherigen fehlerhaften Organisation, sondern, ganz richtig, hauptsächlich in dem gesteigerten Verkehr; er fordert daher Befreiung der Aemter von ganzen Klassen von Geschäften, wie z. B. dem Notariatswesen, und überhaupt will er, dass darauf hingearbeitet werde, durch Wiederbelebung der naturwüchsigen Corporationen im Volke und deren Selbstthätigkeit in ihrem besonderen Lebenskreise die Staatsverwaltung zu vereinfachen. Der Verf., der sich durchgängig als einen conservativen, auf geschichtlichem Boden fussenden, eben so besonnenen als umsichtigen Praktiker zeigt, erwartet auch hier kein Heil von einer plötzlich eingreifenden Reform, sondern wünscht nur eine allmälige Umleitung, sowie auch das jetzt herrschende bürokratische System auch nur schrittweise hereingedrungen ist, und eben dadurch auch eine historische Berechtigung erlangt hat. Der Hr. Verf. spricht sich hiernach auch für die völlige Trennung der Justiz und Administration aus; er thut dies aber nicht, wie sonst gewöhnlich, von dem Standpunkte einer abstracten Staatstheorie aus, sondern gestützt auf das praktische Bedürfniss. Es wäre zu wünschen gewesen, dass der Hr. Verf. sich noch näher über die Art und Weise der allmäligen Umbildung der gegenwärtigen Organisation und die nach seiner Meinung an deren Stelle zu setzende ausgesprochen hätte. Es genügt nicht, Missstände richtig zu erkennen, es fragt sich hauptsächlich, ob man im Stande sein wird, etwas nach den Bedürfnissen der einzelnen Länder entscheiden Besseres an die Stelle zu setzen. Gerade aber hier beginnen eine grosse Anzahl gewichtiger Bedenken selbst für diejenigen, welche vor den gegenwärtigen Missständen die Augen nicht verschliessen. Insbesondere werden auch bei Beabsichtigung solcher durchgreifenden Veränderungen die finanziellen Kräfte eines Landes nicht ausser Anschlag gelassen werden können. Während überall

auf möglichste Beschränkung der Staatsausgaben gedrungen wird, dürfte kaum in irgend einem europäischen Staate irgend eine neue durchgreifende Organisation seit Jahrhunderten ausgeführt worden sein, welche nicht die Staatsausgaben ausserordentlich vermehrt, und eben dadurch gleich von vorneherein einen guten Theil des Segens zerstört hat, den man von ihr erwartet haben mochte. Selbst die Verweisung der Sitze der Justizämter und der administrativen Unterbehörden an verschiedene Orte, welche bei der Trennung der Justiz und Administration wohl oft unvermeidlich wird, kann für das Publikum eine neue Quelle von Belästigung, von Zeitverlust und Geldausgaben werden, welche dem nationalen Wohlstande nichts weniger als vortheilhaft ist. Die Frage, ob und wann in einem Lande die Trennung der Justiz und Administration, und in welcher Weise sie durchzuführen ist, wird daher nur mit genauer Berücksichtigung der partikulären Verhältnisse beantwortet werden dürfen, und eben daher die Beantwortung auch nicht wohl anders als sehr verschieden ausfallen können.

Ferdinand Walter, Geh. Justizrathe und Prof. d. R. zu Bonn. Deutsche Rechtsgeschichte. Erste Lieferung. Bonn, bei Adolph Markus. 1852. Zweite Lieferung. Erste und zweite Abtheilung. 1853; zusammen 32 Bogen in 8.

Derselbe: System des deutschen Privatrechts. Erste Lieferung. Bonn, bei Adolph Markus. 1854. 20 Bogen in 8.

Wenn schon die Geschichte des deutschen Rechtes in den letztverflossenen Jahrzehnten vielfach recht tüchtige Bearbeitungen, theils im Allgemeinen, theil im Besonderen gefunden hat, so waren darüber bisher im Vergleiche mit anderen Theilen der Rechtswissenschaft doch nur wenige Lehrbücher erschienen, und daher muss ein jedes Werk, welches diese Lücke der Literatur auszufüllen bestimmt ist, besonders wenn es aus der Hand eines so gründlichen Kenners des Mittelalters hervorgeht, wie das vorliegende, als eine willkommene Erscheinung begrüsst werden. Die deutsche Rechtsgeschichte ist ohnehin nur ein Kind der Literaturperiode, welche mit dem Anfange dieses Jahrhunderts anhebt; ihre Schöpfung beginnt doch eigentlich erst mit Eichhorn, wenn auch die Verdienste eines Heineccius und Biener, der Vorläufer Eichhorn's im vorigen Jahrhundert, nicht verkannt oder herabgesetzt werden wollen. Bekanntlich beschränkte man sich in der früheren Zeit unter dem Namen der deutschen Reichsgeschichte meistens auf eine Darstellung der politischen Geschichte Deutschlands, mit besonderer Rücksichtnahme auf die Verfassungsveränderungen in der Reichszeit, und sah darin eine Vorbereitungswissenschaft für das Studium des Reichsstaatsrechts: von einer Berücksichtigung der Geschichte der übrigen Rechtstheile war dabei nicht die Rede. Biener hatte seine anerkanntwerthe Arbeit auf die Geschichte der deutschen Rechtsquellen beschränkt; Heineccius hatte zuerst den Plan, die Geschichte aller Theile des deutschen

Rechtes neben einander zu bearbeiten, gefasst, allein sein Werk blieb unvollendet. In dem Werke von Eichhorn findet sich die Darstellung der Reichsgeschichte mit der Geschichte der Rechtsquellen und der einzelnen Rechtstheile vereinigt, und somit der Versuch, ein Gesamtbild des deutschen Staats- und Rechtslebens zu geben, von einer Meisterhand ausgeführt. Gerade aber die Bewältigung eines so umfassenden und verschiedenartigen Stoffes musste Eichhorn zu einer vielfach gegliederten Periodisirung führen, welche dann doch wieder nicht allen Eigenthümlichkeiten des Stoffes im Einzelnen vollkommen zu entsprechen vermochte. Je mehr aber die Erforschung der deutschen Rechtsquellen fortschritt, je reichlicher die Ausbeute für den Ausbau der einzelnen Rechtsinstitute wurde, und je mehr die Ueberzeugung Wurzel fasste, dass nicht nur das Verständniss des praktischen öffentlichen Rechtes, sondern überhaupt auch die wissenschaftliche Erfassung der sämtlichen übrigen Theile des deutschen Rechtes von richtiger Einsicht in ihre geschichtlichen Grundlagen abhängt, und je mehr man das Rechtsleben der Nation als die innere lebendige Entwicklung des sittlichen Volksgeistes von seinem Gegensatze, den äusseren Entwicklungen des Nationallebens, trennen und unterscheiden lernte, desto mehr musste der Gedanke sich Geltung verschaffen, dass die Bekanntschaft mit der Volks- oder Staatsgeschichte, als Geschichte der thatsächlichen äusseren Entwicklung, von der Geschichte der Rechtswissenschaft ausgeschieden, dass beide vielmehr als zwei selbstständige, sich gegenseitig unterstützende Zweige der Wissenschaft neben einander gestellt werden müssten. Insbesondere musste bei der gesteigerten Forderung einer rechtsgeschichtlichen Vorbildung der künftigen Juristen die zweckmässige Einrichtung des akademischen Unterrichtes dahin führen, dass die Bekanntschaft mit der deutschen Volks- oder Staatsgeschichte als einer Grundlage für die deutsche Rechtsgeschichte zwar stets unerlässliche Voraussetzung blieb, die Rechtsgeschichte aber doch als ein selbstständiges Fach sich herausbildete. Dies Alles zusammen genommen musste auf die Gestaltung der Literatur grossen Einfluss gewinnen, es musste zu dem Versuche führen, die Eichhorn'sche Form zu verlassen, und die deutsche Volks- oder Staatsgeschichte von der deutschen Rechtsgeschichte auch in den Lehrbüchern vollkommen zu scheiden, wie dies ja längst in Bezug auf die römische Volks- und Staatsgeschichte und die römische Rechtsgeschichte geschehen ist. Der Referent kann sich nur freuen, diese Ansicht von der Zweckmässigkeit, ja Nothwendigkeit dieser Scheidung in dem Walter'schen Werke hoch betont (Lieferung I. S. 4) und in demselben auch in der Art durchgeführt zu sehen, dass dasselbe sich ausschliesslich auf die Darstellung der Rechtsgeschichte beschränkt; um so mehr hätte derselbe aber auch wohl erwarten dürfen, dass der Herr Verf. auch davon einige Kenntniss genommen hätte, dass eben diese getrennte Behandlung der deutschen Rechtsgeschichte, für welche der Herr Geh. Justizrath Walter sich die Priorität zu vindiciren scheint, bereits in der Umarbeitung,

welche der Ref. mit seinem zuerst 1836 (damals nach dem Vorbild des grossen Eichhorn'schen Werkes herausgegebenen) Lehrbuche, Stuttgart, 1844, 1846 und 1847, vorgenommen hat, vollkommen, ja noch strenger durchgeführt worden ist, als in der vorliegenden Walter'schen Rechtsgeschichte, indem von dem Ref. auch die Geschichte der Rechtsquellen von der Geschichte der Rechtsinstitute vollständig geschieden und als eigene Abtheilung gegeben worden ist. Der Ref. ist weit entfernt, hierbei an eine Absichtlichkeit des Ignorirens von Seiten des Herrn geh. Justizrathes Walter zu denken, und hat dazu um so weniger Veranlassung, als ebenderselbe in dem der dritten Lieferung beigegebenen Verzeichnisse der benützten Werke, das von dem Ref. 1839 herausgegebene Werk: Das alte Bamberger Recht, in einer sehr ehrenvollen und anerkennenden Weise besonders hervorgehoben hat. Ref. wird es daher wohl nur als einen der sonderbaren Zufälle zu betrachten haben, welche mitunter literarischen Erscheinungen begegnen (*habent sua fata libelli!*), dass die Umarbeitung seiner Rechtsgeschichte in den Jahren 1844 bis 1847 von dem Hrn. geh. Justizrathe Walter nicht mit der ersten Auflage von 1836 verglichen worden, und dadurch demselben entgangen ist, dass in jener Umarbeitung ein wirklich sowohl der Form als dem Inhalte nach neues und selbstständiges Werk gegeben worden ist. Ref. würde diesen Umstand auch nicht erwähnt haben, wenn er nicht zu befürchten Veranlassung gehabt hätte, dass das gänzliche Ignoriren der Umarbeitung seiner deutschen Staats- und Rechtsgeschichte von den Jahren 1844—1847 in dem Walter'schen Werke von Manchen, welche mit den Verhältnissen nicht vertraut sind, als eine unbedingt verdammende Kritik ausgelegt werden wollte, was, so viel ihm bekannt geworden ist, keinesweges in der Absicht des Hrn. geh. Justizrathes Walter gelegen hat, der überdiess auch zu hoch in der Wissenschaft steht, als dass er zur Erhöhung seines Ruhmes nöthig hätte oder gewillt sein könnte, das kleine Verdienst einer Priorität durch absichtliches Verschweigen eines Dritten in den Schatten zu stellen. Was nun aber die Ausführung in dem Walter'schen Werke selbst anbelangt, so verbürgt schon der Name des Herrn Verfassers, dass Tüchtiges geleistet worden ist. Die Hauptgesichtspunkte, von welchen der Hr. Verf. ausgegangen ist, sind vollkommen diejenigen, von welchen ausgegangen werden muss, wenn etwas Befriedigendes, den Anforderungen der Wissenschaft und den Bedürfnissen der Praxis Genügendes geleistet werden soll. Es sind diese Hauptgesichtspunkte vornehmlich die Quellenmässigkeit der Darstellung und die Fortführung der Geschichte der einzelnen Rechtsinstitute bis auf den Zeitpunkt, wo die Bildung des jetzt praktischen Rechtes beginnt. Eine in das Detail der einzelnen Sätze eingehende Kritik würde den Umfang einer Anzeige in diesen Blättern überschreiten, auch kann überhaupt die Anerkennung der Tüchtigkeit eines Werkes im Ganzen mit der Verschiedenheit der Ansichten über einzelne Punkte sehr wohl bestehen. Mit Recht tadelt der Hr. Verf., dass das Verhältniss der deutschen Rechtsgeschichte

zu dem deutschen Privatrecht noch vielfach sehr schwankend sei, und rügt es ganz treffend, als einen von der älteren Methode ererbten Fehler, dass in die Lehrbücher über das heutige deutsche Recht insgesamt zu viel Rechtsgeschichtliches und Veraltetes eingemischt wird. Der Hr. Verf. hat es auch nicht bei dem blossen Tadel bewenden, sondern seiner Rechtsgeschichte bereits die erste Lieferung eines Systemes des deutschen Privatrechts folgen lassen, welches sich streng auf den praktischen Standpunkt beschränkt, und sich daher sehr gut als ein praktischer Cursus sowohl an seine sowie an jede andere deutsche Rechtsgeschichte anschliesst, welche auf gleichem Standpunkte, wie die Walter'sche, bearbeitet ist. Ref. hat aus der Durchsicht der vorliegenden ersten Lieferung dieses Systems des deutschen Privatrechts grosse Befriedigung geschöpft. Die Darstellung, welche die Kenntniss der deutschen Rechtsgeschichte voraussetzt, und also auf dem geschichtlichen Boden wurzelt, während sie sich von der Vermengung des Historischen und Praktischen frei hält, ist äusserst klar und durchsichtig. Der Verf. hat es verschmäht, einen grossen Ballast, besonders älterer Literatur, aufzunehmen, sondern hat sich darauf beschränkt, die Hauptschriften anzugeben und dabei auf jene Werke zu verweisen, in welchen die ältere Literatur bereits zusammengetragen ist. Dagegen hat derselbe in einer ganz trefflichen Uebersichtlichkeit die verschiedenen Ansichten über die wesentlichen Streitpunkte, mit kurzer Angabe der hauptsächlichsten Gründe, worauf sie sich stützen, aufgeführt, und eben so seine eigene Ansicht durchaus kurz und bündig begründet, so dass eben dadurch auch dem Anfänger und dem Praktiker sofort die ganze Streitfrage und der wesentliche Punkt, um welchen sich die Entscheidung bewegt, gleich recht verständlich wird und anschaulich vor die Augen tritt. Es ist dies eine Manier der Darstellung, welche sich nur durch ein langjähriges Dociren aneignen lässt, und die sich wohl auch nur ein bereits bewährter Rechtslehrer erlauben durfte; aber es ist doch eine Manier, welche bei ihrer Eigenthümlichkeit sehr viel Angenehmes und Anerkennenswürdiges hat. Sie führt den Leser so recht eigentlich schnell „*in medias res*“ ein, und wenn man auch in einem oder dem anderen Falle die Ansicht des Hrn. Verf. nicht sollte theilen können, so lässt sie doch darüber nie einen Zweifel, was denn eigentlich der Streitpunkt, und was des Verfassers Meinung und wie die verschiedenen Meinungen zu begründen versucht worden sind. Die Darstellung ist daher auch in gewissem Sinne polemisch; aber es ist dies eine rein objective Polemik, die subjectiv nicht verletzt, sondern auch das Richtige in den gegentheiligen Ansichten gerne anerkennt. Bei dieser Eigenthümlichkeit, welche den wesentlichsten Vorzug des Walter'schen Systems des Privatrechts bildet, wird es demselben an einem grossen Leserkreise sicher nicht fehlen, und wird dasselbe wohl bald zu den beliebtesten Büchern dieses Faches gehören, da es namentlich besonders für das Selbststudium der angehenden Juristen geeignet erscheint. **Zoepl.**

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Abstammung, Ursitz und älteste Geschichte der Baiwaren. Festgabe zur siebenten Säkularfeier der Gründung der Haupt- und Residenzstadt München von Dr. E. Anton Quitsmann, ordentl. Mitglieder des historischen Vereines für Oberbayern etc. München, 1857. (7 Bogen, 112 Seiten).

Diese kleine Schrift gehört zu dem Besten, was über die viel bestrittene Herkunft der Bayern gesagt worden ist und, abgesehen von ihrem speciellen Gegenstande, zu den besten Monographien über die Urgeschichte einzelner deutscher Volksstämme. Sowohl die Quellenforschung, als namentlich die sorgsame Schichtung, Anordnung und Verbindung der Quellenzeugnisse und die Berücksichtigung der älteren und neueren Literatur, lassen kaum etwas zu wünschen übrig. Die Ansicht, welche Zeuss in seiner Schrift: *Die Deutschen und die Nachbarstämme*, München 1837, über die Herkunft der Bayern aufgestellt hat, wonach dieselben von den Markomannen abstammen, erhält in dieser Schrift im Allgemeinen ihre Bestätigung. Der Verf. leitet mit grösster Wahrscheinlichkeit — denn mehr wird auf diesem dunklen Gebiete nie zu erreichen sein und wird auch von dem Verf. nicht beansprucht — die Bayern von den zwei Gefolgen der Markomannenkönige Marobod und Catualda ab, welche von den Römern, nach ihrer Vertreibung durch andere deutsche Stämme aus Böhmen, in der mittleren Donaugegend, an den Karpathen, zwischen der March und Theiss kolonisirt worden waren und in dem Quaden Vannius einen gemeinschaftlichen König erhalten hatten, bald aber zu einem bedeutenden Volke erwachsen und fünf Jahrhunderte lang neben den Quaden in jenen Gegenden ein selbstständiges Reich bildeten. Auch der Name der Bayern wird mit dieser geschichtlichen Thatsache in Verbindung gebracht und als „die beiden Gefolgschaften oder Bünde, Treubünde, *bai-waras*“ erklärt, so wie auch der daraus hervorgegangene Landesname *baias* als bis in das zehnte Jahrhundert in den Gegenden der Theiss vorkommend, nachgewiesen. Die etymologischen Ausführungen, die der Verf. in dieser Beziehung gegeben hat, möchten wohl noch einiger Berichtigung bedürfen, jedoch wird eben eine noch strengere Prüfung seine Resultate nur bestätigen können. Von besonderem Interesse ist es, was der Verf. S. 88 ff. über die Anklänge an jetzt noch vorhandene Sitten, Gebräuche und Einrichtungen des bayerischen Volkes beigebracht hat, die theils schon aus dem fünften Jahrhundert von jenen Völkern an der Theiss berichtet werden und sich zum Theil noch bis jetzt erhalten haben. Der Verf. weist so-

dann eine Rückwanderung der Baiwaren aus den Theissgegenden nach Böhmen nach, die gegen den Ausgang des fünften Jahrhunderts in Folge des Andringens der Slaven stattfand, von woaus sie sich in der Gegend der heutigen Oberpfalz ausbreiteten und sodann am Anfang des sechsten Jahrhunderts über die Donau in das seitdem von ihnen benannte Bayern einwanderten. Gut gelungen ist die Rechtfertigung der Volkssage, welche diesen Zug in das Jahr 508 versetzt. Vollkommen richtig stellt der Verf. auch das Verhältniss der Franken und der Bayern seit ihrer ersten Berührung im Anfang des sechsten Jahrhunderts als ein Bundesverhältniss oder als einen vertragsmässigen Anschluss der Bayern und eine friedliche Unterordnung ihrer Fürsten unter die Frankenkönige dar, wodurch sich auch die hochbevorzugte Stellung erklärt, welche die Bayernkönige, auch nach dem sie in Folge ihres vasallitischen Verhältnisses zu den Frankenkönigen nur noch den Herzogstitel führten, jederzeit in der fränkischen Monarchie einnahmen. Sicher ist, dass in der Geschichte keine einzige Thatsache nachgewiesen werden kann, welche auch nur entfernt auf eine ursprünglich kriegerische Unterwerfung und Besiegung der Bayern durch die Franken gedeutet werden könnte. Unstreitig war die Oberherrlichkeit der Frankenkönige über Bayern schon unter Chlodowigs Sohne, Theodorich I. † 534, der seinem Vater im J. 511 in der Herrschaft über die östlichen Theile des fränkischen Reiches gefolgt war, begründet, wie dieser selbst in seinem bekannten officiellen Schreiben an den Kaiser Justinian erklärt: „per Danubium et limitem Pannoniae usque ad Oceani littora dominatio nostra porrigitur.“ Wenn daher auch eine Aeusserung des Venant. Fortunatus VI. carm. 2., wonach Chlotar I., der Bruder von Theodorich I. und Vater des Königs Sigibert, einen Sieg über Völkerschaften an der Nab erfochten haben soll, auf die Bayern in diesen Gegenden bezogen werden darf, so ist doch hier wie der Verf. S. 101 treffend bemerkt, nicht an eine erste Unterwerfung der Bayern, sondern nur an einen misslungenen Versuch derselben, sich der fränkischen Oberherrschaft zu entziehen, zu denken, wie solche Versuche von Zeit zu Zeit in Bayern gemacht, von den Franken aber jedesmal unterdrückt wurden. Dies geschah z. B. auch durch Karl Martell nach der contin. Gregor. Tur. (sog. lib. XI. c. 108) und später auch durch Karl d. G., durch welchen letzteren der Agilolfinger Thassilo II. gestürzt und Bayern in engere Verbindung mit der fränkischen Monarchie gebracht wurde. Mit dieser Ansicht stimmt auch de Pétigny in seiner vortrefflichen Abhandlung „de l'origine et des différentes rédactions de la loi des Bavares“ in der Revue historique de droit français et étranger, Paris, 1856, livr. IV. V. überein, welche zu den wenigen auf die ältere Geschichte von Bayern bezüglichen Abhandlungen gehört, die dem Verf. bei der Ausarbeitung seiner Schrift nicht bekannt gewesen zu sein scheinen. Dieser Schriftsteller spricht sogar Heft IV. S. 341 die Vermuthung aus,

dass schon die Bayernfürsten vor Garibald, der nach Paul. Diac. IV. 7. c. a. 595 von Childebert II. als König (rex) in Bayern eingesetzt oder bestätigt (ordinatus) wurde, ebenso wie nachher Thasilo und dessen Geschlecht, Agilolfinger gewesen sein mögen, indem er dabei auf die L. Bajuv. tit. II. c. 20. §. 3. verweist, wo ausdrücklich gesagt wird: „dux vero (Bavariae) semper de genere Agilolfingorum fuit et debet esse, quia sic reges antecessores nostri concesserunt eis.“ In einem Punkte jedoch kann sich Ref. mit dem Verf. nicht einverstanden erklären. Es glaubt nämlich der Verf., dass in dem von Venant. Fortunatus gebrauchten Ausdrucke: „gemina gens“ eine dichterische Namensumschreibung des Bayernvolkes, beziehungsweise eine Uebersetzung seines Namens als Volk der beiden Bünde oder Gefolgschaften durch „Zwillingsvolk“ gefunden werden könne. Allein in dieser Stelle stehen die Worte: „de gemina gente“, wie der Zusammenhang zeigt („perficiens unum gemina de gente triumphum“), nur für „de utraque gente“ und will daselbst nicht mehr gesagt werden, als dass Chlotar I. in einem und demselben Feldzuge sowohl die kurz vorher genannten Thüringer, als auch das Volk an der Nab besiegt habe. Durch das hier geäußerte Bedenken wird jedoch das Gesamtergebnis der Forschungen des Verf. durchaus nicht in Zweifel gestellt, vielmehr halten wir es im Uebrigen für so wohl begründet, dass es durch das Aufgeben einer einzelnen, unseres Bedünkens nicht hieher zu ziehenden Stelle eher nur gewinnen als verlieren kann. Nach den übrigen Ausführungen des Verf. kann wohl kein Zweifel darüber bleiben, dass der Name der Bayern einem oberdeutschen (herminonischen) Volksstamme zugehört und von diesem als einem einigen Volke durch Einwanderung in das heutige Bayern getragen wurde. Dies schliesst aber nach unserer Ansicht nicht aus, dass nicht noch nach der Zurückführung der römischen Besatzungen und Provinzialen hinter die Alpen im J. 488 durch den Grafen Pierius auf den Befehl des Königs Ottoaker noch mancherlei scyrische, herulische und rugische Elemente der Bevölkerung im heutigen Bayern zurückgeblieben sein mögen, welche aber wohl bald mit dem neu eingewanderten Volke sich verschmolzen. Besonderes Lob verdient ebenso die klare Darstellung, als auch die maassvolle, bei aller objectiven Schärfe nie persönlich verletzend Kritik in vorliegender Schrift. Der Stadt München hätte wohl keine schönere Festgabe zur siebenten Säkularfeier ihrer Gründung geboten werden können.

Zoepli.

*Römische Alterthümer von Ludwig Lange (Professor in Prag).
Erster Band. Einleitung und der Staatsalterthümer erste Hälfte.
Berlin. Weidmann'sche Buchhandlung. 1856. VIII und 666 S.
8. Netto-Preis 1 Thlr. 14 Sgr.*

Auf Veranstaltung der Weidmann'schen Buchhandlung in Berlin erscheinen bekanntlich eine Reihe von Handbüchern, die zum Zwecke haben, das lebendigere Verständniss des klassischen Alterthums über die Kreise der Fachgelehrten hinaus auch überhaupt unter dem grösseren gebildeteren Publikum zu verbreiten. Zu diesem Cyklus von Werken, deren Bearbeitung grossentheils durch bereits anerkannte Gelehrten ersten Ranges übernommen worden ist, gehören denn auch die römischen Alterthümer von Prof. Lange, deren erster Band die „Einleitung und der Staatsalterthümer erste Hälfte“ enthält. Der zweite für die nächste Zeit in Aussicht stehende Band wird die Darstellung der Staatsalterthümer zu Ende führen, die gottesdienstlichen Alterthümer und der dritte Band die Privatalterthümer enthalten. Durch Lange erhielten wir ebenso wie durch Th. Mommsen (dessen in demselben Verlag erscheinende römische Geschichte ebenfalls zu dem bemerkten Cyklus gehört) nicht eine blosse sorgfältige und gewandte Zusammenstellung der Resultate früherer wissenschaftlicher Erörterungen, sondern zugleich auch nicht wenige bedeutende neue Originalforschungen. Die letzteren werden theilweise vielleicht um desswillen manchen Widerspruch finden, weil zu ihrer vollkommenen Begründung oft sehr umständliche und verwickelte Beweisführungen nöthig wären, solche aber nach der Tendenz des vorliegenden Buches, das gerade nicht bloss für Fachgelehrte, sondern für die allgemeine gebildete Welt geschrieben ist, ausgeschlossen sind. Lange hat daher eher schon zu viel, als zu wenig gethan, indem er stets wenigstens im Allgemeinen seine Ansichten zu begründen suchte, und indem er an gelehrtem Apparat nicht bloss in Anmerkungen am Fusse der Seiten die monographischen Bearbeitungen der einzelnen Lehren aufgeführt, sondern mitunter auch in den Text selbst einige Citate und Aeusserungen der Quellen mit aufgenommen und in den Text hineinverwoben hat. Zweckmässig möchte es gewesen sein, wenn statt dessen im Texte nach einer durch das ganze Buch fortlaufenden Zahlenreihe blosse Notenzeichen gegeben, am Ende des Buches dann aber, um den speziellen Anforderungen der Alterthumswissenschaft zu genügen, ein paar Bogen kürzerer und längerer Noten zur näheren Begründung der im Buche vorgebrachten Sätze beigegeben wären. Wenn der Styl des Verfassers bisweilen etwas schwerfällig ist, so kommt dies einigemal mit gerade daher, weil lateinische Quellaussprüche mit deutscher Darstellung zu einem Satze verbunden sind. Man lese z. B. die Bemerkung auf S. 202: „ursprünglich aber gab es keine plebs neben den Patriciern, oder wenn es eine gab, so stand sie, als in welcher gentes patriciae non insunt, ausserhalb

des *populus*, und der Begriff desselben war mit der der Gesamtheit der *gentes patriciae* identisch.“ Bei einer neuen Auflage würden sich auch hier und da Wiederholungen von Dingen die bereits an einer früheren Stelle des Buches gesagt worden sind, vermeiden lassen.

Was der Darstellung des Verfassers an Eleganz fehlt, wird übrigens genügend aufgewogen durch die Gründlichkeit der Behandlung und den materiellen Inhalt des Werkes. Die Einleitung (S. 1—30) bespricht in den 4 ersten §§. die Aufgabe, die Geschichte, den Umfang der römischen Alterthümer und die Anordnung der Theile. Als Aufgabe der römischen Antiquitäten bezeichnet der Verf. (S. 1), die seit dem Untergange des römischen Volkes einem abgeschlossenen Gebiete der Vergangenheit (*antiquitas*) angehörenden sittlichen und rechtlichen nationalen Zustände desselben zu schildern. Ueber das Verhältniss der Antiquitäten zur Rechtsgeschichte bemerkt er (S. 6) mit Recht: „der Gesichtspunkt der römischen Rechtsgeschichte und der Antiquitäten ist, trotzdem dass die darzustellenden Erscheinungen dieselben sind, insofern verschieden, als es jener auf die Genesis des Rechtes ankommt, während für die Antiquitäten die Institutionen des Privatrechts nur als Manifestationen des römischen Nationalcharakters Interesse haben.“ Wenn der Verf. daran die Folgerung knüpft, „dass für die Rechtsgeschichte die spätern sich von den engen Schranken der Nationalität lösende, durch Einwirkung des *jus gentium* bedingte Entwicklung des Rechts das Hauptinteresse habe, während für die römischen Antiquitäten der nationale Ausgangspunkt der Entwicklung die Hauptsache sei“; so ist das in Bezug auf die Rechtsgeschichte Gesagte nicht ganz richtig. Es hat für dieselbe zwar auch die Einwirkung des *jus gentium* auf das *jus civile* ein sehr grosses Interesse, aber das *jus civile*, dessen Kern in dem XII Tafelgesetze codifizirt worden, ist, um mit Rudorff (Röm. Rechtsgesch. Bd. I. Leipzig 1857, S. 260) zu reden, „bis in die späteste Zeit des Reiches der unerschütterte Grundpfeiler des Rechtssystems, seiner Einheit und Harmonie geblieben“ (vgl. auch Cic. de orat. I. 44. 195. Liv. III. 34). In Bezug auf das römische Erbrecht hat Referent dieses jetzt noch speziell in einem eigenen Werke nachgewiesen*). Man kann darum durchaus nicht sagen, dass der nationale Ausgangspunkt der Entwicklung in der Rechtsgeschichte nur von untergeordneter Bedeutung und nicht auch eine Hauptsache sei, wenn gleich er nicht die ausschliessliche Hauptsache ist.

Unter der in §. 5 angegebenen allgemeinen Literatur vermissen wir Heineccii *Antiquitatum Romanarum Syntagma*, nach einer Reihe früherer Auflagen 1822 von Haubold, und 1840 zuletzt von Mühlenbruch herausgegeben. Wir berichtigen hier auch

*) Vering. Das römische Erbrecht in seiner geschichtlichen Entwicklung. Heidelberg, Verlag von J. C. B. Mohr. 1858. Man vgl. besonders dort das Kap. VIII gegen Ende. (Der Druck des Buches ist noch nicht ganz vollendet.)

den Druckfehler S. 9. Z. 4 v. u. W a l t h e r zu schreiben, statt W a l t e r. Im Uebrigen ist in diesem und in 10 folgenden Paragraphen der Einleitung Alles zusammengestellt, was an Quellen und Schriften für das Gesamtgebiet und die Haupttheile der römischen Antiquitäten wichtig ist.

Der nun beginnende erste Theil mit den Staatsalterthümern hat aber noch eine besondere Einleitung (S. 33—38). Darin wird zuerst (§. 16) die Methode der Darstellung entwickelt. Der Verf. will „auf die geschichtliche Erzählung von der Entwicklung des römischen Staates innerhalb einer möglichst begrenzten Epoche die systematische Darstellung derjenigen Institutionen folgen lassen, welche als die reife Frucht der Entwicklung bis zum Ablaufe jener Epoche anzusehen sind.“ Denn „wir gewinnen durch diese Art der Darstellung den Vortheil, dass weder die geschichtliche Entwicklung des Ganzen, noch die systematische Darstellung der einzelnen Institute zerrissen wird. Unsere Perioden sind Theile des in seiner organischen, historischen Entwicklung aufgefassten Systems, und unsere systematischen Abschnitte repräsentiren die historische Aufeinanderfolge der einzelnen Institute, oder mit anderen Worten den historischen Wachsthum des Organismus.“ Sechs Perioden als verschiedene Entwicklungsphasen in Folge des Hinzutritts eines neuen das Staats- und Rechtsleben wesentlich alterirenden Elements nimmt der Verf. an und gibt in §. 17 eine Uebersicht derselben. Die erste Periode soll nach einer kurzen Skizze der vorrömischen Entwicklung und der Voraussetzung zum Entstehen der römischen Nationalität den patricischen Staat betrachten, als dessen mythische Repräsentanten die drei ersten Könige gelten. Die zweite Periode umfasst die staatsrechtliche Anerkennung eines nichtpatricischen Elementes im Staate, der plebs. Repräsentanten dieser Entwicklung sind die übrigen Könige. Die dritte Periode gilt dem Streben der plebs nach staatsrechtlicher Gleichstellung. Diese drei Perioden sind in dem vorliegenden Bande dargestellt. Die vierte Periode soll zeigen, wie der bisherige Gegensatz von Patriciern und Plebejern sich in einen neuen andern verändert, und sich dieser geltend macht als Gegensatz von nobiles, der Aristokratie des Verdienstes und des Reichthums, und ignobiles, der Armen. Die fünfte Periode von den Grachen bis auf Augustus entwickelt bei der Auflösung der bestehenden Staatsform und den Störungen des Rechtszustandes den Höhepunkt des Kriegswesens und die Blüthe des Gerichtswesens. Die sechste und letzte Periode umfasst den Zeitraum der römischen Monarchie bis auf Constantin den Grossen. Mit Constantinus ist die römische Nation als solche todt. Darum soll die Zeit nach Constantinus bis auf den Untergang des weströmischen Reiches nur aus praktischen Gründen noch in einem Anhange betrachtet werden. Welche staatlichen Institutionen der Verf. in den einzelnen Perioden betrachtet, hat derselbe in seiner Uebersicht zugleich schon ange-

deutet. Wir wollen dieselben sogleich nach der näheren Darstellung des Verfassers betrachten.

Bevor zur Darstellung der ersten Periode übergegangen wird, finden wir, wie bereits bemerkt, die Voraussetzungen für die Bildung der römischen Nationalität erörtert (§. 18—24. S. 39—57). Mit Schwegler und Mommsen lässt Lange als zuverlässige Quelle der vorgeschichtlichen Zeit nur die Sprachen der in Betracht kommenden Völker gelten. „Denn die Nachrichten der griechischen und lateinischen Schriftsteller über die Entstehung der römischen Nation und die altitalische Bevölkerung überhaupt beruhen weder auf geschichtlicher, noch auf einer mythischen Ueberlieferung die authentisch wäre ... Zwar fehlt es trotzdem nicht ganz an mehr oder minder beglaubigten Sagen von ächt italischer Färbung, durch deren Deutung wir gewisse Aufschlüsse über die altitalischen Völkerverhältnisse erlangen können — und diese sind für die nachfolgende Darstellung, da sie die aus den Sprachen abstrahirten Resultate bestätigen und ergänzen, benutzt —; aber ihre Zahl ist klein gegen die durch den Einfluss der griechischen Ansiedelungen in Italien schon in verhältnissmässig früher Zeit gräcisirten Sagen und gegen die wiederum auf diesem schlüpfrigen Grunde aufgebauten Schlüsse, Reflexionen, ja sogar Erfindungen der griechischen Historiker, die von den ältesten römischen Annalisten im Allgemeinen gläubig angenommen und verbreitet sind.“ So bezeichnet Lange (S. 39 ff.) seinen kritischen Standpunkt der Forschung im Gegensatz zu dem Standpunkte von Gerlach und Bachoven, und führt dann noch eine Anzahl neuerer Einzelschriften über die altitalische Bevölkerung auf.

Nun werden die Keime römischen Wesens aus der vorrömischen Zeit erforscht. Zufolge ihrer Sprache gehören die Römer mit den übrigen Latinern einem Graeco-Italischen Volksstamme an und ist dieser der Zweig eines Indoeuropäischen Urvolks. Bei diesem Urvolke, welches noch nicht hinausgekommen war über die culturhistorische Stufe des Nomadenlebens, dürfen wir nach einem Kreise bestimmt ausgeprägter allen indogermanischen Sprachen gemeinsamer Wörter bereits voraussetzen, die Keime des Privat- und Staatsrechts, nämlich eine monogamische Regelung des ehelichen Verhältnisses und den Anfang der Familienverfassung, der Gewalt des Familienhauptes über die Glieder und das gemeinschaftliche Eigenthum der Familie; ferner mit der Erweiterung der Familien zu Geschlechtern eine entsprechende Familiengewalt des Geschlechtsältesten, Patriarchen, in allen Fällen wo es sich um die Interessen des ganzen Geschlechts handelte, sowie ein Zusammenhalten benachbarter Geschlechter (S. 41). Auf der Wanderung von Asien im Süden des kaspischen und schwarzen Meeres nach Europa lernte der Graeco-Italische Stamm den Ackerbau kennen. Aus den gemeinschaftlichen Anfängen des Ackerbaus bei Griechen und Italikern stammt z. B. die prinzipielle Gleichheit des griechischen und italischen

Hauses, der griechischen und italischen Ackervermessung nach Quadraten von 100 Fuss in's Gevierte, ferner der gemeinsame Kult der Vesta. Auf diesen Wanderungen wurden die Geschlechter fester aneinandergeschlossen; ihnen war insbesondere bei den Kämpfen mit den vorgefundenen Bewohnern eine militärische Oberleitung nöthig, welche „in Griechenland, wie in Rom auf den Stamm des Patriarchenthums gepropft die Grundlage der monarchischen Gewalt ward.“ In die Graeco-Italische Wanderperiode fällt auch der erste Keim des Kriminalrechts, das beiden Völkern gemeinsame und mit dem ihnen gemeinsamen chthonischen Kulte unverkennbar zusammenhängende Ersetzen der Blutarche durch eine Sühne, ein Gedanke, welcher dem Systeme der öffentlichen wie der Privatstrafe im Ganzen wie im Einzelnen zu Grunde liegt (S. 42 f.). Während nun die eine Hälfte des Stammes Kleinasien und Griechenland überfluthet, nimmt die andere die apenninische Halbinsel ein. Die spezifisch italische nationale Entwicklung bedingt sich hier einmal durch den Boden und das Klima (S. 44—46), sodann wenn auch nur mittelbar durch die schon vorgefundene Bevölkerung (S. 46—49). „Wenn Italien auch nicht die Möglichkeit der Seefahrt ausschliesst, so begünstigt es dagegen mehr als Griechenland durch seine ausgedehnteren Ebenen den Ackerbau, mit dem Viehzucht in grossartigem Massstabe verbunden blieb“ (S. 44). Daher „ist die italische Entwicklung weit langsamer als die griechische; und dem entspricht die ruhige Stetigkeit des italischen Nationalcharakters gegenüber der raschen Beweglichkeit des griechischen. In Italien selbst ist wieder in dieser Beziehung ein Unterschied wahrzunehmen zwischen den westlichen und östlichen Völkern, indem jene, bei welchen der Ackerbau vorherrscht, rascher zu einer dauernden Sesshaftigkeit und zu einer Steigerung des patriarchischen Lebens zum staatlichen gelangen, diese zäher im Festhalten des Alten zurück bleiben in der staatlichen Entwicklung. Beiden gemeinsam ist aber den Hellenen gegenüber die nationale Gestaltung der Sitte und des Kultus“, das strenge Festhalten an Zucht und Sitte der Vorfahren (S. 45), das zähe Festhalten an dem Familien- und Geschlechtsverbande. Ferner in superstiöser Aengstlichkeit sucht der Italiker in steter Erinnerung an die Götter bei jeder Handlung den Willen derselben zu ermitteln. „Schon in der Wanderperiode hatte man Billigung oder Missbilligung der Götter aus gewissen Zeichen erkennen zu können geglaubt. Die konsequente Ausbildung dieser Ansicht, die in dem Auspicienwesen des römischen Patricierstaates gipfelt, ist spezifisch italisch“ (S. 46). Zu der italischen Entwicklung, welche wenigstens mittelbar veranlasst worden durch das Vorfinden von Autochthonen, von Völkerschaften, welche in entschiedenem nationalen Gegensatze zu den Hellenen und Italikern standen (S. 46 f.), dahin zählt Lange die Klientel, sowie zum Zwecke der Eroberung und der Sicherung des Eroberten ein engeres Zusammenschliessen der einzelnen Herrengeschlechter, „was zu der Konstituierung der Ge-

schlechtsgenossenschaft als Gaugenossenschaft mit festen Plätzen (arces, pagi, montes, urbes) und zur Verbindung solcher Gaugenossenschaften in Eidgenossenschaften (foedera) führte: Formen, welche sich historisch als Voraussetzungen der römischen Verfassung erweisen und neben dem schon staatlich entwickelten Rom bei den Latinern und länger noch bei den in der staatlichen Entwicklung zurückgebliebenen Samniten bestanden“ (S. 48). „Andererseits müssen in den Zeiten der Ueberwindung der Autochthonen die Keime des italischen Eigenthumsrechtes gesucht werden, als dessen oberste Rechtsquelle das Recht des Eroberers deutlich genug ausgesprochen ist nicht bloss in dem Satze des Gajus (IV. 16 i. f., wie hätte beigefügt werden sollen): Haec maxime sua credebant, quae ex hostibus cepissent, sondern auch in den ursprünglichsten Terminologien der Begriffe des Eigenthumsrechtes, wie mancipium, mancipatio, manceps, vindex, vindicatio und in dem Umstande, dass die Nationalwaffe, die hasta als Symbol des striktesten Eigenthumsrechtes gilt (vergl. auch S. 113 ff.). Ja selbst die konsequente Fortbildung jener Anschauung zu dem Extrem, dass der säumige Schuldner in die Lage des persönlich rechtlosen hostis gerieth, ist nicht erst spezifisch römisch, sondern wahrscheinlich schon allgemein italisch“ (S. 49).

Lange geht nun über zu der Stammesgliederung der Italiker (S. 50—53). Er bemerkt hierbei zum Schlusse in Bezug auf die Latini, dass sich bei den Latinern angeregt durch griechische Seefahrer schon frühzeitig eine Art von Handelsthätigkeit entwickelt hat und als Mittelpunkte des Handelsverkehrs Städte gegründet sind. „So entwickelte sich bei den Latini der Begriff des städtischen Bürgerthums, gegründet freilich auf die patriarchalischen Formen einer Geschlechtsverfassung, die sich durch Versagung des connubium nach Aussen hin immer mehr zu befestigen suchte, während sie durch die Gestattung des commercium ein die Grundlagen des Geschlechterstaates angreifendes und umgestaltendes neues Element in sich aufnahm. Der Kampf zwischen dem patriarchalisch konservativen Princip des durch das jus connubii in sich abgeschlossenen aristokratischen Kreises und dem kaufmännisch progressiven Princip des jus commercii, auf der Basis des städtischen Bürgerthums geführt, dort mit den Waffen der Religion, hier mit denen des materiellen Interesses bildet die Geschichte Roms bis auf den Höhepunkt seiner Verfassung. Die Elemente jenes Kampfes sind aber nicht spezifisch römisch, sondern allgemein latinisch“ (S. 53).

Die Einwirkungen fremder Nationalitäten, welche theils schon in vorrömischer Zeit, theils erst in der Zeit nach der Gründung Roms in Berührung mit Italien treten, sind vielfach überschätzt worden. Lange (S. 53—57) führt sie auf ihr richtiges Mass zurück. Von einem direkten Einflusse der Etrusker, Griechen, Phönizier, Kelten auf die Rechtsbildung lässt sich eigentlich gar nichts reden. Indem sich der Verf. nun zur ersten Periode wendet, welcher der patrizische Staat angehört, betrachtet er zuerst Latium vor

der Gründung Roms (S. 58—62), insbesondere die Bedeutung Alba Longas unter den latinischen Städten vor der Machtentwicklung Roms, so viel dies bei der Mangelhaftigkeit der historischen Nachrichten möglich ist. In Bezug auf die Gründung der Stadt Rom sagt Lange unter Zurückweisung vieler mythischen Nachrichten (S. 62—67), die Keime der staatlichen Organisation, zu deren Träger die Sage den mythischen Städtebegründer gemacht habe, lägen in den Gaugenossenschaften (*pagi*), welche seit den ersten Ansiedelungen der Indogermanen in Latium bestanden, und sich für die Umgegend Roms unter der späteren politischen Eintheilung in *tribus rusticae* erhielten. Als Ursache des Entstehens und baldigen Aufblühens von Rom gibt er (S. 65) ähnlich wie Mommsen an, „dass zur Vermittelung des Binnenhandels zwischen Latium und den umliegenden Landschaften, sowie zur Unterhaltung des Exporthandels mit griechischen und karthagischen Seefahrern kein Ort günstiger als Rom lag, das gegen Seeräuberei geschützt war und doch in seiner Nähe am Ausfluss der Tiber den einzigen Ankerplatz an der Küste Latiums hatte ... Es versteht sich von selbst, dass die Bewohner Roms um Kaufleute zu werden, nicht aufzuhören brauchten Ackerbauer zu sein, was sie vielmehr immer vorzugsweise blieben.“ Die Gründung des Staates der Quiriten setzt der Verf. (S. 67—74) in die Vereinigung der Ramnes, der ältesten Ansiedler auf dem Palatinus, mit einer Sabinischen Gemeinde, den Tities. Man schuf dabei zum Zwecke gemeinsamer Beschlussfassung eine künstliche Gliederung dieses Föderativstaates in Curien, unter welcher die patriarchalische natürliche Gliederung der Stämme in *gentes* und *familiae* bestehen blieb. Von dieser Vereinigung der Stämme und der Einrichtung der Curien datirt der Name Quirites (d. h. der in Curien Gegliederten, vgl. S. 69 f. S. 210. 215) zur Bezeichnung des Volkes in seinen inneren Angelegenheiten, während der Name *populus* dasselbe in seinen äusseren Beziehungen bezeichnet. Die Vereinigung scheint anfangs sich auf die isopolitische Gewährung des *jus connubii* neben dem selbstverständlichen *jus commercii* beschränkt, und ein gegenseitiges *jus suffragii* und *honorum* noch nicht bestanden zu haben (S. 71). Die Form der im Laufe der Zeit unter dem treibenden und bestimmenden Einflusse der Ramnes enger gewordenen Vereinigung prägte sich zuerst in der Spitze des Staates aus, indem an die Stelle des Doppelkönigthums ein Wechsel- und Wahlkönigthum trat. Erst längere Zeit nach der Vereinigung der Ramnes und Tities (S. 72 f.) geschah die Erweiterung des Staats durch die Aufnahme der Luceres (S. 74—78), die Lange mit Schwegler für Albanischen Ursprungs, also für Latiner hält. Durch den Hinzutritt der Luceres wurde demnach das mehr zum politischen Fortschritt drängende latinische Element verstärkt (S. 78). Bei den Sabinern nimmt Lange mehr eine zähe an den Konsequenzen der Geschlechterherrschaft hängende, konservative Grundrichtung an, verwirft aber mit Recht die Annahme einer sonstigen spezifisch nationalen Verschiedenheit der zum römischen Staate verbundenen Stämme (S. 73 ff.).

Nachdem nun so die äusseren Umstände dargestellt sind, unter denen der römische Staat entstand, wird jetzt die Entstehung des Staates von innen heraus verfolgt, wie er aus der Familie, deren natürlicher Erweiterung zur gens und zum Stamme erwachsen ist. In drei Abschnitten führt uns der Verf. theilweise zurückgreifend in die Zustände der Zeit vor der Bildung des römischen Staats in systematischer Darstellung vor: 1. das Familienrecht (§. 20—39. S. 79—161), wie sich dessen rechtliche Auffassung in der patricischen Zeit festgesetzt hat, 2. das Gentilrecht (§. 40—43. S. 162—200), 3. das älteste Staatsrecht (§. 44—54. S. 201—299).

Das römische Familienrecht ist (S. 79—83) das Prototyp des ältesten Staatsrechts und zugleich die nationale Grundlage des Systems des Privatrechts. „Wenn wir für das römische Privatrecht einen einheitlichen Ausgangspunkt in dem Familienrechte des jus Quiritium annehmen, so treten wir damit einer verbreiteten Ansicht entgegen, welche, ausgehend von einer falschen Vorstellung über die Differenz der Patricier und Plebejer, das römische Recht als Produkt einer mechanischen Mischung der angeblich ursprünglich verschiedenen Rechte der Patricier und Plebejer ansieht ... Bei den Plebejern müssen, weil sie derselben italischen Nationalität entsprossen sind, wie die Patricier, dieselben Keime für die Bildung des Familienrechts vorausgesetzt werden. Die Bedeutung der Plebejer für die weitere Entwicklung besteht darin, dass sie in die Gemeinschaft der Einer Rechtsphäre unterworfenen Patricier aufgenommen werden, ... dass mit dem Bruche des Principes der Exklusivität des patricischen Staates auch die Exklusivität des ältesten jus Quiritium gebrochen, und dieses einer freieren Entwicklung fähig wird, deren bestimmendes Subjekt von nun an weder die Patricier noch die Plebejer allein, sondern beide zusammen in ihrer staatlichen Vereinigung sind“ (S. 83).

Von uralter Zeit her bildete die familia nach aussen und innen (S. 83—87) in Bezug auf Religion, Personen und Sachen eine durch den Willen des Hausvaters beherrschte feste nachhaltige Einheit. Mit der Entstehung des Staates wurde der abgeschlossene einheitliche Charakter der Familie in staatsrechtlicher und sakralrechtlicher Beziehung einerseits durchbrochen, andererseits aber auch durch den Aufbau des Staates auf der vorhandenen familienrechtlichen Grundlage wiederum befestigt; die privatrechtlichen Befugnisse des Hausvaters wurden zunächst nicht verändert. Lange geht, nachdem er den Charakter der römischen familia im Allgemeinen bezeichnet hat, auf die innere Gliederung derselben nach ihren verschiedenen Beziehungen, auf die Rechte des Hausvaters, des caput der Familie, in dem sich die ganze rechtsfähige Persönlichkeit der familia concentriert, näher ein. Referent hat Lange's Darstellung der römischen familia und damit den grösseren Theil des vorliegenden Bandes der römischen Alterthümer bereits eingehend gewürdigt und

vielfach berücksichtigt in dem oben angeführten röm. Erbrecht (besonders im Kap. I—XI. S. 15 ff.), wo die Einwirkungen der civilen römischen familia auf die eigenthümliche Gestaltung und die geschichtliche Entwicklung des römischen Erbrechts darzulegen versucht wurde. Referent erhielt gerade als der Druck seiner Schrift begann, das Werk von Lange, und war sehr erfreut, fast in allen wichtigen Punkten seine Darstellung nun auch noch durch eine solche wissenschaftliche Auktorität wie Lange und durch manche von diesem neu beigebrachte oder zusammengestellte Gründe unterstützen zu können. Hier an dieser Stelle wollen wir jetzt nur einige Bemerkungen und theilweise Berichtigungen machen.

Lange bespricht zunächst die eheherrliche Gewalt (S. 88—100), im Ganzen übereinstimmend mit den Resultaten von Rossbach's gründlichen „Untersuchungen über die römische Ehe“ (Stuttgart 1853. S. 26 ff.). Jedoch hält Letzterer den Kauf und die religiösen Hochzeitsgebräuche beide für gleich nothwendige Momente bei der Entstehung der manus, die von vorneherein neben einander her und nur in der Folge dadurch auseinandergehen, dass die Patricier den Kauf als unverträglich mit dem sakralen Charakter ihrer Ehe, die Plebejer aber die religiösen Hochzeitsgebräuche als unwesentlich anzusehen anfangen. Dahingegen hebt Lange (S. 90—92) die confarreatio der coemptio und dem usus gegenüber als diejenige spezifisch patricische Form der Eheschliessung hervor, welche die aus patriarchalischen Zeit stammenden religiösen Hochzeitsgebräuche in ihrer ursprünglichen Vollständigkeit treu bewahrt habe. Und die durch confarreatio oder farreum hervorgebrachte manus unterscheidet sich von der manus, die durch andere Arten entstehe, dadurch, dass sie eine sakralrechtliche Bedeutung im System des alten patricischen Sakralrechts habe. Für die patriarchalische und patricische Zeit müsse man daher in der manus nicht bloss eine privatrechtliche, sondern auch eine sakralrechtliche Bedeutung annehmen, die spezifisch verschieden sei von der communio sacrorum, die auch in den nicht konfarreirten Ehen mit der Ehe verbunden sei. Die coemptio (S. 92—94), bei welcher die sakralen Hochzeitsgebräuche nicht das Bestimmende, sondern nur das Accessorische waren, habe auch nicht die sakralrechtlichen Wirkungen für den patricischen Sakralverband und die manus erscheine daher hier nur als ein privatrechtliches Institut. Die coemptio sei als eine symbolische Fixirung des in patriarchalischen Zeit üblichen, jetzt nicht mehr stattfindenden Kaufes der Frau anzusehen. Die Mancipationsbedingung (lex mancipii) habe dabei als spezifischen Zweck des Kaufes die Ehe angegeben. Ein gegenseitiger Kauf (wie später Servius ad Georg. I. 31. und Isidorus Orig. V. 24. das co — in coemptio hätten deuten wollen), könne es nicht sein, weil die Frau das Recht des Verkaufs und Kaufs nicht habe. Vielmehr sei der Mann Käufer (coemptionator), die Frau Kaufobjekt; als Verkäufer müsse der Vater (eventuell der Tutor) der Frau angesehen werden, der durch seine

patria potestas berechtigt sei, die Tochter, sei es zum Zwecke der Ehe oder sonst zu verkaufen. Die Entstehung der coemptio bringt Lange damit in Verbindung, dass das sakralrechtliche Prinzip des Staats seinen ersten Stoss erhalten habe, indem Tarquinius Priscus eine grosse Zahl von plebejischen Familien in das Patriciat erhob und demgemäss auch das connubium mit den Altpatriciern diesen minores gentes ertheilte, welche nun wohl an den sacris des Staates, der Tribus und der Curien, aber nicht an den sacris der Familien und gentes der alten Quiriten Theil nehmen konnten. Möglich sei aber, dass die symbolische Fixirung eines ursprünglich bestandenen Kaufes schon vor der Zeit des Tarquinius Priscus stattgefunden habe. Gerade, weil die der coemptio zu Grunde liegende uralte Anschauung den alten und neuen Patriciern wie den Plebejern gemeinsam ist, so ist es sehr wahrscheinlich, dass auch diese Gestaltung eines Scheinkaufs an Stelle des wirklichen Kaufs schon in die patriarchalische Urzeit zurückgreift. Dafür spricht sogar Lange's Bemerkung (S. 93), dass die dritte Art der Manuserwerbung, der usus, welche das Bestehen der coemptio voraussetze, selbst schon lange vor der Zwölftafelgesetzgebung eingeführt sein müsse. Die Einführung des usus (S. 95) als Form der Eheschliessung sei geschehen — darin nimmt Lange Rossbach's Ansicht an — um die Möglichkeit einer Ehe ohne manus, einer freien Ehe anzubahnen. Lange schildert nun die Entwicklung der Ehen ohne manus (S. 95—98) und zählt darauf die Arten der iniusta matrimonia auf (S. 98—100).

Die väterliche Gewalt (S. 100—108), in ihrer Entwicklung ganz parallel der eheherrlichen, stellt Lange dar, wie sie die familia zu einer ursprünglich unlösbar festen, allmählig aber immer mehr gelockerten Einheit zusammenhält. Lange fasst die arrogatio und adoptio ganz entsprechend der confarreatio und coemptio. Jedenfalls war die adoptio im engeren Sinne dem altpatricischen Staate fremd (vergl. mein Erbrecht S. 38 ff.). Beiläufig berichtigen wir auf S. 103. Z. 1 v. u. bei der angeführten Schrift von Scheurl die Jahreszahl 1840, welche 1850 heissen muss.

Der Verf. geht hierauf zu dem Eigenthumsrechte an Sachen über. Das Eigenthum ist als ein faktisches Verhältniss so alt, wie die Pronomina possessiva in der Sprache und darum ohne Zweifel älter als der römische Staat (S. 108). „Nicht bloss dem Staate gegenüber müssen wir dem Eigenthum der privati; sondern auch im Vergleich mit dem Rechtsbegriffe Besitz müssen wir dem Begriffe Eigenthum die Priorität vindiziren, ... da sich in der Geschichte der Entwicklung des römischen Rechts deutlich herausstellt, dass der Begriff des Besitzes sich nur unter Voraussetzung des Begriffs des Eigenthums bilden konnte.“ Der nationale römische Rechtsbegriff des Eigenthums (dominium) hat „seine Wurzeln in dem Familienrechte; das Eigenthumsrecht an den Sachen der Familie, der res familiaris, durchaus koordinirt mit der eheherrlichen und väterlichen Gewalt, setzt wie diese Gewalten die einheitliche Abge-

geschlossenheit der Familie, deren alleinberechtigter Vertreter nur der pater familias ist, voraus (S. 109). Die geschichtliche Entwicklung des familienrechtlichen Eigenthumsrechts besteht nun darin, dass auch in dieser Beziehung die Einheitlichkeit und Unauflöslichkeit der Familie durchbrochen wird. Dies zeigt sich in doppelter Weise: erstens bekommen neben dem paterfamilias die anderen rechtsfähigen Personen der Familie selbstständige Vermögensrechte ...; zweitens werden die Beschränkungen, welche das Prinzip der Familien-einheit dem pater familiaris auferlegt, gesprengt, während andererseits neue Beschränkungen des Eigenthumsrechts, die durch die Zwecke des Staats geboten sind, eintreten.“ In der Beseitigung der Beschränkungen des Familienprinzips liegt, wie Lange treffend hervorhebt, die Geschichte der Entwicklung des römischen Familienrechts (S. 110). Die Beschränkung der Befugniss des pater familias über die res familiaris zu disponiren äussert sich darin, dass er bei Lebzeiten die res familiaris weder durch unmittelbare Veräußerung, noch mittelbar durch vertragliche zur Veräußerung führende Verpflichtung von der familia trennen, und dass er auch durch eine Bestimmung für den Fall seines Todes die res familiaris seinen natürlichen Erben nicht entziehen kann. Lange betrachtet demgemäss im Einzelnen näher: I. das jus emendi et vendendi (S. 113—127), II. das jus nexus (S. 127—134), III. das jus testamentifactionis et hereditatum (S. 134—144), wie sich dieselben als eine Auflösung des einheitlichen Prinzips der familia entwickelten.

„Der idealen Voraussetzung der Unveräußerlichkeit des Familiengutes steht am Nächsten die Unterscheidung der *res Mancipii* (*Mancipium*) und *nec Mancipii*, die ohne Frage der patriarchalischen Zeit angehört, und der wir im Sinne unserer Grundanschauung die Bedeutung zuschreiben, dass die res Mancipi als das unveräußerliche Eigenthum der Familie derselben erhalten werden sollten“. (M. s. auch mein Erbrecht S. 43 f.). „In der That sind die res Mancipi alle der Art, dass ohne sie das Bestehen einer auf Ackerbau gegründeten patriarchalischen Familie nicht gedacht werden kann“ (S. 113 f.). Die schwerfällige Mancipatio war die ursprünglich einzige Form der Veräußerung dieser Dinge (S. 114 f.), anfangs ein wirklicher Verkaufsakt, der aber schon früh zur imaginaria venditio wurde. „Dass aber das mancipare als vollgültige Form der Eigenthumserwerbung galt, beruht ohne Zweifel darauf, dass die manus des pater familias die ursprüngliche Quelle des fortwährenden Schutzes für das Eigenthum war“ (S. 115). Die res nec Mancipi erscheinen dagegen nicht als ein integrierender Theil der familia. „Die res nec Mancipi, z. B. der Ertrag der Ernte, Federvieh, Schaaf, Ziegen, Geräthe, waren ihrer Natur nach dem Verbräuche ausgesetzt; sie konnten also nicht unter den Gesichtspunkt der nothwendigen Erhaltung fallen.“ Und da der pater familias von diesen Dingen fortgeben konnte, so war er in Bezug auf sie von vorneherein nicht manceps sondern dominus (alt domenus) und darum ist der

positive Ausdruck für die *res nec mancipi* ohne Zweifel *bona* (*duona*) d. i. das Verkäufliche oder Verkaufte, gewesen. Ihre Veräußerung geschieht durch die von der *mancipatio* durchaus verschiedene und auch niemals mit ihr verbundene *translatio* (S. 116). Aus den späteren Nachwirkungen der Unterscheidung zwischen *res mancipii* und *bona*, und dem entsprechend zwischen *mancipatio* und *translatio* ergibt sich, „dass in dem Gegensatze der *res mancipi* und *nec mancipi* der spätere Gegensatz zwischen *quiritarischem* und *bonitarischem* Eigenthum (*dominium ex jure Quiritium* und *in bonis habere*) dem Keime nach vorgebildet ist.“ Als durch den Handelsverkehr unter den *res nec mancipi* Dinge zu sein anfangen, die mindestens ebenso werthvoll waren wie die *res mancipi*, trat an die Stelle des patriarchalischen Begriffs des *mancipium* der nunmehr streng rechtliche weitere Begriff des *dominium ex jure Quiritum*, der sowohl *res mancipi* als [im Texte steht hier verkehrt: und] *res nec mancipi* umfasste und der sich in der *usucapio* und *in jure cessio* neue Formen der Erwerbung des *quiritarischen* Eigenthums schuf, auf *res mancipi* und *res nec mancipi* gleich anwendbar. Nun konnte man auch der *translatio* hinsichtlich der *res nec mancipi* die Wirkung des *quiritarischen* Eigenthums beilegen (S. 117). Dieser nationale Rechtsbegriff des *dominium ex jure Quiritium* wird in seiner Entwicklung „begleitet von dem gleichfalls nationalen Begriffe der *possessio agri publici* und endet in der Absorbirung durch die wissenschaftlich weit vollkommeneren, aber eben darum nicht mehr rein nationalen Begriffe des *bonitarischen* Eigenthums und des *Interdictenbesitzes*, deren Darstellung wir aus eben diesem Grunde der juristischen Rechtsgeschichte überlassen müssen.“ Mit diesen Worten beschliesst Lange (S. 127) seine Darstellung des *jus emendi* und *vendendi*, nachdem er (S. 118—121) wie Niebuhr und Savigny die Entstehung des Rechtsbegriffes des Besitzes so erklärt hat, dass zuerst für die Occupanten des *ager publicus* ein Besitzschutz durch das *imperium* der Magistrate vermittelt und dann von hieraus der entstandene Rechtsbegriff des geschützten Besitzes, der *possessio* auf die Gegenstände des Privateigenthums übertragen worden sei. Lange hat daran denn in diesem Abschnitte eine beachtenswerthe eingehende Darstellung der *in jure cessio* und *usucapio* geknüpft, „die, indem sie neben die *mancipatio* traten, der Tendenz die Familien-einheit aufzulösen neuen Vorschub leisteten“ (S. 122—127).

Unter das *jus nexus* (S. 127—134) zieht der Verf. sowohl die vertragliche persönliche Verpflichtung als auch die Verpfändung von Sachen. Die anscheinend älteste Form der Vertragsschliessung, die *sponsio ad aram maximam* ist für das älteste Prozessverfahren (*legis actio sacramento*) adoptirt. Demnach muss in den ersten Zeiten des geordneten Staatswesens diese Art der Vertragsschliessung, hinsichtlich ihrer sakralrechtlichen Garantie den Formen der *confarreatio* und *arrogatio* zu vergleichen, vielfach üblich gewesen sein. Als dann die sakralrechtliche *sponsio* ausserhalb des Prozessverfah-

rens ihre praktische Bedeutung verlor, erzeugte sich aus jener die neue Vertragsform der stipulatio. Lange verweist für die weitere Ausführung dieser hier angedeuteten Sätze auf den im 2. Bande der röm. Alterthümer zu erwartenden Abschnitt IX vom Gerichtswesen. Aehnliche Fragen finden wir jetzt auch schon erörtert in dem an vortrefflichen Forschungen so reichen Werke von Danz. Der sakrale Schutz im römischen Rechtsverkehr (Jena 1857), und in der gleichzeitig zur vierhundertjährigen Jubelfeier der Universität Freiburg i. Br. geschriebenen Abhandlung von Professor Schmidt. De originibus legis actionum (Friburgi 1857. 4.).

Dass die sponsio ad aram maximam ausser Gebrauch kam, ist nach Lange Folge davon, dass mit rein rechtlichen Formen der Vertragsschliessung dieselbe Sicherheit des Gläubigers erzielt werden konnte. Wie die coemptio neben die confarreatio, die adoptio neben die arrogatio trat, so traten diese civilrechtlichen Formen neben jene sakralrechtliche Sponsion; es sind aber deren zwei; das nexum per aes et libram und die in jure confessio, von denen jene der Verkaufsform durch mancipatio, diese der durch in jure cessio parallel steht. Wir müssen daher jene für die ältere halten, obwohl sie darum nicht gleich alt mit der mancipatio zu sein braucht, da sie eine übertragene Anwendung der mancipatio ist und ausserdem, wie die in jure confessio, den Rechtsschutz des Magistratsimperiums voraussetzt. So Lange. Seine ganze Auffassung des nexum (S. 129 ff.) ist und bleibt nur eine Hypothese, wie deren so mannichfach verschiedene über das nexum aufgestellt sind, die aber immerhin einige Beachtung verdient.

In Bezug auf das jus testamentifactionis und hereditatum (S. 134—144) wird der Verf. den Konsequenzen seiner trefflichen Darstellung des römischen Familienrechts untreu. Er hätte sonst erkennen müssen, wie die feste Einheit der familia, in Bezug auf die von ihr umschlossenen Personen sowohl wie das Vermögen, nothwendig zu einer ausschliesslichen Intestaterbfolge der sui heredes führen musste, so dass eine testamentarische Erbfolge nicht anders möglich erschien, als dadurch, dass man den einzusetzenden Erben adoptirte und so zum suus heres machte. Eine unrichtige Auffassung der testamenta calatorum comitorum und in procinctu ist es daher, wenn Lange bei diesen die Gesammtheit der Quirites den Willen des Testators durch blosses Zeugnissablegen, und nicht durch eine wirkliche lex populi schützen lässt (vgl. mein röm. Erbrecht Kapitel IV—VII. S. 110 ff.). Unhaltbar ist auch dem entsprechend Lange's Ansicht (S. 136) über die sacrorum detestatio. Er hält sie, ähnlich wie schon Cujas (ad legg. 40. 208 de V. S. in den Recitt. ad divers. titt. Pand. absol.) und Becker (Handb. der röm. Alterth. II. 1. S. 370 f.) für eine Erklärung, wodurch der Testator ausdrücklich seine sacra auf den Erben übertragen habe (vgl. dagegen mein röm. Erbr. S. 125—128).

(Schluss folgt.)

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Annales Ecclesiastici, quos post Caesarem S. R. E. Card. Baronium, Odoricum Raynaldum, ac Jacobum Laderchium Presbyteros Congregationis Oratorii de Urbe ab Ann. MDLXXII. ad nostra usque tempora continuat Augustinus Theiner, ejusdem congregationis presbyter, Consultor S. S. Congregationum Indicis Librorum prohibitorum, Episcoporum et Regularium ac sancti officii, socius collegii theologorum Archigymnasii Romani, Academiae Pontificiae archaeologiae, et Academiae Herculanensis, Tabulariorum S. R. E. Praefectus etc. Tom. I. II. III. Romae 1856.

Das grosse Werk der Kirchengeschichte, wozu die Reformation und die der katholischen Kirche entgegengesetzten Bestrebungen die Veranlassung wurden, ist noch nicht vollendet. Auch mit dem jetzt anzuzeigenden Werke geht die Arbeit nur bis zu dem Todestage eines der berühmtesten Päbste Gregor's XIII. Unter ihm, und nachdem das Concilium von Trient in die Wirksamkeit getreten war, begann eine neue Fortbildung der Kirchengeschichte, welche in drei Jahrhunderten wieder zu einer Art von Abschlusse gebracht wurde. Mit dem Sturze des durch eine unglückliche Philosophie zerrütteten Staatensystems in der französischen Revolution, und der damit zusammenhängenden Beraubung der Kirche unter Pius VI. und VII. kam es zu einer neuen Periode der Kirchengeschichte, in der wir stehen, und die in dem mit Pius VII. anfangenden durch den berühmten Namensgenossen Gregor's XIII. — Gregor XVI. prophezeiten Aufschwung der katholischen Ordnung in dessen eigenen Werke *il trionfo* etc. ihre Bezeichnung findet.

Eine sonderbare aber natürliche Erscheinung ist es, dass sowie, der Völkerzustand einer neuen Entwicklung entgegen ging, auch jeder Einzelne, der dieser Zeit angehört, sich selbst in seinen Studien reformiren, eine neue Grundlage seiner geistlichen Bestrebung legen, und so aus sich selbst gleichsam zum Verständniss seiner Zeit, die im Laufe ist, sich herausbilden muss. Man sieht dieses besonders an der Bestrebung des Mannes, dessen Werk wir hier in das Auge fassen.

Der Verfasser dieser drei Bände, in der ersten Zeit dieses Jahrhunderts, hervorgegangen aus einem deutschen Lande, wo in einer auf das feinste fortgeführten kirchlichen Revolution die katholische Kirche die letzte Anfeindung erhielt, welche als Staatskirchenrecht bis in unsere Tage fortgeführt wurde — aus Schlesien — eingeweiht in die geistigen Bestrebungen des modernen Kirchenwesens

— erfahren durch die grossen Reisen, die er nach Belgien, Frankreich, England und Italien gemacht hatte — musste bald einsehen, dass die katholische Kirche sich zunächst nur durch geistliche Bildungsanstalten erheben, und ihren zahlreichen Gegnern die Spitze bieten könne. So — mit sich selbst beginnend — schrieb er sein Buch: Geschichte der geistlichen Bildungsanstalten — acht Tage im Seminar zu S. Eub: Dabei kamen Ihm sehr zu statten seine früher gemachten historischen Studien in den Quellen des canonischen Rechts und der in Deutschland erwachte historische Geist des Rechts: er sammelte daher auch später seine eigenen kleinen Abhandlungen in lateinischer, französischer und deutscher Sprache in den *disquisitt. criticae* als einen Nachtrag zu des Gallandus grösserem Werk. Nicht minder beschäftigte er sich mit den rein historischen Studien der neueren christl. Zeit, mit der in früheren Zeiten versuchten Gegenreformation in Schweden, mit der sogen. Staatskirche in Russland unter dem Kaiser Nicolaus, mit der Sammlung einiger wichtigen officiellen Actenstücke zur Geschichte der Emancipation der Katholiken in England, mit den Zuständen der kathol. Kirche in Schlesien von 1740—1758 mit dem Josephinismus in den Niederlanden unter dem Cardinal Grafen von Frankenberg: und bestrebte sich zuletzt, die Reinheit der pontificalischen Würde unter Clements XIV. nachzuweisen u. s. w.; vorbereitet also durch sein Leben und sein Studium zu dem Werke, welches Gregor XVI. höchstsel. Andenkens ihm zur Bestimmung seines wissenschaftlichen Lebens gegeben hat, eben desselben, welches wir hier anzeigen. Er gedenkt darneben eine besondere Arbeit über die Anstrengung, die die Kirche zur Bewältigung der franz. Revolution bis zum Tode Pius VI. gemacht hatte, zu liefern, und nicht minder dasjenige zu ergänzen, was den Anfang in der Fortsetzung seiner Kirchengeschichte enthält, die Darstellung des Concils von Trient.

Es war nothwendig, dass wir das Bild des Mannes geben, von dessen Hauptwerke und überhaupt von dessen Bestrebung wir zu handeln gedenken.

Bekanntlich hat Cäsar Baronius seine Annalen bis zum Jahre 1198 geschrieben. Das erste Jahrtausend der Kirchengeschichte und des Kirchenrechts der orientalischen und occidentalischen Kirche fand hier Einigung zugleich und Schisma, und die Bedeutung des letzten ging und geht auf eine Wiedervereinigung. Gratian stellte sein Decret im Standpunkt der Einigung des Kirchenregiments, man kann sagen als Encyclopädie des christlichen Wissens des ersten Jahrtausends dar: und Baronius trat noch weiter in den Anfang der Geschichte des zweiten Jahrtausends hinein. Des Baronius Werk ist in Rom, Mainz, Antwerpen erschienen. (12 Bände.)

Die Fortsetzung desselben geschah von zwei Seiten: durch Abraham Bzovius, einem Dominicaner in 8 Bänden, und kürzer durch Heinrich Spondanus in zwei Bänden: sodann durch die Ordensgenossen des Cäsar Baronius, den Odoricus Reynaldus

und Jacobus de Laderchio — vom XIII. bis zum XXIV. Band. (Ausgaben Rom und Köln.) Von der Kritik des Pagi und der Ausgabe des Mansi wollen wir nicht reden. Das sich nun Theiner der Fortsetzung des Reynaldus und Laderchio anschliessen würde, verstand sich von selbst. Theiner fängt daher sein Werk mit dem letzten Lebensjahre Pius V. an und theilt uns den letzten seiner Briefe an den Herzog von Baiern über seine (des Pabstes) Gesundheit mit. Sodann umfassen die 3 Bände das Leben Gregor's XIII. und die Schicksale der Welt. Theiner gedenkt namentlich in der Vorrede, warum er diese kurze Zeit so weitläufig behandelt hat, und fügt bei, dass er die übrigen Theile der Annalen bis auf Pius VII. beiläufig zu zehn Bänden festsetzen könne.

Ohne seine Vorgänger tadeln zu wollen, hat Theiner eine andere Methode eingeschlagen, er hält sich zwar, wie seine Vorgänger, an die Jahre der Päbste und der Kaiser, woraus von selbst folgt, dass er die deutschen Angelegenheiten, die ohnedies in jener Zeit die wichtigsten waren, vorausgehen lässt: wo er sodann auf die übrigen europäischen und aussereuropäischen Länder sich einlässt. Dabei ist er auch genauer in der Herbeiziehung der Urkunden, die er ganz abdrucken lässt, und insbesondere die nicht in der lateinischen Sprache geschriebenen in der Mantissa, weil durch Uebersetzungen gar sehr der Kern des Ausdrucks verloren geht: worauf es freilich kommen musste, dass das Werk selbst drei Foliobände einnimmt, und daher nur als ein für öffentliche Bibliotheken brauchbares angesehen werden kann, da es zu kostbar ist. Zuletzt gibt er noch an, dass Gregor XIII. — ein sehr sorgsamer Pabst — Alles in das päpstliche Hauptarchiv habe niederlegen lassen, und der Sammler daher nicht genöthigt worden sei, in den Archiven der besondern Stellen und Behörden das Noetige beizuholen.

Das erste Jahr des Pontificats Gregor's XIII. zeichnet sich aus durch den besseren Unterricht, den jetzt die Jesuiten in den deutschen Schulen gaben, sodann durch die Bestrebung der Kirche gegen die Türken, deren Widerstreben noch immer nicht aufgehalten werden konnte, obgleich es jetzt mehr eine politische, wie religiöse Richtung angenommen zu haben scheint: endlich war das bedeutenste die Bartholomäusnacht, deren Schicksale nicht minder eine politische wie religiöse Bedeutung hatten. Zwar wirken in alle Verhältnisse unseres Lebens seit der Reformation bis auf diesen Augenblick religiöse Gegensätze: aber abgesehen davon, war es der Ehrgeiz der Partheien, der das fürchterliche Drama herbeiführte. Theiner hat diesen Gegenstand besonders gut verarbeitet, auch die Ansichten der Protestanten verglichen, die diesen Gesichtspunkt anerkennen, und diejenigen Aufklärungen gegeben, die aus den ihm vorliegenden Documenten zu entnehmen waren, weshalb die Geschichtschreiber auf diese Darstellung Rücksicht zu nehmen allen Grund haben. Chateaubriand hatte schon in seinen *Etudes historiques* erklärt, er sei im Besitze der Depeschen von Salviati,

dem damaligen Nuntius des Pabstes in Paris, und er hat sie durch Mackintosh drucken lassen. Diese Depeschen hat nun Theiner in der Mantissa besser noch abdrucken lassen: sieh dessen eigne Bemerkungen pag. 42. Man sieht, dass Theiner hier nichts verschwiegen hat. Im Ganzen bestrebte sich der Pabst in dem gedachten Jahre um zwei Punkte, einmal um die Bewältigung der Türken, denen Er zunächst die Macht des christlichen Staats im Interesse des Christenthums selbst entgegensetzen musste, und das anderemal um die Förderung der Wissenschaft. — Daher lobt Er den König von Spanien wegen der Poliglote des Testaments, und war bedacht, die grosse Sammlung der canones sowohl im Decret wie in den Decretalen kritisch zu verbessern, zu welchem Zwecke Er alle Gelehrte namentlich aber den Anton Augustinus aufforderte. Ebenso belobt er den Canonicus von Toledo Aloys Garzia, und des Pabstes Bestrebungen werden wir noch in den weiteren Jahren seiner Regierung sehen. Ebenso war er bedacht, die Irrthümer der Magdeburger Centuriatoren aufklären zu lassen durch Briefe an Fontodonius und Nasus, was aber freilich erst durch die Annales des Baronius bewirkt wurde. Es kann der Zweck dieser Recension nicht sein, in die einzelnen Jahre der Amtsthätigkeit des grossen Pabstes einzugehen: nicht leicht gab es eine Zeit, wo von allen Seiten die päbstliche Macht und Gewalt so angesprochen wurde, wie damals, und wir sehen, wie gemessen alle Bestimmungen der Erlasse waren. Obgleich damals mehr Hoffnung war, Fürsten und Völker zu dem alten Glauben zurückzuführen, selbst in Beziehung auf Schweden: so waren umgekehrt die Zustände in Deutschland und Frankreich sehr unglücklich, und abgesehen von den Kämpfen mit den Hugenoten in Frankreich waren es Zeugnisse ungünstiger Art, die von Deutschland aus dem Pabste zuginen. Caspar Gropper an die deutschen Bischöfe geschickt pag. 97, schreibt zurück, was er hier gehört und gesehen hat. Die Schicksale von Polen waren in jener Zeit wegen ihrer Königswahl ebenfalls wichtig. Dabei sah der Pabst nicht weniger auf die Verhältnisse der Einzelnen, Vornehmen und Niedrigen hin, er spricht zu Gunsten der Gräfin Egmont mit ihren vielen Kindern, damit das Vermögen nicht confiscirt werde, er versorgt einen armen Deutschen, weil der Karthäuser Surius Ihn darum bittet. Wer die einzelnen reichen Nachrichten des ersten Bandes durchgegangen hat, darf zur Erinnerung derselben das Register nachlesen, welches mit voller Kenntniss des Gegenstandes in wenigen Bogen gemacht ist.

Mich weiter in die Einzelheiten zu verbreiten erlaubt der Zweck unserer literarischen Zeitschrift nicht. Nur einen kleinen Blick wollen wir in den zweiten Band thun, und zwar nur in einzelnen Materien, welche uns besonders interessiren, denn der Zeitraum von 1575—1578, von vier Jahren ist eben so grossartig in der Weltgeschichte, weil er die Folgen des Concils von Trient und eine Reihe weltlicher Einrichtungen enthält, so dass wir uns darauf gar nicht einlassen können. Leider waren damals die deutschen Bisthümer

den deutschen Fürsten überlassen, welche aus ihrer Familie die Bischöfe zogen, oft des dadurch erlangten Schutzes wegen zum Heil, oft auch zum Nachtheil der katholischen Kirche, der Pabst selbst war in grosse Verlegenheit gebracht, und er konnte manchem zweideutigen Mann die Bestätigung nicht versagen (das beste darüber hat Eichhorn in seiner deutschen Rechtsgeschichte z. B. §. 503 geschrieben): und als diese Richtung aufhörte, blieb die Besetzung der Canonicats und auch der Bisthumstellen dem Adel. Ferner als die Katholiken die Dogmen der katholischen Kirche nach dem Concil von Trient anerkannten, blieb einzelnen Fürsten noch der Gedanken übrig, dass man ausnahmsweise von der Communion unter einer Gestalt dispensirt werden könne?! hier benützte nun der Pabst die Macht der Wissenschaften und gelehrten Theologen, z. B. bei dem ihm neben Baiern und Oesterreich treugebliebenen Herzog von Cleve. Ausserdem ist das System Gregor's XIII. allerorten ein höchst gerechtes und consequentes; die Universitäten begünstigt Er, namentlich mit Hilfe des Erzherzogs Ferdinand von Oesterreich die Universität Freiburg, besonders wegen ihrer Dotation durch Incorporation der Pfarreien, was noch Bedeutung hat für unsere Zeit: die Universität Wilna in Verleihung der academischen Grade: — der König Johann von Schweden wird katholisch; mit dem österreichischen, bairischen Hause, und dem König von Polen, welchem letzteren er die Nomination gewisser Pfründen zulässt, hält sich Gregor XIII. ganz vorzüglich; nicht minder treten die Männer hervor, deren sich der Pabst besonders bedient; aber auch der traurige Kampf in Köln mit der Wahl des Erzbischofs Truchsess fängt trotz der richtigen Ansicht des Herzogs von Baiern, welcher dessen Bestätigung misrathet, an. Das Ende dieses Bandes aber bezeichnet den grossen Entschluss Gregor's XIII., die Zeitrechnung und den Kalender zu reformiren. Ihm gebührte dieses gleichsam als Recht: denn nach dem Kirchenjahre wird ja gezählt. Der Herausgeber dieses Werkes, Theiner, hat zwar nur die Anzeige abdrucken lassen, welche Mucantius in diarior. caeremon. vol. 13. fol. 331 gemacht, wobei dieser bezeugt, dass in Rom schon im Jahre 1582 der julianische Kalender abgeschafft, und der neue eingeführt worden sei: dieser Anfang fand auch statt in Spanien, Portugal, Frankreich und Polen, nicht aber in Deutschland d. h. weder überhaupt unter den Protestanten, noch auch in den katholischen Ländern. Es hatte dieses auch Einfluss auf das Osterfest; weshalb der Pabst ein eigenes Schreiben an den Kaiser erliess. Gerade diese Notizen sind uns von dem höchsten Werth, während der Herausgeber hinsichtlich der Constitutionen selbst auf das Bullarium verwies. Eben so hat uns derselbe nur wenig über die grosse Rechtsammlung angegeben, aber gut nachgewiesen, dass immer noch die römische Ausgabe des Corpus juris vom Jahre 1582 die beste sei; und alle andern Ausgaben namentlich die in Deutschland gemachten sich deren hätten anschliessen müssen. Mit dem Calenda-

rium ist auch zu verbinden das Martyrologium, welches Baronius auf den Wunsch des Pabstes zusammengestellt hat, und welches Gregor XIII. der Christenheit als allgemein anzuerkennen befohlen hat (Theiner tom. III. pag. 618). Als Benedict XIV. dieses wieder herausgegeben hat (1748), hat derselbe die Vorrede des Baronius speciell vordrucken lassen.

Bei der Anzeige dieses mit ausserordentlichem Fleisse geordneten Buches kann es wieder nicht darauf ankommen, auf die massenhaften Einzelheiten einzugehen, aus denen man die Consequenz der hierarchischen Ordnung, die lediglich von dem Pabste ausgehen kann, erkennen mag: sondern es soll genügen, auf ein und das andere Beispiel aufmerksam zu machen, wornach eben jetzt die in Deutschland herrschende Rationalität der Geschichtschreibung mehr verdirbt, wie erklärt. Nur die Annalen der Kirchengeschichte sind es, aus welchen sichere Schlüsse für die Geschichte zu entnehmen sind. Wir gehen von einer bekannten Lehre aus: zu allen Zeiten hat bei den Mischehen nur der Pabst dispensiren können; unter Gregor XIII. kamen die meisten Mischehen in Polen vor; der König begünstigte sie, weil er sie als ein Mittel ansah, die Katholicität zu fördern, sowie man sie in der neuesten Zeit in Deutschland als ein Mittel angesehen hat, die protestantische Kirche zu heben. Solche Rücksichten hat die katholische Kirche nie gehabt: aber sie war bestrebt, solche Mischehen für unerlaubt zu erklären, wo nicht ein concretes Verhältniss nach der Ermessung des Pabstes Dispensation bewirkte. Gerade hier sind in dem III. Bande des Theiner'schen Werkes die genügendsten Zeugnisse enthalten. Dass das Dispensationsrecht erst unter Benedict XIV. durch eine Art der Interpretation des Concils von Trient nicht sowohl erweitert, als bei der Nichtpublication des Concils als unnöthig erkannt ist, ja dass in dringenden Fällen das Dispensationsrecht in die Fakultät des Bischofs gestellt ist, hängt natürlich mit der ganzen geschichtlichen Entwicklung der Lehre zusammen: und es ist Unsinn zu behaupten, die katholische Kirche sei zu je einer Zeit von dem Princip einer milden Praxis ausgegangen. Nur durch solche Annalen kann das Geschichtsstudium selbst, statt des unächten Pragmatismus, auf eine wahrhafte historische Basis zurückgeführt werden.

Dieser Umstand veranlasst uns noch von zwei Dingen zu sprechen: a) von der Methode der Kirchengeschichte im Allgemeinen und ihrem Fortschritt in unsrer Zeit, b) von dem Standpunkt der kirchlichen Annalen, wie sie Baronius eröffnet hat. Die Reformation war bestrebt, die Göttlichkeit des Christenthums in den ersten Jahrhunderten — in der Kindheit der christlichen Kirche nachzuweisen, wie man die Geschichte eines Staats mit der Entstehung des Staats beginnt; sie verkannte die vorausgegangene Zeit, das Heidenthum, und die Verheissung im Judenthum, sie stereotypirte das Evangelium des neuen Bundes in subjektiver Auffassung, und erkannte vielleicht nicht den Geist Gottes in Laufe der Kirchen- und Profange-

schichte. Es war daher ein grosser Gedanke unsers gelehrten Döllinger: das Heidenthum und Judenthum als eine Vorhalle zur Geschichte des Christenthums aufzustellen, und gerade darin die Göttlichkeit der christlichen Kirche nachzuweisen. Ihren Verlauf nahm die christliche Kirche, indem der Geist Gottes den Menschengeschlechtern vom Jahrhundert zum Jahrhundert sich mittheilte, wobei es freilich an Widerstreben nicht fehlen konnte. Das Episcopat musste die Versöhnung herbeiführen; daher sollte besonders dieses angegriffen werden, aber eine Kirche kann eben nicht sein ohne die Sichtbarkeit des göttlichen Geistes — ohne das Episcopat. Es war daher natürlich, dass man sich zu allen Zeiten gegen diesen Felspunkt der Kirche richtete. Die Secten, die einen andern Standpunkt vor sich nahmen, mussten leicht zerfallen; aber diejenigen, die den Episcopat verwarfen, waren eben die ächten Gegner des Katholicismus. Ob dieses direkt geschah oder indirect ist gleichgültig: ob man den Pabst als eine menschliche Einrichtung verwarf, ob man ihn als Nominalpräsidenten der einzelnen Bischöfe aufstellte, ob man eine Constitutionalität in der Kirche durch die Majorität der im allgemeinen Concilium versammelten Bischöfe statuirte, ob man gegen die Initiative der päpstlichen Legate in den Worten „proponentibus legatis“ stimmte: dieses Alles war gleichgültig. Wo aber der Pabst seine angestammte Würde nicht hatte, war Verfall oder unter dem Schutze vorübergehender Staatseinrichtungen eine Staatskirche. Wie man sich selbst im Glauben gerecht würde, ist dann secundär, und es beweist dieses die Geschichte der Reformation, wie man wieder aus Döllinger's Darstellung oder auch aus den Erscheinungen der neuesten Zeit in den historisch-politischen Blättern erkennen kann, und was natürlich nicht hieher gehört.

Aus diesem Allen tritt entschieden hervor, dass ein Haupttheil der katholischen Kirchengeschichte die nach dem Regimente der einzelnen Päbste fortgeführten Annalen sind, und der Verfasser dieser drei Bände hat in seinem Gregor XIII. ein Muster solcher Verarbeitung geliefert, welches, wenn auch die Fortführung in engeren Grenzen geschehen kann, immerhin als Musterarbeit von den Gelehrten anerkannt werden wird. Die Ausstattung des Werkes ist vortrefflich, und für die ausseritalischen Buchhändler auch ein Musterbild.

Rosshirt.

Das Staatsrecht des Fürstenthums Serbien von Dr. E. J. v. Tkalc.
Leipzig. Druck und Verlag von Breitkopf und Härtel. 1858.
Bog. 18. S. 286.

Es ist sicher ein gutes Zeichen für die Befestigung der politischen Zustände eines Staates, wenn in demselben oder in Beziehung auf denselben eine publizistische Literatur entsteht, welche einen wissenschaftlichen Charakter in Anspruch nimmt. Es muss daher als eine erfreuliche Erscheinung bezeichnet werden, dass in verhältnissmässig kurzer Zeit zwei publizistische Werke entstanden sind,

welche sich das öffentliche Recht im Fürstenthum Serbien zum Gegenstande genommen haben. Das erste war eine Darstellung des öffentlichen Rechtes des Fürstenthums Serbien in serbischer Sprache („Jawno pravo knjahestwa Ssrbije“) von Dr. Demeter Matitsch, jetzt Sectionschef in der fürstlich serbischen Staatskanzlei, Belgrad 1851, welches von demselben, damals Professor an der juristischen Fakultät des Lyceums zu Belgrad, als Lehrbuch des heimathlichen Staatsrechts, und zwar gleichzeitig mit einem Lehrbuch des allgemeinen Staatsrechts in serbischer Sprache („Natschela umnog drschavnog prava“ Belgrad 1851) abgefasst wurde, bei dessen Ausarbeitung derselbe meine Grundsätze des allgemeinen Staatsrechts zu Grunde gelegt hatte. Das andere publizistische Werk ist eben die hier angezeigte Schrift des Hrn. Dr. Tkala c, eines geborenen Slaven und k. k. österreichischen Unterthans, in deutscher Sprache, welches sich an das Werk Demeter Matitsch über das serbische Staatsrecht anschliesst, und wie der Verf. in der Vorrede ausspricht, durch den Wunsch hervorgerufen wurde, dass in einer Zeit, wo von berufenen und unberufenen Federn so viel über die Slaven geschrieben und über deren nationale und politische Existenz verhandelt wird, deren Zustände und Verhältnisse nach ihrer wahren positiven Seite dem Auslande bekannt werden möchten. Es ist dieses Unternehmen um so mehr dankenswerth, als, wie der Verfasser richtig bemerkt, die slavische Literatur nicht den Vortheil hat, in grösseren Kreisen bekannt zu sein. Wenn der Verfasser den Grund hiervon in der Geringschätzung der slavischen Sprache im Auslande findet, so hat er sich wohl etwas unrichtig ausgedrückt; dass aber Unbekantschaft mit dieser Sprache im Auslande vorhanden ist, müssen wir dem Verf. allerdings zugeben, wenn wir auch den Grund hiefür in anderen Verhältnissen als in dem von ihm bezeichneten Umstande suchen. Die vorliegende Schrift umfasst das gesammte Staatsrecht Serbiens, so weit es auf positiven Gesetzen und anerkanntem Rechtsherkommen beruht. Man kann es nur billigen, dass der Verf. jedes Eingehen auf die allgemeinen Lehren des Staatsrechts, sowie auf die oft missliche und irreführende Herbeiziehung von Analogieen aus den öffentlichen Rechten anderer Staaten, als ausserhalb seines Zweckes liegend, vermieden hat. Von besonderem Interesse ist die geschichtliche Entwicklung des serbischen Staatsrechts und überhaupt des serbischen Staates, welche der Verf. in klarer Uebersichtlichkeit dargestellt hat. Den Kampf, welchen das serbische Volk im J. 1804 gegen die usurpirte Gewaltherrschaft der Janitscharenhäuptlinge (Dahije) im Belgrader Paschaliik unternahm, charakterisirt der Verf. als „bei seinem Beginne“ einen Kampf der Nothwehr gegen einen Feind, der zugleich ein gefährlicher Gegner der Pforte war, und zeigt sodann, wie sich dieser Kampf bei dem Gegensatze zweier Bevölkerungen, deren die eine zum Herrschen, die andere zum Dienen bestimmt war, alsbald naturnothwendig zu einem Kampfe gegen das ottomannische Staatswesen selbst entwickeln musste. Der Verf. hebt sodann her-

vor, „dass die aus der Betrachtung der allgemeinen politischen Lage Europa's gewonnene Ueberzeugung, dass keine europäische Grossmacht ausser Russland die Emancipation der christlich-slavischen Elemente des ottomannischen Reichs wünschen und fördern würde, sowie die vom serbischen Volke lebhaft gefühlte nationale und religiöse Einheit mit dem russischen Volke“ ein Anlehnen der Serben an Russland zur Folge haben musste. Hieran reihet sich die Aufzählung der Errungenschaften, welche das serbische Volk unter dem Beistande und der Vermittelung Russlands schrittweise machte, und der Bewilligungen, welche es nach und nach von der Pforte erhielt, die allmählig Serbien in die angestrebte nationale Stellung brachten, ohne das Band der Unterordnung unter die Pforte vollständig zu lösen. Der Verf. spricht sich über die bestehenden Verhältnisse mit grosser Mässigung und praktischer Umsicht aus; er vermeidet glücklich die naheliegende Klippe patriotischer Declamationen und Uebertreibungen, und die Vergleichung der Gegenwart mit den früheren unheilvollen Zuständen lässt ihn das Errungene als einen wirklichen Fortschritt, als ein Gutes, wenn auch nicht als das Beste, mit Gerechtigkeit beurtheilen. Da nun einmal die Grossmächte an der Ansicht festhalten, dass der Fortbestand des türkischen Reiches für das Gleichgewicht von Europa nothwendig sei, und sie für diesen Zweck in letzter Zeit sogar die gewaltigsten Anstrengungen gemacht und die grössten Opfer gebracht haben, so erscheint es auf der andern Seite als eine unabweisliche Forderung der Billigkeit und Menschlichkeit, dass die Grossmächte auch allen ihren Einfluss aufbieten, um den christlichen Bevölkerungen unter türkischer Herrschaft eine menschenwürdige und nationale Existenz zu verschaffen und zu gewährleisten. Fassen wir den Geist der vorliegenden Schrift auf, so ist es eben die Absicht des Verf., nachzuweisen, dass das serbische Volk einer solchen Gewährleistung ebenso bedürftig, als würdig und befähigt sei, eine, wenn auch immerhin unter der Oberhoheit der Pforte, wenigstens im Innern selbstständige, nationale Existenz zu behaupten, und dass die Institutionen, welche bereits in Serbien geschaffen wurden, keine untüchtigen Grundlagen für die Entwicklung dieses Donaustaates seien, welche in dem Interesse des gesamten Europa liegen müsse. Was den gegenwärtigen Zustand von Serbien anbelangt, so kann der Verf. wohl sein Bedauern darüber nicht verhehlen, dass sich die Pariser Friedensconferenz nur darauf beschränkt hat, die Aufrechthaltung des status quo in Serbien auszusprechen und im 28. Artikel des Pariser Friedenstractates die Bestimmung zu treffen, „dass die durch kaiserliche Hat's festgestellten Rechte und Freiheiten Serbiens“, als welche „unabhängige nationale Verwaltung, volle Freiheit des Cultus, der Gesetzgebung, des Handels und der Schiffahrt“ namentlich hervorgehoben werden, – „von nun an unter die gemeinsame Garantie der vertragschliessenden Mächte gestellt werden.“ Doch erkennt der Verf. an, dass durch die Art. 17, 18 u. 29 des Pariser Friedenstractats auch einige neue Zugeständnisse

an Serbien gemacht wurden. Die beiden ersten genannten Artikel gewähren nämlich Serbien die Theilnahme an der europäischen Donau-Schiffahrts-Commission und an der ständigen Donau-Uferstaaten-Commission, der Artikel 29 aber bestimmt, dass in Serbien keine bewaffnete Intervention ohne vorausgangene Verständigung der paktirenden Mächte stattfinden könne. Der Verf. beschreibt sodann in zwei Büchern, Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht, die publicistische Zustände Serbiens im Einzelnen. Die klare Darstellung wird jeden, den diese Verhältnisse interessiren, befriedigen und die Ueberzeugung gewähren, dass in diesem erst seit einem halben Jahrhundert einer nationalen Entwicklung wiedergegebenen Lande schon sehr vieles geleistet worden ist, was einen stetigen Fortschritt auf der Bahn der Civilisation und politischen Entwicklung in Aussicht zu nehmen gestattet. Als Zugaben finden sich die Hatischerifs von 1829, 1830, 1833, 1838 u. 1853, welche den staatsrechtlichen Verhältnissen in Serbien zur Grundlage dienen, sowie auch das Concordat Serbiens mit dem Patriarchate zn Constantinopel vom Jahr 1832 und die Zusatzakte hierzu von 1836 in einer neuen, auf Grund der türkischen und griechischen Urtexte in der fürstlich serbischen Kanzlei amtlich revidirten Uebersetzung. Hinsichtlich der barbarischen Form dieser Uebersetzung bittet der Verf. den Leser, der sich daran stossen sollte, zu erwägen, dass zu publicistischen Zwecken eine genaue, sinngetreue Uebersetzung, selbst im schlechtesten deutschen Style, einer wohlstylisirten freien Paraphrase vorzuziehen sein dürfte, und dass diese Urkunden so charakteristische Musterstücke der hochgepriesenen staatsmännischen Weisheit des Türkenthums und der viel bewunderten publicistischen Stylistik der Pforte bilden, dass es unerlässlich schien, sie mit der treuesten Sorgfalt in deutscher Sprache wiederzugeben.

Zöpl.

Albert Bitzium (Jeremias Gotthelf). Sein Leben und seine Schriften, dargestellt von Dr. C. Manuel. Mit Jeremias Gotthelfs Portrait in Stahlstich und einem Facsimile. Berlin, 1857. Verlag von Julius Springer.

Unstreitig gehört Bitzium, unter dem Schriftstellernamen Jeremias Gotthelf berühmt, zu den ersten Volksschriftstellern. Wer ihn in seiner ganzen Grösse erkennen will, darf nicht die Legenden und Sagen desselben lesen, welche sich entweder auf die Vorwelt oder auf das Mittelalter beziehen. Sind auch einzelne derselben, wie z. B. die schwarze Spinne, meisterhaft durchgeführt, so zeigt sich diese Meisterschaft eben in der trefflichen Anwendung derselben auf die schweizerische Gegenwart, in der ausgezeichneten Umrahmung eines Bildes der Vergangenheit durch das wirkliche Leben des Schweizerlandes. Bitzium ist ein Volksschriftsteller der Gegenwart und des Schweizerlandes, dem er angehört. Er erfasst die Sitten und Gebräuche, die Sprache, das ganze öffentliche und häusliche Leben des Schweizerlandvolkes, zumal des Volkes in den

Theilen der Schweiz, in welchen er seine erste Erziehung erhielt und später als Geistlicher wirkte, mit einem bewunderungswürdigen Kennerblicke; er zeichnet die Menschen und alle ihre Umgebungen mit einer Wahrheit und einem Leben, wie sie selten an Volksschriftstellern gefunden werden. In seinen Volksromanen und Volksnovellen, welche sich auf das Volksleben seiner Zeit beziehen, tritt er sehr oft dramatisirend auf, und lässt die Personen seiner Erzählung ihre in der richtig aufgefassten Volksweise wahr und treu entwickelten Gedanken in entsprechender Volksmundart bezeichnen. Geist und Humor, Phantasie und eine ungewöhnlich lebendige Darstellungsgabe, die das Einzelne ausmalt, ohne ins Breite zu gehen oder langweilig zu werden, zeichnen ihn vor dem immer grösser werdenden Trosse gewöhnlicher schöngeistiger Schriftsteller aus. Bitzios ist eine geniale Natur; er copirt nirgends andere Schriftsteller, und ist in seiner Weise wesentlich von andern ihm ebenbürtigen, berühmten Volksschriftstellern, wie Hebel, Pestalozzi, Auerbach verschieden. Belehrung und Unterhaltung verknüpfen sich in angemessenster Weise. Seine Gesinnung ist eine conservative, da er gegenüber dem maasslosen Radikalismus das erhaltende Princip im politischen und religiösen Volksleben seines Landes vertritt; dabei ist er aber fern von jeder Reaction und ein warmer und begeisterter Freund der politischen und religiösen Freiheit. Das allgemein Menschliche, dem wir in seinen Volksschriften überall begegnen, die psychologisch wahre Schilderung des Schönen und Grossen, des Gemeinen und Niedrigen in der Menschennatur sichert ihm nicht nur unter den Schriftstellern der Schweiz, sondern auch des stamm- und sprachverwandten Vaterlandes eine bedeutende Stelle, und da er in so gewinnender Weise als Volksmann zum Volke zu sprechen versteht, einen grossen Leserkreis. Unstreitig verdient ein solcher Mann, aus dessen Schriften nicht minder eine bedeutende schriftstellerische Grösse, als ein edler Charakter spricht, ein biographisches Denkmal, und es macht dem Hrn. Verf. alle Ehre, dass er gerade einen solchen ehrenwerthen Namen, wie den des Jeremias Gotthelf, zum Gegenstande einer literarischen Arbeit gewählt hat. Gut gewählt ist der Wahlspruch aus Juvenal:

Civis erat, qui libera posset

Verba animo proferre et vitam impendere vero.
Er bezeichnet so ganz das Streben des trefflichen Mannes, welchem das Denkmal eines gleichgesinnten Verehrers gewidmet ist.

Die Schrift zerfällt in zwei Theile. Der erste Theil stellt das „Leben von Bitzios“ (S. 3—170), der zweite „die Schriften desselben in ihren Hauptzügen“ (S. 170—307) dar. Die Familie Bitzios ist ein älteres Geschlecht Berns. Der Name ist ursprünglich der Taufname Sulpicius, der in der Abkürzung „Bitzios“ im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderte häufig vorkommt. Grossvater und Vater unseres Bitzios waren Pfarrer. Er wurde am 4. Oktob. 1797 in Murten, dem für die Schweizergeschichte denk-

würdigen Orte, wo sein Vater Pfarrer war, geboren. Im Jahre 1804 übersiedelte sein Vater als Pfarrer nach Utzenstorf. Mit fünfzehn Jahren trat Bitzium in die Literarschule und später in die theologische Fakultät der Akademie zu Bern ein. Unter seinen Lehrern am Gymnasium wirkte der nachmals als theologischer Lehrer ausgezeichnete Prof. Lutz am meisten auf ihn ein. Das Nachtheilige des Lesens von Literaturzeitungen für Studirende, ehe sie sich noch mit dem Inhalte der Literatur selbst vertraut gemacht haben, fühlte er schon als Student in Bern, da er im Jahre 1817 an Studer schrieb: „Die Literaturzeitungen machen mir die Gelehrsamkeit vieler Leute begreiflich, die über Alles Bescheid wissen, ohne Etwas recht zu verstehen“ (S. 15). Am Ende des Sommersemesters 1820 wurde er als Candidat des Predigtamtes promovirt, und erhielt die Consecration. Er wurde als Vicar bei seinem Vater in Utzenstorf angestellt. Im Frühjahr 1821 bezog er die Hochschule Göttingen. Im Frühjahr 1822 verliess er diese Stadt, und trat eine grössere Reise durch Deutschland an. Nach seiner Rückkehr ins Vaterland übernahm er wieder die frühere Vicarstelle in Utzenstorf bis zum Tode seines Vaters, welcher 1824 erfolgte. In diesem Jahre wurde er als Vicar nach Herzogenbuchsee versetzt, im Jahre 1829 kam er in gleicher Eigenschaft nach Bern, 1831 nach Lützelflüh im bernischen Emmenthale, wo er 1832 Pfarrer wurde, und die Grosstochter seines Vorgängers ehlichte. Er hatte in diesen Kreisen sich ganz dem praktischen Leben gewidmet und dieses genau kennen gelernt. Er wurde unter dem Schweizervolke erzogen, und lebte unter ihm. Hier gewann er seine Anschauung der Natur und des Menschen. Erst im Jahre 1836 trat er als Volksschriftsteller auf, und da seine erste Schrift „der Bauernspiegel oder Lebensgeschichte des Jeremias Gotthelf“ bald seine Genialität bekundete, und bei Kennern eine sehr günstige Aufnahme fand, lernte er das in ihm schlummernde Talent kennen, und liess nun eine längere Reihe von Schriften erscheinen, welche in der Gestalt von Romanen, Novellen, Erzählungen, Legenden, Sagen die verschiedensten Seiten und Charaktere des häuslichen und öffentlichen, politischen und religiösen Volkslebens entwickeln. Man lese, wenn man sich einen Begriff von seiner Meisterschaft als Schilderer des Volkslebens machen will, seine herrliche Erzählung „Geld und Geist.“ Er blieb in Lützelflüh, wo er in edelster Weise als Volksschriftsteller und Pfarrer wirkte, bis zu seinem am 22. Octbr. 1854 nach vollendetem 58. Lebensjahre erfolgten Tode. Natürlich musste in die Darstellung des einfachen äusseren Lebens eines Landpfarrers die Entstehungsgeschichte seiner zahlreichen Volksschriften verflochten werden. Diese Schriften sind zweckmässig in chronologischer Ordnung behandelt und richtig charakterisirt. Ebenso wahr und treu, in einer reinen und edeln Gestalt ist auch der Charakter ihres Verfassers dargestellt. Da die Schriften des Bitzium nun noch im Allgemeinen und Besondern im zweiten Theile (S. 170—307)

behandelt sind, so waren Wiederholungen unvermeidlich, und es kann nicht ungerügt bleiben, dass bei einer vollendeten Darstellung ein solcher Uebelstand hätte vermieden werden müssen, was auch der Herr Verf. selbst in der Vorrede andeutet. Die Zeichnung der Bitzios'schen Schriften und ihrer Charaktere ist wirklich gelungen, nicht minder die Vergleichen desselben mit Claudius, Hebel, J. H. Voss, Justus Möser, Pestalozzi, Jean Paul, Auerbach u. s. w. Das ihn von diesen Schriftstellern wesentlich Unterscheidende ist trefflich hervorgehoben. So ausgezeichnet Bitzios als Schriftsteller ist, dürfen desshalb doch seine Fehler in der Behandlung und Darstellung des Stoffes nicht übersehen werden. Der Herr Verf. deutet zwar einige derselben oberflächlich an, hat sie aber nicht alle, oder da, wo er sie berührt, nicht hinreichend dargestellt, oder selbst aus Vorliebe in Schutz genommen. Es herrscht durchweg in allen Schriften dieses sonst so trefflichen Volksmannes die Sitte, sich bei Darstellung der Reden und Meinungen der in seinen Erzählungen handelnden Personen der indirecten Rede zu bedienen, während durch Anwendung der directen die Form lebendiger und anschaulicher gehalten würde. Weniger edle und bisweilen selbst gemeine Ausdrücke können in der Rede von Personen nicht vermieden werden, welche der auf einer niedern Bildungsstufe stehenden Volksmasse angehören. Wir finden daher solche auch in Bitzios Schriften. Dagegen lässt sich der Gebrauch von solchen Ausdrücken, wie „Lausbuben“, „Kuttenstinker“ u. s. w. in der Erzählung des Darstellers selbst gewiss nicht rechtfertigen. In der Parteistellung geht Bitzios dem Radicalismus entgegen oft zu weit, wie in der sonst trefflich gelungenen Erzählung „Zeit- und Bernergeist“, wo er nicht mehr gegen extreme Parteiansichten allein zu Felde zieht, sondern solche Meinungen ganzen Ständen, wie Professoren, Schulmeistern, Secundärschulen, den Fremden in der Schweiz u. s. w. in Bausch und Bogen ohne alle Ausnahme in den Mund legt. Dadurch erscheint er selbst auf der Seite einer Partei, während er über den Parteien stehen will. Allein diese Mängel werden von den Vorzügen weit überwogen. Mehrere seiner vortrefflichen Schriften haben eine Reihe von Auflagen erlebt, und im Laufe des Jahres 1857 wurde von der Julius Springer'schen Verlagshandlung in Berlin eine Sammlung seiner sämtlichen Werke in 24 Bänden veranstaltet. Der 24. Band enthält die biographische Arbeit des Dr. Manuel und ein Wörterbuch der bernerischen Ausdrücke. Das Wort des griechischen Geschichtschreibers (S. 168) verdient daher auf den durch Genie, Charakter und schriftstellerische Leistungen gleich ausgezeichneten Volksschriftsteller Bitzios seine vollste Anwendung: „Ausgezeichneter Männer Grabmal ist der ganze Erdbreis, und nicht bloss der Denksäulen Inschrift in der Heimath verkündet ihren Ruhm; auch in fremdem Lande lebt ohne Schrift ihr Andenken, nicht sowohl im Werke des Künstlers, als in den Gemüthern fort.“

v. Reichlin Meldegg.

Geschichte der Stadt und Universität Freiburg im Breisgau. Von Dr. Heinrich Schreiber. Auch unter den besondern Titeln: Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau. Von Dr. Heinrich Schreiber. Zweiter Theil. Freiburg unter seinen Grafen. Freiburg. Verlag von Franz Xaver Wangler. 1857. IV und 287 S. Desselben Werkes Dritter Theil. Von der Selbstübergabe Freiburgs an das Haus Oestreich bis zum 30jährigen Krieg. Ebendasselbst. VIII u. 410 S. 8.

Nach dem ersten Theile der Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, welchen wir bereits in diesen Blättern (Jahrg. 1857, No. 43, S. 672) mit gebührender Anerkennung zur Anzeige gebracht haben, sind durch die thätige Verlagshandlung in möglichst kurzer Zeit in rascher Aufeinanderfolge zwei weitere Theile, der zweite und dritte, dieses Werkes besorgt und bereits ausgegeben worden. Sie umfassen die Geschichte der Stadt „Freiburg unter seinen Grafen“ und „von ihrer Selbstübergabe an das Haus Oestreich bis zum 30jährigen Kriege.“

Der Herr Verfasser beabsichtigt bei der Bearbeitung dieser Geschichte keineswegs eine rein örtliche zu geben, sondern die Geschichte des Ortes in ihrem Zusammenhange mit der gesamten Reichsverfassung und in seiner Beziehung zur Entwicklung des deutschen Städtewesens im Ganzen. Und gerade durch diesen höheren Standpunkt hat derselbe wie auch schon anderwärts ausgesprochen worden ist, ein doppeltes Verdienst durch sein Werk sich erworben. Die einzelne Erscheinung ist nur im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung klar zu erkennen, und trägt ihrer Seits wieder, wenn auch anscheinend ohne gerade stark im Gange des Ganzen hervorzutreten, zur Gesamtentwicklung des letzteren bei. Und so entfaltet sich denn ein deutliches Bild vor uns, wie allmählig der kleine Ort unter günstigen und ungünstigen Verhältnissen zu dem bedeutendsten Platze der südwestlichen Ecke von Deutschland sich emporgearbeitet hat. Die Aufmerksamkeit bei der Lectüre des Werkes selbst wird aber noch dadurch gehoben, dass Alles mit sorgfältiger Benutzung und Kritik der Quellen zusammengestellt ist.

Wir können hier eben so wenig eingehen auf die vielen Fehden, Bündnisse, als auf die Schilderungen des innern Lebens der Stadt, wie deren Bewachung, Sturmordnung, Haushalt, Anstalten, Zunftstuben und Gesellschaften des Adels, auf die in Freiburg gepflegte Kunst, zumal der Baukunst, welche sich recht eigentlich in dessen vorzüglichstem Bauwerke, dem Münster, ausspricht. Es sei uns nur gestattet, aus dem vielen Interessanten Einzelnes hervorzuheben, was Herr Schreiber bei Gelegenheit der Schilderung des Kriegswesens in Freiburg über den angeblichen Erfinder des Schiesspulvers, Berthold Schwarz, (Th. II. S. 207 ff.) sagt.

Unter den Städten, welche darauf Anspruch machen, dass die Erfindung des Schiesspulvers (richtiger dessen ausgebreitete Ver-

wendung für kriegerische Zwecke*), von ihnen ausgegangen sei, steht, durch Sagen und Zeugnisse, Freiburg oben an. Der Name seines Berthold Schwarz ist sowohl örtlich als auswärts der bekannteste. Seit Jahrhunderten weist man auf das alte Franziskaner-Kloster (jetzigen Pfarrhof zu St. Martin) hin**), in dessen Gewölben der aus Freiburg gebürtige, zu St. Blasien auf dem Schwarzwald in geheimen Künsten unterrichtete und deshalb von seinen Mitbrüdern eingesetzte Mönch seine ersten Versuche gemacht habe.

Die älteste, bis jetzt bekannte Nachricht über die Erfindung und Anwendung des Schiesspulvers in Deutschland findet sich in einem noch ungedruckten Feuerwerkbuch vom Jahre 1432. Darin ist von einem Meister, genannt der schwarze Berthold (niger Bertholdus) als einem Alchymisten (Schwarzkünstler, Nigromanticus) die Rede. Er habe, so wird erzählt, eine Goldfarbe brennen wollen, wozu Salpeter, Schwefel, Blei und Oel gehöre, und sei auf seine Erfindung dadurch gekommen, dass ihm diese Mischung zu öftern Malen die bei der Arbeit benutzten kupfernen Pfannen und Häfen zersprengt habe. Diese Mittheilung, welche bei der Pulver-Erfindung den Zufall die Hauptrolle spielen lässt, hat nichts unwahrscheinliches, indem die Alchymisten nicht selten etwas ganz anders fanden, als sie erwarteten. Doch liesse sich auch annehmen, dass der Adept selbst mit mehr Vorbereitung zu Werk gegangen wäre. Sollte er nicht schon Nachrichten von den im Orient und bei den Mauern in Spanien üblichen Geschützen benutzt haben? Ein zündender Funke schleuderte den Stössel in die Höhe und nun war die Wirkung des Gemenges nicht nur selbst dem Adepten klar, sondern er setzte auch Andere davon in Kenntniss, welche sie für seine Erfindung hielten (S. 209).

Was den Namen des Erfinders betrifft, so ging damit längere Zeit keine wesentliche Aenderung vor. Man machte, nach damaliger Weise, aus dem Beiwort einen Zunamen, aus dem schwarzen Berthold wurde Berthold zugenannt der Schwarze (Bertholdus cognomine Niger), später kurzweg der Schwarze oder Berthold Schwarz. Hiezu kam noch die nähere Bestimmung, dass dieser Meister dem Orden der schwarzen Franciskaner angehört hat. Auch die Geschichtschreiber dieses Ordens erwähnen seiner in ihren Jahrbüchern der Mindern Brüder (S. 210). Von dem Archive, aus welchem das entscheidende Zeugniß in dieser Sache hätte genommen werden können, nämlich von jenem der vormaligen Mindern Brüder in Freiburg, ist keine Spur mehr übrig. Diese Mönche mussten, weil sie sich der von Pabst Leo X. eingeführten Ordensreformation nicht unterziehen wollten, auf Verlangen des Kaisers Maximilian I.

*) Dass das Schiesspulver den Arabern früher als uns bekannt gewesen sei, obgleich die Erfindung vielmehr den Persern und Chinesen zugeschrieben werden müsse und dass sie aus dem Morgenlande zuerst nach Spanien, wo sich schon 1342 die Mauern der Feuerschlünde bedienten, übergegangen sei, wird von dem Hrn. Verfasser Th. II, S. 207 nachgewiesen.

**) Auf dem Platze vor demselben steht jetzt (seit 1853) auch Berthold's Standbild durch den Freiburger Bildhauer Herrn A. Knittel, einen Schüler Schwanthalers, ausgeführt.

am 6. August 1515 ihr Kloster den Brüdern von der strengen Observanz einräumen und die Stadt verlassen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch ihre Pergamente zerstreut, oder von den Nachfolgern zum eigenen Gebrauche abgeschabt.

Nach den Forschungen des Hrn. Verf. ist Anklitzen der Familienname des Berthold Schwarz. Bekanntlich legt, wer in ein Kloster eintritt, als der Welt abgestorben, sowohl seinen bisherigen Familien- als seinen Taufnamen ab und erhält einen neuen Taufnamen und nur diesen, weil der Orden an die Stelle der Familie tritt. Damit ist jedoch die Erinnerung an die früheren Namen keineswegs ausgelöscht und der Mönch wird, zumal von dem Volke, häufig noch mit demselben bezeichnet, während er bei seinen Mitbrüdern längst den von ihnen auferlegten Namen führt. Der Familienname Anklitzen selbst kommt in den Bürgerbüchern der Stadt Freiburg vor (S. 210. 211).

Was die Zeit angeht, in welcher Berthold Schwarz seine Erfindung des Schiesspulvers oder vielmehr der Verwendung desselben zum Geschütz gemacht hat, so dürfte diese mit Sicherheit in den Anfang der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zu setzen sein, denn schon im Jahre 1371 wird in den Rechnungsbüchern des Rathes der Stadt Basel eines angestellten Büchsenmeisters und mehrerer vorhandener Büchsen Erwähnung gethan (S. 213. 214. 215). In Freiburg selbst war schon im Anfang des 15. Jahrhunderts eine blühende Eisengiesserei, in welcher Büchsen verfertigt wurden*).

Als Beilagen sind dem zweiten und dritten Theile interessante und belehrende Abhandlungen über das Münzwesen der Stadt Freiburg (die Genossenschaft der Rappenmünze) beigegeben.

Mit Vergnügen sehen wir den weiteren Lieferungen dieses verdienstlichen, die Geschichte der Stadt und Universität Freiburg umfassenden, Werkes entgegen. **Hautz.**

*) Bei dieser Veranlassung halten wir es nicht für unpassend, auf einen schönen in dem Archive der hiesigen Universitätsbibliothek befindlichen Codex in Folio aufmerksam zu machen, welcher das Verfertigen von Büchsen betrifft und überschrieben ist: „Dialogus oder Gespräch zweier Personen, nämlich eines Büchsenmaisters mit ainem Feuerwerkher von der Khunst vnd rechtem Gebrauch des Büchsengeschosses vnd Feuerwerkhs. in zween Theile getheilt, darinnen viel thräffentliche gehaimnissen verborgen Stuckh, auf alle derselbigen Ursachen, vorthail, behende Gröff gelehret soviel in Fragen vnd Antwort verfasst und ausgesprochen mag werden. Durch Samuelen Zymmermann in Augsburg. Register am End diss Buchs.“ Zymmermann lebte im Jahre 1574 in Augsburg und machte mit dieser Handschrift wahrscheinlich dem Kurfürsten Friedrich III. von der Pfalz ein Geschenk. Nach dem Inhalte derselben gebührt ihrem Verfasser das Verdienst, die Shrapnelbombe erfunden zu haben. Die in der Schrift gegebene praktische Anleitung stimmt in Allem mit dem heutigen Verfahren der Shrapnels in überraschender Weise überein. Zymmermann nennt dieses Geschoss „Geschoss der Hagelkugeln“ oder „Hageln.“ Es wäre somit diese Erfindung, welche bisher für eine englische galt, eine deutsche. Der königl. Preuss. Artilleriehauptmann, Herr Toll, handelt, mit Benutzung der hiesigen Handschrift, ausführlich über diesen Gegenstand in der von ihm herausgegebenen „Zeitschrift und Archiv für die Officiere der königl. Preussischen Artillerie, des Ingenieurkorps für 1852“ Bd. 32. Heft 2. S. 160.

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Hellas und Rom. Ein Grundriss des klassischen Alterthums für die studierende Jugend von Georg Bippart. Erster Band. Land und Volk, Staat und Familie, Religion und Cultus der Hellenen. Prag. 1858. Verlag von Friedrich Tempsky. 8. 548 S.

Inhalt, Eintheilung und Zweck des vorliegenden Werkes gehen aus dem Titel desselben hervor. Noch Näheres wird darüber in der Vorrede des Verfassers mitgetheilt. Darnach wird der zweite Band das römische Alterthum behandeln und ähnlicher Weise wie der Erste Band über das griechische Alterthum in einer Auswahl Dasjenige enthalten, was man gewöhnlich unter Antiquitäten und Mythologie versteht. Ueber den Zweck und die Ausführung des Werkes wird ferner ebendasselbst noch Folgendes bemerkt: „Der Zweck dieses Buches ist, ein lebendiges und richtiges Verständniss des klassischen Alterthums bei der Jugend zu vermitteln. Namentlich hat es die Aufgabe, ein Lehr- und Lesebuch für die oberen Gymnasialklassen des österreichischen Kaiserstaates in der Weise zu sein, dass die Schüler eine übersichtliche Kenntniss des politischen, häuslichen und religiösen Lebens der antiken Völker daraus gewinnen, die Lehrer theils auf dasselbe verweisen, theils bei ausführlicher Besprechung einzelner Punkte es zu Grunde legen können. Der Verfasser hat aus dem reichen Stoffe Dasjenige ausgewählt, was der Jugend zu wissen nothwendig, nützlich und besonders bei Lectüre der klassischen Schriftsteller förderlich schien. Die Anordnung sollte im Ganzen und Einzelnen übersichtlich, die Darstellung so klar, objectiv und positiv als möglich sein“.

Ehe wir über die Art der Ausführung, welche der Verfasser nach diesen und einigen andern Andeutungen der Vorrede sich als Ziel gesetzt, uns näher äussern, kann man die Frage aufwerfen, ob überhaupt eine solche zusammenfassende systematische Darstellung des griechischen und römischen Alterthums, wie sie hier und in andern ähnlichen Lehrbüchern geboten wird, für den Gymnasialunterricht nöthig, ja auch nur nützlich sei. Die Hauptaufgabe der classischen Schulstudien wird nämlich doch immer sein: Kenntniss der beiden alten Sprachen und bis zu einem gewissen Grade Fertigkeit in denselben, Kenntniss einiger der besten klassischen Schriftsteller, Bildung des Styles und des Geschmacks nach denselben. Auf diese formale Bildung wird der Hauptnachdruck zu legen sein, aber freilich vorausgesetzt, dass sie in der rechten Weise, nach einer richtigen Methode gegeben werde. Ein Hervorheben des materiellen gelehrten Wissens aus dem Kreise des klassischen Alterthums,

könnte man nun einwenden, neben jener Bemühung für formale Sprach- und Stylbildung, beeinträchtige diese letztere, erschwere überhaupt zu sehr die Erfolge des Unterrichtes und gehe über den Kreis einer elementaren allgemeinen Vorbildung zu den gelehrten Studien hinaus. Von diesem Standpunkte ausgehend kann man dann ferner behaupten, dass was den Schülern von Realkenntnissen des klassischen Alterthums beizubringen ist, nur im Einzelnen und bei Gelegenheit der Erklärung der Klassiker in kurzen Bemerkungen beigebracht werden soll; dass eigne Lehrstunden über Alterthümer, Mythologie u. dgl. an Gymnasien und eigne Lehrbücher mit einer abgesonderten, systematischen Darstellung der Realfächer der Alterthumskunde unpassend und unnöthig seien.

Die oben angedeutete Hauptaufgabe der klassischen Studien an den Gymnasien festhaltend wird man zwar zugeben können, dass eigne abgesonderte wöchentliche Lehrstunden für den Vortrag der Realfächer der Alterthumskunde an Gymnasien unnöthig und selbst ungeeignet wären, aber für den Gebrauch eines dem Standpunkte der Schüler angemessenen Lehr- und Lesebuches mit einer übersichtlichen Darstellung des antiken Lebens sprechen sehr gute Gründe. Einmal, wenn zur Lectüre der Klassiker in der Schule eine gewisse Masse von kurzen sachlichen Erklärungen nöthig ist, und wenn manche dieser Notizen nur im Zusammenhang mit andern recht verständlich werden, warum soll man die für diesen Kreis nöthigen Notizen nicht in einer geordneten Darstellung zusammenfassen? Ferner: für einzelne Theile der Alterthumskunde, welche bei der Lesung der Schriftsteller besonders hervortreten wie Mythologie bei den antiken Dichtern, ist es nicht ausreichend, es dem Zufalle zu überlassen, was davon der Schüler gerade bei Gelegenheit der von ihm in der Schule gelesenen Stücke kennen lernt, besonders da nun einmal diese antike Götter- und Heroenwelt gleichsam eine allgemeine Weltreligion der Dichter und Künstler geworden ist. Man hat daher auch schon in den Schulen der Jesuiten, wo man die für den Schulgebrauch nöthigen Realkenntnisse aus dem Bereiche des klassischen Alterthums mit dem technischen Ausdrucke *Eruditio* bezeichnete, einen eignen recht zweckmässig eingerichteten Abriss der gewöhnlichen Volks- und Dichter-Mythologie von P. Juvenius bis in die neueste Zeit gebraucht. Endlich kann eine solche Berücksichtigung des realen Elementes der klassischen Alterthumskunde bei dem Schulunterricht gerade in unsrer Zeit als ein Correctiv dienen gegen das zu einseitige und übertriebene Vorwiegen der theoretischen Sprachlehre. Bei aller Anerkennung des Werthes der letzteren und der Virtuosität darin innerhalb ihrer Sphäre kann man nun einmal doch nicht läugnen, dass wie in der Schulbildung des Mittelalters Logik und Dialektik ein unverhältnissmässiges Uebergewicht erhalten hat, so in der neuern und neuesten Zeit etwas Aehnliches hinsichtlich der Grammatik statt findet. Wenn die unfruchtbare Subtilität und Streitsucht jener alten

Dialektiker nachtheilig wirkte und widerwärtig ist, so ist am Ende die unfruchtbare Subtilität und das Supercilium grammaticorum in den Gymnasien und auf dem Katheder dieses nicht weniger, ja für den guten Schulunterricht nicht blos, sondern für die Erziehung unsrer studierenden Jugend um so bedrohlicher, da die Schulen doch vorzugsweise und fast ausschliesslich in den Händen der Philologen und Grammatiker sind und der Natur der Sache nach sein müssen.

Wenn wir nach Allem dem Lehrbücher von dem Inhalt und Zweck, wie das vorliegende, für den Gymnasial-Unterricht als zulässig und erspriesslich anerkennen, so ist aber recht sehr der Nachdruck darauf zu legen, dass dieses nur von denjenigen Büchern der Art gelten kann, welche der Auswahl und Behandlung des Stoffes nach dem Bedürfnisse und dem Standpunkte der Schule angemessen sind. Der Verfasser des vorliegenden Buches hat, wie man schon aus seiner Vorrede sieht, dieses Ziel der Angemessenheit und Zweckmässigkeit für die Schule scharf und fest in das Auge gefasst. Ausser seinen oben schon mitgetheilten Aeusserungen hierüber heben wir aus der Vorrede noch folgende heraus. Der Verfasser hat es sich angelegen sein lassen, „Klarheit mit Kürze zu verbinden und mit Ausschluss alles Polemisirens, wie aller subjektiven Einfälle und etymologischen Spielereien den Stoff zu bearbeiten... Solche Punkte, in welchen die herkömmliche Ansicht verlassen ist, sind mit der grössten Vorsicht behandelt und sollen später noch besonders in ausführlicherer Weise erörtert werden. Der Verfasser hat sich von dem Streben nach Neuheit der Ansichten eben so fern zu halten gesucht als von dem Fehler das Alterthum zu idealisiren oder aber seine Schattenseiten einseitig auszumalen“. Man wird diese Richtpunkte und Grundsätze nicht anders als sehr vernünftig und zweckmässig anzuerkennen haben. Hinsichtlich der nicht zahlreichen dem Texte beigegebenen Citate aus den Quellen wird in der Vorrede ferner bemerkt: „sie hätten den Zweck, den Leser auf die vorzüglichsten Gewährsmänner zu verweisen und sie erstreckten sich im Ganzen nur auf Homer und andre viel gelesene oder leicht zugängliche Schriftsteller“. Wenn, wie im Allgemeinen hier geschehen ist, in solchen Fällen die wichtigsten und am meisten charakteristischen Stellen aus den Schriftstellern mit weiser Sparsamkeit ausgelesen werden, so wird man aus mehreren Gründen dieses als zweckmässig finden. Weniger einverstanden wird man mit dem Verfasser vielleicht sein über seine Citate aus neuern Schriftstellern, deren zwar nur wenige gegeben sind, aber für den Schüler zu viel, für den Lehrer zu wenig, ausserdem, dass es im Abschnitte über Mythologie hinreichend gewesen wäre, die gewiss hier vorzugsweise zu berücksichtigenden trefflichen Hilfsmittel, O. Müllers Handbuch der Archäologie und E. Braun's Vorschule zur Mythologie, im Allgemeinen zu nennen sei es in der Vorrede oder bei dem angeführten Abschnitte, ohne sie an so vielen einzelnen Stellen zu citiren.

Eigne Charten, Plane, Bilder dem Buche beizufügen schien aus mancherlei Gründen dem Verfasser nicht rathsam. Man kann sich leicht mancherlei äussere Hindernisse und innere Bedenken vorstellen, welche sich hiebei in den Weg stellten. Was namentlich letztere betrifft, so ist allerdings darauf zu sehen, dass durch Unterhaltungen des Auges der Ernst und die Strenge des Lernens bei den Schülern nicht beeinträchtigt werde; aber eben so gewiss ist es, dass an unsern Gymnasien zur Förderung der klassischen Studien für die Anschauung mehr Rücksicht genommen werden sollte als insgemein geschieht. Die jetzt viel leichtere Beschaffung plastischer und graphischer Hilfsmittel sollte nicht ausser Acht gelassen werden: eine passende, richtig begrenzte Auswahl von Abgüssen von Gemmen und von Münzen ist für Gymnasien gewiss ein eben so leicht anzuschaffender als zweckmässiger Theil des Lehrapparates. Uebrigens kann man bei Gelegenheit eines Lehr- und Lesebuch für die obern Gymnasialklassen des österreichischen Kaiserstaates wie das vorliegende ist, sich des Gedankens nicht erwehren, dass aus der in allen Arten graphischer Darstellung den ersten Platz einnehmenden k. k. Hof- und Staatsdruckerei einmal ein wissenschaftlich und pädagogisch für das Bedürfniss der Gymnasien angemessener Atlas mit Charten, Planen, Bildern aus dem Kreise der klassischen Studien hervorgehen möge, welcher dann gewiss an allen unsern Gelehrtschulen ein treffliches Hilfsmittel zur Beförderung dieser Studien wäre.

Wenn wir die in der Vorrede des vorliegenden Buches an ein solches Werk hinsichtlich seiner Zweckmässigkeit gestellten Anforderungen, so wie die übrigen, welche man noch aufstellen kann, zusammenfassen, so wird, die wissenschaftliche Befähigung seines Verfassers vorausgesetzt, als die Hauptsache dabei erscheinen, dass ein solches Werk zu dem Gebrauche der Gymnasien sich auf das Allernothwendigste beschränke, dass es den anspruchslosen Charakter eines elementaren Lehrvortrages festhalte; dass es aber andrer Seits ungeachtet der Kürze eines blosen Abrisses doch nicht zu trocken und leblos sei, sondern auch in den einfachen Umrissen, wie in der gelungenen Skizze einer reichen und lebensvollen Composition, Geist und Charakter durchblicken lasse. Man sieht, dass es keine leichte Aufgabe ist, welche an den Verfasser eines solchen Schulbuches, wenn es nicht ganz ordinärer Art sein soll, zu stellen ist, eine Aufgabe zu deren Lösung Gelehrsamkeit, Geist, Talent der Darstellung und Kenntniss der Schule sich verbinden müssen.

Wenn man nun mit diesen Anforderungen das in dem vorliegenden Werke Geleistete vergleicht, so wird man zu dem Urtheile gelangen, dass hier diesen Anforderungen in einer anerkennenswerthen Weise Genüge geleistet worden ist. Allerdings wird der eine oder der andre Beurtheiler Dieses oder Jenes kürzer gefasst oder mehr ausgeführt oder auch in einem andern Sinne behandelt wünschen; auch findet sich Einzelnes, was wirklich einer Berichtigung bedarf. Aber in der Hauptsache, im Ganzen wird das Werk

als seinem Zwecke entsprechend und wohl gelungen gelten müssen. Der Unterzeichnete wenigstens, der das ganze Buch mit Aufmerksamkeit und Interesse durchgelesen hat, und dabei die Bedürfnisse, die Art und Weise unsrer klassischen Schulstudien sich stets gegenwärtig zu halten bemüht war, wobei ihn die Erinnerungen und Erfahrungen seiner mehrjährigen Wirksamkeit nicht bloß als Gymnasiumslehrer, sondern auch als Mitglied einer obern Studienbehörde unterstützten, kam nach unbefangener Prüfung zu diesem Resultate der Beurtheilung. Sowohl die Auswahl des Stoffes, als die Art der Darstellung so wie der Geist der Auffassung und Behandlung, erscheinen im Allgemeinen als gut und zweckmässig. Was die Auswahl des Stoffes betrifft, so könnte man vielleicht einen Abschnitt über Literaturgeschichte vermissen, wie einen solchen das der Zeit nach erste Lehr- und Lesebuch dieser Art, Eschenburg's Handbuch der klassischen Alterthumskunde, enthält. Der Verfasser scheint aber einen solchen Abschnitt mit Fug und Recht hinweggelassen zu haben. Denn einmal haben die Schüler am Ende ihres Schulcurses eine Anzahl der wichtigsten Autoren durch die Lectüre derselben kennen gelernt, wobei ihnen wohl auch in kurzen Einleitungen dazu noch andre Namen derselben schriftstellerischen Gattung genannt werden; ferner ist der sonst noch übrige Stoff eines solchen Buches so reichhaltig, dass man alles zu dem Zwecke des Unterrichtes nicht durchaus Nothwendige besser hinweglässt, und endlich ist es gerade im Fache der Literaturgeschichte für Schüler und angehende Studierende nicht zuträglich, ihnen zu frühe Namen und Urtheile über Schriftsteller und Werke der Literatur zu geben, statt sie mit dem Lesen der besten derselben zu beschäftigen. Was aber den Geist und die Behandlung des vorliegenden Werkes im Allgemeinen betrifft, so sind namentlich zwei Vorzüge bemerkbar. Einmal setzt es sich nicht mit dem Religionsunterrichte an christlichen Gymnasien in Opposition, was abgesehen von allen höhern Rücksichten schon nach den einfachsten Forderungen gesunder pädagogischer Grundsätze eine nothwendige Bedingung des Betriebes der klassischen Schulstudien sein muss. Ferner hat sich der Verfasser von einem Fehler freizuhalten gesucht, welcher bei literarischen Darstellungen des klassischen Alterthums besonders in dem Bereiche der Schule oft vorkommt und welcher dem abstracten farblosen Idealismus bei der Nachahmung der antiken Kunst analog ist. Wie diese letztere Auffassung kein wahres Bild von der antiken Kunst gibt, eben so wenig gibt jene analoge literarische Darstellung zusammengesetzt aus einem idealisirenden Enthusiasmus und beschränktem Schulpedantismus ein wahres Bild des antiken Lebens. Die Darstellungen der einzelnen Theile des antiken Lebens, wenn auch nur in skizzenhaften Umrissen, haben im Ganzen Wahrheit und Charakter.

Nach dieser allgemeinen Besprechung des vorliegenden Werkes mögen nur noch einige Bemerkungen im Einzelnen folgen, welche

jedoch nicht sowohl gelehrte Erörterungen einzelner Punkte enthalten als vielmehr sich vorzugsweise auf die methodologische Seite, auf den Zweck des Werkes als eines Schulbuches sich beziehen sollen. Wie jeder Erwachsene die natürliche Verpflichtung hat zur Erziehung und Besserung der Jugend überhaupt das Seinige beizutragen, so kann auch jeder Gelehrte im Kreise seines Faches sich aufgefordert fühlen, zur Vervollkommnung eines guten Schulbuches, das viel gebraucht wird oder gebraucht zu werden verdient (und ein solches Buch scheint das vorliegende zu sein) so viel oder wenig er vermag beizutragen.

Das erste Buch in den zwei Abschnitten: Land und Volk ist recht geeignet, dem jungen Leser (namentlich wenn die nöthigen Hilfsmittel von Charten und einigen Abbildungen dabei gebraucht werden) eine gute Uebersicht von beiden zu geben. In dem chorographischen Theile sind recht zweckmässig bei Erwähnung der in mythologischer oder historischer Beziehung hervortretenden Localitäten die darauf sich beziehenden Notizen beigelegt. Es hätte dieses vielleicht auch noch an einigen Stellen geschehen sollen, wo es unterlassen worden ist, wie S. 15 bei Actium und Leucas; S. 16 bei Calydon, S. 17, wo bei der Erwähnung des Parnassus die Quelle Kastalia nicht zu übergehen war. Einige solcher Notizen, wenn man sie einmal machen wollte, hätten können genauer gegeben werden. So S. 13, wo bei der Landschaft Thessalien und der betreffenden Gegend derselben angeführt wird, deren „Boden sei durch die Entsühnung des Apollon von der Blutschuld geweiht“, hätte wohl können diese Blutschuld selbst (die Tödtung der Cyclopen), und die Dienstbarkeit bei dem König Admet ausdrücklich genannt werden. Letztere wird zwar in dem mythologischen Theile S. 482 berührt, aber ohne die Localität Thessalien zu nennen. Solche Auslassungen sind für denjenigen Leser, welchem die Sache selbst im Allgemeinen bekannt ist, gleichgiltig; aber nicht ebenso für den Schüler, welcher erst damit bekannt gemacht werden soll oder für dessen Gedächtniss eine solche Wiederholung eine gute Hilfe ist. Dasselbe gilt von der allgemein gehaltenen Bemerkung S. 22: „Hymettos, Pentelikos, Laurion sind durch ihre Gaben wohl bekannt“; wenn schon weiter unten bei dem Abschnitte „Athenischer Staat“ bei gegebener Veranlassung von den Produkten dieser Localitäten näher die Rede ist. — S. 22 ist für Helikon zu setzen Hymettus; und S. 30 Lykäos und Skiritis für Lykäon (welche Form doch nur adjectivisch vorkommt: τὸ Λύκαιον ὄρος) und Kirphis. — S. 31 ist Argolis mit 61½ Q.-M. unrichtig als der „grösste Theil der Halbinsel“ genannt, da doch Lakonien mit 87 Q.-M. angeführt wird. — In dem Abschnitte II das Volk §. 37 hätte bei der übrigens guten Charakterisirung der leiblichen und geistigen Anlagen der Hellenen, doch wohl sogleich hier schon auf die grosse Verschiedenheit in dem Charakter der einzelnen Stämme mit einem Worte hingewiesen werden sollen, worüber

allerdings an andrer Stelle weiter unten gehandelt wird. Es wäre gewiss auch im Interesse der hier gegebenen kurzen Charakteristik des hellenischen Volkes gewesen, wenn von der klassischen Stelle in des Aristoteles Politik (VII, 6) wäre Gebrauch gemacht worden, sowohl der Autorität ihres Urhebers wegen als wegen der innern Wahrheit der dort mit wenigen Worten gegebenen Charakteristik der hellenischen Nation. — S. 51 und 64 ist zwar im Allgemeinen von den zahlreichen griechischen Colonien die Rede. Es scheint aber durchaus nothwendig, dass irgendwo an einer Stelle des Buches sei es hier oder in dem vorhergehenden geographischen Abschnitte die wichtigsten griechischen Colonien ausser den kleinasiatischen (von welchen das Nöthige gesagt wird S. 46), zusammengestellt und aufgeführt werden. Denn eine allgemeine Kenntniss derselben ist zu einer Uebersicht über griechisches Land und Volk unerlässlich. — Bei der Erwähnung der Baukunst in der pelasgischen Periode (§. 42. S. 58), war mit einem Wort die Bezeichnung und Bauweise der „Cyklopenmauern“ anzuführen. — Wo von dem Gegensatz zwischen Hellenen und Barbaren S. 64 die Rede ist, wäre es zur richtigen Auffassung für den jungen Leser zuträglich gewesen, dass in irgend einer Wendung auf den ursprünglichen Sinn und Gebrauch des letztern Wortes, (Unverständlichkeit der Sprache) hingewiesen worden wäre.

Zweites Buch. Staat und Familie. S. 72 finden wir bei der Auseinandersetzung über Adel und Volk den Satz: „Nach griechischer Vorstellungsweise hing Begabung und Berechtigung durchaus mit der Abstammung zusammen“. Diese Wendung kann vielleicht bei manchem jungen Leser das Missverständniss erzeugen, als sollte diese Anschauungsweise als eine specifisch griechische angesehen werden, da sie doch eine fast allen alten Völkern gemeinschaftliche war. Gerade dieses letztere Moment wäre eher hervorzuheben gewesen. — Bei dem Abschnitte §. 55. S. 86 ff. Die Staatsformen wäre es, so will es uns bedünken, am einfachsten und besten gewesen, statt jeder andern Auseinandersetzung die Aristotelische Darstellung von den drei rechten Arten der Staatsverfassungen und von den drei Ausartungen derselben, so wie der erstern Analogie mit den verschiedenen Arten des Hausregiments aus der Nikomacheischen Ethik und aus der Politik in abgekürzter Form hier aufzunehmen. Man kann diesen Gegenstand, namentlich in Beziehung auf griechisches Staatsleben, wohl schwerlich richtiger, klarer und präciser, zugleich mehr allgemein verständlich abhandeln, als es von Aristoteles geschehen ist. Es wäre dadurch auch die weitere Ausführung S. 90. §. 56 Wechselverhältniss zwischen Ordnung und Gliederung des Staates (welcher als etwas zu abstract gehalten erscheint) weggeblieben oder anders gefasst worden. — S. 111 scheint die Wendung: „Sykophanten auch „Hunde des Volkes“ genannt“, auf einem Missverständniss zu beruhen oder ein solches veranlassen zu können. Die ange-

führte Benennung „Hunde des Volkes“ wurde nicht in dem allgemeinen Sprachgebrauch gleichbedeutend mit Sykophant, und also im tadelnden Sinne angewendet. Vielmehr war es eine lobende Bezeichnung, welche Demagogen und Sykophanten sich selbst beilegte, wenn sie ihre Wachsamkeit und Treue in Wahrung der Volksrechte hervorheben wollten. Von einem solchen Menschen spricht Demosthenes (contra Aristogiton. p. 782. 7), indem er sich dabei über dieses belobende Prädikat lustig macht, und ebenso ertheilt sich das nämliche Prädicat ein bei Theophrast (Charact. cap. XXIX) photographirtes Subject desselben Gelichters. Zu derselben Auffassung dieser Bezeichnung führen viele andre Stellen, wo der Hund in bildlicher Bedeutung als Wächter genommen wird, wie ich einmal zu jener Stelle des Theophrastus nachzuweisen gesucht habe (Opuscula academica. Friburgi 1857. pag. 59). Das Gegentheil von treuen Hunden des Volkes sind bei Jesaias LVI, 10 die canes muti non valentes latrare. — Die Hetaerien, welche S. 111 „geheime Gesellschaften“ genannt werden, waren doch dieses weniger als politische Clubbs und wären richtiger so benannt worden. — S. 114, wo die ganz richtige Bemerkung in Erinnerung gebracht wird, dass man „die Nichterwähnung einer Sache in den Homerischen Gedichten nicht zugleich als ein Nichtvorhandensein deuten dürfe“, hätte vielleicht an die Analogie des Nibelungenliedes hierin erinnert werden können, wo von dem religiösen Glauben, der ausgebildeten Dogmatik, dem System kirchlicher Hierarchie wenig oder nichts vorkommt, obgleich alles dieses zur Zeit des Dichters vorhanden war. — S. 127, wo bei der Auseinandersetzung über den Umfang der königlichen Gewalt angeführt wird, dass der König das priesterliche Oberhaupt war und Opfer für Staat und Volk darbrachte, hätte sollen mit einem Worte erwähnt werden, dass gewisse Opfer im Namen der Gesamtheit dabei doch nur von Priestern dargebracht werden durften (*θυσίαι ἱερὰται* Aristot. Polit. III, 9.). Auch in dem Abschnitt über den Cultus, wo von den Opferhandlungen der Könige die Rede ist (S. 526), wird diese Einschränkung nicht angedeutet. Doch führt unser Verfasser S. 133 die priesterlichen Personen im Dienste des Königes, die Weissager und Opferpriester, an und spricht von ihrer Mitwirkung bei den Opfern, so dass er vielleicht jene ohnehin nicht näher anzugebenden hieratischen Opfer als vorzugsweise mit der Weissagung verbunden sich denkt. — S. 148, wo von der Art der Kriegführung der homerischen Helden die Rede ist, wird zwar von der gewöhnlichen Kampfweise in der Schlacht ein anschauliches Bild gegeben; aber so durchaus ohne alle Versuche der Taktik war jene Zeit nicht, wie man darnach schliessen könnte. Es hätte sollen mit einem Worte wenigstens von der taktischen Aufstellung, welche Nestor angibt (Iliad. B. 362), geredet werden und von der gemeinsamen, gleichmässigen Offensiv- und Defensivtaktik der geschlossenen Hoplitaphalanx, wovon neben den vorherrschenden Erzählungen von dem

isolirten Vorkämpfe der Könige und Edeln nicht nur kurze Andeutungen, sondern sogar anschauliche Schilderungen sich finden (wie Iliad. II, 212), was alles jetzt in Köchly's und Rüstow's Geschichte des griechischen Kriegswesens S. 2—4 und in der Ausgabe der „griechischen Kriegsschriftsteller“, welche wir beiden zu verdanken haben II. Theil. 1. Abtheil. S. 1—6 auf das Beste auseinandergelegt ist. — S. 157, wo bei der Beschreibung der griechischen Schiffe unter den andern Theilen auch das Steuerruder (*πηδάλιον*) angeführt wird, hätte sollen bemerkt werden, dass das griechische Schiff in der Regel zwei grosse mittelst eines Querholzes verbundene Schaufelruder, eines an jeder Seite des Hintertheiles, als Steuerruder hatten, und nicht wie unsre Schiffe nur ein Steuerruder. Smith, über den Schiffbau der Griechen und Römer übers. von Thiersch S. 9. — S. 169, wo die verschiedenen Hauptarten der gymnischen Kampfspiele aufgezählt werden, wäre es passend gewesen, die griechischen technischen Benennungen den deutschen beizusetzen. Ein ähnliches Verfahren ist zwar an mehreren Stellen des Buches beobachtet worden, wie z. B. S. 156 bei der Angabe der Haupttheile des griechischen Schiffes, und sonst. Aber aus didaktischen Gründen und im Interesse der Schüler, für welche das Buch zunächst bestimmt ist, hätten wir eine durchgehendere Anwendung dieses Verfahrens gewünscht und haben dasselbe S. 222. 229. 247. 250 und an andern Stellen vermisst. Um den deutschen Text durch Beifügung griechischer Wörter nicht zu häufig zu unterbrechen, könnten dieselben in den Noten untergebracht werden. — Was S. 254 über die Art der Kriegführung der Spartaner gesagt wird gibt ein recht anschauliches Bild; nur das über die Schlachtordnung Gesagte ist etwas zu allgemein gehalten und hätte durch Anschluss an die Darstellung von Köchly und Rüstow (Griechische Kriegsschriftsteller. II. Theil. 1. Abth. S. 7 ff.) wesentlich gewinnen können. — Bei der Darstellung des attischen Processes S. 323 wird vielleicht die allgemeine Charakterisirung des Processverfahrens in den öffentlichen Sachen durch die Bezeichnung des „accusatorischen Verfahrens“ von den Schülern nicht so ohne weitere Erklärung in dem gemeinten technisch-juristischen Sinne aufgefasst werden, und es wäre eine andre Wendung vorzuziehen gewesen. — Der S. 369 ausgesprochene Satz: „der Einfluss der Komödie (zu Athen) auf Gemüth und Charakter sei mehr schädlich als heilsam gewesen“, mag im Allgemeinen und namentlich in Vergleich mit der Tragödie (und so wird er hier aufgefasst) wahr sein. Aber es hätte doch sollen auch anderseits an die bei aller Ausgelassenheit im Einzelnen dem Ganzen nach so sittliche und ernste Tendenz aristophanischer Komödien mit einem Worte erinnert werden. — Im Uebrigen haben wir bei der Darstellung des athenischen Staates eine etwas nähere Ausführung des Verhältnisses der Bundesgenossen zu Athen an geeigneter Stelle vermisst, so wie auch zu wünschen ist, dass der S. 265 ff. gegebene

geschichtliche Ueberblick des athenischen Staatslebens, wenn auch nur in ganz kurzen Umrissen und mit wenigen Worten, bis zur römischen Zeit wäre fortgeführt worden.

Wenn ungeachtet der etwaigen Lücken oder Ausstellungen im Einzelnen, welche dieser oder jener Leser in den ersten beiden Büchern (I. Land und Volk und II. Staat und Familie) finden mag, dennoch im Allgemeinen und in einzelnen Parthien insbesondere sich eine selbstständige Durcharbeitung und Auffassung des Stoffes verbunden mit einer lebendigen, anschaulichen Darstellung des Verfassers zeigt, so gilt dieses noch in höherm Maasse von dem Dritten Buche (Religion und Cultus). Wir lassen auch über diesen Theil des Werkes einige wenige Bemerkungen folgen, welche sich uns bei dem Durchlesen desselben ergeben haben. Zuerst haben wir eine kleine Einwendung gegen die Ueberschrift zu machen, da der Cultus unter der Religion begriffen und nicht derselben coordinirt ist; richtiger würde wohl gesagt: Glaube und Cultus. Der S. 374 ausgesprochene Satz: „In der ältesten pelasgischen Zeit verehrte das Volk einen unnennbaren, unendlichen Gott“ scheint in dieser kategorischen Allgemeinheit etwas zu viel zu sagen. Herodot wenigstens an der bekannten klassischen Stelle, wo er von den namenlosen Gottheiten der Pelasger spricht, gebraucht immer die Bezeichnung der Mehrzahl von Göttern. — Was S. 385 über das Verhältniss der Komödien des Aristophanes zu der griechischen Volksreligion gesagt ist, kann zu einer unrichtigen Auffassung Veranlassung geben. Aristophanes vertritt doch wie überhaupt so auch in der Religion die conservative Richtung im Gegensatz gegen den Rationalismus seiner Zeit. Die einzelnen Spässe selbst gegen die Götter, durch altes Hervorkommen der bei diesen Festspielen ganz ungebundenen Maskenfreiheit zugelassen, beweisen nicht eine principielle Opposition, ebensowenig als die derben Spässe des christlichen Mittelalters auf religiösem Gebiet. — S. 398 scheint der Ausdruck „satanischer Egoismus“ von den griechischen Volksgöttern und ihrem bei aller Unvollkommenheit doch immer vorwaltenden Charakter der Naivetät, — doch etwas zu überschwenglich, so wie der S. 454 gebrauchte Ausdruck „satani-sche Schadenfreude“. — Der S. 406 statuirte Unterschied zwischen „Zeus“ und dem „Geiste des Zeus“ scheint nach den angeführten homerischen Stellen nicht so festgestellt wie er hier angenommen wird. Wenn man den letztern Ausdruck auch nicht als eine mit dem Namen selbst identische Umschreibung annimmt, so bleiben dennoch die Widersprüche in der volksmässigen Vorstellung von den griechischen Göttern überhaupt und von Zeus insbesondere, dem je nach der Situation bald mehr bald weniger Macht und Weisheit beigelegt wird. — S. 446 hätten die bekannten Mythen von Tantalos, Ixion, Sisyphos und Tityos nach dem didaktischen Zwecke dieses Werkes doch in der Kürze etwas näher angegeben werden sollen. — S. 322, wo von den musischen und

gymnastischen Wettkämpfen im Allgemeinen die Rede ist, hätten die berühmtesten Wallfahrtsorte, wo dieselben gehalten wurden (die olympischen, pythischen, isthmischen Spiele) aufgezählt und in der Kürze über den Hergang dabei, mit Hinweisung auf die pindarischen Gesänge, Etwas gesagt werden sollen.

Wir brechen unsre Bemerkungen, um nicht zu viel Raum in Anspruch zu nehmen, hier ab, obgleich gerade dieses dritte Buch (Religion und Cultus), wie oben schon angedeutet worden ist, unverkennbar mit besonderem Interesse von dem Verfasser bearbeitet worden ist und manches beachtenswerthe Ergebniss specieller Studien enthält. Es ist jedoch bei dieser Beurtheilung vorzugsweise nur der didaktische Zweck des Buches und die Frage seiner praktischen Brauchbarkeit ins Auge gefasst worden. Von diesem Gesichtspunkte aus möchten wir uns zum Schlusse noch folgende Bemerkung erlauben.

Wenn wir im Eingange dieser Anzeige oben bemerkten: der Hauptnachdruck bei den klassischen Studien an unsern Gymnasien sei auf die Sprachen und auf die Lesung der Schriftsteller zu legen, so wird, um ein gutes Resultat der Schulstudien zu erzielen, dasselbe auch von der wissenschaftlichen Vorbereitung und besonders von der Staatsprüfung der Candidaten des Gymnasial-Lehramtes gelten. Die Examinationsordnungen in den meisten deutschen Staaten aus den letzten Jahrzehnten stellen hinsichtlich des materiellen Wissens der philologischen Lehramts-Candidaten zu grosse Forderungen, ohne dass die Kenntniss und besonders die Fertigkeit in den alten Sprachen seit jener Zeit an unsern Gymnasien im Verhältnisse zu diesen gesteigerten Forderungen zugenommen hat. Wenn die philologischen Lehramts-Candidaten eine gute Fertigkeit im schriftlichen und mündlichen Gebrauch der lateinischen Sprache haben und einen gewissen Sinn, Geschmack und Eifer dafür; Geläufigkeit im Verstehen des Lateinischen und Griechischen, da wo nicht besondere Schwierigkeiten entgegenstehen; endlich genaue Bekanntschaft mit einer Anzahl ihnen zu bezeichnender griechischer und lateinischer Autoren oder Theile aus denselben, so werden sie, wenn sie nicht ganz ohne alles pädagogische Geschick sind, ihre Schüler in der Kenntniss und Fertigkeit der alten Sprachen weit genug bringen und ihnen mehr Lust an der Lectüre der alten Schriftsteller geben, als solche Lehrer, deren Kraft und Studium man bei ihrer Vorbereitung durch zu grosse, doch am Ende nicht wirklich zu erfüllende Anforderungen zu sehr getheilt und dadurch geschwächt hat. Die neueste Vorschrift über die Prüfung der Candidaten des Gymnasial-Lehramtes in dem österreichischen Kaiserstaat vom 24. Juli 1856 (woran wir durch das vorliegende für die österreichischen Gymnasien bestimmte Lehrbuch erinnert werden) sucht offenbar das Uebermaass der Anforderungen hinsichtlich des materiellen Wissens an die philologischen Lehramts-Candidaten im Interesse der sprachlichen Fertigkeit und der Lectüre der Classiker

zu ermässigen; nur hinsichtlich eines Realfaches der Alterthumskunde scheint die Verordnung wenigstens nicht den passendsten Ausdruck gewählt zu haben. Es wird nämlich „in der griechischen und römischen Geschichte gründliche Kenntniss“ verlangt. Wenn man den Ausdruck „gründlich“ nicht sehr relativ nimmt oder durch ein detaillirtes Programm über den Umfang und Inhalt Dessen, was bei einer solchen Prüfung verlangt wird, näher bestimmt, so wird eine solche Forderung eher an gelehrte Notabilitäten und Specialitäten des historischen Faches als an Candidaten des Gymnasial-Lehramtes zu stellen sein.

Papier und Druck des vorliegenden Werkes sind sehr gut; die Correctheit des Druckes lässt jedoch Einiges zu wünschen übrig.

Zell.

Deutsche Rechtsgeschichte von Dr. Heinrich Zoepfl, Grossherzoglich Badischem Hofrath, ordentl. öffentl. Professor der Rechte in Heidelberg. Dritte, durchaus umgearbeitete, vermehrte und verbesserte Auflage. Stuttgart, Verlag von Adolph Krabbe. 1858. Bog. 64. S. 1021.

Als ich im Jahre 1836 es unternahm, ein Lehrbuch der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte zu schreiben, legte ich den Plan des hochgeschätzten Eichhorn'schen Werkes zu Grunde, in welchem die politische Geschichte mit der Rechtsgeschichte nach Perioden zusammengestellt ist. Bei der zweiten Ausgabe und beziehungsweise Umarbeitung meines Lehrbuches, die in den Jahren 1844, 1846 und 1847 in drei Lieferungen erschien, wurde ich bereits von der Ueberzeugung geleitet, dass eine solche Vermischung der politischen Geschichte mit der Rechtsgeschichte dem Stande der Wissenschaft, wie den Bedürfnissen des Unterrichts nicht mehr angemessen sei. Sehr gerne hätte ich schon damals, wie ich dies auch in der Vorrede zur zweiten Auflage ausdrücklich erklärt habe, die Darstellung der politischen Geschichte ganz bei Seite gelassen: jedoch war man zu jener Zeit noch zu sehr an die Verbindung der Rechtsgeschichte mit der Volksgeschichte gewöhnt und wollte einen Abriss dieser letztern, wie mir von sehr beachtenswerthen Stimmen zu erkennen gegeben wurde, in einem Lehrbuche der deutschen Rechtsgeschichte nur ungerne vermissen. Ich traf daher den Ausweg, die politische Geschichte von der Rechtsgeschichte vollständig zu trennen, und erstere, unabhängig von der letzteren, als einen besonderen (ersten) Band der Rechtsgeschichte vorangehen zu lassen. Seitdem hat die Ansicht, dass diese beiden Zweige der Geschichtschreibung eine abgesonderte Behandlung nicht nur vertragen, sondern sogar erfordern, in grösseren Kreisen Anklang gefunden, und demnach hat auch F. Walter in seiner unterdessen

erschienenen deutschen Rechtsgeschichte die politische Geschichte ganz bei Seite gelassen. Bei dieser dritten Auflage und abermaligen Umarbeitung meines Lehrbuches durfte ich mich daher für berechtigt halten, die Darstellung ebenfalls auf die Rechtsgeschichte allein zu beschränken. In der äusseren Erscheinung hat daher mein Lehrbuch im Vergleich zur vorigen Ausgabe die Veränderung erlitten, dass der erste Band, einen Abriss der Volksgeschichte enthaltend, hinwegblieb, und der zweite Band nunmehr allein als selbstständiges Werk erscheint, was er der Sache nach auch in der vorigen Ausgabe gewesen war. In Folge hiervon war die Beschränkung des Titels in der Weise, wie er dieser dritten Auflage voransteht, von selbst geboten. Die Trennung der Quellengeschichte und der Geschichte der Rechtsinstitute, welche schon in der zweiten Auflage durchgeführt worden war, wornach deren zweiter Band in zwei Abtheilungen zerfiel, wurde aber von mir beibehalten, da sich deren Zweckmässigkeit insbesondere für den akademischen Unterricht durch die Erfahrung bewährt hat. Auch die Zählung und Reihenfolge der Paragraphen ist in beiden Abtheilungen unverändert geblieben, wozu mich die Rücksicht bestimmen musste, dass auf mein Lehrbuch vielfach auch in Schriften anderer Verfasser verwiesen worden ist; jedoch sind mehrfach da, wo es der in grösserem Umfange aufgenommene Stoff erforderte, neue Paragraphen eingeschoben und mit Buchstaben bezeichnet, an die vorhergehenden angeschlossen worden. Eine Vergleichung dieser mit der vorigen Auflage wird die Ueberzeugung gewähren, dass nur sehr wenige Paragraphen ohne wesentliche Umgestaltung geblieben sind. Die Vermehrung des Inhaltes wird sich schon daraus augenscheinlich ergeben, dass die Bogenzahl der beiden Abtheilungen, welche in der vorigen Auflage 40 Druckbogen betrug, auf 64 Druckbogen gestiegen ist; eine grössere Bogenzahl, als die vorige Auflage mit Hinzurechnung des jetzt weggefallenen ersten Bandes (der politischen Geschichte) umfasst hatte. Es darf daher das Buch in seiner neuen Gestalt wohl als ein im wesentlichen neues Werk bezeichnet werden.

Davon, dass ich durchaus nach Quellen gearbeitet habe und meine Forschungen auf Anerkennung der Selbstständigkeit Anspruch machen dürfen, wird das Buch selbst Zeugniss geben. In wie weit es mir gelungen ist, Richtiges zu Tage zu fördern, muss das Urtheil der Männer vom Fache entscheiden. Die Anmassung, nur Fehlerfreies geleistet zu haben, ist mir so ferne, als sie jedem sein wird, der mit der Massenhaftigkeit und Schwierigkeit des zu behandelnden Stoffes bekannt ist. Wenn in einem Fache des Wissens, so wird in der deutschen Rechtsgeschichte noch lange das „*veniam dare et petere vicissim*“ geboten sein.

Bei der vorliegenden Umarbeitung habe ich mir noch mehr als in der vorigen Auflage zur Aufgabe gemacht, die Belegstellen zum

Beweise der im Texte aufgestellten Ansichten, so weit nur immer thunlich, in den Noten abdrucken zu lassen. Wer weiss, wie zerstreut in verschiedenen, zum Theile sehr kostbaren Werken die Quellen enthalten sind und insbesondere, wie selten sich ein Studierender oder ein Praktiker, für welche dieses Buch vorzugsweise bestimmt ist, in dem Besitze eines nur einigermaßen ausreichenden Apparates befindet, wird es nur billigen, dass die Noten eine Art von Chrestomathie bilden, die nicht nur ein einigermaßen anschauliches Bild von der Beschaffenheit der Quellen zu bieten und in das Verständniss derselben einzuleiten, sondern auch zum tieferen Quellenstudium anzueifern bestimmt ist. Sodann habe ich mich auch bestrebt, genau anzugeben, in welchen eigentlichen Rechtsquellen das eine oder andere Rechtsinstitut und in welcher Zeit es zum erstenmale hervortritt. Nicht minder habe ich einzelne Rechtsgrundsätze so weit möglich, mit geschichtlichen Beispielen ihrer Anwendung aus den sog. *Scriptores rerum Germanicarum* zu belegen gesucht. Insbesondere bin ich aber auf Erläuterung der alten Rechtssprache bedacht gewesen, ohne deren Verständniss ein wirklicher Fortschritt in der Wissenschaft nicht möglich ist, worauf jedoch bisher von Seite der Juristen nur zu wenig Rücksicht genommen worden war. Da ich eben dieser Seite des Rechtsstudiums eine besondere Wichtigkeit beilege, so benütze ich sogleich diese Anzeige, um in einigen Punkten den Ausführungen in meinem Buche nachträglich einige Bemerkungen beizufügen.

I. Auf S. 926 fl. habe ich den Begriff der *creucruda* (*chrenecruda*) erörtert und dieses vielbesprochene Wort, abweichend von sämtlichen mir bekannt gewordenen bisherigen Auslegungen, als „Staub vom totleibe“ („*pulvis de hereditate terrae*“) erklärt. Ich habe dabei ausgeführt, dass diese *creucruda* niemals in dem gesammten Frankenreiche, sondern nur von Childebert II. in seiner *Decretio* v. J. 596 für seinen Landestheil aufgehoben, durch Karl d. Gr. bei der Abfassung der *L. Salica emendata* aber absichtlich beibehalten und gleichsam erneuert worden war. Eine Bestätigung findet diese Erklärung und Behauptung ausser dem, was dafür in meinem Buche angeführt worden ist, noch weiter durch das *Cap. Karoli M. Aquis. a. 810 c. 3*, bei Pertz, *Legg. I.* 162, woselbst auch eine ganz meiner Erklärung entsprechende lateinische Uebersetzung des Wortes *creucruda* hervortritt. Die Stelle lautet: „*De homicidiis factis anno praesenti inter vulgares homines, quae propter pulverem mortalem acta sunt*“. So mager und unvollständig diese Stelle ist — (sie ist nur ein Rubrum: die dispositiven Worte, die nun folgen mussten, fehlen) — so gewinnt sie doch im Zusammenhange mit dem, was ich in meinem Buche über die *creucruda* zusammengestellt habe, eine Bedeutung, und verbreitet ihrer Seits ein weiteres Licht über die übrigen Stellen, welche von der *creucruda* handeln. Man sieht nemlich daraus,

dass gerade so, wie die Frage, wem der *reipus* gebühre, unter Chilperich Anlass zu Mord und Todtschlag („scandalum“) gegeben hatte (vergl. meine Rechtsgeschichte S. 592), so auch unter Karl d. Gr. das Bestehen dieses Kaisers auf dem der Formalität der *creucruda* zu Grunde liegenden Rechtssatze: „dass die Verwandten des Mörders innerhalb gewisser Grade der Verwandtschaft für denselben die verwirkte *compositio* bezahlen müssen“, ebenfalls zu neuem Mord und Todtschlag führte, indem, wie wir schon aus der Glosse zu Childebert's II. *constitutio* v. J. 596 wissen (s. meine Rechtsgesch. p. 928. Note 16), dieser strenge Grundsatz bei dem Volke höchst verhasst geworden war, weil durch die Nöthigung zu solcher Zahlung viele unschuldige Leute in Vermögensverfall gebracht wurden. Es lässt sich daher sehr wohl begreifen, dass in den Rheinlanden, in welchen schon Childebert II., wie ich in meinem Buche gezeigt habe, die *creucruda* wirklich abgeschafft hatte, unter dem Volke eine grosse Aufregung entstehen konnte, als die Verwandten des Ermordeten wieder mit Klagen auf Zahlung der *compositio* gegen die Verwandten des Mörders auftraten, und diese unnachsichtlich auspfänden liessen. Eben hiervon handelt nun das Cap. Karol. M. Aquis. a. 810. c. 3, wovon wir leider nur ein Bruchstück besitzen. Dass „*pulvis mortalis*“ die buchstäbliche Uebersetzung von *creucruda* (*chrene-chreuecruda*) ist, scheint mir nicht zweifelhaft, da die *Lex Salica* selbst im Titel *de chrenecruda* dieselbe als *pulvis de terra* (*hereditaria*) des Mörders erklärt, und die Bedeutung von *chreo* (*creu*) als *totleib* (d. h. *corpus mortuum*, im Sinne von *reliquiae*, *hereditas*) so wie die Bedeutung von *crud*, Kraut, als *pulvis*, feststeht.

II. Auf S. 865 habe ich das in der *Lex Salica* im Titel *de fide facta* vorkommende Wort *Gasachius*, als *causator*, *causidicus*, im Sinne von „Prozessparthei“ erklärt, und darauf hingewiesen, dass die Wurzel dieses Wortes sich noch in der Reformation des nürnbergers Stadtrechts in gleichem Sinne erhalten hat. Durch ein Versehen bei der Copie eines Excerptes wurde aber in meinem Buche das entsprechende nürnbergers Wort nicht in seiner ächten Form „Selbtsacher“, sondern mit dem Schreibfehler „Selbtsager“ aufgenommen, und dessen Verbesserung bei der Revision des Druckes unterlassen. Durch die richtige Form „Selbtsacher“ (so heisst im nürnbergers Rechte derjenige, den die Sache, Prozesssache, selbst betrifft, im Gegensatz des Fürsprech, der eine fremde Sache führt), tritt aber die wahre Bedeutung von *Gasachius* als *causator*, d. h. „Sacher“ noch deutlicher hervor.

III. Bezüglich des Wortes *schieben*, *scheuben*, *Scheub*, *Schub*, *rechten Schub*, habe ich S. 761, Note 5, a. E. und S. 763 angegeben, dass *schieben* erstlich in Süddeutschland (im Schwabenspiegel dieselbe Bedeutung wie *ziehen* (*tien*) im Sach-

senspiegel hat, d. h. dass es mitunter das Ziehen des mit einer Vindicationsklage bedrohten Besitzers auf seinen Geweren (autor) bedeutet: ich habe aber sowohl auf S. 760 Note 5. als insbesondere S. 959. 960 die anderen Bedeutungen angegeben, welche Scheuben, Scheub, Schub noch ausserdem hat. Für eine dieser anderen Bedeutungen habe ich S. 959 eine Stelle aus Rudolph's I. regensburger Landfrieden a. 1281 c. 17 (bei Pertz II. 428) angeführt, und diese Stelle, welche lautet: „Swem diubigez gut funden wirt, der scheub daz als reht ist“ davon verstanden, dass hier „scheuben“ soviel wie „getügen“ im Sachsenspiegel bedeute, d. h. dass diese Stelle (in ungenauer, aber in den Rechtsbüchern nicht seltener Construction) sagen wolle, dass der Vindicant hier den Scheub, das Getüge, vollführen solle, d. h. nur „mit sein eins Hand“, d. h. allein, den erlittenen Diebstahl zu beschwören habe. Erst nach völliger Vollendung des Druckes und Ausgabe des Buches kam mir der V. Band der Quellen der deutschen und bayerischen Geschichte zu, welche in München auf Befehl Sr. Majestät des Königs Maximilian II. von Bayern herausgegeben werden. Hierdurch wurde ein sehr bemerkenswerther Aufschluss über den gedachten regensburger Landfrieden K. Rudolph's I. a. 1281 gegeben, und erhellet hieraus, dass derselbe bisher nur unvollständig bekannt war und überdies nur eine neue, blos für Bayern bestimmte Recension zweier älteren bayerischen Landfrieden (v. a. 1244 und 1255) ist. Hieraus ergibt sich auch, dass das von mir angezogene c. 17. des bisher bekannten regensburger Landfriedens Rudolph's I. nur ein mageres Excerpt aus den correspondirenden Stellen der beiden älteren bayerischen Landfrieden ist, und dass diese Stelle, nach Ausweis ihrer Quelle, nicht von einem Scheuben des Vindicanten, sondern von dem Schieben des beklagten Besitzers zu verstehen ist, und daher nur als Belegstelle für die erstgedachte Bedeutung des Wortes scheuben (= ziehen auf den Geweren) angeführt werden darf. Ueber das Verhältniss der Originalstellen in den älteren bayerischen Landfrieden von a. 1244 und a. 1255 zu der daraus geflossenen Stelle des regensburger Landfriedens v. 1281 behalte ich mir vor, in einer der nächsten Nummern dieser Jahrbücher, bei Besprechung des V. Bandes der Quellen der deutschen und bayerischen Geschichte, mich näher auszusprechen.

(Schluss folgt.)

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Zoepfl: Deutsche Rechtsgeschichte.

(Schluss.)

IV. So eben erhalte ich ein Schreiben von Herrn geh. O.-Trib. Rath Prof. Dr. Homeyer in Berlin, worin derselbe die Freundlichkeit gehabt hat, mich darauf aufmerksam zu machen, dass die Worte in der gereimten Vorrede des Sachsenspiegels, Vers 90, 91: „Ich steh zu rame als ein wilt, daz die hunde paffen an“ schon in der Berliner Handschrift v. 1369 vorkommen, und daher nicht, wie früher häufig geschah und auch hiernach in meinem Buche S. 139 gesagt ist, von Rom, d. h. nicht von einer Anspielung auf die (einige Sätze des Sachsenspiegels verdammende) Bulle des Papstes Gregor XI. v. 1374 verstanden werden können, wogegen sich auch schon Gärtner in der Vorrede zu seiner Ausgabe des Sachsenspiegels §. 8 erklärt hatte. Müssen hiernach die Worte: „zu rame stehen“ in einem anderen Sinne genommen werden, so kann derselbe wohl nicht durch die von Gärtner angegebenen Bedeutungen von „ramen“ als „collineare, aspici, videri“ ermittelt werden, sondern es ist hier „ramen“ im Sinne von sagittare, also „zu rame stehen“ im Sinne von „ad sagittandum expositus stare“, d. h. „zum Schusse“ oder den Pfeilen (Angriffen) der Gegner ausgesetzt stehen, zu denken. Ueber diese Bedeutung von ramen kann ich auf mein Buch selbst, S. 985, verweisen.

Zoepfl.

Corpus Juris Confoederationis Germanicae oder Staatsacten für Geschichte und öffentliches Recht des deutschen Bundes. Nach officiellen Quellen herausgegeben von Philipp Anton Guido v. Meyer, Grossherzoglich Mecklenburgischem Legationsrathe etc. Ergänzt und bis auf die neuste Zeit fortgeführt von Dr. Heinrich Zoepfl, Grossherzoglich Badischem Hofrath und öffentl. ordentl. Professor des Staatsrechts zu Heidelberg. Erster Theil. Staatsverträge. Dritte Auflage. Frankfurt a. M. Druck und Verlag von H. L. Brönnner. 1858. Bog. 60. S. 482.

Schon im Jahre 1847 war eine dritte Auflage des Corpus Juris Confoederationis Germanicae oder der Staatsacten für Geschichte und öffentliches Recht des deutschen Bundes nothwendig geworden. Der Druck begann auch sofort unter der persönlichen

Leitung des ursprünglichen Herausgebers, Herrn Legationsraths Ph. Ant. Guido v. Meyer, erlitt aber alsbald aus Rücksichten, welche derselbe auf seine Gesundheit zu nehmen sich genöthigt fand, eine sehr bedauerliche Unterbrechung. Somit fehlte diese mit Recht beliebte und zum Handgebrauche sehr zweckmässig eingerichtete, für das Studium, wie für die Praxis des deutschen Staatsrechtes gleich unentbehrliche Urkundensammlung bereits zehn Jahre im Buchhandel. Dieser Mangel wurde von allen Seiten um so mehr empfunden, als die vorige Ausgabe nur die Beschlüsse des deutschen Bundes und die Staatsverträge bis zum J. 1840 enthalten konnte, die späteren Bundesbeschlüsse und Actenstücke, insbesondere die Bundesbeschlüsse seit der Wiederherstellung der Bundesversammlung aber in keiner Sammlung mehr zusammengestellt worden sind.

Herr Legationsrath v. Meyer gab daher im Sommer vorigen Jahres dem Unterzeichneten den Wunsch zu erkennen, die Vollen- dung der dritten Ausgabe seines Werkes zu übernehmen, um deren Erscheinen nicht noch längere Zeit zu verzögern. Lebhaft überzeugt von der Unentbehrlichkeit und Zweckmässigkeit dieser Sammlung habe ich keinen Anstand genommen, auf diesen Vorschlag einzugehen. Mit Zustimmung des Herrn Legationsrathes v. Meyer wurde aber von dem neuen Plane, welchen derselbe bei der dritten Ausgabe seiner Sammlung zu verfolgen beabsichtigt hatte, wonach die Urkundenabdrücke mit geschichtlichen Einleitungen und practischen Erörterungen begleitet werden sollten, wieder abgegangen, indem dadurch das Werk nicht nur seiner ursprünglichen Bestimmung, zum Handgebrauche zu dienen, entrückt worden wäre und sein Umfang sich ungemein erweitert haben würde, sondern auch eine solche Erweiterung, zu welcher die Vorarbeiten noch nicht vollendet waren, die Herausgabe mindestens noch einige Jahre hätte verzögern müssen, während eine neue Ausgabe dieses sehr begehrten Buches täglich dringenderes Bedürfniss geworden war. Dagegen wurde die Ergänzung der Sammlung durch mehrere wichtige ältere Urkunden, sowie deren Fortführung bis auf die Gegenwart durch Aufnahme der seit dem J. 1840 entstandenen Staatsverträge und Bundesbeschlüsse als Aufgabe der neuen Ausgabe anerkannt und festgestellt.

Es erscheint demnach das Corpus Juris Confoederationis Germanicae, so wie früher, in zwei Abtheilungen. Die erste Abtheilung, welche hiermit vollendet vorliegt, enthält die Staatsverträge, welche für die gegenwärtigen deutschen Staatszustände entweder unmittelbar, oder doch mittelbar, wegen ihrer europäischen Bedeutung und der Betheiligung der beiden deutschen Grossmächte an denselben, von Wichtigkeit sind. Die zweite Abtheilung wird die Grundgesetze des deutschen Bundes und die Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung bis zur Gegenwart umfassen. Der Druck dieser zweiten Abtheilung hat bereits begonnen und wird von der Verlagsbuchhand-

lung so beschleunigt werden, dass dieselbe sicher im Laufe des Sommers versendet werden kann und somit das Publikum in kürzester Zeit wieder in dem Besitze dieses so ungern vermissten Werkes sein wird.

Da auf das Corpus Juris Confoederationis Germanicae seit seinem ersten Erscheinen in allen publicistischen Schriften verwiesen worden ist, so wurde es, um Verwirrung beim Nachschlagen zu verhüten, für zweckmässig erachtet, ungeachtet der zahlreichen neuen Zusätze zu den älteren Stücken, doch deren Numerirung mit römischen Zahlen nicht zu verändern, sondern die neuen Einschiebungen an die älteren Nummern anzureihen und durch beigefügte Buchstaben oder auch arabische Zahlen zu unterscheiden. Es wird hierdurch bei einer Vergleichung leicht werden, die neuen Einschiebungen zu erkennen und sich von der beträchtlichen Vermehrung des Inhaltes zu überzeugen. Bis zum Bogen 27 der ersten Abtheilung (Staatsverträge) wurde die Ergänzung noch von Hrn. Legationsrath v. Meyer selbst besorgt und der Druck überwacht; von Bogen 28 an ist die Ergänzung und Ueberwachung des Druckes durch den Unterzeichneten vorgenommen worden.

Da es sich als einen grossen Misstand erwiesen hat, wenn die neuen Staatsverträge und Bundesbeschlüsse erst nach einer Reihe von Jahren bei Veranstaltung einer neuen Auflage in die Sammlung Aufnahme finden, so wird nunmehr auch darauf Bedacht genommen werden, dass von Zeit zu Zeit, je nachdem sich der Stoff darbietet, sogleich Fortsetzungen dieser Sammlung in der Form von zwanglosen Heften erscheinen, so dass dieselbe von nun an mit den Ereignissen möglichst gleichen Schritt halten wird.

Zoepfl.

Freudenklänge gläubiger Seelen. שמחנות Ein Erbauungs- und Unterhaltungsbuch, mit Erzählungen, Gleichnissen und Betrachtungen, herausgegeben von Leopold Lammfromm, Oberlehrer in Burgau am Federsee. 1857. Im Selbstverlag des Verfassers.

Diese gehaltreichen Blätter sind eine mit Rücksicht auf das Bedürfniss der Neuzeit umgearbeitete Ausgabe eines vorlängst in Vergessenheit gerathenen Werkes von unbekanntem Verfasser israelitischer Abstammung. Dem Unternehmer gebührt die dankbarste Anerkennung jedes Gutgesinnten. Die Verbreitung des Buches kann auch jetzt nicht nur zur sittlich-religiösen Veredlung der Israeliten dienen, sondern empfiehlt sich auch christlichen Lesern in hohem Grade zur Beherzigung. Ohne der Christuslehre zu erwähnen, kann sein Inhalt doch die Wolken des Vorurtheils gegen diese göttliche Lehre zerstreuen helfen, und in manchem Israeliten ein Licht entzünden, das ihm den Beweggrund aufhelle, warum der heftigste

Christenverfolger Saulus der eifrigste Apostel von Christi Lehre geworden ist*). Weder der Unglaube der Sadduzäer, noch die aufgeblasene Selbstüberhebung heuchlerischer Pharisäer vermag dem helleuchtenden Strahl ewiger Wahrheit auf immer zu widerstehen.

„Wie oft, heisst es in dem Buche S. 2, nennen wir etwas böse, was im Grunde gut ist, und umgekehrt gut, was am Ende sich als böse erweist“. Wie oft haben nicht schon demüthigende Schicksale dem Menschen das schönste Lebensglück herbeigeführt, während Reichthum, Macht und Ehre, was man gemeinhin Glück nennt, Quellen namenlosen Elends geworden sind! — Das wahre feste Vertrauen (Zuversicht) besteht in der Ueberzeugung, dass ein allmächtiges Wesen über unsere Schicksale waltet, das vermöge seiner Güte es nicht anders, als gut mit uns meinen, vermöge seiner Weisheit nur unser Bestes wollen kann. Bei solcher Ueberzeugung vermögen alle die Ereignisse, welche in der Regel niederschlagend auf uns wirken, keine Gewalt über uns auszuüben, weil wir uns mit Ergebung in die Rathschlüsse Gottes fügen, dessen Gedanken so erhaben sind über unsere Gedanken, als der Himmel über die Erde. — (S. 5.) „Das (jüdische) Volk, so oft es von den göttlichen Vorschriften wich, ward krank, schwer krank, geistig krank. Keiner wusste die rechte Heilung zu finden, bis Moses das wahre Mittel in Aussicht gestellt hat. Die Kraft dazu liegt Jedem sehr nahe, in dem Gewissen und der Willensfreiheit“. Wahre Religion, (heisst es S. 57), ist das Höchste und Heiligste, was unser Geist denken, unser Herz empfinden, das Freundlichste, was auf den bald sanften, bald rauen Pfaden leiten kann. Der ganze Geist der Religion geht aus von der Liebe zu Gott, und führt auf Liebe zu Gott. Der ganze Geist der Welt geht aus von der Eigenliebe, und führt zur Eigenliebe zurück. Das ist der grosse Unterschied. (S. 60.) „Das Leben gleicht einer Seereise. Das beste Schiff, die sorgfältigste Lenkung führen uns nie zum Ziele, wenn wir nicht am Himmel einen Leitstern haben, der uns zum Führer dient“. — (S. 67.) „Mensch! du suchst und fragst: wer ist der Alles Schaffende, der Alles Erhaltende? Wer ist's, von dem alle Kraft und alles Leben ausgeht? Der ist es, der die Gesetze der ewigen Ordnung dort oben im Himmel und da unten auf Erden jeglichem Wesen vorschrieb? Wer ist der, der über Alles, in Allem, vor und nach Allem war, ist und sein wird? — In den Werken vor deinen Augen hingestellt entschleiert sich der Unendliche, der Ewige, der Eine Schöpfer aller Dinge. Im Schauen seiner Werke schauest du seine Macht, Weisheit und Güte. — Sinke hin und bete an! Was sich von selbst versteht, und woran kein wachender, gesunder, sehender, hörender, fühlender und denkender Mensch zweifelt, das

*) Eine Stelle im Buche wünschte Ref. getilgt zu sehen. Sie lautet S. 125: „Selbst ein makellostes Leben ändert die ewigen Folgen eines Frevels nicht“. Dies erscheint ja selbst mit Davids Busspsalmen im Widerspruch.

muss man nicht erst beweisen wollen. Von der Art ist die Bemühung, das Dasein Gottes zu beweisen. Es kommt mir gerade so vor, als wenn ich Jemanden, der mich sieht und hört, mein Dasein erst beweisen wollte“. (S. 68.) „Der Glaube an einen Gott ist dem guten, dem sittlich gesunden Menschen so natürlich, als das Athemholen und Gehen auf zwei Beinen“. (S. 70.) „Das blaue Himmelsgewölbe über mir, die Erde mit allem, was darauf lebt und webt, die heilige Stimme des Gewissens in mir, dies alles ruft mir laut zu: Einer hat euch geschaffen, ohne ihn wäre nichts vorhanden von Allem, was da ist. Wo ein Werk ist, da muss auch ein Meister, ein Urheber desselben sein“. (S. 72.) „Gottes Grösse ist die, dass das Kleinste ihm so nahe ist, als das Grösste; dass er für Jenes sorgt, ohne Dieses zu versäumen. Erziehungsmittel ist Alles, was uns begegnet, Gesundheit und Krankheit, Ueberfluss und Mangel, Fruchtbarkeit und Missernte. — Wenn Gottes Güte uns zur Busse leiten soll, so hat die Trauer dieselbe Absicht. Das Herz soll durch die Leiden gebessert werden; gäbe es kein anderes Reich, keine sittliche Ordnung, welche diese Welt mit einer andern in Verbindung setzt, dann hätte der Plan des Ewigen von dem ersten Schöpfungstage an durch Jahrtausende bis auf die gegenwärtige Stunde fehlgeschlagen. Dieses Reich kann kein anderes sein, als Gottes geheimer Staat, der die Zeit mit der Ewigkeit verbindet, und Gott und Menschen durch ein höchstes Gesetz vereinigt. Nur dadurch schwingt sich die Kraft der Tugend, die Würde des Menschen, die Beruhigung des Leidenden hoch empor. Nur darin zeigt sich das reine, durch das Feuer geprüfte Gold der Tugend in seinem ächten Glanze, und der Geprüfte sieht in gestärkter Erwartung einer bessern Welt entgegen. — Gott thut, was dem Menschen durchaus unbegreiflich scheint. Gott kann tausend Dinge für gut und nützlich halten, die dem kurzsichtigen Sterblichen verderblich scheinen. Wage dich nicht, tadeln zu wollen, was er thut! Am Ende wirst du doch immer bekennen müssen: Gott hat Alles wohl gemacht“. (S. 76.) „Was weisst du von seinen Rathschlägen, der du nicht einmal einsiehst und begreifst, wie er den Grashalm gebaut und die Mücke belebt hat, die ihr kurzes Dasein im Sonnenstrahle dahin bringt?“ (S. 74.) „Gott lässt sich die Zeiger an seiner Uhr nicht stellen, noch von den Grossen noch den Weisen der Erde; wohl stellt er ihnen denselben. Sie sollen ihm nicht sagen, wie viel es geschlagen, sondern Er sagt es ihnen, Er allein. (S. 79.) Einige entfernte Aehnlichkeit mit Gott behauptet der Mensch doch wirklich. Die Seele des Menschen kann nämlich das Gute erkennen, lieben und thun. Die Sprache ist des Menschen Vorzug, wodurch sein Geistiges in den Geist des Mitbruders dringt. Das Thier blickt mit gesenktem Antlitz zur Erde, des Menschen Gestalt erhebt den Blick zum Himmel. Seine Bestimmung ist: das Wahre erkennen, das Schöne lieben, das Gute wollen, das Beste thun. (S. 86.) Gott spricht zu uns durch das Gewissen,

was wir wählen und lieben, fliehen und meiden sollen. Was die Gesundheit dem Leibe, das ist das gute Gewissen der Seele. Der beste Arzt für Seelenwunden ist das Bewusstsein der Schuldlosigkeit. Kein grösseres Leid, als das böse Gewissen“. (S. 91.) Alle Menschen sind von Natur frei; es kommt auf Jeden an, ob er sittlich oder böse sein will. Kein Mensch hat uns diese Freiheit gegeben, keiner kann sie uns nehmen. Thue was du sollst, so kannst du thun, was du willst. Was edle Menschen thun, kommt Jedermann zu gut. Die guten Werke aber, die in das Auge fallen, sind nur der Leib; was den Leib beseelt, ist der Glaube, der in Liebe thätig ist. Ohne Liebe, wie ohne Glauben gibt es keine guten Werke. Eher vermag eine Blume ohne Sonnenlicht und Wärme sich behelfen, als unser Herz den Einfluss der göttlichen Gnade entbehren kann“. (S. 97.) „Die geringste edle Handlung, aus reiner Absicht verrichtet, hat hohen Werth vor Gott; diese verwandelt Blei in Gold. Ohne sie sind die glänzendsten Handlungen nur Flittergold, das rauscht und blendet“. (S. 98.) „Wer immer nur fragt: was wird mir dafür, der liebt das Gute nicht aus reiner Absicht. — Edle Sitten sollen die Früchte edler Gesinnungen sein“. (S. 101.) „Ist unser Wille Eins mit dem göttlichen, so werden wir alle einzelnen Tugenden freudig üben, die in der Einen Liebe ihre Wurzeln haben. Gott ist der Tugend Schöpfer. Wahrheit ist im Tempel der Tugend der Vorhof; Liebe das Heilige, Reinheit das Allerheiligste. Sei Eins mit Gott, weil dein Geist aus Ihm ist, und sich zu seinem Ursprunge zurückkehrt“. (S. 113.) „Die Eigenthümlichkeit der Tugend ist: Schwierigkeiten zu besiegen. Durch solche Prüfung gewinnt sie an Stärke und Glanz“. (S. 114.) „Kämpfe sind zur Ausbildung des Geistes, zum Streben nach dem Bessern nothwendig. Der Tugendhafte gleicht dem edeln Metall, je mehr es durch das Feuer geläutert wird, desto feiner wird es“. (S. 117.) „Gott gibt auf Erden nichts für immer, als seine Liebe und die Hoffnung der Ewigkeit. Alles Andere schwindet hin, wie ein Traum. Hier ist nur deines Daseins Frühling, dort drüben erst dein Erntefest“. (S. 118.) „Die Geschichte der ersten Sünde ist die des menschlichen Herzens überhaupt; eine treffliche Warnungstafel für den, der bald in die Jahre eintreten soll, in denen es weder an Bäumen der Erkenntniss, noch an verführenden Schlangen, noch an Feigenblättern, noch an richtenden Stimmen der Gottheit fehlt“. (S. 119.) „Wer sich einer einzigen lasterhaften Begierde hingibt, der hat schon den reinen Seelenadel verloren“. (S. 120.) „Jede geheime Sünde ist ein Krebschaden des Gemüthes, Sünde jeder Gedanke, jedes Wort, jede That gegen die bessere Ueberzeugung. Lass keine Sünde in dir alt werden! Das Böse kehrt zuletzt immer seinen Stachel gegen sich selbst. Wahre Aufklärung ist die Kenntniss Dessen, was Jeder ist, sein soll und werden kann“. (S. 132.) „Die erste Residenz des Geistes ist die stille Einsamkeit. Nur in ihrem Schoosse vernimmt der Mensch jene durch-

dringliche Sprache, welcher er so gerne sich entzieht“. (S. 133.) „Bei vielen Menschen ist der Kopf das Schooskind, für welches sie Alles, und das Herz das Stiefkind, für das sie nichts thun. Allein so nützlich ein heller Kopf ist, wenn er nur zum Guten leuchtet, so ist doch nicht der helle Kopf an sich, sondern nur das reine Herz der Liebling Gottes. Ein Quentchen ächter Frömmigkeit ist besser als zehn Zentner Gelehrsamkeit ohne Frömmigkeit. Die Früchte, welche die Wahrheit dem Menschen trägt, sind ihre Probersteine. Wer nichts weiss, ist unglücklich, aber noch weit unglücklicher, wer etwas weiss, ohne es zum Guten anzuwenden“. (S. 127.) „Wen Stolz und Sinnlichkeit verführen, dem wird die Dämmerung immer dunkler, bis ihn Finsterniss umnachtet; wer aber mit Ernst die Wahrheit sucht, und mit Demuth Gott um Erkenntniss anfleht, und reines Herzens vor Gott wandelt, dem wird die Dämmerung stets heller, bis der Tag anbricht, und der Morgenstern in seinem Herzen aufgeht“. (S. 132.) „Stehe nie still auf der Bahn zum vollkommenen Heil!“ (S. 136.) „Der längste Weg, den der Mensch zu gehen hat, ist der Weg zur Heiligung. Kein Zustand ist gefährlicher, als der, wenn der Mensch glaubt, er sei schon gut genug“. (S. 139.) Reinigkeit des Gemüthes ist besonders der köstlichste Schmuck des Weibes; wo er einmal verloren ist, ist der Friede des Hauswesens verscherzt; die Zufriedenheit ist tief verwundet, wenn das Gemüth von der Treue sich entfernt, die es im Hause Gottes geschworen. Daher es auch den Schein meiden soll, der einen Schatten auf die Reinheit werfen kann“. (S. 141.) „Welches ist die schönste Farbe? Die Tochter des Aristoteles, Pythias, antwortete: die Schamröthe auf dem Gesichte der Unschuld. Sie ist die erste Blüthe der Tugend, ihre heilige Schutzwehr“. (S. 142.) „Sie färbt die Wangen der unschuldigen Jugend, ehe sie einen vollendeten Unterricht empfangen kann“. (S. 143.) „Das Laster hat Flügel, die Strafe schleicht auf Krücken nach; aber indess das Laster schläft, kommt die Strafe nach, oft spät, aber gewiss. Der Stolz und die vermeintliche Sicherheit gehen unmittelbar dem Falle voran; der Mensch hat keinen gefährlicheren Feind als diesen“. (S. 146.) „Des Menschen Leib ist ein Gott geweihter Tempel, darum soll er Jedem heilig sein“. (S. 147.) „Ausschweifungen der Jugend sind Verschwörungen gegen das Alter“. (S. 148.) „Wie ein giftiger Wurm an der Wurzel der Pflanzen nagen Zorn und Neid und andere wilde Leidenschaften am Faden des Lebens. Der Zorn kann wohl in der Brust des Weisen aufwallen, aber bleibende Herberge nur im Herzen des Thoren haben. Unternimm im Zorne nichts! Wer geht wohl beim Sturme unter Segel?“ (S. 153.) „Der Mensch ist zur Geselligkeit erschaffen, zum Umgange mit Seinesgleichen. Meine Seele sehnt sich nach einer gleichgesinnten, mein Herz schlägt für ein ähnlich fühlendes. Gibt es ein schöneres Glück auf Erden, als gute Menschen, die man sieht, von denen man geliebt wird? Die

Freuden des Lebens geben einen höhern Genuss, die Leiden trägt man viel leichter, und strebt muthiger im Gutsein und Gutwirken empor, hängt inniger in Liebe an Gott, den Schöpfer häuslichen Glückes. Freilich darf die Sorge für die Seinigen nicht in Götzendienst ausarten. Doch geht jede höhere Tugend vorzüglich aus dem Schoosse der einfachen häuslichen Verhältnisse hervor. Jede Pietät setzt die häusliche voraus. Nur was Gott segnet, hat Bestand. Verlobte schliessen vor seinem Angesicht ein unzertrennliches Band der Liebe. In dieser Verbindung liegt das Wohl der Familien und Völker, der Mit- und Nachwelt. Sind Kinder in der wahren Frömmigkeit erzogen, so wird es an der kindlichen Ehrfurcht gegen die Eltern nicht fehlen, und aus dieser werden dann Gehorsam, Dankbarkeit und alle Tugenden wie von selbst hervorgehen. Frömmigkeit, Liebe und Wahrhaftigkeit sind die Hebel einer guten Erziehung, Gewöhnung zur Arbeitsamkeit hindert das Aufkeimen verderblicher Gelüste so lange, bis der Geist durch Unterricht gekräftiget worden, ihnen zu widerstehen“. (S. 164.) Führe deine Kinder möglichst frühe zu Gott. Die Kleinsten schon sollen seinen grossen heiligen Namen lallen“. (S. 165.) „Die lebendige Religion im Antlitz und Leben, in Wort und Gebärden der Mutter ist die beste und fasslichste Religionslehre für Kinder“. (S. 165.) „Das Mutterherz habe Mitleid mit den Fehlern der Kinder, aber mache es mit ihnen wie mit Kranken. Man hasst diese nicht, wenn man auch bittere Arzneien anwendet, um ihnen zu helfen“. (S. 166.) „Was sollst du, spricht die vernünftige Mutter, nicht: was willst du?“ (S. 176.) „Wenn Gott im Hause vergessen wird, wenn ein auf Ihn und die Ewigkeit beziehendes Wort ein unwillkommener Gast ist, wird es leichter sein, eine Brücke in die Luft zu bauen, als gute Kinder zu erziehen“. (S. 169.) „Die in frühester Kindheit eingepprägten Lehren von Gott sind unauslöschlich im Herzen, wenn alles Andere im Geiste sich verdunkelt, und oft noch der Rettungsanker geworden“. (S. 178.) „Wem nicht Vater und Mutter ehrwürdig sind, dem ist unter dem Himmel nichts ehrwürdig und heilig, den fliehe; denn er hat ein Herz, zu allen Verbrechen reif“. (S. 176.) „Auch dem Lehrer der Kinder genüge es nicht, das Böse zu meiden, er muss auch jeden Schein davor meiden“. (S. 178.) „Die wahre Aufklärung des Menschen besteht darin, dass er seine Bestimmung richtig erfasse, sie nie aus dem Auge verliere, alles in und ausser sich darauf beziehe, und sonach jeden Gegenstand aus seinem wahren Gesichtspunkte betrachte“. (S. 181.) „In der ganzen Erziehung behauptet der Satz sein Recht: je mehr man an Oberfläche gewinnt, desto mehr geht an Tiefe verloren“.

Diese Auszüge mögen hinreichen, um die Vortrefflichkeit vieler im Buche vorgetragenen Grundsätze darzuthun, welche die gute Einrichtung des Lebens bezielen. Noch viele andere, damit übereinstimmende enthält das merkwürdige Buch, deren Beherzigung

wir hier zu empfehlen uns begnügen, um diese Anzeige nicht über das Maass auszudehnen.

Constanz.

G. H. v. Wessenberg.

Kritische Bemerkungen über den ersten Theil von Göthe's Faust, namentlich den Prolog im Himmel. Von Fr. Vischer. Zürich, Verlag von Meyer und Zeller, 1857, 22 S. gr. 8.

Theodor Friedrich Vischer's Aesthetik hat das Verdienst, dass sie den abstracten Idealismus Hegel's mit den Anschauungen der Wirklichkeit vermittelt und dadurch die Theorie des Schönen entschieden auf einen den Anforderungen einer vorurtheilslosen Kritik mehr entsprechenden Standpunkt gebracht hat. Alles wird in der Hegel'schen Anschauung auf die absolute Idee zurückgeführt, welche allein das wahre Sein ist. Die Natur ist ein Anderssein des wahren Seins, und sinkt zum blossen Scheinsein herunter. Der Begriff ist überall einzig und allein das Wesen des Dinges. Darauf stützt sich jenes Paradoxon Hegel's, dass ihm der schlechteste Begriff lieber sei, als eine blossе Naturanschauung. Nach Hegel ist das Schöne das Scheinen der Idee durch ein sinnliches Medium. Die Idee ist die Substanz, der Schein der Materie sinkt zu einem Nichts herunter.

Einen concreteren Boden gibt Vischer seiner ästhetischen Theorie.

Aesthetik ist ihm die Wissenschaft des Schönen. Sie umfasst also 1) das Schöne an sich (Metaphysik des Schönen), 2) das Schöne in seiner einseitigen Existenz oder die objektive Existenz des Schönen, das Naturschöne und die subjective Existenz des Schönen (die Phantasie), 3) die Einheit des Subjectiv- und Objectivschönen oder das Schöne der Kunst.

Das Schöne an sich ist ihm die Einheit der Idee und des Bildes. Zum Schönen gehört also eben so nothwendig das Bild, als die Idee. Die Hegel'sche absolute Idee wird uns näher gebracht und verwirklicht, indem sie als der Inbegriff aller Ideen bezeichnet wird, die sich zu allen Zeiten und in allen Räumen verwirklichen. Das Schöne ist ihm nicht mehr, wie bei Hegel, ein blosser Schein der absoluten Idee in der Materie, die in der Retorte idealer Abstraction in das Nichts verschwindet. Die absolute Idee in der Erscheinung kann sich nach Vischer nur durch eine bestimmte Idee ausdrücken. So verlässt sie die vagen, abstracten Räume der Phantasie, und tritt mehr in das Leben. Das Allgemeine, auf welches Hegel Alles zurückführt, in welchem er alles Einzelne durch Abstractionen untergehen lässt, drückt sich im Einzelnen durch das Besondere als seine Mittelstufe aus. So ist ihm die bestimmte Idee eine Form und Stufe der absoluten Idee, und die bestimmte Idee

verwirklicht sich wieder nur in der unendlichen Zahl und Bewegung aller unter sie gehörigen Wesen. Wir gelangen also hier, wenn wir die Idee des Schönen verfolgen, mit Vischer von der abstractesten absoluten Idee durch die Mittelstufen bestimmter Ideen zu den Einzelwesen herunter, in welchen sich als concreten Gestalten die Idee des Schönen darstellt. Die Abstraction erhält einen mehr concreten, wirklichen Boden, und in dieser Hinsicht verdient schon die Vischer'sche Aesthetik vor der Hegel'schen den Vorzug, auch davon abgesehen, dass die Vischer'sche Aesthetik die verschiedenen Seiten des Schönen genauer und in das Wesen des Gegenstandes eindringender behandelt.

Je mehr Referent die Verdienste dieses Aesthetikers anerkennt, mit um so grösserer Erwartung hat er die kritischen Bemerkungen desselben über den ersten Theil von Göthe's Faust gelesen, welche uns hier als besonderer Abdruck aus der Monatschrift des wissenschaftlichen Vereins zu Zürich vorliegen.

So viele interessante Winke auch in dieser Schrift, wie in allen ästhetischen Forschungen des Hrn. Verf., dem Leser geboten werden, so kann Ref. doch mit vielen der hier gemachten Bemerkungen nicht übereinstimmen. Er ist zwar ferne davon, was Vischer vielen enthusiastischen Verehrern Göthe's, wenn man ihnen eine kritische Bemerkung gegen diesen entgegenhält, vorwirft, „alle Kritik für Kriteln zu halten“, auch ist er mit dem Hrn. Verf. vollkommen darin einverstanden, dass „wahre Pietät die Kritik nicht ausschliesst“. Doch enthalten die vorliegenden Bemerkungen so Vieles über angebliche ästhetische Mängel und Missgriffe im ersten Theile der Göthe'schen Faustdichtung, dass Ref. die nach seinem Dafürhalten unbegründeten Rügen unmöglich mit Stillschweigen übergehen kann.

Gleich von vorn herein macht der Hr. Verf. die Bemerkung, dass Göthe nicht umsonst der zweiten Ausgabe seines Faust von 1807 „einen humoristischen, skeptischen, abschlusslosen Entschuldigungsbrief mit auf den Weg gegeben habe“. Er wirft unserem Dichter vor, dass er auch in dieser zweiten Ausgabe „die Handlung nicht über den ersten Lebensgang seines Helden, die Liebesgeschichte mit Gretchen hinausgeführt“, und sie in „dieser mangelhaften Gestalt“ der Oeffentlichkeit übergeben habe. Die „Anwüchse“, die in der zweiten Ausgabe des Faust von 1807 zur ersten von 1790 hinzukamen, will der Hr. Verf. in dieser Schrift „kritisch beleuchten“, und dies ist zunächst der Zweck der vorliegenden Abhandlung. Er findet es sonderbar, dass Göthe aus Rom 1788 schrieb, er glaube, die Idee wieder gefunden zu haben, er habe den Plan zum Ganzen gemacht, und hoffe, diese Operation solle ihm geglückt sein; denn er findet „eben in dieser allgemeinen, sich auf die ganze Faustdichtung beziehenden Aeusserung unseres Dichters die Mittheilung bedenklich“, die Göthe zu jener Zeit

(1788) machte, er habe in der Villa Borghese die Scene in der Hexenküche gedichtet. Wenn Göthe im Sommer 1831 an W. v. Humboldt schrieb, er habe hinsichtlich des Faust „schon lange her gewusst, was, ja sogar, wie er's wollte“, so meint der Hr. Verf., dass „das Letztere wenigstens sicherlich eine Selbsttäuschung gewesen sei“.

Referent ist mit diesen Bemerkungen da, wo sie einen Tadel gegen unsern grossen Dichter aussprechen sollen, nicht einverstanden. Das Vorspiel auf dem Theater in der Ausgabe von 1807 enthält allerdings eine Apologie. Die Tendenz muss aber in dieser selbst aufgesucht werden. Die Forderungen des spiessbürgerlichen Lebens und die Forderungen des im Kreise der Ideale lebenden Dichters werden einander als unvermittelbare, unversöhnbare Extreme entgegengestellt. Die lustige Person (der personificirte Humor) hat die Aufgabe, sie zu vermitteln und zu versöhnen. Dieser Humor ist aber der Grundton, in welchem die ganze Faustdichtung abgefasst ist, und der sich auch in den verschiedenen Redactionen der alten Faustbücher, am meisten in der Sage des ältesten Faustbuches von 1587 abspiegelt. Er sagt, indem er die einander entgegenstehenden Extreme näher bringen will:

„Lasst uns auch so ein Schauspiel geben!
Greift nur hinein in's volle Menschenleben!
Ein jeder lebt's, nicht vielen ist's bekannt,
Und, wo ihr's packt, da ist's interessant.
In bunten Bildern wenig Klarheit,
Viel Irrthum und ein Fünkchen Wahrheit,
So wird der beste Trunk gebraut,
Der alle Welt erquickt und auferbaut“.

Es ist die Mischung des Ernstes und des Scherzes, des Gemeinen und Erhabenen, wie sie sich im wirklichen Leben findet, verbunden mit der magischen Staffage einer mittelalterlichen Zaubersage, welche der Dichter hier als den Grundton seiner Dichtung bezeichnet, und die eine Apologie mehr für das Ganze der Dichtung, als für diese zweite Ausgabe oder für diejenigen Theile, welche in derselben neu hinzukommen, ist. Die Apologie bezieht sich auf den ersten, wie auf den zweiten Theil. Sie gehört zu dem Vorspiele auf dem Theater, welches der von dem Dichter gedachten Bühnendarstellung seiner ganzen Dichtung vorausgeht.

Allerdings hat die zweite Ausgabe das Ganze weiter geführt, und es kann kein Vorwurf in der Charakteristik des ersten Theiles liegen, wenn man sagt, dass er nicht über die Liebesgeschichte Faust's und Gretchen's hinauskomme. Der Dichter hat uns schon in der Ausgabe von 1790 den ganzen Faust mit seinem Dichten und Streben und in ihm des Menschen Dichten und Streben dargestellt. Das ideale Leben Faust's, der nach den Tiefen des Wissens forscht, der genialen Kraft bewusst, und dennoch durch sein einseitiges, dem Leben entfremdetes Forschen in der Wissenschaft keine Befriedigung findet, der pedantisch philisterhaften

Selbstgenügsamkeit der mechanischen Gelehrsamkeit Wagner's entgegengestellt wird, im Anblicke der letzteren neue Motive zur Verachtung des gelehrten Forschens erhält, und, überzeugt von der Nichtigkeit aller Güter des Lebens und Wissens, mit dem Verneinungs- und Widerspruchsgeiste des Lebens sich verbindet, nicht um sich im Genusse zu befriedigen, sondern sich und die vergeblich tönende Stimme nach Höherem zu betäuben, schliesst in uns die ganze Menschengeschichte mit ihrem Ringen und Streben, Kämpfen, Glauben, Hoffen und Irren auf, und ist mehr, als eine blosser Liebesgeschichte. Wenn Faust an der Seite seines Mephistopheles „den Cursum durchzuschmarutzen“, das wirkliche Leben sich zu gewinnen anfängt, lernt er zuerst den niederen, viehischen Genuss in Auerbachs Keller kennen, und wendet sich erst dann dem sinnlichen Genusse in der geistigsten und schönsten Form, der Liebe zu. Erst jetzt beginnt die Liebesgeschichte. Diese schliesst in der ersten Ausgabe von 1790 mit dem Gespräche Gretchen's mit dem bösen Geiste in der Domkirche. Nach der Anlage will uns der Dichter das sinnliche Leben Faust's, das ihn nach des Teufels Meinung für sein nichtiges ideales Leben entschädigen soll, in der schönsten und anziehendsten Form der Liebe schildern, und gerade diese Schilderung wird uns, wenn wir aus den idealen Träumen Faust's zur Wirklichkeit gelangen, die anziehendste. Sie war 1790 mit diesem Schlusse keine Vollendung, und sie wird mit der Ausgabe von 1807 planmässig und folgerichtig in meisterhafter Weise durch die Kerkerscene zum Abschlusse gebracht. Göthe hat also den Faden wirklich wieder gefunden, und, wenn Göthe 1788 auch schreibt, er habe die Scene der Hexenküche in der Villa Borghese gedichtet, so erscheint uns diese Mittheilung nicht bedenklich. Denn der Dichter will uns ja damit nicht Alles bezeichnen, was er zu seinem Faust hinzugedichtet hat, sondern nur gelegentlich andeuten, wie eine so originelle Conception, als die der Hexenküche, unter italischem Himmel entstand. Auch im zweiten Theile fehlt es der Anlage weder an Plan noch Zweckmässigkeit, und so konnte der Dichter wohl 1831 an W. v. Humboldt schreiben, dass er, was den Faust betrifft, „schon lange her gewusst“ habe, „was, ja sogar, wie er's wollte“. Ganz richtig sagt der Hr. Verf. (S. 3), dass „der Schluss des Dramas zu Tage bringen sollte, dass Mephistopheles den Faust, indem er ihn verderben wollte, erzogen, dass er das wilde Streben nach Unendlichkeit zur vernünftigen Beschränkung auf dem Wege durch Leidenschaft, Schuld, Reue gebildet habe“, dass Faust „die ewig strebende, fallende und im Fallen lernende Menschheit darstelle“. Auch musste, wie der Hr. Verf. richtig bemerkt, Faust „nach dem tragischen Ende der Liebe mit Gretchen noch einen weiten Weg durchlaufen“, er musste in „grössere, bedeutendere Verhältnisse“ geführt werden. Der Hr. Verf. meint nun, Göthe habe das „Allgemeinste“ (sic) von solchen Gedanken wohl erkannt, allein man stosse in seiner

Dichtung „auf die bekannte Schranke in Göthe's Geist“ (sic.). Denn, sagt er, „Faust musste in das politische Leben, und auf diesen Boden vermochte der Dichter nicht einzutreten; hier stockte und staute sich, wie Gervinus schlagend gesagt hat, der Fluss seines Geistes, wie der Sinn der Deutschen überhaupt in der Zeitepoche, der seine Bildung angehörte. Das muss der Knoten gewesen sein, vor dem er zurückscheute, als er in jenen Jahren der reifsten männlichen Kraft das Gedicht wieder aufnahm; wie durch einen undurchdringlichen Zauber muss ihm diese Pforte verschlossen gewesen sein. Die Thätigkeit, die nicht vorwärts wusste, wandte sich nun rückwärts“. Ref. kann diese „bekannte Schranke in Göthe's Geist“ nicht erkennen. Dass der Dichter das politische Leben, politische Gesinnung und Kraft zum Gegenstande der Dichtung wählen konnte, hat er in seinem Götz von Berlichingen, in seinem Egmont und auch in vielen Scenen des zweiten Theiles seines Faust bewiesen. Göthe ist objectiv; er drückt nirgends ein subjectives politisches Glaubensbekenntniss auf die Dichtung, sondern gibt überall die Gestalten, nicht, wie sie sein sollten, sondern wie sie sind. Gerade hierin liegt die Grösse, nicht die Schwäche Göthe's. Er hat, wie schon gezeigt wurde, in seinem ersten Theile des Faust nicht nur eine Liebesgeschichte, sondern die ganze innere Entwicklungsgeschichte des Menschengeistes, sein ideales Leben, sein Wirken nach Aussen in Verbindung mit dem im Menschen vorhandenen bösen Principe geschildert. Es ist diese Liebesgeschichte Faust's und Gretchen's blos die Trägerin des Gedankens des idealen Lebens, wenn es zum wirklichen wird, in seinen Freuden und Leiden, in seiner Grösse und in seinem Falle. Das Privatleben des Menschen in Wissenschaft und Genuss des Materiellen ist der naturgemässe Abschluss des ersten Theiles, während uns der zweite überall die öffentliche Wirksamkeit des Menschen bis zum Ende seines Wirkens zeigt, und in der symbolischen Schlusscene die aus den Kämpfen und Irrungen hervorgehende Läuterung der Menschennatur vorstellt. Es war überall kein Grund vorhanden, die so schöne, in unsrer Literatur einzig dastehende psychologisch-dichterische Darstellung von Faust's und Gretchen's Liebe urplötzlich auf den politischen Boden hinüberzuspielen. Es war kein „Knoten, vor dem der Dichter zurückscheute“; sondern es lag im Fragment von 1790 der Knoten, den er so bewunderungswürdig 1807 durch das Hinzusetzen einer Reihe von Meisterscenen löste. „Vorwärts“ kam er nur dadurch, dass er die so schön begonnene Darstellung der Liebe in der bekannten Weise zu Ende führte. Wir kennen keinen „undurchdringlichen Schleier“, durch welchen unserem Göthe irgend eine „Pforte“ der Poësie verschlossen gewesen wäre. Ein wahres Kunstwerk ist sich selbst Zweck und keines äussern Zweckes wegen da. Die Poësie soll nicht ex professo didaktisch Politik treiben. Der Hr. Verf. will Göthe damit entschuldigen, dass der Sinn des Deutschen überhaupt in der

Zeitbildung, welcher der Dichter angehörte, sich „stockte und staute“, wenn es sich von Politik handelte. Ist etwa die deutsche Dichtkunst in der Zeit besser geworden, in welcher sich dieser Sinn weder „stockte“, noch „staute“? Göthe schildert uns wirklich da, wo es hin gehört, im zweiten Theile, welcher die öffentliche Wirksamkeit des Menschen im Leben in der Faustgeschichte darstellt, das politische Leben, und zwar, wie es in der Faustsage sein musste, nach der aus dem Mittelalter überkommenen Form mit trefflichen ironischen Winken. Wir erinnern an den ganzen ersten und vierten Aufzug des zweiten Theiles. Im Sinne, wie sich Göthe das Wirken für das Volk dachte, der modernen Auffassung zugewendet, ist dann die im fünften Aufzuge angedeutete Wirksamkeit Faust's. Dahin, wo es sich um den Abschluss der Liebe Faust's und Gretchen's handelte, gehörten diese Dinge nicht. Sie sind von dem Dichter mit Recht im zweiten Theile besonders behandelt worden.

Gibt doch unser Hr. Verf. selbst S. 4 zu, dass nach der ersten Ausgabe „die Handlung des ersten Theiles allerdings noch nicht ganz geschlossen war“. Ging man nun „rückwärts“ anstatt „vorwärts“, wenn man das noch nicht Geschlossene zu Ende brachte? Er selbst sagt, dass „der Ablauf der tragischen Liebe zwischen Gretchen und Faust fehlte“, und dass dieser in der zweiten Ausgabe durch Scenen hinzugefügt wurde, welche er „herrlich“ nennt. Scheute dieser Dichter also vor einem „Knoten“ zurück, wenn er den in der ersten Ausgabe enthaltenen Knoten in der zweiten zur „herrlichen Lösung“ brachte? Ein „politischer Knoten“ fand sich nicht vor, und war auch hier überall nicht anzubringen. Als diese „herrlichen“ Scenen, welche in der zweiten Ausgabe hinzugefügt wurden, nennt der Hr. Verf. S. 4 „Valentins Ermordung, die Vorwürfe Faust's gegen Mephistopheles auf freiem Felde, das Vorüberreiten Faust's und Mephisto's am Rabensteine und die Kerkerscene“. Ungeachtet dieser scheinbaren Anerkennung setzt der Hr. Verf. S. 4 bei: „Wie Vieles oder Weniges aus früherer Zeit seiner Dichtung Göthe in diesen Scenen verwendet hat, wissen wir nicht. Das Andere aber, was jetzt eingeflochten wurde, ist in seiner Bedeutung für das Ganze theils zweifelhaft, theils offenbar störender, willkürlicher Zusatz“. Ref. kann sich hiermit nicht einverstanden erklären, und eine nähere Betrachtung dessen, was der Hr. Verf. an den Göthe'schen „Einflechtungen“ der zweiten Ausgabe, in welchen Ref. nur naturgemässe Entwicklungen und Fortführungen erblicken kann, rügt, wird dieses Genüge erhärten.

Referent findet in der Fortsetzung des herrlichen Monologs Faust's gleich im Anfange der Dichtung nach Wagner's Abgang nicht, wie der Hr. Verf. will, „etwas Schleppendes, wiederholt früher schon Ausgesprochenes“. Eben so wenig kann er mit dem Hrn. Verf. in diesem, mit dem Entschlusse des Selbstmordes endenden

Monologe „die Fernhaltung jedes Ausdrucks von Angst und wilder Aufregung im Moment eines so furchtbaren Schrittes“ (S. 8) tadeln. Noch viel weniger kann er mit demselben übereinstimmen, wenn er eben daselbst das Motiv, dass Faust, durch den Kirchengesang von seinem Schritte abgehalten, ins Leben zurückgerufen wird, entschieden angreifen muss“.

Der Hr. Verf. gesteht zu, dass die Scene „von grosser poëtischer, theatralischer Wirkung“ sei. Er findet sie aber nur „für sich schön“, sie hat „nicht die Schönheit eines organischen, nothwendigen Gliedes in einer Handlung“. Und doch findet er es psychologisch richtig, dass Faust in seinem Gedankengange zum Entschlusse des Selbstmordes gelangt. Hängt nun damit ein Motiv, welches ihn dem Leben wieder gibt, nicht als ein organisches, nothwendiges Glied der Handlung zusammen? Ist etwa die von dem Dichter so trefflich durch die Auferstehungsgesänge in der Kirche herbeigeführte Reminiscenz der Jugend und des kindlich gemüthlichen Glaubens jener Zeit, welche dem aus unbefriedigtem Wissens- und Genussdurst Faust's hervorgegangenen Selbstmordsentschlusse urplötzlich ein Ziel setzt, nicht ein wahres psychologisches Motiv? Der Hr. Verf. meint S. 8, dass dieser durch Reminiscenzen des kirchlichen Glaubens herbeigeführte Schluss des Monologs „die Hauptquelle eines Missverständnisses geworden sei“. Dieses Missverständniss ist, wie er sagt, „die Meinung, Faust's Schuld und Unglück liege darin, dass er sich nicht im Glauben beruhige, sich nicht durch das Dogma mit seinem Wissensdrange abfinde“. Es liege, meint derselbe, in diesem Schlusse, die Hauptquelle des Missverständnisses „Faust's unbedingter Forschungstrieb sei sein Frevel“. Nach seinem Dafürhalten hätte von dem Dichter Alles vermieden werden müssen, „was entfernt den Schein mit sich brachte, als lege er die Schuld seines Helden in das hohe, schlechthin berechtigte Pathos der Erkenntniss an sich“. Allein kann man ein an und für sich schönes Motiv darum tadeln, dass es bei dem Leser Missverständnisse hervorrufen kann, die gar nicht in der Dichtung liegen, dass es einen entfernten tadelnswerthen Schein veranlasst, der nicht von der Dichtung, nicht vom Dichter, sondern einzig und allein von Denjenigen stammt, welche die Dichtung lesen? Wer kann die herrlichen Dichtungen des Alterthums dafür verantwortlich machen, dass beschränkte Leser ihre Göttergestalten für Wirklichkeiten nahmen, und darin sogar einen Grund für ihren Mythenglauben fanden? Nirgends ist von Göthe in dieser Schlusscene ausgesprochen, dass man sich durch das Dogma mit dem Wissensdrange abfinden müsse, dass es eine Schuld, ein Unglück sei, wenn man nicht auf diese Art einen solchen Wissensdurst abfertige. Göthe spricht sogar ganz klar das Gegentheil davon aus. Nicht der Glaube gibt ihn dem Leben wieder, sondern der Gesang des Glaubens, der an die Zeit der glaubenden Kindheit erinnert.

Faust sagt, wenn er das Auferstehungslied hört:

„Die Botschaft hör' ich wohl; allein mir fehlt der Glaube“,
und

„Dies Lied verkündete der Jugend muntre Spiele,
Der Frühlingsfeier freies Glück;
Erinnerung hält mich nun mit kindlichem Gefühle
Vom letzten ernstesten Schritt zurück“.

Der Hr. Verf. gibt selbst zu, dass, wenn man „genauer hinsehe“, Faust durch den Kirchengesang „nur überhaupt allgemein menschlich gerührt werde, dass es die kindliche Illusion, nicht der strenge Inhalt des Glaubens sei, was ihn dem Leben wieder gewinne“, man sehe, dass ihn „der Glaube, nicht das Geglaubte, der Glaube, in Form von Gesang und Glockenklang an das Gefühl dringend, rühre“. „Aber nicht Jeder sieht genauer hin“, fügt der Hr. Verf. vorwurfsvoll bei. Kann man wohl den Dichter dafür verantwortlich machen, dass nicht Jeder auf die Dichtung genauer hinsieht, dass solche nicht genau Hinsehende den Schein für das Wesen nehmen und sich zu im Gedichte nicht liegenden Missverständnissen verleiten lassen? Wir finden darum in dem angedeuteten Schlusse nicht mit dem Hrn. Verf. „ein allzu formelles, rein poëtisches“, sondern ein eben so dichterisch schönes, als psychologisch wahres Motiv, und finden in demselben nicht, wie der Hr. Verf. „eine Neigung zum Opernhaften“. Wir glauben nicht, dass „statt der opernhaften Wendung eine andere (S. 9) gefordert war“. Gewiss wäre der ganze herrliche Eindruck des Monologs, von dem der Hr. Verf. zugibt, dass er bei dem nächsten Eindrucke „stoffartig besteche“ (sic), verloren gegangen, und die Poësie unseres grossen Dichters würde sich in die nüchternste Verstandespoësie umgewandelt haben, wenn, wie der Hr. Verf. will, in dem Momente, in welchem Faust den Entschluss des Selbstmordes fasst, „Mephistopheles eintreten und ihn durch schmeichelnde Worte und Mittel für die Reize des Lebens gewinnen“ würde. Ist es nicht umgekehrt psychologisch wahrer und dichterisch schöner, wenn die Reminiscenz des Glaubens, ohne dabei an das Dogma zu denken, im Augenblicke über den zum Selbstmordsentschlusse gereiften, unbefriedigten Wissensdrang siegt, und Faust nicht unvermittelt, sondern erst nach und nach dem Mephistopheles zufällt? Der Monolog ist so meisterhaft zum Abschlusse gebracht, dass wir schon aus Faust's Worten wissen, der Glaube siege nur vorübergehend und könne unsern Helden nicht befriedigen. Wo das „Opernhafte“ liegt, sehen wir nicht.

(Schluss folgt.)

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Quellen zur bayerischen und deutschen Geschichte. Herausgegeben auf Befehl und Kosten Seiner Majestät des Königs Maximilian II. II. Band 1. Abth. 11 Bogen, 176 Seiten; III. Band 1. Abth. 19 Bogen, 301 Seiten; IV. Band 33 Bogen, 528 Seiten; V. Bd. 34 Bogen, 531 Seiten. München, Georg Franz. 1857.

Es ist in diesen Blättern (Jahrgang 1856, Nr. 38 und 39) von dem Erscheinen des ersten Bandes der Quellen der bayerischen und deutschen Geschichte Nachricht gegeben worden, deren Herausgabe durch die Munificenz Sr. Majestät des Königs Maximilian II. von Bayern in's Leben gerufen worden ist, und haben wir dabei Gelegenheit genommen, die werthvollen Ergebnisse, welche sich daraus für die deutsche Rechtsgeschichte gewinnen lassen, übersichtlich zusammen zu stellen. Die Commission, welche mit der Herausgabe dieser Quellen betraut ist, hat ihr Versprechen einer raschen Förderung dieses Werkes redlich gelöst, und bereits liegen die ersten Abtheilungen des zweiten und dritten, so wie der vierte und fünfte Band vor. Die erste Abtheilung des zweiten Bandes enthält die Chronik des Churfürsten Friedrich's I. von Matthias von Kemnat, S. 1—141, und Urkunden zur Geschichte des Churfürsten Friedrich's I., S. 145—176. Die erste Abtheilung des dritten Bandes enthält die Reimchronik des Michael Beheim S. 1—258 und die Chronik des Eckhart Artzt vom Weissenburger Krieg S. 261—301. Der vierte Band enthält Correspondenzen und Aktenstücke zur Geschichte der politischen Verhältnisse der Herzoge Wilhelm und Ludwig von Bayern zu König Johann von Ungarn. Der fünfte Band führt den besondern Titel *Monumenta Wittelsbacensia*, Urkundenbuch zur Geschichte des Hauses Wittelsbach. So viel Werthvolles auch die Bände II, 1. Abth., III, 1. Abth. und IV für die bayerische und deutsche Geschichte im Allgemeinen enthalten, so musste sich doch Ref. besonders von dem V. Bande, den *Monumentis Wittelsbacensibus*, angesprochen finden, welcher Band abermals ein für die deutsche Rechtsgeschichte höchst schätzbares Material enthält, durch dessen Ordnung sich der leider vor der Vollendung des Druckes verstorbene Herausgeber, Dr. Wittmann, noch ein anerkennungswürdiges Verdienst um die Wissenschaft erworben hat. Bei der Unmöglichkeit, in dem Raume dieser Blätter alle einzelnen Urkunden dieser reichhaltigen Sammlung zu besprechen, heben wir aus denselben insbesondere, als von besonderer Wichtigkeit für die Geschichte der Landfrieden überhaupt, die drei bayerischen Landfrieden v. J. 1244, 1255 und v. J. 1281 hervor, von denen

einer aus dem andern hervorgegangen ist, und die nun in den Monumentis Wittelsbacensibus S. 77 flg., 141 flg. und 338 flg. abgedruckt sind. Die beiden ersten dieser Landfrieden, wovon der ältere unter Herzog Otto zu Regensburg, der andere unter Herzog Heinrich zu Straubing errichtet wurde, sind schon früher in dem Archiv für Kunde der österreichischen Geschichte Bd. I, 44, 61 bekannt gemacht worden und erscheinen hier mit Verbesserungen des k. k. Archivars von Meiler. Der dritte dieser Landfrieden (von 1281) wurde von K. Rudolph I. mit den Herzogen Ludwig und Heinrich zu Regensburg errichtet und erscheint hier nach dem Originale in vollständiger Gestalt, was dem Rechtshistoriker sehr willkommen sein wird, da der bisher einzige Abdruck eines vollständigen Textes, bei von Freiberg, Gang der bayerischen Gesetzgebung, München 1834, im Anhang, nur wenig bekannt geworden ist, und auch wohl nur nach einer Abschrift gemacht worden war, wie die vielfach unrichtige Schreibart erkennen lässt. Es wurde dieser Landfrieden bisher wohl insgesamt als ein für ganz Deutschland bestimmter Landfrieden betrachtet, zu welcher Annahme die früheren unvollständigen Abdrücke bei Olenschlager, Erl. d. gold. Bulle p. 127; und bei Pertz, Mon. Germ. Legg. I. 427 Veranlassung gegeben hatten. Hinsichtlich dieses Landfriedens habe ich, noch unbekannt mit dem hier nunmehr vorliegenden vollständigen Texte, in der kürzlich ausgegebenen neuesten (dritten) Auflage meiner deutschen Rechtsgeschichte Thl. II. §. 130. Note 11. S. 944 schon darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Landfrieden K. Rudolph's I., der erste bekannte Landfrieden desselben, durchaus als originell und abweichend im Inhalt von allen früheren und späteren kaiserlichen Landfrieden erscheint. Namentlich habe ich es als auffällig bezeichnet, dass sogar die übrigen Landfrieden K. Rudolph's I. selbst keine Aehnlichkeit mit diesem seinem ersten Landfrieden zeigen, sondern nur Reproductionen des mainzer Landfriedens K. Friedrich's II. von 1235 sind. Nunmehr findet diese auffällige Erscheinung ihre Aufklärung eben dadurch, dass sich aus der Vergleichung der bayerischen Landfrieden von 1244 und 1255 mit dem regensburger Landfrieden K. Rudolph's I. von 1281 auf das Bestimmteste ergibt, dass dieser letztere Landfrieden nur für das Herzogthum Bayern und die unter dem Heerbanne des Herzogs von Bayern stehenden Bisthümer bestimmt, und somit nur eine neue Recension der altbayerischen herzoglichen Landfrieden war, die hier unter kaiserlichen Auspizien verkündet wurde. Als die Bischöfe, welche diese bayerischen Landfrieden beschworen, oder als zu beschwören pflichtig darin bezeichnet werden, erscheinen schon im Landfrieden v. 1244 der Erzbischof von Salzburg mit seinen Suffraganen, den Bischöfen von Passau, von Regensburg und Freising; sodann die Bischöfe von Eichstätt und Bamberg. Ueber die Betheiligung der beiden letztgenannten Bischöfe hat der Herausgeber S. 77. Note 1 die Meinung ausgesprochen,

dass dieselbe keineswegs den Schluss gestatte, dass dieser Landfrieden (1244) auch für Franken bestimmt gewesen sei, sondern beide Bischöfe seien ihm beigetreten, weil ihre Stifter viele Besitzungen in Bayern hatten, und Eichstädt überdies unmittelbar an dasselbe gränzte. Allein diese Ansicht ist doch wohl einigem Bedenken unterworfen. In dem Eingange des regensburger Landfriedens v. 1281, S. 338, werden nämlich der Bischof von Bamberg und der von Eichstädt gerade so, wie der von Salzburg, Freising, Augsburg, Passau und Brixen, als die Bischöfe bezeichnet, „welche zum Land Bayern gehören“. Wenn aber die beiden Erstgenannten nur wegen einiger Besitzungen ihrer Stifter in Bayern zu der Errichtung des Landfriedens zugezogen worden wären, so würde eine solche Bezeichnung, als zum Lande Bayern „gehörig“ sicher nicht gerechtfertigt gewesen sein, und hätte bei dem voraussichtlichen Widerspruche dieser geistlichen Herren gegen eine solche Bezeichnung schwerlich gewagt werden können. Ueberdies war es ein bekannter Rechtsgrundsatz des Mittelalters (Schwabenspiegel, Lassberg c. 139, Wackernagel c. 118), dass ein Layenfürst nur solchen Bischöfen Hof gebieten konnte, die in seinem Fürstenamt „sassen“: dass aber diese sämtliche drei Landfrieden auf bayerischen Hoftagen, deren letzten 1281 der Kaiser Rudolph I. durch seine Gegenwart verherrlichte, entstanden sind, geht aus ihrem Inhalte klar hervor. Es kommt hierbei weiter in Betracht, dass der Bischof von Eichstädt und der von Bamberg in der Zeit, wo diese Landfrieden entstanden, schwerlich einem Herzoge von Franken untergeordnet waren und doch wohl, wie die übrigen Bischöfe, nach der damaligen Heerbannverfassung irgend einem Herzoge untergeordnet sein mussten, wenn sie nicht selbst mit dem Herzogthum in dem Umfange ihrer Bisthümer beliehen waren. Dies war aber damals nur hinsichtlich des Bischofs von Würzburg der Fall (Adam. Bremens. lib. VI. c. 5; vergl. meine deut. Rechtsgesch. 3. Aufl. 1858. p. 480. n. 2), der daher auch nicht auf den bayerischen Landtagen erschien; dass aber die Bischöfe von Bamberg und Eichstädt dem Bischof von Würzburg oder einem anderen Herrn als Herzog von Franken untergeordnet gewesen wären, möchte schwerlich zu erweisen sein. Notorisch erstreckten sich die Besitzungen der Herzoge von Bayern in sehr früher Zeit bis in die nächste Nähe von Bamberg; noch führt in seiner Nähe der Ort *Herzogenaurach* davon seinen Namen, und auch Bamberg selbst, das erst K. Heinrich II., der vor seiner Thronbesteigung als Kaiser, die Herzogthümer Bayern und Sachsen innegehabt hatte, zum Bischofssitze erhob, mag wohl ebenfalls eine solche herzoglich bayerische Villa gewesen sein. Der bayerische *Norigao*, insgemein sog. *Nordgau*, worin namentlich Ingolstadt lag (vgl. Ludov. Pii, divis. imp. a. 817. c. 2, Pertz, Legg. I. 198), gränzte wohl, wenn er sich nicht etwa selbst dahin erstreckte, an das spätere bischöflich bambergische Gebiet (daher z. B. Nürnberg, *mons noricus*,

seinen Namen zu haben scheint). Jedenfalls bedürfte dieser Punkt noch einer näheren Prüfung, bevor derselbe von Seite bayerischer Publicisten so leichthin aufgegeben werden darf. Aber auch noch einer anderen Bemerkung des Herausgebers ist eine kleine Berichtigung beizufügen. Auf S. 339 Note 1 wird gesagt: „Warum der Bischof von Regensburg daran (an dem Landfrieden von 1281) nicht Theil nahm, ist nicht bekannt“. Dies ist irrig; der Bischof von Regensburg wird in dem Eingange dieses Landfriedens S. 338 namentlich aufgeführt, mit dem Bemerkten, dass er denselben mit den Herzogen bereits beschworen hat; und dann folgt erst die Aufzählung der übrigen zum Land Bayern gehörigen Bischöfe, die den Landfrieden beschwören sollen.

Wendet man sich nunmehr zu dem Inhalte der gedachten drei bayerischen Landfrieden v. 1244, 1255 und 1281, so kann man nicht verkennen, dass dadurch der bisher für einen allgemeinen Landfrieden K. Rudolph's I. gehaltene regensburger Landfrieden, wie er bei Pertz Legg. II. 427 vorliegt, in vielen Punkten eine wesentliche Aufklärung erhalten hat. Der bayerische Landfrieden von 1281 (in den *Monumentis Wittelsbacensibus* p. 340 flg.) enthält voraus drei Kapitel oder Artikel (1—3), welche in dem Landfrieden v. 1281 bei Pertz fehlen, aber auch in den beiden früheren bayerischen Landfrieden von 1244 und 1255 ohne Vorbild sind. Cap. 1 enthält eine Bestätigung „der alten Freiheiten und Rechte der Herren, Bischöfe und anderen Geistlichkeit („*pfaſſheit*“) in Bayern überhaupt und eine Bedrohung der Landfriedensbrecher an Gotteshäusern und deren Leuten und Gütern mit dreifacher Busse des angerichteten Schadens, so dass die zweifache Busse dem beschädigten Gotteshause, und noch weiter ein einfacher Betrag dem Vogte oder dem Richter desselben zufallen soll. Im cap. 2 wird dem Bischof allein das Recht zugelegt, über ein „*widem*“, d. h. *dos ecclesiae, traditiones ad ecclesiam*, Kirchengüter, zu richten. Im cap. 3 wird die alte Busse von 5 Pfunden und von 60 Schillingen (der alte Königsbann von 60 *solidis*) eingeschränkt auf die Sachen, die von altem Recht dazu gehören, d. h. „*lem*“ (Lähmung eines Gliedes) und „*heimsuchung*“ (Ueberfall im Hause). Das „*nahtezzen*“ (d. h. das unbefugte Abdringen eines Nachtessens“, das alte *heribergare*, Zehrung, Besserung) und das „*uberern*“ (d. h. den Eren, Vorplatz des Hauses, unbefugt überschreiten (im Freiburger Stadtr. v. 1120 c. 42: „*burgensem in propria area invadere*“) wird mit 72 Pfennigen, das Brechen des „*zounfrids*“ d. h. Zaunfriedens (Einbrechen über den Zaun) aber nur mit 12 Pfennigen Busse an den Richter bedroht, nebst doppeltem Ersatze des Schadens. Auffällig ist, dass sich in dem Landfrieden von 1281 keine besondere Benennung der Busse für die übrigen Handlungen findet, welche in den beiden früheren Landfrieden (a. 1244 c. 71; a. 1255 c. 52) hinsichtlich der Beweisführung dem „*etzen*, *ubereren* und *zounbrechen*“

gleichgestellt sind, und die alle, wie das Rubrum: „*de limitibus*“ im Ldf. a. 1255 c. 52 andeutet, in Beschädigung fremden Eigenthums bestehen, wie das „*tretin*“ (Niedertreten der Frucht, des Grases auf fremdem Eigenthum), das „*ubersniden*“ (überschneiden, abschneiden der Frucht, „*aranscarti*“ Aehrenabschneiden, der L. Baju v. tit. XII. c. VIII.) und das „*ubermenen*“ (a. 1244 c. 71, wofür Ldf. a. 1255 c. 52 unrichtig „*ubernemen*“ liest) d. h. das übermähen, abmähen des fremden Grases („*herba*“, der karolingischen Zeit). Sodann werden in cap. 3 des Landfriedens von 1281 alle Kirchengерichte und anderen Gerichte für „*abgenommen*“, d. h. aufgehoben, erklärt, so dass nur die von altem Rechte in den Schranken und Dingstätten (dinchsteten) bestehenden Gerichte fortbestehen sollen, doch mit der unmittelbar beigefügten Einschränkung, dass Gotteshäusern, Grafen, Freien und Dienstleuten ihre Gerichte, die ihnen „*zu Recht*“ (d. h. rechtlich) angehören, verbleiben sollen. Am Schlusse dieses cap. 3 erscheint der Satz, welcher c. 1 des Landfriedens K. Rudolp's I. a. 1281 bei Pertz bildet: nämlich die Vorschrift, dass keiner in des andern Gericht richten, noch einen Schergen (*centenarius* der karolingischen Zeit) setzen soll, ohne Zustimmung („*rat*“ Rath) der Gotteshäuser und des Vitzthums. Die folgenden Kapitel stehen in der Reihenfolge, wie in dem Ausdrucke bei Pertz, jedoch wird dieselbe mitunter durch einzelne Kapitel unterbrochen, welche bei Pertz fehlen. In den *Monumentis Wittelsbacensibus* fehlen dagegen die interessanten Rubriken, welche den Kapiteln bei Pertz voranstehen, durchaus, und hätten diese doch wohl der Vollständigkeit wegen, nebst den daselbst erfindlichen abweichenden Lesarten, in den Noten beigegeben werden sollen.

Die Kapitel, welche in den *Monumentis Wittelsbacensibus* als c. 4. 5. 6 und bei Pertz als c. 2. 3. 4 stehen, haben in den bayerischen Landfrieden von 1244 und 1255 ebenfalls kein Vorbild, und sind sonach auch als neue Zusätze zu betrachten. Cap. 4 (Pertz, c. 2: „*von schedelichen leuten*“) befiehlt dem Richter „*schedlich laevt*“ d. h. gemeingefährliche Verbrecher, die nicht mit eigenen Gütern ansässig sind, zu „*vesten*“, d. h. festzunehmen, aber ohne Schaden der Herren auf deren Gut sie sitzen. — Cap. 5 (Pertz c. 3: „*inziht*“) verbietet dagegen dem Richter, einen „*gesezzen*“ (d. h. mit Grundeigenthum angesessenen) Mann zu vesten, wenn man ihn nur wegen eines Vergehens beschuldigt („*zeiht*“) das ihm nicht an den Leib geht. Einem solchen Mann soll der Richter nicht einmal sein „*gut nemen*“ d. h. nach dem Sprachgebrauche der karolingischen Zeit, nicht *res in bannum mittere, distringere* (vergl. meine deut. Rechtsgeschichte 3. Aufl. p. 877); auch soll der Richter keine Bürgen von ihm nehmen (d. h. keine Bürgschaft *de iudicio sisti* von ihm verlangen) sondern „*er sol im wann furgebieten*“ d. h. nur einfach vorladen (*manire* der karolingischen Zeit im Gegensatze des sogleich zu er-

wähnenden *bannire*; vergl. meine deut. Rechtsgesch. 3. Aufl. p. 867. 930). Ist der ansässige Mann aber eines Verbrechens angeschuldigt, das ihm an den Leib geht, so soll ihn der Richter „vesten auf recht“ d. h. vorladen mit der Forderung von Bürgen (*bannire* der karolingischen Zeit). Es tritt also hier, wie sich aus der Vergleichung mit cap. 4 (2) ergibt, das Wort *vesten* gerade in derselben zweifachen Bedeutung von verhaften und streng vorladen hervor, welche in der karolingischen Zeit das synonyme *distringere* (*adstringere*, *constringere*) zeigt. Zu bemerken ist hier noch, dass die Worte in den *Monumentis Wittelsbacensibus* c. 4: „noch borgen von im nemen sol“ bei Pertz c. 2 fehlen, doch wird dadurch der Sinn nicht verändert. Am Schlusse von cap. 5 (Pertz c. 3) wird gesagt, dass der Angeschuldigte in allen Sachen, die ihm nicht an den Leib gehen, sich von aller „inziht“ (d. h. Anzeige, Verdachtsgrund, Anschuldigung) durch einen Reinigungseid mit zwei Eideshelfern losschwören kann: „er entpriestet dem richter mit reht (d. h. Eid) selbdritt“, welche Formel sich auch in dem Schwabenspiegel (z. B. Lassberg c. 3. 14. IV; c. 349) findet. — Im cap. 6 (Pertz c. 4) wird demjenigen, der sich über ungerechte, gewaltsame Entsetzung aus seinem Besitze beklagt, „er hab in sines gutes entwert mit gewalt an reht“ (d. h. ohne Gericht, nämlich ohne den Richter oder Fohnboten, als die bei jeder rechtlichen Auspfändung zuzuziehende Gerichtsperson), der Beweis (das „bringen“) dieser Behauptung auferlegt „mit zween der nächsten und besten in der pfarre“. Es steht dieser Satz ganz im Einklang mit der häufig wiederholten karolingischen Vorschrift, dass die Zeugen über solche Vorgänge aus den Nachbarn (*vicini*, *pagenses*) genommen werden sollen (vergl. z. B. Karoli. M. cap. Ticin. a. 801 c. 9, bei Pertz, Legg. I. 84). Interessant ist hier die Erwähnung der Pfarre, des Kirchspiels, statt des alten *pagus*, so wie auch in England die „parish“ in gleicher Bedeutung eines politischen Bezirkes erscheint. Zweifel könnten nur darüber sein, was unter den „nächsten und besten in der Pfarre“ zu verstehen ist; nämlich ob hier wirklich an *optimos* zu denken ist oder umgekehrt an Zeugen, wie man sie eben gerade haben kann, so dass die Nächsten, die man bei der Hand hat, gut genug (die Besten) sind, um die fragliche Thatsache zu erweisen. Letzteren Sinn verbindet noch h. z. T. der Sprachgebrauch mit den Worten: „die nächsten besten“: auch ist durchaus kein Grund vorhanden, jenen Worten in dem Landfrieden von 1281 einen andern Sinn, als diesen, zu unterstellen, da es sich nach der Absicht des Landfriedens darum handelt, jeder Gewaltthat so schnell, wie möglich, entgegenzutreten, und man sich hiernach nothwendig mit Zeugen begnügen musste, wie man sie eben im einzelnen Falle haben konnte, da schwerlich immer die dem Range oder Vermögen nach Besten in der Pfarre um den Vorgang wissen konnten. Aus dieser Rück-

sicht hatte auch schon Ludwig II. a. 850 c. 3. (Pertz Legg. I. 406) ausdrücklich vorgeschrieben, dass in derartigen Fällen Zeugen „*cujuscunque gentis aut conditionis fuerint*“ zugelassen werden sollen. Eine Bestätigung enthält diese Ansicht auch durch die *Treuga Henrici regis* a. 1230. c. 12 Pertz, Legg. II. 267, wo nur für den umgekehrten Fall, dass der des Landfriedensbruches Angeklagte den Reinigungseid schwören will, zwei besonders qualifizierte Eideshelfer „*nominati*“ (d. h. vom Richter oder der Partei ausgewählte, besonderen Glauben verdienende Männer) erfordert werden, damit nicht der Schuldige durch die Stellung leichtfertiger Leute als Eideshelfer sich zum Hohne der Gerechtigkeit der Strafe entziehen könne. Führte der Vergewaltigte den gedachten Anschuldigungsbeweis, so sollte er nach den Schlussworten des cap. 6 (4) alsobald (als-lang) in seine Gewer wieder eingesetzt werden, wie lang (hier ebenfalls mit „als lang“ ausgedrückt) er auch ausser derselben gewesen ist, d. h. wie es sonst in den lateinisch concipirten deutschen Rechtsquellen ausgedrückt wird: „*sine ulla annorum praescriptione*“ oder „*nullius temporis obstante praescriptione*“. (Vergl. z. B. Karoli M. cap. Ticina. 801. c. 8; Pertz, Legg. I. 84). — In cap. 7 (Pertz c. 5: „umb eigen liute“) begegnet man dem auch in Stadtrechten häufigen Satze, dass der Herr seinen „eigenen Mann oder Lehenmann (hier = censualis), der in eine freie Stadt („*panstat*“) zieht, während eines Jahres vindiciren kann (vergl. z. B. Freiburg. Stadtr. a. 1120 c. 51. 52). — Cap. 8, welches bei Pertz fehlt, trägt in etwas ungenauer Fassung drei Rechtssätze vor: 1) dass ein Mann, der Lehen von einem andern hat (d. h. ein ritterlicher Vasall) „dem der herre versmahet“ (d. h. dem sein Herr nicht mehr gefällt) und der desshalb sich von ihm lossagt, das Lehengut einfach liegen lassen soll; er soll es ihm aber nicht „vernidern noch verwerren“ d. h. es nicht fehdemässig behandeln, nämlich nicht verwüsten oder sonst beschädigen (werra = guerra, nhd. Wirre d. h. faida; vergl. Frid. I. *const. contra incendiarios* a. 1187, Pertz, Legg. II. 184 l. 3). 2) Muss der Vasall aber das Gut aus „ehaft not anwerden“ d. h. aus einem Grunde, den das Gesetz als genügend anerkennt, nothgedrungen veräussern, so soll er dennoch der „manschaft nach voligen“ d. h. Vasall bleiben. 3) Hat aber der Vasall das Lehen gekauft, als tiur ez ist (d. h. gleichviel um welchen Preis): „er sol sin dinch damit wol schaffen“ d. h. so darf er sowohl unter Lebenden als von Todes wegen darüber frei verfügen (= lombard. thingare). Im cap. 9 folgen sodann die Verbote des Heimsuchen's (d. h. Ueberfalls im Hause; Freiburg. Stadtr. a. 1120. c. 42: „*si [aliquem] temere domi quaesierit*“), sowohl eines edlen Mannes, als eines Bauern in wörtlicher Uebereinstimmung mit Pertz c. 6: „von heymsuchunge“ und ibid. c. 7: „gebur heimsuch“. Die Zeugen erscheinen hier unter der Bezeichnung „die gewizzen“ d. h. die

um den Hergang wissen. — Auch cap. 10 fehlt bei Pertz. Es ist dies eine aus den Landfrieden von 1244 c. 12 und 20. 1255 c. 14 herübergenommene Vorschrift, wonach Niemand nach der Verkündung des Landfriedens einen schädlichen Mann (a. 1244 c. 12: „*homo damnosus*“; a. 1255 in rubro c. 14: „*homo nocivus*“) „behalten“ d. h. ihm keinen Aufenthalt bei sich mehr gestatten soll, bei Strafe für denselben gelten zu müssen. Es ist dies eine neue Einschärfung des schon in der Lex Salica (Heroldina) LVIII. c. 1 ausgesprochenen in den karolingischen Capitularien häufig wiederholten Verbots der Beherbergung eines *wargus* (Aechters) oder *latro* (z. B. Karol. M. cap. Aquis. 806 c. 2, Pertz Legg. I. 146). Neu hinzugefügt im Vergleich zu den Landfrieden von 1244 und von 1255 ist hier die Bestimmung, dass der Beherbergende sich von dieser Haftung befreien kann („ledikch wirt“), wenn er den eigentlichen Schuldigen („den selbscholn“ d. h. selbstschuldigen) herausgibt („antwortet“). — Cap. 11 entspricht dem cap. 8 bei Pertz: „Ez sal nieman dehein (kein) trincken (Getränk) veil haben, dann datz den (lies: „in der“) rechten etabern“ (Pertz: „etabern“). Swer daz dar uber tut, der ist fridbrech“. Der lateinisch concipirte Landfrieden von 1244 c. 34 hat für „rechten etabern“ „*taverna legitima*“; der Landfrieden von 1255 c. 34 setzt dafür genau übersetzend: „in der etabern“, wo also „e“ (Ehe, ewa) in der Bedeutung von *legitima* erscheint. In dem Landfrieden von 1281 ist dagegen *legitima* durch „rechten“ ebenfalls richtig übersetzt, daneben aber das hiernach überflüssige „e“ stehen geblieben und in den *Monumentis Wittelsbacensibus* mit „tabern“ sogar zu einem Worte („etabern“) zusammengezogen worden. — Cap. 12 weicht in der Wortfassung etwas von dem correspondirenden cap. 9 bei Pertz ab, und ergänzt einen kleinen Defect in dieser Stelle: „Ez ensol nieman auf den andern invaren (d. h. sich zum Einlager, *obstadium* verpflichten) noch leisten (d. h. sich nicht als Bürge für einen andern, zu einem solchen Stellen in das Einlager oder auch zum Vermiethen zu Knechtesdiensten an Dritte durch den Gläubiger verpflichten) umb dhein gult, die hinder (unter) zehen pfunden ist, noch dhein ros (Ross) noch hengst (Pertz: pfaerde, Pferd) setzen (verpfänden) um dhein gult (Geld) hinder drin pfunden. Und swer div gelubd nimt oder tut [Pertz: „swer daz tut“] der ist fridbräch“ etc. Ueber die Begriffe von „invaren“ und „leisten“ und deren Verhältniss zu dem in der Rubrik bei Pertz hier erscheinenden Worte „pfantschaft“ siehe meine deut. R.-Geschichte 3. Aufl. p. 855. 857). — Cap. 13 und cap. 14 stimmen mit Pertz cap. 10 und 11 genau überein. Beide Stellen haben in den älteren bayerischen Landfrieden kein Vorbild und sind somit neue Zusätze. Cap. 13 zeigt eine Eigenthümlichkeit des damaligen Criminalverfahrens. Wer einen schädlichen Mann vor Gericht gefangen bringt,

derselbe „oder der Richter“ soll schwören, dass er ein so schädlicher Mann sei, dass man über ihn richten solle, d. h. dass er von seiner Schuld überzeugt sei und dann sollen sechs (Eideshelfer) schwören, dass der Eid wahr sei. Darnach soll man „fragen“ (nämlich die Schöffen, eines Urtheils), wie man über ihn urtheilen soll. Man sieht hieraus, dass der Beweis nicht vor dem Richter, sondern vor den Schöffen geführt wurde, so dass es Sache des Richters war, wo er von Amtswegen gegen einen Verbrecher einschritt, d. h. nach dem späteren Sprachgebrauche, wie z. B. in der Carolina art. 6 in Rubro: „ihn angenommen hatte“, die Schöffen als die eigentlichen Urtheiler von der Schuld des Angeklagten zu überzeugen; daher musste auch der Richter, wo er somit als öffentlicher Ankläger auftrat, den Anschuldigungseid gerade so selbsiebert schwören (nach der Ausdrucksweise des Sachsenspiegels III. 34 §. 2 „selbst getüge sein“), wie ein Privatankläger, worauf dann erst das gewöhnliche Urtheil-fragen an die Schöffen gestellt werden konnte (vergl. hierüber meine deut. Rechtsgeschichte 3. Aufl. pag. 958). — Cap. 14 enthält nur den allbekannten, auch in dem Sachsen- und Schwabenspiegel mehrfach aufgestellten Grundsatz, dass man keinen Zeugen verwerfen soll, der ein unversprochener, d. h. in seinem Rechte vollkommener Mann ist. — Im c. 15 (Pertz, c. 12 „wezigen“) bringen aber die *Monumenta Wittelsbacensia* eine Lesart, welche eine fehlerhafte Schreibart bei Pertz sehr gut berichtigt. Es ist hier die Rede von einem Angeeschuldigten („bezigen [wezigen] man = Inzichter) der „auf recht hin fur sten“ d. h. sich vor Gericht stellen und „bez zern“ will, d. h. sich für den Fall der Verurtheilung zur Bezahlung der Bussen er bietet. Diesen darf der Richter, noch ganz nach den Grundsätzen des karolingischen Rechtes, zu diesem Behufe Bürgschaft stellen (zu Recht verbürgen) lassen, mit „rat“ d. h. Zustimmung von vier „biderben“ Männern „von der chuntschaft“ d. h. die als solche bekannt sind, und die „an gefär“ d. h. ohne Gefährde = *absque dolo malo*, dazu rathen. Pertz, c. 12 liest: „an gewär“, was insoferne weniger gut ist, als man durch diese Lesart verleitet werden könnte, an „Gewährschaft“ zu denken, wovon doch hier dem Zusammenhange nach keine Rede sein kann. — Das nun folgende Cap. 16 fehlt bei Pertz, so wie es auch in den beiden älteren bayerischen Landfrieden a. 1244 u. 1255 kein Vorbild hat. Es handelt von dem Beweise der Ersitzung, „der stillen gewer“, welcher seltene Ausdruck übrigens schon aus dem Schwabenspiegel bekannt ist, woselbst er in cap. 56. 57 (Lassberg) erscheint, so wie überhaupt die Rechtssprache des sog. Schwabenspiegels mit der Ausdrucksweise der bayerischen Landfrieden grosse Verwandtschaft zeigt, und die Vermuthung des Ursprunges des sog. Schwabenspiegels in Bayern nicht wenig verstärkt. Cap. 16 des Landfriedens v. 1281 lautet: „Swër stille gwer bringen wil an einem gut,

der sol nennen, welich gwer er bringe, eigensgwer oder lehensgwer oder satzunggwer, und sol nenen sinen salman-herr-en und gewern, und da gescheh dann uber, daz recht si“. Die Eigensgwer (Besitz als Eigenthümer, *pro suo possidere*) entspricht der egenlichen Gewere; die Lehensgewere ist die lehni-sche Gewere der Spiegel und anderer deutschen Rechtsquellen. (Vgl. darüber meine deut. Rechtsgeschichte 3. Aufl. p. 736. 738. 747). Der Ausdruck „Satzungsgewere“, findet sich in dem Sachsen-spiegel und Schwabenspiegel nicht, so wie er überhaupt nur selten gefunden werden dürfte, obschon die Sache an sich, dass nämlich die Satzung (Verpfändung, Hingabe der Sache an den Gläubiger als Pfand) eine Gewere an derselben begründet, bekannt genug ist. (Vergl. meine deut. Rechtsgesch. 3. Aufl. S. 862). Bemerkenswerth ist, dass hier auch die Innehabung einer Sache als Pfand eben so durch eine Ersitzung geschützt wird, wie die Innehabung als Eigenthum und Lehen. Der „Salmanherr“ ist der Herr d. h. Eigenthümer (*autór*), der durch *Sala* (*salunga*) und *vestitio* das Besitzrecht und die Innehabung der Sache auf einen andern (den dermaligen Besitzer) übertrug oder durch einen Stellvertreter (Salman) übertragen liess und daher als *vestitor* d. h. Gewere, jetzt noch sogenannte Gewähr, auch zur Vertretung der Rechtsbeständigkeit des Besitzes des gegenwärtigen Innehabers verpflichtet ist. Im cap. 17, ebenfalls bei Pertz fehlend und neuer Zusatz im Vergleiche zu den älteren bayerischen Landfrieden, wird der wissentliche Käufer einer geraubten und gestohlenen Sache vollständig dem Dieb und Räuber gleichgestellt und wie ein solcher bestraft. Diese Bestimmung ist strenger als die in dem mainzer Landfrieden K. Friedrichs II. a. 1235. c. 14 Pertz, Legg. I. 317, indem nach diesem der wissentliche Käufer der gestohlenen und geraubten Sache im ersten Falle nur als Begünstiger behandelt und erst im Wiederholungsfalle mit gleicher Strafe wie der Dieb und Räuber belegt wird. In dem Landfrieden Wilhelms v. Holland von 1255 war ein solcher Fall auch nur mit arbiträrer Strafe („*poena condigna*“) belegt (Pertz legg. I. 380 lin. 5). — Im Cap. 18 (Pertz c. 13: „unrecht herberge“) wird der, welcher „den andern mit gewalt herwerigt“ mit der Strafe des zweifachen Ersatzes (zwingt) bedroht. Es ist hierunter, wie die bayerischen Landfrieden v. 1244 c. 20, u. v. 1255 c. 23 zeigen, die *violenta hospitatio*, d. h. das unbefugte Erzwingen einer Beherbergung und Bewirthung (*herberga*, *mansio* u. s. w. der karolingischen Zeit) zu verstehen. — Cap. 19 (Pertz 14 „von füttern“) handelt in etwas undeutlicher Fassung von der Bestrafung des „füttern“, d. h. Futter für das Vieh auf dem Grundstücke eines anderen holen. Wird der Thäter hierbei ergriffen („gevestent“ d. h. fest genommen) so muss er dem Richter ein Pfund geben und den Schaden zweifach ersetzen. Hat es ein Knecht gethan, so muss sein Herr („wirt“ bei Pertz: „wert“) die Hälfte jener

Busse bezahlen, wenn es mit seinem Wissen geschehen war. — Ohne Vorbild in den beiden älteren bayerischen Landfrieden ist so- dann c. 20. (Pertz c. 15: „muntleut“). „Ez en sol nieman dhei- nen munt man haben oder er ist friedbrech“. Eine solche Be- stimmung zeigt schon K. Friedrich's II. mainzer Landfrieden v. 1235 c. 9; Pertz, Legg. II. 315: „Muntmannos etiam (nämlich wie die Pfahlbürger) *ubique penitus cessare jubemus*“. Näher steht aber der Fassung in dem bayerischen Landfrieden von 1281 die Bestimmung in dem Privilegium K. Friedrich's II. für Nürnberg a. 1219 c. 3, bei Goldast, coll. Const. Imp. I. p. 291: „*quicumque civis fecerit se alicujus muntmann, tam ci- vis ille, quam qui hoc modo receperit eum, gratiam nostram demeruit* (d. h. ist in der Acht) *et in utroque pax non vio- latur*“. — Cap. 21. (Pertz c. 16 „geleitte“), wonach nie- mand Geleit (*conductum*) geben soll, als der „Lantherre“ (Lan- desherr, d. h. der Herzog) oder der, „dem er ez bevilhet“ d. h. befiehlt, ist aus den Landfrieden von 1244. c. 45. u. 1255. 39 genommen. Dasselbe gilt von cap. 22. (Pertz, c. 17 „diubi- ges gut“). „Daz swem (Pertz: „swem man“) divfiges gut funden wirt, der scheub daz, als reht ist, vnde volfur den scheub, als reht ist“. Diese für die Erklärung der ursprünglichen Bedeutung des auch im Schwabenspiegel mehrfach und schon in mehrfacher Bedeutung erwähnten „rechten Schubes“ wichtige Stelle, die in dieser Isolirung kaum verständlich und auch von mir in meiner deut. Rechtsgeschichte in einem anderen, als ihrem, wie sich nun ergibt, eigentlichen Sinne zu erklären versucht worden ist (vergl. meine deut. Rechtsgeschichte 3. Aufl. p. 959), ist, erhält nun ihre Aufhellung durch die entsprechenden Texte in den bayerischen Landfrieden von 1244 und 1255, wovon sie sich als ein übermässig gekürzter Auszug darstellt. Vgl. Ldfrd. a. 1244 c. 57: „*De furtis: Item quicumque res sibi subtractas apud alium deprehenderit, et ille se auctorem habere asserit, hunc iura- mento in instanti nominet sine dolo, et secure lesum in suis expensis illuc ducat et reducat*“. Ldfrd. a. 1255. c. 48. „Bi swem man sin gute vindet, dez in verstolen ist, biutet er sinen gewern, er sol des swern, das er in nenne an ubel liste, und sol den der daz gut floren (lies: „verloren“) hat, hintze sinem geweren furn (führen) an schaden, und herwider“. Der Sinn ist also: „Wenn jemand seine, ihm gestohlene Sache bei einem anderen findet (be- greift), so muss der Besitzer derselben, wenn er behauptet, redlich die Sache gekauft zu haben, sogleich und auf der Stelle (das „sine tangano“ der Lex Salica; vgl. meine deutsche Rechts- geschichte p. 868) den Autor benennen und ohne Arglist beschwö- ren, dass der Genannte sein wirklicher Autor sei, und muss auf seine Kosten den Vindicanten zu dem benannten Autor und wieder zurück bringen. Es ist dies in allem wesentlichen genau derselbe Rechtssatz, wie ihn der Sachsenspiegel II. 36 unter gleichen

Voraussetzungen unter der Bezeichnung des ziehen (tien) auf den Geweren vorträgt. Der Scheub ist sonach hier der Zug auf den Geweren, so wie auch sonst scheuben, schieben, schon aus dem Schwabenspiegel in der Bedeutung von Schieben auf den Geweren bekannt ist. (Vgl. m. deutsch. Rechtsgesch. 3. Aufl. p. 760). Das Vollführen des Scheubes, wie Recht ist, bestehet nun aber, wie die beiden bayerischen Landfrieden v. 1244 u. 1255 angeben, eben darin, dass der Beklagte den gedachten Eid leistet, und auf seine Kosten den Vindicanten zu seinem wahren Autor hin und zurückbringt. Es stellt sich somit heraus, dass noch bis gegen das Ende des XIII. Jahrhunderts keine Verschiedenheit des Verfahrens bei der sog. Vindication der gestohlenen und geraubten Sachen in den Ländern des sächsischen und des bayerischen Rechtes statt fand, und dass namentlich noch im J. 1255 auch nach der bayerischen Praxis, wie nach der sächsischen, der sog. Vindicant mit dem Beklagten zum benannten Autor hinreisen musste. Es ist dies um so mehr bemerkenswerth, als der Schwabenspiegel (Lassberg c. 317) dagegen schon die Stellung des Autors durch den Beklagten vorschreibt, wie dies nach römischem Rechte zu geschehen hat. (Vgl. meine deut. Rechtsgesch. 3. Aufl. p. 769). Erwägt man nun, dass der regensburger Landfriede v. 1281 zwar den Scheub als das Ziehen auf den Geweren noch nennt, aber nicht mehr angibt, worin er besteht, d. h. wie er auszuführen ist, sondern nur allgemein sagt, dass er geschehen solle „als recht ist“, so möchte wohl die Vermuthung nahe liegen, dass der Verfasser des Schwabenspiegels, der überhaupt stark aus dem römischen Rechte schöpfte, wie ich in meiner Rechtsgeschichte 3. Aufl. p. 107 u. flg. nachgewiesen habe, den regensburger Landfrieden v. 1281 bereits vor sich hatte, und von dessen kurzer Anweisung, den Scheub, d. h. das Ziehen auf den Autor, zu vollführen „als recht ist“, sofort Veranlassung nahm, die römische Lehre von der Stellung des Autors hier einzuschieben. Zieht man dabei noch weiter in Betracht, dass überhaupt die eigenthümliche Rechtssprache des regensburger Landfriedens v. 1281 sich in dem Schwabenspiegel wieder findet, wie z. B. die Ausdrücke: „stille gewer, busse (anstatt wette) des Richters, dem richter entpristen, notnunft u. s. w., so möchte hiermit vielleicht ein Fingerzeig zur näheren Bestimmung der Entstehungszeit des Schwabenspiegels gegeben sein, der um so mehr Beachtung verdienen dürfte, als sich auch sonst gar manche in dem Jahre 1281 oder nahe um diese Zeit aufgekommene Rechtssätze in dem Schwabenspiegel nachweisen lassen, dessen älteste bekannte Handschrift mit festem Datum (der Lassberg. Codex) das Jahr 1287 zeigt, wie z. B. die Umbildung des Begriffes von Semperfrei (des alten *homo synodalis*) in dem nürnberg und mainzer Landfrieden K. Rudolph's zum Hochmann (dem Höchstfreien des Schwabenspiegels), worauf ich in meiner deut. Rechtsgeschichte 3. Aufl. p. 661 hingewiesen habe. Auch

die schon von G. L. v. Maurer, in seiner Schrift über Ruprecht von Freisingen mit guten Gründen vertheidigte Ansicht, dass nicht Schwaben, sondern Bayern, das Vaterland des ohnehin nur willkürlich seit dem XVI. Jahrhundert zum Schwabenspiegel umgetauften Kaiserrechtes sei, erhält durch die Hinweisung auf seine Beziehungen zu dem regensburger Landfrieden v. 1281 eine weitere und wohl nicht unwesentliche Unterstützung. — Cap. 23 (Pertz, c. 18: „unrechte mazze“), von unrichtigem Maasse und der Strafe des unrechten Messens handelnd, ist den Landfrieden v. 1244 c. 77 und v. 1255 c. 53 nachgebildet; desgleichen c. 24 (Pertz, c. 19: „nahtprant“) von Bestrafung dessen, der wissentlich („mit seiner gewizzen“) einem „nahtbrenner“ d. h. nächtlichen Brandstifter, in seinem Hause Aufenthalt gibt (vergl. den Landfrieden v. 1244 c. 86; v. 1255 c. 67); eben so c. 25 (Pertz, c. 20: „panholz“) von Strafe derjenigen, die in Forsten oder fürstlichen Wäldern („panholzen“) unbefugt Holz holen (vergl. Ldfrd. a. 1244 c. 88; a. 1255 c. 68). — Als neue Einschiebung erscheint dagegen c. 26 (Pertz, c. 21: „Schützen“), worin einem jeden Manne verboten wird, Schützen, d. h. mit Schiesszeug bewaffnete Diener, jetzt sog. Jäger, mit sich herumzuführen, wenn er nicht 30 Pfund Gult hat, oder ein Richter ist. (Dass hier unter „gult“ (Geld) ein jährliches Einkommen, *reditus*, zu verstehen ist, erhellet aus dem Landfrieden v. 1244 cap. 46. vergl. mit Landfrieden v. 1255 cap. 40). Wer solche „Schützen“ ergreift, soll ihnen „hengest und armbst“ (Pertz, „pfärde“, d. h. Pferde und „armbrust“) nehmen, und sie als schädliche Leute an das Gericht abliefern. — Neu ist auch im Landfrieden v. 1281 das cap. 27 (Pertz, c. 22: „Eigenleut“): „Swer einen man ouf sinem gut hat, swes er si, der sol im dhein leit (kein Leid) tun, und sol in ze lihtmesse (Lichtmess) wider vordern, an (ohne, d. h. aber, ausser) zitlichen dienst sol er im tun“. — Die folgenden fünf Capitel sind wieder aus den Landfrieden v. 1244 und 1255 genommen. Cap. 28 (Pertz, c. 23: „totslach“): „Swer einen menschen ze tod sleht, da sol man uber rihten als recht ist“ — ist eben so eine Abkürzung aus den Ldfrd. a. 1244 und a. 1255, wie wir einer solchen schon oben c. 22 (vom Scheub) begegnet sind. Vgl. Ldfrd. 1244. c. 16: „*De homicidis: item, qui hominem occiderit, pro eo capite plectatur, nisi tertius quod se defendendo fecisset, probaverit*“; und Ldfrd. 1255 c. 18: „Swer einen menschen ze tode sleht, dem sol man das haubt abslahen, er muge dann selb dritte mit den genanden daz bewaern, daz er ez notwernd (aus Nothwehr) hab getan“. Hier werden also ausdrücklich „Genannte, *nominati*“ in dem oben bei Cap. 6 gegebenen Sinn, als Eideshelfer zum Reinigungeide erfordert (im Gegensatze der „nächsten besten“) wie dies zu diesem Behufe schon die Treuga Henrici a. 1230. c. 12 vorschrieb. — In c. 29 (Pertz c. 24 „umb burge“) tritt eine kleine Fortbildung des

älteren Rechtes hervor. Die Landfrieden v. 1244 c. 46. u. 1255. c. 40 hatten nur bestimmt, dass niemand eine Burg (*castrum, munimen*) hatten solle, der nicht 30 Pfund Einkommen habe. Hier heisst es dagegen weiter: Es soll niemand eine Burg haben, er habe sie denn ohne des Landes Schaden. (Landschaden erscheint mehrfach noch als Bezeichnung alter ritterlicher Burgen, z. B. am Neckar bei Neckarsteinach, auch als Namensbezeichnung ritterlicher Familien). Geschieht ein Schaden darauf, so ist der Herr und die Burg in der Acht, oder er „bessere“ (leiste Ersatz), als Recht ist. — Auch Cap. 30 (Pertz 25: „herwerger“, lies: „herbergen“): „Ez sol nieman in der grafschaft mer herbergen, dan er ze reht sol“ erhält seine Erläuterung aus den früheren Landfrieden. Vergl. Ldfd. 1244 c. 49. „*De pernoctationibus. Item nullus comes vel iudex in suo iudicio sepius preter voluntatem inhabitantium, nisi ter in anno, semel in hieme, bis in estate (aestate), ita ut in villicatione duo (et in molendino duo) in huba unus equus pabuletur; si magis, pacem violat*“. Ldfd. 1255 c. 42: *De herberga*: „Ez sol chain graf in siner grafschaf uber der lute willen mer herbergen, danne deistunt in dem iar; ze einem mal in dem winter und zwir in dem sumer und sol danne die hub ein pfert futern, und der mairhof oder die mul zwai. Swer daz ubergriffet der ist fridebraeche“. Es schliesst sich also diese Stelle an das alte karolingische Gebot an, dass der Graf die Leute nicht durch übermässiges Halten von *placitis* drücken und nicht öfter als 3mal im Jahr ein *generale placitum* halten soll. (Vergl. 2. B. Pipin. reg. cap. a. 802. c. 21. Pertz, Legg. I. 105. Ludov. Pii. cap. a. 816. c. 3; a. 829 c. 5; *ibid.* I. 196. 353). Nur wenn der Graf zu diesen drei *placitis* erschien, hatte er das Recht der Beherbergung und Zehrung (*herberga, mansio, jus gisti etc.*) anzusprechen, ausserdem nicht. Man sieht hieraus auch, dass gerade dieses *herbergare* des Grafen und seines Gefolges als das Drückende vom Volke empfunden wurde. — Cap. 31 hat bei Pertz keine entsprechende Stelle. Es heisst auch hier wieder nur auszugsweise: „Umb notnunft sol man rihten nach dem alten reht“. Das alte Recht enthält der Landfriede v. 1244 c. 52: „*De coitu violento: Item si quis commiserit raptum virginis vel cujuslibet mulieris bonae famae et de hoc cum VII cujuscunque conditionis testibus convictus fuerit, vivus sepeliatur, nisi expurgaverit se cum tribus nominatis, si prius cum ea dormiverit*“. Hier erscheint in einer Stelle vereint der Gegensatz „der Nächsten Besten“ als Zeugen beim Anschuldigungsbeweis, und der Genanten als Eideshelfer beim Reinigungseid. Eigenthümlich ist es, dass hier der Beweis des Umstandes, dass die angeblich Genothzüchtigte schon früher dem Angeschuldigten vertraulichen Umgang gestattet hatte, als genügender Grund erklärt wird, um die Anklage auf Nothzucht bei späterer Gelegenheit auszuschliessen. Der Landfriede von 1255 zeigt keine correspondirende Stelle. Der Landfriede von 1281 griff also hier wirklich wie er angibt, auf das

alte Recht zurück, und dies ist ihm also der Landfriede von 1244. Das Wort „notnunft“ erscheint schon in der Rubrik der L. Frisio-num tit. VIII. „de notnumfti“, hat aber daselbst nur die allgemeine Bedeutung von Vergewaltigung, Gewaltthat, *vis*, überhaupt. Im Schwabenspiegel (Lassberg, c. 254 und c. 311 wird aber „notnunft“, wie in den bayerischen Landfrieden, in dem Sinne von Nothzucht gebraucht und ebenso, wie in diesen, mit der Strafe des Lebendigbegrabens bedroht, so dass auch hier die Nachbildung der bayerischen Landfrieden unverkennbar ist. — Cap. 32 (Pertz c. 26 „von untriwe“) ist ebenfalls nur Auszug aus den viel reichhaltigeren älteren beiden Landfrieden. „Swer sin triwe an sinem rechten Herren brichet, an im selben, an sinen chinden und an sinen burgen, der ist in der achte vnd sol es der herre rechnen an sinem leyb vnd an sinem gut“. Vergl. Ldfd. 1244 c. 82: „*Si quis violaverit fidem domino suo, cuius est, in his, quae sunt contra personam vel res vel honorem suum, et de his convictus fuerit cum VII. militaribus, si est de genere militari, vel cum rusticanis, si est de genere rusticano, ille infamis et exlex iudicabitur et erunt filii ejus harpfani* (lies: „orphani“) *et uxor sua vidua et feoda vacabunt*“. Ldfd. 1255. c. 64: „*De perfidis*“ Swer sine triwe brichet an sinem rechten herren an sinem libe oder an sinem gut oder an sinen eren (Ehren), wirt er des überwunden mit siben, di von ritters ewerchen sint, ob er selbst von ritters ewerchen ist, oder mit siben gebourn, ob er selb ein gebour ist, der sol rechtlos und elos sin und sin hausfrawe witwe, sinu chint waisen und elliu (alle) sinu lehen ledich“. Hier steht „von ritters ewerch sein“ gleichbedeutend mit dem Ausdrücke im Sachsen- und Schwabenspiegel „von ritters art sein: „ewerch“ (Eh-werck) bezeichnet insbesondere die eheliche Abstammung. Gerade so, wie in den Rechts-Spiegeln des XIII. Jahrhunderts wird hier der Bürgerstand ganz übergangen, und nur Ritter und Bauer werden als Geburtsstände einander gegenüber gestellt. Dasselbe ist auch, wie oben gezeigt wurde, in Cap. 9 (6) des Landfriedens v. 1281 der Fall, wo nur von der Heimsuch eines edlen Mannes und eines Bauern die Rede ist, die Heimsuch in einem Bürgershaue aber ebenfalls nicht erwähnt wird. „*Infamis*“ im Landfrieden a. 1244, wird im Landfrieden v. 1255 ganz dem Sprachgebrauche jener Zeit gemäss mit rechtlos, d. h. eidesunfähig, „*exlex*“ aber mit „elos“ d. h. ausser der Ehe, dem Gesetz stehend, übersetzt. Vergl. über diese Ausdrücke meine Rechtsgeschichte 3. Aufl. p. 968. Auch werden hier die Wirkungen der Achtserklärung ganz genau den alten Aechtungsformeln entsprechend aufgeführt (vgl. meine Rechtsgesch. 3. Aufl. p. 956.). Neu eingefügt ist cap. 33 (Pertz c. 27 „unrecht wandel“) „Swelich rihter den Frid (das Landfriedensgesetz) und die Sätz mit den wandeln (d. h. die gesetzlichen Bestimmungen über die Grösse der Bussen) übergreifet, der sol dem herren (d. h. Herzog), von

dem er das geriht hat, zehen pfunt geben und sol den schaden mit der zwigult gelten“. — Ebenfalls neu zugesetzt sind c. 34. u. 35. — Cap. 34 (Pertz c. 28 „umb eygen leute): „Swer des andern sin laevt innimt, die er in nutz und in gwer hat behabt (gehabt), die sol er im wider antwortten und sol im dirre (dieser) daz reht dann davon tun (d. h. schwören, dass sie seine eigenen Leute sind); die gwer an den laeuten sol er behaben (d. h. behaupten = erweisen, darthun) mit zwein (d. h. mit seinem Eide selbst dritt). Bei Pertz fehlt das Wort „davon“. Derselbe rechtliche Gedanke liegt dem Sachsenp. III. art. 32. §. 6, und Schwabensp. (Lassbg.) c. 294 zu Grunde; „Swer die gewere hevet an enem manne, die mut ine mit mereme rechte vertügen (Schwabensp. „sinen geziug leiten“) denn iene, die ir darvet“. — Cap. 35 (Pertz, c. 29: „umb ban“). Swelich graf, frei oder dienstmann iar und tach in offen banne ist, den soll man in die acht (echt) tun. Ist ez aber ein ander man, so sol man in uber sechs wochen in die acht tun; und swer alslang in der acht ist, als da vor von dem ban geschriben ist, ouf den gevellet ze gelicher wis der ban“. Derselbe Grundsatz, dass derjenige, welcher eine gewisse Zeit in dem Kirchenbanne ist, ohne sich daraus zu ziehen, in die Acht gethan werden soll, und umgekehrt, findet sich schon in früheren Reichsgesetzen und im Sachsen- und Schwabenspiegel (vgl. meine deut. Rechtsgesch. 3. Aufl. p. 949); eigenthümlich ist hier nur die Unterscheidung hinsichtlich der Zeiträume, nach den Standesklassen. — Cap. 36 (Pertz 30, 31 „von hantfrid“) ist dagegen wieder aus den beiden älteren Landfrieden von 1244 u. 1255 hervorgegangen. Es ist hier die Rede von den Rechtsfolgen, welche eintreten, wenn zwischen zwei Feinden ein Frieden gemacht und von einem derselben gebrochen worden ist. Dieser vertragsmässig gelobte Frieden heisst im Ldfd. a. 1244 c. 1 „treuga manualis“, in dem Ldfd. v. 1255 c. 1. und 1281 c. 36 in buchstäblicher Uebersetzung „hantfrid“ d. h. mit der Hand (Handschlag oder Eid) gelobten Frieden, womit auch ebendasselbst als Synonym das schon im lombardischen Rechte (Luitprand, c. 42) vorkommende Wort „treuga“ (trewa, frz. trêve) gebraucht wird, dem sodann wieder der Ausdruck „firma fidelitas“ in dem Rubrum des *Praeceptum Henrici imp. IV. contra deprædatores et scachatores regni* a. 1081 (Pertz, Legg. II. 53) als wort- und sinngetreue Uebersetzung entspricht. Wer einen solchen „hantfrid“ bricht, kommt in die Acht (Ldfd. a. 1244: „exlex iudicetur“, Ldfd. 1255: „sol rehtlos und elos sin“; Ldfd. 1281: „sol in der acht sin“.

(Schluss folgt.)

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Quellen zur bayerischen und deutschen Geschichte.

(Schluss.)

Die beiden erstgenannten Landfrieden beschreiben die Wirkung der Acht hier abermals speciell, dahin, (Ldfd. a. 1244): „*ita ut nec sententia nec expurgatio eius deinceps super aliquem admittatur*“; (Ldfd. 1255): „also daz weder sin urtail noch sin beredung (d. h. seinen Reinigungseid) furbaz nieman vernem“ d. h. er darf weder im Gerichte Urtheil finden noch einen Reinigungseid schwören, was auch als gemeinrechtliche Wirkung der Aechtung bekannt ist. (Vergl. z. B. Karol. M. cap. 809 c. 1. Pertz, Legg. I. 155; Frid. I. const. contra incendiarios a. 1187. Pertz, Legg. II. 174, lin. 34; Sent. reg. Adolphi a. 1297, ibid. II, 466. lin. 3. Der Ldfd. v. 1281 hält es daher auch wohl aus diesem Grunde für überflüssig, diese Rechtsfolgen ausdrücklich zu erwähnen, setzt aber dagegen zu: dass der Schaden „mit der zwigult“ ersetzt werden muss, wenn der Handfriedensbruch „an“ d. h. „ohne“ Todtschlag verübt worden ist; im anderen Falle soll die Strafe des Todtschlags eintreten und zwar neben der an den Richter fallenden Busse des Landfriedensbruches. — Alle drei Landfrieden enthalten sodann wieder gleichmässig die Vorschrift, dass der Verletzte, wenn er etwa „aus lib“ (Liebe) den Friedbrecher nicht verklagen wollte, von dem Richter zur Anstellung der Klage in 14 Tagen vorgeladen, und wenn er nicht erscheint, und keine ehehafte Noth (*legitimum impedimentum*) nachweisen kann, selbst die Strafe der Landfriedensbrecher erleiden, und der Richter das Recht haben soll, selbst selbdritt die Schuld auf den Friedbrecher zu bewähren, d. h. zu schwören, und von amtswegen seine Bestrafung zu betreiben. Es gab also nach dem altbayerischen Rechte bei Landfriedensbruchsachen einen gesetzlichen Zwang zur Anstellung der Klage; doch wurde, wie die drei Landfrieden übereinstimmend angeben, der Verletzte damit verschont, wenn er beschwor, dass er aus Furcht für sein Leben („vor vorhten sin es libes“) sich nicht getraue, den übermächtigen Friedbrecher anzuklagen. Es erinnert diese, für den damaligen Rechtszustand sehr charakteristische Bestimmung an einen ähnlichen Satz im Cap. Karol. II. a. 873 c. 3, Pertz, Legg. I. p. 519 lin. 44: „*Et si talis est, quem aut parentes aut (alii) homines propter faidam* (d. h. aus Furcht vor Befehdung) *accusare noluerint aut ausi non fuerint, et cum malefacto* (d. h. mit der geraubten Sache) *comprehensus non fuerit et negaverit, iuret cum XII. Francis*“ etc. (sc. *juramentum purgatorium*). Wurde der Frieden aber von einem der Leute oder Helfer (*factores*) des einen Theils gebrochen, so wurde dem Herrn verstattet, zu schwören, dass dies ohne sein Wissen und Willen geschehen sei; er musste jedoch den Mann von sich thun („sich des

selben ouzzen“, d. h. entäussern) und durfte ihn nicht wieder aufnehmen, bei Strafe des Friedensbruches. — Uebereinstimmend folgen sodann in allen drei Landfrieden (Ldfd. 1244. c. 3. 4; Ldfd. 1255. c. 6. 7; Ldfd. 1281. c. 37. 38; Pertz, c. 32. 33) Bestimmungen über einige besondere Fälle, wie nämlich Personen, welche unter sich einen Handfrieden errichtet haben, oder Freunde, wenn sie sich auf dem Wege begegnen („widervarent“) ihre Begleiter, welche in diesem Handfrieden nicht begriffen sind, von einem Angriffe (anwigen, anweigen) abhalten („daz undervarn“) und gegen denselben schützen sollen. Auch hier ist die Fassung der älteren Landfrieden vorzüglicher und verständlicher, als die des Landfriedens von 1281. Uebrigens war diese Bestimmung schon ein grosser Fortschritt in der Beschränkung des Fehdewesens: denn in Henrici IV. constit. pacis generalis a. 1103 (bei Pertz, Legg. II. 60, lin 40) wird noch gesagt: „*Si in via occurrerit tibi inimicus tuus, si possis illi nocere, noceas*“. — Aus dem Landfrieden von 1244 c. 6 und v. 1255 c. 9 ist sodann Landfriede a. 1281 c. 39 (Pertz, c. 33) genommen, worin das Abkündigen („widerbieten, *renunciare*“) des Handfriedens vor Ablauf der verabredeten Zeit untersagt ist. Gleichlautend gebieten sodann die drei Landfrieden a. 1244 c. 7; a. 1255 c. 10; a. 1281 c. 40 (Pertz, c. 34), dass derjenige, der bei dem Abschlusse eines Handfriedens einen seiner Leute ausgenommen hat, diesen sofort von sich thun („ouzzen“) muss und ihm auf die Dauer dieses Friedens keine Hülfe gegen die Gegner leisten darf; desgleichen verbietet der Landfriede a. 1281 c. 41 (Pertz, c. 35) übereinstimmend mit dem Landfrieden v. 1244 c. 8 das Rächen des Bruches eines Handfriedens („geleidigt werden in dem hantfrid“) „ohne Klage“ d. h. durch Selbsthülfe; ferner verbietet Landfrieden v. 1281 c. 42 (Pertz, c. 35) nach den Landfrieden v. 1244 c. 5, a. 1255 c. 12 das Hülfeleisten aus Verwandtschaft oder um Sold gegen den, mit welchem der Handfriede geschlossen worden war. — Cap. 43 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 35 a. E.) ist dagegen wieder nur ungenauer Auszug aus den älteren Landfrieden. Es lautet: „Die hertzogen noch die bischof, noch dhein rihter sol dhein schedlich laeut mit heirath an sich nemen, daz er sie bescherm des gesatzten rehtes, des gerihtes“. Weit besser sagt der Landfriede v. 1244 c. 15: „*de nociuis hominibus: Item hominum dampnosorum vel proscriptorum nec dux nec episcopus aliquem per contractum, resignationem feudorum vel contradictionem alliudorum debet eum assumere, ut ipsum ab hujus judicii (= legis) liberet statutis*“. Schon weniger gut ist dieser Satz wiedergegeben im Ldfd. 1255 c. 17: „Der herzog oder bischof oder chain ritter sol dehein schedelich lute an sich nemen mit heirat oder durch widersagen ir lehen oder friheit, daz si damit uberwerden der gesatzten reht des gerichtes“ (buchstäbliche aber widersinnige Uebersetzung von „*judicium*“). Bemerkenswerth ist im lat. Texte (a. 1244) der Gebrauch des Wortes *con-*

tractus für Ehe („heirath“). Es könnte dies daraus erklärt werden, dass Ehe ursprünglich wirklich soviel als Bund, Vertrag überhaupt, bezeichnet. Uebrigens ist auch möglich, dass hier bei „*per contractum*“ das Wort „*matrimoniale*“ ausgeblieben ist, und dies ist nicht unwahrscheinlich, wenn man damit die Urk. v. 1213 (Monum. Wittelsbac. Bd. V. p. 16 c. 17) vergleicht, woselbst sich Bischof Konrad von Regensburg und Herzog Ludwig gegenseitig versprechen: „*Item neuter eorum debet ministerialem alterius, qui gratiam suam non habet*“ (d. h. der von seinem Herrn geächtet oder in Bann gethan ist) „*sive per matrimonialem contractum sive quocumque modo assumere aut contra eum violenter defendere*“. Bemerkenswerth ist auch die Uebersetzung von „*alodium*“ durch „Freiheit“ in dem Ldfd. v. 1255. Es entspricht dies dem Begriffe des Allodes als frei eigenes Gut, soll aber auch wohl zugleich den Begriff von *emunitas* ausdrücken, da hier nur von der Auftragung solcher Güter die Rede ist, welche als geschlossene und ritterliche Gutscomplexe besondere Berechtigungen (Freiheiten) geniessen. — Wörtlich übereinstimmt sodann Landfrieden a. 1281 c. 44 (Pertz c. 36: „*umbe raise*“) mit Ldfd. 1244 c. 83 und a. 1255 c. 20. (Vergl. auch Ldfd. 1244 c. 17). „*Swer offentlichen reiset (zur Befehdung auszieht) wider jeman, den reishauptmann sol man enthaupten*“. Der Schaden, der auf der Durchfahrt („*durhvarn, durichvart*“, Pertz: „*durchverte*“) angerichtet wird, muss zweifach ersetzt werden. — Eben solche Uebereinstimmung findet sich zwischen dem Landfrieden a. 1281 c. 45 (Pertz c. 37 „*umb die aehte*“) und den Landfrieden v. 1244 c. 22. und v. 1255 c. 25. Es wird hier der auch anderweit bekannte Rechtssatz vorgetragen, dass der Herr des Hauses dem dahin geflohenen Aechter fortzuhelfen berechtigt ist, aber strafbar wird, wenn er ihn wissentlich bei sich behält. Hieran wird aber weiter die Zusicherung angeknüpft, dass ein Aechter aus der Acht gelassen werden soll, wenn er einen anderen Aechter „*sinen ubergenoz oder undergenoz*“, d. h. höheren oder geringeren Standes, dem Gerichte ausliefert. — Cap. 46 des Landfriedens von 1281 (Pertz c. 38 „*offen pan*“) findet sich zuerst im Landfrieden v. 1255 als c. 29: „*Dieweil ein man in offen banne vnd in der aeht ist, so en mag er dhein lehen weder geleihen oder enpfahen. Geschieht ez daruber, ez hat niht chraft*“. Diese selbe Unfähigkeit zum Lehengeben und Lehenempfang erwähnen auch kaiserliche Constitutionen als Rechtswirkung der Acht, und bezeichnen es als „*omni actu legitimo carere*“. (Vergl. meine deut. Rechtsgesch. 3. Aufl. p. 970. 972). — Cap. 47 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 39: „*pfaffenriht*“) lautet: „*Dhein wertlich (weltlich) rihter sol umb dhain dinch hintz dheim pfaffen niht rihten, er werd dann entsetzet von enem bischof*“. Dieser Satz ist den beiden früheren Landfrieden ungenau nachgebildet, und schliesst seinem Wortlaut nach die Gerichtsbarkeit der weltlichen Richter über die Geistlichen völlig aus, während jene Landfrieden dies nur in gewissen Be-

ziehungen thaten; es ist aber schwerlich an absichtliche Erweiterung der geistlichen Freiheiten zu denken, sondern es liegt auch hier wohl nur eine ungenaue, etwas leichtfertige Redaction vor, wie sie auch sonst, wie vorstehende Nachweisungen mehrfach zeigen, bei der Abfassung des Landfriedens v. 1281 stattgefunden hat. Vergl. Ldfd. a. 1244 c. 25 „*De clericis: Item nullus iudex secularis violenter de clerico [quantum ad personam vel spiritualia] iudicet, nisi prius a suo episcopo fuerit degradatus. Postea sententia dicente iudex circa ipsum procedat*“. Ldfd. 1255. c. 30: „Dhein werltlich rihter sol mit gewalt rihten von deheinem phafen ze sinem libe oder umb gaistlich dinch er were ê (d. h. zuvor) entsetzt von sinem bischof“. Dem „*violenter iudicare*“ oder „mit gewalt richten“ entspricht noch jetzt der Ausdruck „scharf richten“ (Scharfrichter) in der Bedeutung, eine Lebens- oder Leibesstrafe vollziehen. — Cap. 48 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 40 „*chlosterfride*): „Chloster, chirchen, vrethof (Freithof, Gottesacker) widem, mul (Mühlen) suln gantzen frid haben. Swer sie angriffet, der ist friedbraech“ stimmt mit Landfrieden a. 1255 c. 31 überein; doch ist daselbst das folgende Capitel mit diesem in eines zusammengezogen. Im Landfrieden v. 1244 lautet das correspondirende Cap. 26: „*de molendinis. Item monasteria, cimeteria, dotes, molendina et apes in alvearibus suis secure consistant. Si quis ea invaserit, pacem violat*“. „Widem“ (Landfrieden 1255 c. 31 widen) oder „dos“ heisst jener eine *mansus*, der jeder Kirche nach karolingischer Vorschrift zehent- und dienstfrei als ihre Ausstattung (Widmung, wideme) von der Gemeinde gegeben werden musste, so dass, bevor dies geschehen, der Bischof die Kirche nicht einweihen sollte. (Vergl. Karol. M. Cap. Ticin. a. 801. c. 21; Pertz, Legg. I. 86; Ludov. Pii cap. eccles. a. 817. c. 10; ibid. I. 207; a. 829. c. 4; ibid. I. 350). — Cap. 49 des Landfriedens v. 1281 (Pertz c. 41: „*gartenfride*“): „Swer wingarten und boumgarten abhout, oder nahtes oder tages daruz stilt und und impenvaz ouzbrichet oder dar ouz stilt, der ist friedbraech“ findet sich im Landfrieden v. 1255 c. 31 wie oben bemerkt, mit dem vorhergehenden Capitel zusammengezogen, ebenso ist auch das Stehlen des „*impenvazes*“ (Bienenfass, Bienenstock, impe = Imme, Biene) schon im Landfrieden v. 1244 c. 26 in das vorige Capitel gestellt. Das correspondirende Cap. 27 des Landfrieden v. 1244 lautet: „*De pomeriis. Item nullus pomeria vel vineas execare presumat suo inimico, aut pacem violat*“. Es tritt hier unverkennbar ein öffentliches oder Landesinteresse an der Erhaltung der Baum-, Wein- und Bienenzucht hervor, weshalb selbst bei erlaubter Fehde diese Gegenstände nicht beschädigt werden durften, sondern für besonders befriedet erklärt wurden. Uebrigens war schon in der *Lex Salica* (Herold): IX. der Beschädigung von Baumgärten und der Diebstahl von Bienenstöcken, *vas apium*, Malberg. „*Olethardis*“ lies: „*Olehardis*“ vergleiche J. Grimm, malb. gl. p. XXV.) und das Abhauen von Fruchtbäumen in

den Gärten (L. Sal. Herold. XXVII. 2; Malb. „hortopodum, ortobaum“), mit besonderen Strafen belegt, und ebenso rechnete schon die *Constitutio Friderici I. de incendiariis* a. 1187 die Beschädigung von Obstbäumen zu den Friedensbruchsachen. — Cap. 50 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 42 „Friedebrief“): „Ez ensol dhein rihtaer an dheimem geriht sitzen, er hab den Friedbrief bi im daeutsch (deutsch) geschriben, oder er geb dem herren, des rihtaer er ist (d. h. von dem er angestellt ist) funf pfunt“ findet sich schon im Landfrieden v. 1255 c. 32 in ähnlicher Fassung: „Ez sol chain rihter an dem gerihte sitzen, er hab den frid teusche bi ime gescriben oder er muz dem herzog funf pfunt geben“. Wesshalb in dem Landfrieden von 1281 von Herren, anstatt vom Herzog die Rede ist, erklärt sich daraus, dass damals in Bayern nicht ein Herzog, sondern die beiden Herzoge Ludwig und Heinrich regierten. In dem Landfrieden von 1244 lautet der entsprechende Satz, c. 31: „*Nullus iudex iudicio sine prescripta forma presideat, alioquin V talenta soluat*“. Der Herr Herausgeber bemerkt dazu, dass hier über „*forma*“ (d. h. Urkunde des Landfriedens) steht: „*teutonice*“. Dies ist offenbar ein späterer Nachtrag, der erst nach 1255, wo der erste deutsch concipirte bayerische Landfriede errichtet wurde, gemacht worden sein kann, wie auch mehrere andere dergleichen Nachträge im Landfrieden v. 1244 deutlich erkennbar sind. Es ist daher kein Grund vorhanden, anzunehmen, dass, wie der Hr. Herausgeber glaubte, schon dem Landfrieden von 1244 eine deutsche Uebersetzung beigelegt gewesen sei: mindestens ist dies zur Zeit durch nichts erwiesen. Uebrigens findet sich schon im ältesten bayerischen Rechte die Vorschrift, dass der Richter das Gesetz im Gerichte bei sich haben soll; L. Baju v. II. c. 15. §. 2: „*comes vero secum habeat iudicem, qui ibi constitutus est iudicare et librum legis, ut semper rectum iudicet de omni causa, quae componenda sunt*“. Die Landfrieden von 1244, 1255 und 1281 beurkunden daher in ununterbrochener Reihenfolge, dass derselbe Grundsatz sich fortwährend in der Praxis der bayerischen Gerichte erhielt: nur traten allmählig die Landfriedensbriefe an die Stelle der alten *Lex Bajuvariorum*. — Cap. 51 (Pertz, c. 43 „unrechte geide“): „Sw er mit draehen oder mit netzen oder mit strickchen (Pertz: „Stricken“) oder mit dheiner bereitschaft (d. h. irgend einem Geräthe) federwilt (Pertz: „daz wilt“) vaeht tages oder nahtes, und habich oder sparbaer (Pertz: „spärber“) ersteiget (d. h. aus dem Nest nimmt), der ist ouz dem frid“ findet sich in einer noch mehr dem Text bei Pertz, c. 43 ähnlichen Fassung im Landfrieden a. 1255 c. 33: „Die mit draehen, mit strichen, mit netzen bi der naht daz wilt vahent, und habich und sparber erstigent, di sint uz dem frid“. Im Landfrieden v. 1244 c. 33 lautet die entsprechende Stelle: „*De venatione injusta. Item competitores, laquearii et nisos et accipitres de nidis accipientes et nocturni venatores erunt extra pacem*“. Man sieht hieraus, dass „geide“, in der Rubrik

bei Pertz c. 43 die Bedeutung von „*venatio*“ hat. (Noch bedeutet „Türsten-gjaid“ in der Schweiz (Aargau) die gespenstische wilde Jagd; siehe Rochholz, Schweizersagen, Aarau 1856, Bd. I. p. 176; im lombard. Rechte, Rothar (Baudi) c. 224, ist *gaida* = *ferrum sagittae*. Glossar. Matrit.). Eine ähnliche Vorschrift enthält schon der mainzer Landfriede K. Heinrich's IV. a. 1103 (Pertz. I. 61 lin. 34): „*Si quis cum laqueis vel cum pedica, quam vulgo druch dicimus, silvestria animalia, scilicet cervos, hinulos (junger Hirsch; daher noch Hindin, Hirschkuh) capreas (Gemsen), capreolos (al. reolos = Reh, Rehbock), lepores et cetera ceperit, dominus suus omnia quae habet ei auferat, possessor vero terrae in qua fera capta fuerit, manum eidem vel dimidiam libram denariorum pro manu auferat*“. Die Bedeutung von „druch, drauhe, draeuhe, als *pedica*, d. h. Schlinge, worin der Fuss gefangen wird, auch sog. Sprenkel, Dohne, Schnirre, Fessel, Fuss-eisen, stehet durch letztere Stelle fest; das Wort gehört wohl zu (plattdeutsch) treken, trocken, (ziehen, daher *dructis*, *druchtis* u. s. w., der Zug) weil sich die Schlinge, wenn das Thier hereintritt, zusammenzieht. — Landfrieden v. 1281 c. 52 (Pertz, c. 44: *Munche rihte*“, d. h. der Mönche recht): Pfaffen, münichen (mönche), wiben (weibern) sol man rihten nach aller ir chlag (Klage) an ir vogtes vrag (d. h. auch wenn sie ohne ihren Vogt, *mundwaldus*, klagen) und an furgezoch (ohne Verzug), swenn sie chlagen, daz der frid an in (ihnen) zebrochen si“. Dieser Rechtssatz, der für Landfriedensbruchsachen eine Ausnahme von der Regel aufstellt, dass Frauenspersonen zu jeder Klage einen Vormund haben müssen (Sachsensp. I. 46; Schwabensp. Lassb. c. 75) d. h. nicht ohne Mitwirkung ihres Vormundes klagen können, findet sich schon in dem Landfrieden v. 1244 c. 42 und v. 1255, c. 35. — Landfrieden v. 1281 c. 52: (Pertz c. 45: „zu gerihte an harnasch“) „Ez sol nieman zu des rihters noch zu des graven geriht chomen mit harnasch oder mit armsten (Pertz: armbrusten) oder er sol dem graven oder dem rihter zehen pfunt geben“ ist aus den Landfrieden v. 1244 c. 47; v. 1255 c. 41 herübergangen, lautet aber im Landfrieden v. 1244 c. 47: „*De armis in placito. Item nullus ad placitum comitis vel iudicis armatus veniat, nisi de voluntate ipsius, alioquin in continenti humilietur*“ mit dem späteren, das „*humiliare*“ erläuternden Zusatze: „*et X. talenta solvat*“. Landfriede v. 1255 c. 41: „Ez sol nieman ze des graven noch ze des rihters taiding an sin urlup gewaffnet chomen oder er sol dem grauen oder dem rihter zehen pfunt geben“. Uebrigens ist dies nur eine Erneuerung einer vielfach wiederholten karolingischen Vorschrift (vergl. z. B. Karol. M. cap. Aquis. 806. c. 1, Pertz, Legg. I. 146: „*Ut nullus ad mallum vel ad placitum infra patriam arma i. e. scutum et lancea portet*“). — Landfriede a. 1281 c. 54 (Pertz c. 46: „umb aisch“): Swer aisch oder weisung haben wil, der sol des swern, daz er si an ubel list hab“. Vgl. Landfriede v. 1244 c. 52: „*De weisunge*“. *Item quicunque vult ius*

ostensionis habere, quod vulgo dicitur weisung, vel inquisitionem, quod vulgo dicitur aische, iurare debet, quod sine dolo vel fraude fiant“. Landfriede v. 1255: „*de inquisitione et ostensione*“: „Swereichs (lies: eisch) oder weisung haben wil, der sol des swern, daz er si hab an ubel list“. Die „Weisung, *ostensio*“, von welcher hier die Rede ist, ist eine Art Einweisung („*inwisunge*“ im Sachsenspiegel) des Vindicanten oder neuen Erwerbers eines Gutes, oder eines Gläubigers, der sich in den Besitz eines unbeweglichen Gutes seines Schuldners (als Pfandobject) setzen will; sie erscheint auch anderwärts z. B. in einer (noch ungedruckten) Ebersheimer Dinghoferneuerung v. 1612 unter dem Namen des „*aeugen*“, (von *Aug, oculus, ad oculos demonstrare*) und bedeutet das Bezeichnen des Grundstückes durch Hinweisen mit der Hand, wie dies auch bei der römischen *traditio longa manu* stattfindet. Die „*aisch, eisch*“ [*heisch*] ist ein richterlicher Befehl (*heischen* = *befehlen*) überhaupt, hier in der Bedeutung eines Zugriffsbefehles auf die Güter des Schuldners, wobei eine „*inquisitio*“, d. h. ein Auswählen und Abschätzen der abzugreifenden beweglichen Sachen stattfindet, wie dies schon die *Lex Salica tit. de fide facta* (Herold.) LIII. §. 3 zeigt, und nach ihr der Graf mit Zuziehung von sieben Rachimburgen vorzunehmen hatte. Die Forderung eines Eides vor Gefährde, d. h. dass der Impetrant nicht aus „*ubel list, dolo malo, malo ingenio*“ einen derartigen richterlichen Befehl begehre, ist uralt, und tritt ähnlich schon in der merowingischen Zeit, in der Executionsordnung Chilperich's (a. 561—581, Pertz, Legg. II. p. 11), woraus der oben angeführte Titel der *Lex Salica* geflossen ist, in der Form des „*ponere super fortunam suam*“ hervor, d. h. es musste der Impetrant die Uebernahme alles etwa aus dem richterlichen Zugriff erwachsenden Schadens auf sein Vermögen d. h. Ersatz geloben und verbürgen, für den Fall, dass sich zuletzt seine Forderung doch noch als eine unbegründete herausstellen sollte (vgl. meine deut. Rechtsgesch. Aufl. 3. p. 878). — Landfrieden v. 1281. cap. 55 (Pertz c. 47: „*umb phandunge*“), „Swere den andern pfendet ohne vronpoten, der ist fridbraech“ findet sich schon im Landfrieden a. 1244 c. 9; v. 1255 c. 47, und ist auch nur eine wiederholte Einschärfung eines uralten schon in der merowingischen Zeit nachweisbaren Rechtssatzes (*Chlodvechi* cap. 10, bei Pertz, Legg. II. 11; *Lex Bajuvar. tit. XII. c. 1. §. 1*; vergl. meine deut. Rechtsgesch. 3. Aufl. p. 841). Eine Ausnahme hiervon wird in dem Landfrieden v. 1281 c. 67 (Pertz c. 59) als neuer Zusatz nachgeschoben, der in den älteren bayerischen Landfrieden kein Vorbild hat: „Ez pfendet ein iglich man sinen holden und sinen hindersaetzen (Pertz: *hindersazzen*) wol an (ohne) vronboten umb sinen zins und um sin gült“. (Eine ähnliche Bestimmung enthält der Landfriede K. Albert's I. a. 1301, bei Pertz, Legg. II. p. 376). — In dem „*holden*“, welches Wort bei Pertz fehlt, tritt der alte lombardische (und bayerische) *aldio* hervor. —

Landfrieden a. 1281 c. 56 (Pertz c. 48: „umb loter“) „Loterpfaffen mit langem har und spillaeut sint ouz dem frid“. Die Erläuterung, was unter „loterpfaffen“ und „spiellaeuten“ zu verstehen sei, gibt der Text im Landfrieden v. 1244 c. 61: „*De vagis et hystriionibus. Item clericos tonsuram laycalem (weltlichen Haarschnitt) deferentes, videlicet vagos et etiam laicos istriones, mulieres secum in provinciam ducentes et quoslibet ioculatores, nisi in parrochia sua innatos, ponimus extra pacem*“. Aehnlich sagt Landfrieden 1255 c. 50: „Loterpfaffen mit dem langen hare und spilleut, die diu wip mit in furent uzerhalb ir pfarre, diu sint uz dem fride“. Aehnlich steht in den Polizeiverordnungen des Herzogs Heinrich für die Stadt Landshut v. 1256: c. 20 „*Lotricos omnimodo vagas* (lies: *vagos*) *scolares* (fahrende Schüler) *cum longa coma inhibemus. Hospitantes illos preter solam noctem in libra dampnamus*“. (Monum. Wittelsbac. p. 156). Der Ausdruck Loter, Loder, Luder, für Vagabunden, findet sich auch sonst mehrfach in den Rechtsquellen (vgl. mein Werk: das alte bamberger Recht als Quelle der Carolina, Heidelb. 1839. p. 119). Die Spielleute (Schauspieler) erscheinen auch schon in dem Sachsensp. III. 45 §. 9 als Rechtlose (vgl. meine deut. Rechtsgesch., 3. Aufl. p. 970. 971). Die „*ioculatores*“ erschienen schon in der karolingischen Zeit unter der Bezeichnung „*caucleatores, cocleatores, coclearii* (Gaukler) auch „*cotiones*“ (d. h. Guzler, Synonym von Gaukler mit der Nebenbedeutung Vagabund, Gauner; vgl. Osenbrüggen, deutsche Rechtsalterthümer aus der Schweiz, Zürich 1858. p. 4). — Landfrieden v. 1281. c. 57 (Pertz, c. 49: „mulner mazze“). Swelich mulner (Müller) mer nimt dann daz drizzigst teil, der sol dem rihtaer geben zwen vnd siebenzich pfenning“, ist aus dem Landfrieden v. 1244 c. 75 und v. 1255 c. 57 beibehalten. — Cap. 58 des Landfriedens v. 1281 (Pertz c. 50 „Fridbrechen“) ist aus dem Landfrieden v. 1255 c. 56 genommen, welcher letztere dabei das rubrum zeigt: „*de parvis damnis*“. In diesen beiden Landfrieden heisst es: „Swer den andern ansprichet, daz er den fride an im zebrochen hab umb ein dinch (ding), daz uber sehs schilling ist (Ldfrieden. 1281 in den Monum. Wittelsbach. und Pertz liest: „sehs schilling der langen zivhet“) ze des libe (Leibe) sol man rihten, ob er sich niht bereden mag. Ist aber daz dinch under sehs schilling, so soll er sich selb dritte bereden, oder er sol den schaden zwivalentigen gelten). (Ldfd. 1255 c. 56 liest hier: „zehen stund“ was „zehnfach“ bedeuten würde). Die Landfrieden v. 1281 fügen noch bei: „und muzz ez dannoch buzzen“ (nämlich dem richter). Es muss hier sogleich auffallen, wie dieser Stelle im Landfrieden von 1255 c. 56 das Rubrum „*de parvis damnis*“ voranstehen kann, wo doch gleich zuerst von so grossen Beschädigungen die Rede ist, dass eine Lebens- oder doch Leibesstrafe eintreten soll. Vergleicht man aber den Text der Landfrieden von 1255 c. 56 und v. 1281 c. 58 (Pertz, c. 50) mit der entsprechenden Stelle im Landfrieden v. 1244 c. 77, so zeigt sich

deutlich, dass dieselbe ursprünglich einen ganz anderen Sinn hatte; dass aber der Landfrieden v. 1244 c. 77, wohl schon im Originale, oder doch in dem bei Redaction des Landfriedens v. 1255 gebrauchten Exemplare, einen Schreibfehler enthielt, wodurch dessen Sinn undeutlich wurde, und dass man, anstatt diesen Schreibfehler zu verbessern, wie in den *Monumentis Wittelsbacensibus* Wittmann mit Glück gethan hat, leichtfertig den ganzen Satz umbildete, so dass er in der neueren Fassung (seit 1255) ganz etwas anderes sagt, als er ursprünglich sagen sollte. Der ursprüngliche Text in seiner verdorbenen Form lautete: 1244 c. 77: „*De expurgatione. Item quicumque alium impulsaverit (verklagt) pretendens pacis violationem, pro quacunque re VI solidos excessit vel secundum formam statutam* (d. h. nach diesem Landfriedensgesetze) *emendet vel se expurget. Si supra sex solidos fuerit, tercius se expurgabit vel dampnum decuplo restituat*“. Klar ist, dass hier der Nachsatz den schwereren Fall, wenn eine Sache über sechs Schillinge werth, geraubt worden ist behandelt: es musste daher im Vordersatze von dem Schaden bis zu sechs Schillingen gehandelt werden. Hiernach hat Wittmann richtig restituirt: „*pro quacunque re, [si] VI. solidos [non] excessit*“. Der Sinn ist hiernach folgender: Ueberschreitet der Werth der geraubten Sache sechs Schillinge nicht, so muss der Beklagte nach Maassgabe dieses Landfriedensgesetzes Ersatz leisten oder den Reinigungseid schwören („*se expurgabit*“), womit gemeint ist, dass er in diesem Fall des „*parvum damnum*“, wie es die Rubrik im Landfrieden 1255 c. 56 richtig bezeichnet, allein, ohne Eideshelfer (nach dem sonstigen Sprachgebrauche: „mit sein eins Hand“ sich reinigen darf. Dann tritt klar der Gegensatz im Nachsatze hervor: „Ist die geraubte Sache aber über sechs Schillinge werth, so muss er sich „*tercius*“, d. h. selbdritt, nämlich mit zwei Eideshelfern reinigen, wie dies auch sonst diese Landfrieden regelmässig fordern. Bei der Redaction des Landfriedens von 1255 wurde aber diese einfache Emendation zu machen übersehen, und aus Mangel an Verständniss das „*supra*“ im Nachsatze willkürlich in „*infra*“, d. h. unter sechs schillinge umgewandelt, und der verdorbene Vordersatz durch einen neuen Satz ersetzt, in welchem man die Gedankenfolge im Landfrieden v. 1244 geradezu umkehrend, zuerst von dem Falle handeln zu müssen glaubte, wo der Schaden über sechs Schillinge beträgt. Hiernach wurde dann consequent die Bedrohung mit der Leib- oder Lebensstrafe eingeschoben, es wurde aber doch dabei übersehen, zu bestimmen, wie denn, d. h. mit wie vielen Eideshelfern der Beklagte, wenn er läugnet, in dem schwereren Falle „bereden“ d. h. den Reinigungseid leisten solle; das Bereden selbdritt (*tercius*) wurde aber (unpassend) als nothwendig bei der geringeren Beschuldigung dargestellt, und somit war hier schon (1255) das alte klare Recht bis zur Unkenntlichkeit entstellt, und blieb es auch in der noch unkritischeren Recension von 1281. Uebrigens ist auch der Satz „*vel damnum decuplo restituat*“, im Landfrieden v. 1244

c. 77 offenbar verdorben, was Wittmann übersehen hat. Es muss aber heissen „*de duplo restituat*“, was die regelmässige Strafdrohung in allen diesen Landfrieden ist, und wonach mit Hinzurechnung des einfachen Betrages als Busse für den Richter (wovon schon oben gehandelt ist), die ganze Zahlung auf das Triplum steigt. Der Landfrieden v. 1255 c. 56 hat unverkennbar, ohne hierin einen Schreibfehler zu ahnen, das verdorbene „*decuplo*“ an sich wortgetreu mit „zehn stund“, d. h. „zehnfach“, übersetzt. Diesen gar zu augenfälligen Verstoss in den beiden Landfrieden von 1244 und 1255 haben aber die Landfriedenstexte v. J. 1281 verbessert und die „zwivaltige“ Busse wieder in ihr altes Recht eingesetzt. — Cap. 59 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 51: „*pfaffen recht*“): „Dhein rihtaer noch dhein scherig noch dhein ander man sol sich der pfaffen gut nach ir tod nicht underwinden mit gewalt an (ohne) sin bischof und sin techent (Dechant). Swer ez anders nimt, der ist fridbraech —“ findet sich im Wesentlichen im Landfrieden v. 1244 c. 78 und v. 1255 c. 58. Der Scherge heisst im lateinischen Texte v. 1244 c. 78 „*preco*“ (*praeco*), welches Wort übrigens auch anderwärts bald in der Bedeutung von *centenarius*, bald von Frohnbote oder Büttel gefunden wird. — Cap. 60 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 52: „*maul slege*“): „Swer den andern rouffet (d. h. an den Haaren zieht) oder in an das maul sleht, oder im einen baeul (Beule) sleht oder in mit chnutteln sleht, (sc. doch so,) das er in niht wndet (wundet), der sol im ein pfunt geben und dem rhiter zwen und sibentzig pfenning, an (d. h. ausgenommen) div chint, div hinder (unter) fierzehen iaren sint, und an (ausgenommen) ob ein man oder ein frowe ir ehalten slahent, an (ohne) mezzersleg vnd swertessleg vnd an (ohne) wunden“. Der erste Theil dieses Satzes (bis zu dem Worte „pfenning“ ist aus dem Landfrieden von 1255 c. 61 übergegangen; das Uebrige ist neuer Zusatz. Im Landfrieden v. 1244 c. 66 a. E. lautet die betreffende Stelle: *Si quis alium capillaverit, vel ad maxillam percusserit vel aliter sine vulnere, leso I talentum, et iudici LXXII. denarios solvat*. Die Unterscheidung von Miss-handlungen durch Stockschläge ohne Verwundung (auch sogenannte trockene Schläge) im Gegensatze der Blutrünst) findet sich schon in der *Lex Salica* (Herold) *de vulneribus* XX. 8: „*Si quis ingenium fuste percusserit, et sanguis tamen non exierit*“ etc. *Fustis* ist hier, wie im ganzen mittelalterlichen Latein, der Knüttel, auch sonst *colpus* (Kolben) genannt, der auch (gleichbedeutend mit *festuca*, *swira*, als Symbol bei der *traditio* und dem *vadium* dient; daher es auch ganz ohne Grund ist, wenn J. Grimm, Vorrede zu Merkel's Ausgabe der *L. Salica* p. VII. hier an das althochdeutsche „fust“ (Faust) denken will. Die Ausnahme, welche hinsichtlich der Kinder unter 14 Jahren im Landfrieden v. 1281 gemacht wird, ist nicht von einer Strafflosigkeit einer solchen Handlung zu verstehen, sondern davon, dass das Züchtigen derselben durch Schläge, auch wenn es von einem Dritten geschieht, nicht strafbar ist, wie dies auch

der Schwabenspiegel Lassb. c. 247 ausdrücklich sagt. Dass dies der Sinn dieser Stelle ist, ergibt sich insbesondere daraus, dass dieser Fall mit dem anderen, wenn ein Dienstherr oder eine Frau ihr Gesinde (ehalten) zum Zwecke der Züchtigung schlagen, zusammengestellt wird. Ehalten (Ehehalten) ist noch in Bayern gleichbedeutend mit Dienstboten, und bezeichnet einen Halten (*aldio, homo in obsequio*) durch Ehe d. h. durch Vertrag (*ex pacto*). — Cap. 61 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 54: „von wunden“) Swer den andern wundet an lem (ohne Lähmung eines Gliedes) der sol im für iglich wunden ein pfunt geben, und dem rihter für die wunden alle ein pfunt. Man sol hant fur die hant abslahen und ein lid fur daz ander“. Mit dieser Wortfassung stimmt der Landfrieden v. 1255 c. 62 überein: nur ist daselbst nach dem worte „pfunt“ noch der Satz eingeschoben „oder man sol im di hant abslahen“. Ueber die alte Unterscheidung von Wunden und Leme (Lähmung, *magagna, maihemium* engl. to maim) vergl. meine deut. Rechtsgeschichte 3. Aufl. p. 944. Das auch in dem mosaischen Rechte aufgestellte Talionsprincip „Glied um Glied u. s. w.“ wird übrigens auch schon in der merowingischen und karolingischen Zeit in den germanischen Rechtsquellen angetroffen. So z. B. bei den Angelsachsen; Aelfred's Ges. c. 19; Lothar, I. cap. 825, c. 2; Pertz, Legg. I. 371. — Cap. 62 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 54 „umbraub“): „Swer den andern roubet an (ohne) widerbot den er vor wol gegruzet hat, vnd sich des selbdritte mit den genanten niht bereden mach, dem sol man dit hant abslahen und sol den schaden dreistund gelten; und der in darumb anspricht (der Kläger), der sol des swern, daz er in nicht an-mutwille. Dieser Text reproducirt fast wörtlich den Landfrieden von 1255 c. 55; nur fehlt in diesem das Wort „vor“ nach „den er“, und stehet anstatt „der sol des swern“, das synonyme: „und sol sich iener bereden mit dem eide“. Im Landfrieden von 1244 c. 84 lautet diese Stelle: „*Si quis spoliaverit aliquem sine diffidatione, quod dicitur widersagen, [quem bene salutaverit], et cum tribus testibus sibi adjunctis non poterit expurgare, manu mutiletur et dampnum triplo restituat, et qui impetit eum, debet iuramento probare, quod non in uannm (sic!) boc (lies: hoc) est mutwilen, impetit eum*“. Diese Stelle setzt das Gebot des „widersagen, widerbot, diffidare“, d. h. Aufkündigen des Friedens (der *fides, treuga*) aus den älteren gemeinen Landfrieden und Gottesfrieden des Reiches voraus, und bezeuget somit die fortdauernde praktische Geltung der Vorschrift im mainzer Landfrieden K. Friedrich's II. a. 1235. c. 5, dass jede Fehde um als eine rechte, gesetzlich zulässige, zu gelten, und um den Angreifer vor der Strafe der Infamie sicher zu stellen, vorher ordnungsmässig angekündigt sein muss. Hierauf geht auch der Ausdruck, „den er wol vor gegruzet hat“, d. h. dem er vorher die Fehde ansagen konnte, anklingend an das „kampflich grüssen, kampflich ansprechen“ d. h. zum Kampfe fordern des Sachsenspiegels I. 48. §. 1. Die lateinische Uebersetzung

im bayerischen Landfrieden v. 1244 c. 48 „*quem bene salutaverit*“ scheint nach Wittmann's Bemerkung, dass diese Worte über der Zeile stehen, erst nach der Abfassung des Landfriedens von 1255, dessen Fassung sie genau entspricht, dem Texte des Landfriedens von 1244 beigelegt worden zu sein. Bemerkenswerth ist auch die Uebersetzung des „selbdritt schwören“ durch „*tribus testibus sibi adjunctis*“. Dem Wortlaute nach hätte also der Beklagte hier mit drei Eideshelfern den Reinigungseid zu schwören. Erwägt man aber, dass allgemein bei dem Eide mit mehreren Händen die schwörende Hauptpartei selbst als „getüge“ (*testis*) in eigener Sache bezeichnet und mitgezählt wurde (vergl. meine deut. Rechtsgesch. 3. Aufl. p. 889), so darf als sicher angenommen werden, dass zwischen den verschiedenen Texten der bayerischen Landfrieden hinsichtlich der Zahl der bei dem Reinigungseid erforderlichen Eideshelfer eine Verschiedenheit nur in der Ausdrucksweise besteht, und auch unter der obigen Formel nur der Eid selbdritt zu verstehen ist. So wie überhaupt in diesen Landfrieden zum Reinigungseide „*testes nominati*“ oder „genannte“ erfordert werden, so ist es auch in dieser Stelle der Fall, und geht das „*adjuncti*“ eben auf ein Ernennen derjenigen Personen, die mitschwören sollen, durch den Richter, nach Einvernahme der Gegenpartei. Der Schluss dieser Stelle will sagen, dass der Kläger im vorliegenden Falle vorerst einen Calumnien-Eid schwören muss, dass er den andern nicht „*in vānm*“, d. h. nicht aus Mutwillen (frivol, gegen besseres Wissen und Gewissen anklagt). „*In vānm impetere*“ ist ohne Zweifel verdorben aus „*in vānum impetere*“ d. h. eitel, im Sinne von anmasslich, d. h. ohne gerechten Grund verklagen, sowie auch in den beiden Recensionen v. 1255 und 1281 „einen an-mutwillen“ für: „einen aus Muthwillen (d. h. frivol) anklagen“ steht. — In dem Landfrieden v. 1244 c. 85, und 1255 c. 66 reiht sich an diese Stelle als cap. 86, beziehungsweise cap. 67 das ebenfalls in der allgemeinen Reichsgesetzgebung (Friedrich's II. mainzer Landfriede a. 1235. c. 5) wurzelnde Verbot, die angesagte Fehde vor dem Ablauf von drei Tagen anzufangen; in der Redaction von 1281 ist aber dieser Satz hinweggeblieben, wohl darum, weil man dies als selbstverständlich betrachtete, und überhaupt den alten Text zu kürzen sich bestrebte. — Cap. 63 des Landfriedens von 1281 (Pertz, c. 55 „*verholen mezz er, cultri absconditi*“): „Sw er mezz er in der hosen oder anderswa verhohn treit, wirt man des inne, dem sol man di hant abslahen“, lautet in dem Landfrieden v. 1244 c. 98: „*Quicumque portavit cultellum secreto, manu mutiletur*“. In cap. 90 heisst es weiter: „*Item si quis deferat cultellum in hospitio vel in civitate, perdat cultellum, et talentum solvat iudici vel marschalco, nisi domini ducis licentia fiat*“. Vergl. Landfrieden a. 1255 c. 69: „Sw er genippen (knipen, engl. knife, nhd. kneif, jetzt noch das Messer der Schuster bezeichnend) und stech mezz er treit in cheiner stat oder in der herberge an des herzogen urlaub, er sol dem rihter oder dem marschalch ein pfund

geben vnd sol daz mezzet flisen (d. h. verlisen = verlieren). Swer aber sogetaniu mezzet in den hosen treit (noch altbayerische Sitte) oder anderswo verborgen, dem sol man di hant abslahen“. Ueberdies enthält noch der Landfriede v. 1244 c. 63 ein besonderes Verbot des Tragen von Waffen wie „*thoraces* (Brustharnische) *vel ysenhut* (eiserner hut, Pickelhaube, Helm) *vel colliria* (Halsringe) *vel iuppas de pukramo* (Joppen, Jacken von Bockleder) für die Bauern, nebst einer Kleiderordnung für dieselben. — Cap. 64 des Landfriedens v. 1281 (Pertz c. 56: „chonen“): „Swer einem manne sin chonen (Pertz „sine chonen“) hinfurt, der ist in der aeht“. Vergl. Landfriede v. 1255 c. 71: „*De raptu*: Swer dem andern sin chonwip hinvurt, den sol man lebenden begraben“. Landfrieden a. 1244 c. 92: „*Qui abducit uxorem alterius, vivus sepeliatur*“. Chonen ist überhaupt Weib, Frau, *quena*, in dem Rechtsbuch der Insel Gothland *quinna*, engl. queen. Pertz bemerkt zu dieser Stelle, dass die von ihm benützte Handschrift „sin echonen“ liest, woraus er „sine chonen“ gebildet hat. Echonen ist aber eine ganz gute Lesart, und bedeutet so viel als Ehe-frau, *uxor legitima* (so wie bereits oben etabern als *taberna legitima* nachgewiesen worden ist). Die Strafe des lebendig Begrabens findet sich, wie schon oben bei der „notnunft“ angeführt wurde, auch im Schwabenspiegel. —

Cap. 65 des Landfriedens v. 1281 (Pertz c. 57 „strozroub“): „Schahroub und strazroub sol deheinen aufschoub haben. Swen man damit begriffet da sol man uber rihten“. Die Rede ist hier vom gemeinen Raubmord (schachroub) und Strassenraub, im Gegensatz von dem Raube bei Gelegenheit einer Fehde. (Ueber den Begriff v. Schachraub, scach, s. meine deut. Rechtsgeschichte p. 524. 929. 950). Dieser Satz des regensburger Landfriedens v. 1281 möchte ohne die beiden älteren bayerischen Landkaum verständlich, oder doch leicht misszuverstehen sein, da es nahe liegt, das Wort „aufschoub“ für „Verzögerung“ zu erklären, wonach also die Stelle sagen würde, dass ohne Verzug (*in continenti*, mit möglichster Beschleunigung des Verfahrens) über diese Verbrechen gerichtet werden solle. Dies ist aber der Sinn dieser Stelle durchaus nicht, sondern es will hier gesagt werden: dass, wenn Schachraub oder Strassenraub stattgefunden hat, derjenige, bei welchem die Sache gefunden wird, nicht so, wie in dem Falle, wo die Sache nur durch einen heimlichen Diebstahl entwendet worden war, seinen Schub haben darf, in der Bedeutung, welche oben bei cap. 22 nachgewiesen worden ist, d. h. dass er sich auf keinen Autor beziehen darf. Vergl. Landfriede a. 1244 c. 60: „*De schahraup. Item schahroup [et strazroup] nullum autorem habeat, sed apud quem comprehendantur, iudex circa illum procedat, si [prius] fuerit infamis, vel tercius expurgabit se*“. Landfrieden a. 1255 c. 72: „*De rapina*. Schahraup und strazraup sulen chein schup haben, wan, swen man damit vinde, uber den sol man rihten, ob er ê ein besprochen man ist gewesen, oder er sol

sie selb dritte mit den genanden bereden“. Der Sinn ist also, dass der Besitzer der geraubten Sache ohne weiteres als durch deren Besitz selbst des Raubes überwiesen zu behandeln und zu bestrafen ist, jedoch nur unter der Voraussetzung, wenn er schon vorher eine übelberüchtigte Person (*infamis*, anklingend an den „verleymaten“ oder „merer verleumbter Dieb“ der Bambergensis art. 188 und Carolina art. 162) oder wie der Landfrieden v. 1255 genauer angibt „ein besprochen man“ ist, d. h. ein Mann, der schon früher wegen eines solchen Verbrechens verurtheilt und für rechtlos erklärt, oder, nach der Ausdrucksweise des Sachsenspiegels, dem deshalb schon früher „sein recht vertheilt (abgesprochen) worden war. Freilich ging unter dieser Voraussetzung auch die Prozedur rasch vor sich, weil hier keine Verzögerung durch einen Schub, d. h. durch ein Hinreisen zum angeblichen Autor des Beklagten stattfand und hieraus erklärt sich, wie in der Redaction von 1281 das Wort „aufschoub“, an die Stelle des, wie es hiernach den Anschein gewinnt, damals schon nicht mehr gemeinverständlichen Wortes Schub oder Scheub gesetzt werden konnte. Auch war die Verurtheilung des Beklagten unter den besonderen Voraussetzungen dieser Stelle wohl meistens unzweifelhaft, da sich selten zwei „Genannte“ finden mochten, die bereit gewesen wären, einen solchen im Rechte bescholtenen Menschen beim Reinigungseide mit ihrem Eide zu unterstützen. Der Rechtssatz, dass ein bereits wegen Raub bestrafter Mann bei der zweiten Anklage wegen Raubes sofort verurtheilt werden soll, findet sich übrigens schon in Ludovici II. capp. promulgata. a. 850. c. 3 (bei Pertz, Legg. I. 406 lin. 24: „*Si (latrocinii suspectus) adhuc propalatum (lies: propalatus) non fuerit, cum XII. se expurget: si jam in aliquo manifestus vel deprehensus est, statim capiatur et distringatur et dampnationem legibus praefixam sustineat*“). — Cap. 66 des Landfriedens v. 1281 (bei Pertz, c. 58 „chaufsetzen“): „Ez sol ein iglich rihtaer in iglicher stat vnd in iglicher pfarre mit achten (Pertz: „mit alten“), den besten und den tiursten (theuersten), bi dem aid vor der chirchen den chouf setzen und das lon, smiden, webären, sneidaern, schuchstaern, madaern (Mäher), zimberlaeuten und den andern allen, und swer mer nimt, dan im gesetzt ist, der sol dem rihtaer alsoft zwen und sibenzig pfenning geben“. Auch diese Vorschrift ist aus den Landfrieden von 1244 c. 70 und v. 1255 c. 75 aufgenommen. Aus der Vergleichung hiermit ergibt sich, dass die Lesart bei Pertz „mit den alten den chauf (d. h. Preis) setzen, unrichtig ist, und dass das Wort achten, welches dafür in dem Texte der *Monumenta Wittelbacensia* erscheint, von „achten“ *octo*, d. h. acht Männern („*octo de saniori et seniori parte*“) zu verstehen ist. — Cap. 67 des Landfriedens v. 1281 (Pertz, c. 59) ist schon bei cap. 55 (47) besprochen worden. In cap. 68 des Landfriedens v. 1281 enthalten die *Monumenta Wittelbacensia* vorerst einen Satz, übereinstimmend mit den Landfrieden v. 1244 c. 45 u. 81; von

1255 c. 76: „Swes diesen frid nit swern wil, der ist ouz dem frid, vnd sol man im vor nieman dhein recht thun, und sol allen chlagen von im daz reht tun“. Es war dies, wie auch schon oben nachgewiesen wurde, ein gemeinrechtlicher Grundsatz, dass ein Aechter keine Klage anstellen durfte, wohl aber sich auf jede gegen ihn erhobene Klage einlassen musste. Sodann folgt die Vorschrift: „Swes an disem brief vergezzen ist, daz sol man nach dem alten reht rihten“. Hieraus ergibt sich deutlich, dass es im J. 1281 auf keine erschöpfende neue Gesetzgebung und Abschaffung des älteren Rechtes abgesehen war, und somit erklärt sich wohl, wesshalb in den Landfriedens-Texten v. 1281 manches nur flüchtig angedeutet und kürzer gefasst wurde, als in den älteren Landfrieden. Hiermit erhält auch folgende Stelle in der Einleitung des Landfriedens von 1281, die sich in den *Monumentis Wittelsbacensibus* findet, bei Pertz aber fehlt, ihre Erläuterung. „Ez sol auch diser lantfrid nach seinem zil (d. h. nach Ablauf der drei Jahre, auf die er beschworen wurde) den herren noch dem land an ir landes reht niht schaden“. Gänzlich missverstanden hat diese Stelle v. Freiberg in der schon oben erwähnten Rede über den historischen Gang der bayerischen Landesgesetzgebung bis auf die Zeiten Maximilian's I. p. 12, indem er an eine „dreijährige Suspension des Landrechts“ denkt, ein Gedanke, der diesem Landfrieden eben so fremd ist, als er es auch allen anderen gemeinen und bayerischen Landfrieden war. Der folgende Satz fehlt ebenfalls bei Pertz: „Und daz dirre (dieser) frid staet und unbechrenchet (unbetränkt) beleib, so ist dirre brief versiegelt mit unserm insigel, und mit der vorgenannten fursten insigeln, die den frid gesworn habent“. Der Schlusssatz aber findet sich wieder auch bei Pertz, mit geringer Wortverschiedenheit. „Dirre frid ist gestätet und gesworn ze Regensburch (Pertz: „Daz ist geschehen“) do von unsers herrn (Pertz: „von christes“) geburt (Pertz: „vergangen waren“) was zwelfhundert iar und einz und ahzich iar, an dem ahten tag der zwelif boten sand Peters vnd sand Pouls.

Obschon hiermit die Aufgabe, die wir uns gesetzt haben, die drei bayerischen Landfrieden v. 1244, 1255 u. 1281 zu erörtern, erschöpft ist, so können wir es uns nicht versagen, aus den 186 Urkunden, welche diese Abtheilung enthält, eine (Nr. 136) herauszuheben, weil sie auf die Geschichte unserer Stadt Heidelberg Bezug hat. Es ist dies die Urkunde des Bischofs Simon von Worms v. 8. Jänner 1281. Hierin wird gesagt, dass der Pfalzgraf bei Rhein Ludwig, Herzog in Bayern, Schloss und Stadt Heidelberg („*castrum et civitatem in Heidelbergh*“), die er bisher von diesem Bischof zu Lehn hatte („*que a nobis in feudum tenuit*“) dem Bischof resignirt hat, zugleich aber bat, seine Base Mechthildis, Tochter des K. Rudolf, so wie ihn selbst, damit in der Art zu belehnen (*investire*), dass wenn er, der Herzog, zuerst versterben würde, seine Base Mechthildis diese Lehen lebenslänglich besitzen, dieselben aber nach ihrem Tode an die Kinder (*here-*

des) des Herzogs, sowohl aus erster als zweiter Ehe, zu gleichen Theilen nach Köpfen übergehen sollten; wenn aber die Herzogin Mechthildis zuerst sterben würde, diese Lehen an den Herzog selbst und seine Erben zurückfallen sollten. Dieser Bitte wird hier von dem Bischof Simon entsprochen, und zugleich die Herzogin von allem Lehendienste („*servitium, si quod nobis et ecclesiae nostrae ex parte ipsius ratione homagii deberetur*“) befreit. Es scheint dem Herausgeber entgangen zu sein, dass diese Urkunde schon bei Schannat, *historia episc. Worm. Frcf. ad M.* 1734 Tom. I. p. 233 gedruckt ist, da sich keine hierauf hinweisende Bemerkung beigefügt findet, wie dies doch der Herausgeber bei den anderen Urkunden gethan hat, von welchen ihm frühere Abdrücke bekannt waren. Wir fügen noch bei, dass sich bei Schannat l. c. p. 232, noch eine andere auf Heidelberg bezügliche Urkunde findet, welche die erste Belehnung eines Pfalzgrafen bei Rhein, nämlich des Herzogs Ludwig, Vaters des in der Urkunde von 1281 genannten Pfalzgrafen Ludwig, mit Schloss und Stadt Heidelberg durch den Bischof Heinrich von Worms v. 23. März (IX. Cal. April.) a. 1225 nebst der Zustimmungsurkunde des Wormser Domcapitels zu dieser Belehnung von demselben Datum findet, welche wir in den vorliegenden *Monumentis Wittelsbacensibus* gänzlich vermissen. Als Grund dieser Belehnung, wodurch Heidelberg zuerst an das wittelsbachische Haus kam, wird in dieser Urkunde angegeben, dass das Stift dieses mächtige Haus für alle Zukunft zu seiner Beschützung („*auxilium et consilium*“) zu verpflichten wünsche. Die Pfalzgrafen hatten somit die Schirmvogtei über dieses Stift übernommen; absichtlich scheint aber hier der Gebrauch des sonst gewöhnlichen Wortes „*advocatia*“ vermieden zu sein, da hierunter nicht nur die Schutzherrlichkeit, sondern auch die Stellung als Beamter eines Klosters oder einer Kirche begriffen wurde, das wittelsbachische Haus aber nicht zugeben konnte, dass durch einen solchen mehrdeutigen Ausdruck sein Verhältniss zur bischöflichen Kirche in Worms in's Unklare gebracht werde.

Auch die übrigen Urkunden, welche diese erste Abtheilung der *Monumenta Wittelsbacensia* enthält, bieten der geschichtlichen Rechtswissenschaft reichen Stoff zu weiteren Forschungen und Aufklärungen. Es wird daher den Freunden der geschichtlichen Studien höchst willkommen sein, aus dem Vorworte zu entnehmen, dass das Erscheinen einer zweiten Abtheilung in naher Aussicht steht. Die Commission, welche dieser Ausgabe eine so verdienstliche und anerkennenswerthe Thätigkeit widmet, würde sicher die Leser zu besonderem Danke verpflichten, wenn zur Erleichterung des Gebrauches der Urkunden der zweiten Abtheilung ein chronologisch geordnetes Urkundenverzeichnis über beide Abtheilungen beigegeben werden wollte, in der Art, wie solches sich in jedem Bande der *Leges in Pertz, Monumenta Germaniae*, findet, indem man bei dieser ersten, im Uebrigen vortrefflich ausgestatteten Abtheilung eine Uebersicht nur ungerne vermisst.

Zoepl.

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Nove constitutiones Domini Alberti, d. i. der Landfriede v. J. 1235 mit der Glosse des Nicolaus Wurm, herausgegeben von Dr. Hugo Boehlau. Weimar, bei Herman Böhlau. 1858. 16 Bogen, XLIV u. 89 Seiten in Quarto.

Es ist bekannt, dass der mainzer Landfrieden K. Friedrich's II. v. J. 1235 zu den wichtigsten Rechtsdenkmäler des XIII. Jahrhunderts gehört, nicht nur, weil er die früheren Landfriedensgesetze an Ausführlichkeit weit übertrifft, sondern auch darum, weil er in der Praxis eine weit grössere Beachtung als seine Vorläufer fand, und seine Bestimmungen theils wörtlich, theils dem Sinne nach in die beiden wichtigsten Rechtsbücher des XIII. Jahrhunderts, den Sachsenspiegel und den Schwabenspiegel übergingen; hauptsächlich aber ist er von Wichtigkeit darum, weil sein Inhalt für die späteren Landfrieden aus dem XIII. Jahrhundert normativ verblieb, so dass die Landfrieden des K. Rudolph's I. (mit alleiniger Ausnahme seines regensburger Landfriedens v. 1281) und die Landfrieden des K. Albert (Albrecht) I. v. 1292 u. 1298 (gewöhnlich als Landfrieden von 1303 bezeichnet) im Wesentlichen nur Reproduktionen des mainzer Landfriedens Friedrich's II. v. 1235, wenn gleich mit mehrfachen eigenthümlichen Veränderungen sind. Das Interesse, welches sich an den mainzer Landfrieden v. 1235 knüpft, der somit, wie der Herausgeber treffend bemerkt, gewissermassen den Charakter eines *Edictum perpetuum* an sich trägt, steigert sich aber noch insbesondere dadurch, dass er der erste allgemeine deutsche Landfrieden ist, von welchem ausser dem lateinischen Texte auch deutsche Texte aus dem XIII. Jahrhundert vorhanden sind. In dieser Hinsicht stehen ihm nur die bayerischen Landfrieden zur Seite, deren ältester bekannter lateinischer Text v. Jahre 1244 schon im J. 1255 in einer deutschen Bearbeitung erschien, aus welcher sodann der regensburger Landfrieden K. Rudolph's I. v. 1281 hervorgegangen ist, über welchen wir in diesen Jahrb. in Nr. 31 u. 32 d. J. ausführlich gehandelt haben. Es konnte daher dem Ref. nur äusserst erwünscht sein, durch die vorliegende Ausgabe des mainzer Landfriedens v. 1235 und seiner Nachbildungen bis auf die Zeit des K. Albert I. (1298) Gelegenheit zu erhalten, auch diesen Landfrieden, welcher ein so wichtiges Seitenstück zu den bayerischen Landfrieden bildet, zu besprechen. Vor allem muss die Kritik anerkennen, dass Hr. Dr. Böhlau eine sehr verdienstvolle Arbeit geliefert hat, und dass namentlich der mühevollen Fleiss und die ausserordentliche Sorgfalt, welche derselbe hierauf verwendet hat, die grösste Anerkennung verdienen. Wenn wir daher diese

Ausgabe mit einigen Bemerkungen begleiten, so geschieht dies besonders in der Absicht, die Beachtung zu bethätigen, auf welche dieselbe so begründeten Anspruch hat. Weniger befriedigt als von dem Inhalte, musste sich aber Ref. von der Form der Darstellung finden, welche an einiger Schwerfälligkeit leidet, die zu vermeiden, dem Hrn. Herausgeber wohl nicht schwierig gewesen sein dürfte. So beginnt namentlich die der Ausgabe vorangestellte Einleitung in §. 1 und 2 sogleich mit einer sich über mehr als 8 Seiten fortziehenden, an sich sehr schätzbaren Aufzählung der benützten Handschriften und Drucke, ohne dass noch mit einem Worte gesagt, ja selbst nicht einmal im Vorworte (das nur eine freundschaftliche Dedicationsepistel ist) angedeutet worden wäre, von welchem Gegenstande die Schrift handeln soll, so dass der Titel die einzige Andeutung ist, welche dem Leser hierüber geboten wird. Erst auf S. IX der Einleitung wird dem Leser gleichsam beiläufig gesagt, dass der Landfriede K. Friedrich's II. a. 1235 unter dem Namen K. Albert's vielfach in deutschen Rechtsbücher-Handschriften des XIV. und XV. Jahrhunderts vorkomme; dass die Gestalt, in welcher er hier erscheint, einen anderen Charakter trage, als die sonst bekannten deutschen Urkunden desselben und seiner späteren amtlichen Wiederholungen resp. Erweiterungen; dass ferner dieses wichtige Gesetz Gegenstand rechtswissenschaftlicher Arbeiten schon in der Zeit der Rechtsbücher und ihrer Glossatoren gewesen sei, und endlich erfährt man, dass diese Seite der Geschichte des Gesetzes hier Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung werden soll. Wenn sich ein Schriftsteller nicht von Haus aus darauf beschränken will, von der verhältnissmässig stets sehr geringen Zahl der Männer vom Fache gelosen zu werden, sondern ihm, wie in dem Interesse der Wissenschaft und ihrer Verbreitung selbst sehr zu wünschen ist, daran gelegen sein muss, die Wissbegierde auch in einem grösseren Kreise wenigstens anzuregen, so sollte doch wohl die alte treffliche Horazische Regel des raschen Einführens des Lesers „*in medias res*“ nicht ausser Acht gelassen werden. Auch den häufigen Gebrauch von Abkürzungen der Wörter im Texte, so wohl bei Eigennamen von Personen als auch bei sachlichen Bezeichnungen, können wir nicht gut heissen. Ein solches Verfahren mag in Zeitschriften hingehen, wo (übel genug) die Rücksicht auf Raumersparniss unabweislich geboten ist; an ihrem Platze sind aber die Abkürzungen nur in Noten zum Texte, welche nur ein streng literarisches Interesse zu befriedigen haben. In dieser Beziehung dürfen wir in Deutschland wohl von den Franzosen lernen; die Wissenschaft aber wird sicher nicht dabei zu Schaden kommen, wenn das Tüchtige auch in einer gefälligen Form gegeben wird.

Der Hr. Herausgeber hat in §. 1 nicht weniger als 32 Handschriften aufgeführt, welche von ihm benutzt werden konnten. Bei diesem Reichthum an handschriftlichem Materiale und dessen sehr anzuerkennender fleissiger Benützung ist es um so mehr zu

bedauern, dass dem H. Herausgeber die Existenz einer durch ihre Eigenthümlichkeiten ganz besonders ausgezeichneten Handschrift entgangen ist, nämlich der Text, welcher als Landfrieden des „Keyser Otten“ sich in dem Cod. Palat. Mscpt. nr. 461 findet, wovon in der unter meiner Anleitung von einem meiner früheren Zuhörer, dem Freiherrn W. v. Thüngen veranstalteten, aber sowohl von Böhlau, als auch von v. Daniels bei seiner Ausgabe des sächsischen Weichbilds nach dem Berliner Codex v. 1369, Berlin 1853, vollständig ignorirten Ausgabe des Sächsischen Weichbildrechtes nach dem gedachten Codex Palat. Mscpt., Heidelberg 1837, Einleitung, p. 6, eine ausführliche Beschreibung gegeben worden ist, worauf ich hiermit verweise. Die Eigenthümlichkeit des Textes, welchen dieser zwar erst dem XV. Jahrhundert angehörige aber unverkennbar nach sehr eigenthümlichen alten Handschriften copirte Codex enthält, erscheinen nach Vergleichung dessen, was die Böhlau'sche Ausgabe geleistet hat und nach ihrem Material leisten konnte, so bedeutend, dass ich glaube, dem Hrn. Herausgeber und überhaupt denjenigen, für welche die Geschichte des mainzer Landfriedens von 1235 ein besonderes Interesse hat, einen nicht unwillkommenen Beitrag zu liefern, wenn ich hiernach einen vollständigen Abdruck dieses Textes folgen lasse, und dadurch die Möglichkeit einer weiteren Vergleichung gewähre. Das Charakteristische an diesem Texte ist: 1) dass der Landfriede, abweichend von allen anderen bekannten Texten im Rubrum einem Kaiser Otto beigelegt wird, worunter wohl nur Otto II. (der Rothe) aus dem sächsischen Hause verstanden sein kann, da auf diesen auch sonst, wie der Herausgeber selbst p. XIV richtig bemerkt hat, das sächsische Weichbild, welches im Cod. Palat. Mscpt. gerade diesem Landfrieden voransteht, zurückgeführt werden wollte. Dass hierbei an keine wirkliche Autorschaft Otto's zu denken ist, sondern nur ein weiteres Beispiel für die bekannte mittelalterliche, auch von Böhlau p. XIV richtig bemerkte Sitte vorliegt, alte Rechtsaufzeichnungen mit irgend einer berühmten kaiserlichen Persönlichkeit in Verbindung zu bringen, bedarf wohl kaum der Erwähnung. 2) Noch eigenthümlicher ist aber, dass in dem Texte 461 unseres Heidelberger Codex, welcher übrigens theils mit grosser Nachlässigkeit, theils mit grosser Vermengung der ober- und niederdeutschen Mundart durch unverkennbare Willkühr des Copisten geschrieben ist, doch das niederdeutsche Sprachelement noch als die unverkennbare, wenn gleich durch die Willkühr des Copisten vielfach verdorbene Grundlage durchblickt und namentlich die sächsische Rechtssprache, so wie sie der Sachsenspiegel und insbesondere in der Homeyer'schen Ausgabe, sowie die von Daniels herausgegebene Berliner Handschrift des sächsischen Weichbilds v. 1369, ja selbst noch einigermaßen die Blume des Sachsenspiegels nach den Proben bei Böhlau zeigt, noch scharf hervortritt, während in sämmtlichen von H. Böhlau benützten Texten durchaus die Rechtssprache des süddeutschen

Rechtsbuches, des sog. Schwabenspiegels, herrscht: so z. B. nennt der Cod. Palat. Mscpt. Nr. 461 jederzeit „scheppenbare“, wo die Texte bei Böhlau insgesamt „sempere, sentbere, scheinpere“ u. dergl. aufführen, worauf ich auch neuerlich in der 3. Aufl. meiner deutschen Rechtsgeschichte Thl. II. p. 661 aufmerksam gemacht habe. So erscheint auch in den Anhängen der „merkmänn, mercemänn“ an der Stelle des „spielmann“ u. s. w. 3) Bemerkenswerth ist auch, dass der Cod. Palat. Mscpt. Nr. 461 wohl in Schlesien entstanden ist, da er am Anfange das Bergrecht von Iglau, sodann ein sehr eigenthümliches magdeburger Weichbild, dann den eben besprochenen Landfrieden, hierauf einen sehr eigenthümlich abgekürzten Schwabenspiegel, und zum Schlusse das iglauer Stadtrecht gibt. 4) Im übrigen bestätigt sich durch den Cod. Palat. Mscpt. neuerdings, dass alle deutschen Texte oder Nachbildungen des mainzer Landfriedens K. Friedrich's II. a. 1235 auf einer und derselben, von dem lateinischen Originale wesentlich abweichenden Grundform beruhen: einige geringfügige Auslassungen in unserem Codex, so wie die Unordnung in einigen Stellen seines Textes, welche wir besonders hervorheben werden, fallen offenbar lediglich dem Abschreiber zur Schuld. Uebrigens zeigt unser Codex noch keine Eintheilung in Constitutionen. 5) Am Schlusse stehen mehrere sonst nicht in Verbindung mit diesem Landfrieden vorkommende Anhänge aus Rechtsbüchern des sächsischen Rechtskreises, namentlich aus dem Sachsenspiegel und dem sächsischen Weichbild, beziehungsweise direct aus einer Quelle dieses letzteren, nemlich aus der Rechtsweisung, welche von den magdeburger Schöffen der Stadt Görlitz im J. 1304 mitgetheilt wurde (bei Gaupp, das alte magdeb. u. hall. Recht, Breslau 1826 p. 269 flg.), womit sich also der Text unseres Codex selbst mit Bestimmtheit als zu dem sächsischen Rechtskreise gehörig ausweist. 6) Im Ganzen steht der Text des heidelberger Codex jenen Texten am nächsten, welche der Abdruck bei Böhlau col. 2 repräsentirt, und als Formen der Recension v. 1235 bezeichnet. Gerade die Satzungen, welche entschieden erst durch K. Albert I. a. 1298 (1303) in den Landfrieden von 1235 eingereiht wurden (vgl. Pertz, Legg. II. p. 482. 483), fehlen in dem heidelberger Codex. — Was sodann die Drucke unbelangt, so hat der Herausgeber im §. 2 deren 41 angeführt. Wir bemerken hierzu, insbesondere zu Nr. 7, wo die Ausgabe des sächsischen Weichbildes, der Constitutio Alberti etc. vom J. 1557 *sine loco*, aber mit dem Druckerzeichen der Wolrab'schen Druckerei (zu Dresden?), nämlich der schwimmenden Fortuna, aufgeführt wird, dass uns eine dieser Beschreibung entsprechende Druckausgabe s. l. aber vom Jahre MDXLVII vorliegt: nur mit dem Unterschiede, dass die schwimmende Fortuna auf dem Haupttitel des Weichbildes steht, ein Schmutztitel vor dem Remissorium aber fehlt; sodann aber haben wir auch eine Ausgabe des Weichbildes, sächsi-

schen Lehnrechtes und der Constitutio Alberti v. J. 1557 vor uns, welche nach ausdrücklicher Angabe auf dem nach fol. CXXI folgenden nicht foliirten Blatte (dem Schmutztitel des Remissorium) aus der Druckerei von Nicolaus Wolrabem „aus Vorlage der achtbaren und hochgelarten Herren Pauli und Francisci Kretschmann Gebrüdere und Kanzlern zu Budissin und Mersburg“ hervorgegangen ist, und die schwimmende Fortuna in anderer Zeichnung als die Ausgabe v. 1547 darstellt. Ausserdem liegt uns noch ein von Böhlau nicht erwähnter Abdruck der Constitutio Alberti in der Zobel'schen Ausgabe des sächsischen Lehnrechtes und Weichbildes, Leipzig 1537 Bl. XVIII—CX vor, welcher mit den Ausgaben v. 1547 u. 1557 übereinstimmt, und deren Vorläufer gewesen zu sein scheint: endlich haben wir auch noch einen ähnlichen Abdruck in der Ausgabe des sächsischen Lehnrechtes und Weichbildes durch Chr. Zobel, Leipzig 1589 bei Hans Steinmanns Erben, fol. CLXIX—CXCII vor uns. Bei dem unter Nr. 11 aufgeführten Senkenberg'schen Drucke in der N. S. d. R.-A. Bd. I. p. 19 flg. tadelt Hr. B. die Angabe in den Monum. Germ. Legg. II. p. 312, dass dieser Text „*columnis dextris*“ abgedruckt sei, und setzt dafür col. 1. Dieser Tadel ist unbegründet und die unternommenene Correctur überflüssig, weil gerade das, was Hr. B. „col. 1“ nennt, nach feststehendem diplomatischen Sprachgebrauch „*columna dextra*“ heisst. — In §. 3 behandelt Hr. B. die bekannte Streitfrage, ob der lateinische oder deutsche Text des mainzer Landfriedens K. Fridrich's II. a. 1235 als der ursprüngliche zu betrachten sei, und entscheidet sich dahin, dass der lateinische Text, wie ihn die Monum. Germ. Legg. II. p. 313 geben, als der ursprüngliche, der deutschen Text aber als Uebersetzung zu betrachten sei. Diese Ansicht hält auch Ref. für die richtige, und stimmt der Herausgeber insbesondere darin bei, dass aus der Beschaffenheit des deutschen Textes an sich schon dessen Charakter als Uebersetzung unverkennbar hervorgeht. Schwieriger ist die Entscheidung der hieran sich anschliessenden Frage, ob schon mit der Publication des lateinischen Textes auch eine gleichzeitige Publication eines deutschen Textes verbunden war, oder ob der deutsche Text als Privatarbeit zu betrachten sei, für welche letztere Annahme die grosse Verschiedenheit in den Handschriften, welche den deutschen Text geben, zu sprechen scheint. Hr. B. hat die Gründe für die eine wie die andere Meinung gewürdigt, und sich zuletzt für die Eichhorn'sche Ansicht entschieden, wonach die bekannte Notiz des Gottfried von Cöln über den mainzer Reichstag v. 1235: „*vetera jura stabiliuntur, nova statuuntur et teutonico sermone in membrana scripta omnibus publicantur*“ von einer solchen officiellen Publication eines deutschen Textes verstanden wird. Auch in diesem Punkte stimmt Ref. dem Hrn. Herausgeber bei; der entscheidende Grund liegt aber nach unserer Ansicht darin, dass, wie schon Eichhorn bemerkt hat, sämtliche deutsche Texte und Nachbildungen des mainzer

Landfriedens v. 1235 bis z. J. 1298 (1303) genau ein und dieselbe Anordnung haben und zwar eine ganz andere, als die Anordnung des lateinischen Textes, und dass, wie wir hier noch weiter beifügen, der deutsche Text im Ganzen als eine Abkürzung des lateinischen Textes erscheint, welche durch absichtliche Auslassung ganzer Artikel erstrebt wurde. Wären die Uebersetzungen nur Privatarbeiten, so wäre gar nicht erklärlich, wie sie denn alle eine so ganz besondere, von dem bekannten lateinischen Original abweichende Anordnung des Textes und so gleichmässige Auslassungen zeigen könnten; es wäre doch höchst wunderbar, wenn bei dem grossen Ansehen, welches der mainzer Landfriede von 1235 genoss, nicht eine oder die andere Uebersetzung sich dem lateinischen Original genau in Reihenfolge und Vollständigkeit des Inhalts angeschlossen haben sollte. Nur die Annahme einer gleich anfänglichen officiellen Uebersetzung vermag diese Erscheinung zu erklären, man müsste denn an ein zweites abgekürztes und in anderer Ordnung concipirtes lateinisches Original denken, was an sich keine Unmöglichkeit und auch nichts ohne Beispiel wäre, wie sich namentlich eine solche zweifache (eine vollständige und eine abgekürzte) Publikation der Beschlüsse einer Reichsversammlung schon unter Karl II. convent. Carisiac. a. 877 findet (vgl. Pertz, Legg. II. p. 541. lin. 21: „*dixit (Karolus), quia de ipsis capitulis quaedam excerpta habebat, quae in illorum omnium notitiam recitari volebat*“ etc.). Zur Zeit ist jedoch kein solcher zweiter lateinischer Text des mainzer Landfriedens v. 1235 bekannt, und somit wäre es nur eine nutzlose Vermehrung der Hypothesen, wenn man auf die blosse Möglichkeit eines solchen Textes Gewicht legen wollte: im Gegentheile scheint gerade das grosse Ansehen und die weite Verbreitung des mainzer Landfriedens v. 1235 selbst sich daraus zu erklären, dass er sofort officiell in einer deutschen Uebersetzung verkündet wurde, und somit dem gemeinen Verständniss zugänglicher war, als die früheren nur lateinisch abgefassten Landfrieden. Den Beispielen, welche der Hr. Herausgeber p. X. XI. dafür beigebracht hat, dass schon frühzeitig die deutsche Sprache neben der lateinischen officiell gebraucht wurde, ist noch beizufügen die „*adnunciatio Karoli II. apud confluentes*“ a. 860, Pertz, Legg. I. p. 472. l. 40: „*Haec eadem dominus Karolus Romana lingua adnunciavit, et ex maxima parte lingua Theothisca recapitulavit*“ und *ibid.* p. 173 lin. 6: „*Et dominus Hlotharius lingua Theothisca in supra adnunciatis capitulis se consentire dixit, et se observaturum illa promisit*“. Hier zeigt sich besonders in der *Adnunciatio Karoli II.* der Gebrauch der deutschen Sprache als Uebersetzung und zugleich auch die Sitte, hierbei eine Abkürzung eintreten zu lassen. Wir halten die bereits angegebenen Gründe für vollkommen genügend, die Annahme einer officiellen Abfassung eines deutschen Textes des mainzer Landfriedens v. 1235 zu rechtfertigen, und legen daher wenig Gewicht auf die weiteren

Ausführungen des Hrn. Herausgebers p. XIII, woselbst er in der bekannten Bestimmung des regensburger Landfriedens K. Rudolph's I. a. 1281. c. 42 (Pertz, Legg. II, p. 429), dass jeder Richter im Gerichte stets den Friedbrief „in teutsch geschriben“ bei sich haben soll, einen Grund finden will, an die Verbreitung deutscher Uebersetzungen aller Landfrieden zu glauben. Der Herr Herausgeber meint insbesondere: „Der regensburger Landfrieden wird kaum etwas neues einführen, sondern nur „eine alte Gewohnheit gesetzlich fixiren: bestand aber eine solche „Gewohnheit, so wird man den Richtern schwerlich überlassen haben, woher sie die Uebersetzung nehmen wollten, vielmehr wird „von jeher für amtliche Uebersetzungen gesorgt gewesen sein“! Hätte Hr. Böhlau das Verhältniss des regensburger Landfriedens K. Rudolph's I. c. 1281 zu den bei den älteren bayerischen Landfrieden von 1244 und 1255 gekannt, und hätte er sonach gewusst, dass dieser regensburger Landfrieden Rudolph's I. a. 1281 durchaus nicht für ganz Deutschland, sondern ausschliesslich für Bayern bestimmt war, worüber wir kürzlich die bestimmtesten Beweise beigebracht haben (vgl. die Heidelberger Jahrbücher, d. J. Nr. 31. 32) so würde er diesen Satz wohl schwerlich geschrieben haben. Die Genealogie der angeführten Bestimmung in dem regensburger Landfr. v. 1181 (bei Pertz, c. 42; in *Mon. Wittelsb.* c. 50) stehet nunmehr ganz fest. Die uralte Bestimmung der *Lex Bajuvariorum*, tit. II. c. XV. §. 2, dass der Richter dieses Rechtsbuch („*librum legis*“) immer bei sich im Gerichte haben soll, ist im lateinisch concipirten bayerischen Landfrieden v. 1244. c. 31. (*Monum. Wittelsbacens.* Bd. I. p. 83) übergegangen in die Vorschrift: „*nullus iudex iudicio sine prescripta forma presideat*“ d. h. er soll nicht sitzen ohne diesen (lateinischen) Landfriedenstext, der somit an die Stelle der veralteten *Lex Bajuvariorum* trat. Erst als dieser bayerische Landfrieden im J. 1255 neu überarbeitet und in deutscher Sprache abgefasst wurde, konnte und musste er den Befehl enthalten, dass (von nun an) der Richter den Friedbrief in deutsch“ geschrieben bei sich im Gericht haben solle, und diese Stelle (Ldfrd. 1255. c. 32) ist sodann in den unter Rudolph's I. Vorsitz abgefassten und nur für Bayern bestimmten regensburger Landfrieden v. 1281, *Monum. Wittelsbac.* c. 50, bei Pertz, c. 42 übergegangen (vgl. *Heidelb. Jahrb.* d. J. Nr. 32, p. 501). Der Schluss, den Hr. Böhlau aus dem von ihm in seiner localen Bedeutung und im Zusammenhange mit den älteren bayerischen Landfrieden gar nicht verstandenen regensburger Landfrieden von 1281 und der bekannten Stelle des Chron. Ursperg. ad a. 1187 machen will, dass, weil die Deutschen keine anderen Gesetze als die Landfrieden gehabt hätten, darum auch nothwendig Uebersetzungen und zwar amtliche, hätten vorhanden sein müssen, ist doch wohl zu kühn, und seine Behauptung p. XIV, dass amtliche deutsche Uebersetzung „bei Landfriedensgesetzen hergebracht war“, ist durch nichts erwiesen. Wäre

eine solche Argumentation zulässig, so müsste man auch das nothwendige Dasein gleichzeitiger amtlicher deutscher Uebersetzungen sämtlicher *Leges Barbarorum* und der fränkischen Capitularien behaupten, wogegen doch alle geschichtlichen Zeugnisse streiten. Das Wahrscheinlichste ist, dass die Abfassung einer amtlichen deutschen Version des mainzer Ldfrds v. 1235, die eine Epoche machende Erscheinung war, alsbald in Bayern den Wunsch erregte, auch das dortige provinzielle Landfriedensgesetz in deutscher Sprache zu haben. Dieser Wunsch gelangte auf dem bayerischen Landtage von 1255 zur Erfüllung, und hiermit stehet die neue Vorschrift, dass der Richter den Friedebrief fortan „in deutsch geschrieben“ bei sich haben solle, im unmittelbarsten und natürlichen Zusammenhange. Als Epoche machend darf man aber die amtliche deutsche Uebersetzung des mainzer Landfriedens darum bezeichnen als seitdem, gleichsam durch den gelungenen und mit Beifall aufgenommenen Versuch, in deutscher Sprache ein Friedensgesetz zu machen, die Reichsgesetzgebung hieran anschliessend, seit Rudolf von Habsburg die allgemeinen Landfriedensgesetze in deutscher Sprache verkündigte, und dabei immer diese amtliche deutsche Uebersetzung des mainzer Landfriedens als Grundlage beibehielt, bis endlich im XIV. Jahrhunderte veränderte Zustände im Reiche allmählig einen anderen Inhalt der Landfrieden nöthig machten. — Bezüglich der Proben auffallender Uebersetzungen des lateinischen Urtextes, welche Hr. B. p. XI. XII. gibt, wollen wir nur im Vorbeigehen bemerken, dass es gar nicht so auffällig ist, als der Hr. Herausgeber glaubt, wenn „*ordinationes et sententiae*“ durch „gebot und rat“ wiedergegeben werden, da auch im mittelalterlichen Latein „*consilium*“ sehr oft für *sententia* steht; auch sind die *sententiae*, welche „von des Reiches Hof“ vor dem Kaiser gefällt wurden, an sich nur eine Art von Rath (Rathschlag), der erst durch die kaiserliche Bestätigung vollzugsreifer Rechtsspruch wurde (vgl. meine deut. Rechtsgesch. Thl. II. p. 896); auch wurde überhaupt „*communis sententia*“ eben so häufig durch die Formel: „mit gemeinem rate der fursten“ u. s. w., als durch die Formel „mit gemeinem Urtheil“ wiedergegeben, wie sich durch viele Beispiele belegen lässt. (vgl. z. B. Sächs. Weichb. nach dem Berl. Cod. edit. v. Daniels, art I. §. 14). — Ueber die Handschriften des deutschen Textes spricht sich Hr. Böhlau p. XIV folgendermassen aus: „Authentische Exemplare dieser amtlichen Uebersetzung oder getreue Abschriften eines solchen kennen wir nicht, wohl aber mehr oder minder abweichende und verarbeitende Nachbildungen, von denen die Handschriften M. B. (der münchener und baseler Codex, abgedruckt bei Pertz, Legg. II. p. 571 flg.) dem verlorenen Original am nächsten zu stehen scheinen“. Dieser Ansicht stimmen wir im Allgemeinen zu, jedoch legen wir dem münchener Codex noch grössere Bedeutung bei, als von Hrn. Böhlau geschehen ist. Hr. Böhlau hält (p. XVII) nämlich den münchener Text für

einen solchen, an welchem sich bereits eine ändernde Hand bemerklich macht, da er den Landfrieden in indirecter Rede enthalte, worin derselbe den Beweis findet, dass es nicht bloß Abschreiber waren, welche sich des Friedensgesetzes annahmen. Nach unserer Ansicht stehet aber nichts entgegen, was der Annahme widerspräche, dass gerade der Text des münchener Codex die erste amtliche deutsche Uebersetzung repräsentire. Was nämlich Hr. Böhlau die „indirecte Rede“ nennt, reducirt sich darauf, dass der münchener Text, anstatt einen Kaiser in imperatorischem Tone als Gesetzgeber sprechen zu lassen, in einem gleichsam erzählenden und belehrenden Tone beginnt: „Ditz ist der fride und ez gesetze, daz der Keiser hat getan, mit der fürsten rat, über alle diutschiu rich“, und dass die einzelnen Satzungen, anstatt wie in den sämtlichen übrigen deutschen Texten, durch die Formel: „wir gebieten und setzen“ u. dgl., mit den Worten eingeleitet werden: „der Keiser hat gesetzt und geboten“ u. s. w. Erwägt man nun, was Hr. Böhlau selbst p. XI recht gut ausgeführt hat, und von uns mit weiteren Belegen unterstützt worden ist, dass die lateinische Sprache bis zum mainzer Landfrieden die officiële Sprache insbesondere bezüglich der Reichsgesetzgebung war, und dass, nach Ausweis der oben angeführten Belege, die Absicht der deutschen Uebersetzungen bis dahin nur auf ein „*exponere*“ und „*ex maxima parte recapitulare*“ d. h. auf ein Verdeutlichen des wesentlichen Inhalts der Reichsbeschlüsse u. s. w. ging, so passt dazu gerade die erzählende und belehrende Sprachweise: „der Keiser hat gesetzt und geboten“, ganz vortrefflich, und wurde durch die Wahl dieser Formel zugleich dem möglichen Irrthume des Lesers vorgebeugt, als habe er den wahren legalen Urtext vor sich: der Leser war vielmehr hiermit deutlich auf das lateinische Original verwiesen und hingeleitet, welches durch die Uebersetzung weder verdrängt noch in den Hintergrund gestellt werden wollte. Erst als die Reichsgesetzgebung, durch den gelungenen und mit Beifall aufgenommenen Versuch, in deutscher Sprache zu reden, ermuthigt, die amtliche deutsche Version des mainzer Landfriedens v. 1235 auf späteren Reichstagen als „Friedensgesetz“ zu publiciren sich entschloss, war es nöthig, die belehrende und erzählende Sprachform, welche der münchener Codex repräsentirt, zu verlassen, und an ihre Stelle die imperatorische Formel: „wir gebieten“ u. dgl. treten zu lassen. Diese imperatorische Formel findet sich aber in keinem Reichsgesetze und überhaupt in keiner Handschrift von festem Datum vor 1281; auch noch nicht in dem bayerischen Landfrieden v. 1255, d. h. sie erscheint zu erst in den Landfrieden Rudolph's I. von diesem Jahre und zunächst in den hieraus in den Schwabenspiegel übergegangenen Gesetzen. War aber diese imperatorische Formel einmal officiell gebraucht, so erklärt sich, dass sie von keinem Schreiber mehr hinweggelassen wurde, und dies scheint der natürliche Erklärungs-

grund der auffälligen Erscheinung, dass unter den zahlreich erhaltenen Handschriften der münchener Codex einzig und ausgezeichnet durch den Mangel der imperatorischen Formel da steht. Weit entfernt, mit Hrn. Böhlau in diesem Mangel einen Beweisgrund für die überarbeitende Hand eines gelehrten Privatmannes zu sehen, erkennen wir hierin gerade den Charakter einer ersten amtlichen Version, wie sie unter den damaligen Umständen auftreten konnte und durfte. Dass spätere Handschriften, wie z. B. die dem Senkenberg'schen Abdruck zu Grunde liegende, obschon sie die imperatorische Formel: „wir gebieten“ u. dgl. gebrauchen, doch das Friedensgesetz dem Kaiser Friedrich II. selbst beilegen, kann gegen unsere Ansicht sicher nicht eingewendet werden wollen, da das erste Reichsgesetz, welches diesen Landfrieden mit der imperatorischen Formel publicirt, nämlich der nürnberg'sche Landfrieden K. Rudolph's I., bei Pertz, Legg. II. p. 432, selbst ganz richtig diesen Text als von K. Friedrich II. herrührend, bezeichnet, und nur eine Erneuerung des Gesetzes dieses Kaisers sein will, daher auch spätere Schreiber nicht unbedingt irrten, wenn sie diese Bezeichnung beibehielten. — In dem §. 4 bespricht der Hr. Herausgeber die rechtsgeschichtliche Wichtigkeit dieses Gesetzes. Es wird recht gut nachgewiesen, dass dieselbe auch im XIV. Jahrhundert recht wohl erkannt war und namentlich die Glosse des Sachsenspiegels darauf öfter Bezug nimmt. Dies ist auch der Grund, weshalb sich dieser Landfriede in dem Codex Palat. Mscpt. Nr. 461 hinter dem Weichbild und dem daran angeschlossenen Auszuge aus dem Sachsenspiegel eingereiht findet und weshalb auch derselbe in den meisten Druckausgaben nach dem Weichbilde und Sächsischen Lehnrechte mit der Rubrik steht: „Constitutio Keiser Albrechts, davon hin und wider in den Glossen des Sachsenspiegels und Lehnrechts Erwähnung geschieht“. Mit Recht hebt der Herausgeber die eifrige Benützung dieses Landfriedens in der Blume des Sachsenspiegels von Nicolaus Wurm hervor, und bezeichnet als die von diesem benützte, etwa von demselben herrührende Form diejenige, welche er in col. 2 als Grundtext gegeben hat. Der Herr Herausgeber weist insbesondere darauf hin, dass ausser der Bedeutung dieses Landfriedens für das Criminalrecht, derselbe auch für das Enterbungsrecht grosse Bedeutung hat. Uebrigens können wir Hrn. B. nicht ganz beistimmen, wenn derselbe p. XV sagt, dass Const. I. des deutschen Textes einen Enterbungsfall in das deutsche Recht (neu) eingeführt habe. Es ist hiermit die Bestimmung gemeint, wonach einem Sohne, der von seinem Vater gerichtlich überwiesen wird, die Treue an ihm gebrochen, sich mit seinen Feinden verbunden, ihn von seinen Gütern vertrieben und beraubt u. s. w. zu haben, all sein Erbrecht an Vater und Mutter durch richterliches Urtheil für immer abgesprochen werden soll. Diese Bestimmung, welche, wie der Herausgeber richtig bemerkt, in der oppositionellen Stellung des K. Heinrich gegen seinen Vater, den

K. Fridrich II., ihre besondere Veranlassung fand, ist an sich betrachtet, nicht sowohl ein Enterbungsgrund, als vielmehr ein Unwürdigkeitsgrund, aus welchem, so wie er thatsächlich festgestellt ist, der Ausschluss des Sohnes von der Erbschaft *ipso jure* folgt, ohne dass es weiter einer besonderen Enterbung bedurfte. Es hat aber diese Bestimmung bereits ihr Vorbild in der *Lex Bajuvariorum* Tit. II. c. X., worin dem Sohne des Herzogs, der sich gegen seinen Vater empört, gedroht wird: „*sciat se ille filius contra legem fecisse et de hereditate patris sui esse dejectum, et nil amplius ad eum pertinere de facultatibus patris sui*“. Neu ist also in dem Landfrieden von 1235 nur, dass eine solche Handlung auch mit dem Verluste der mütterlichen Erbschaft bedroht wird. Der Grundgedanke, dass der Erbe, der ein Verbrechen an dem Erblasser begeht, durch die That selbst sein Erbrecht an demselben verwirkt hat, ist übrigens in zahlreichen Rechtsquellen sowohl der merovingischen und karolingischen Zeit, als auch der Spiegel, ausgesprochen. Weniger bestimmt ist dies in den älteren Quellen der Fall hinsichtlich der Forderung, dass der Vater den Sohn dieses Verbrechens vor dem Richter förmlich überwiesen haben müsse: doch ist die Erwähnung dieses Umstandes in dem Landfrieden v. 1235 schwerlich eine Neuerung, sondern verstand sich nach den älteren Rechtsquellen von selbst, dass dieser Beweis der Thatsache erbracht sein müsse, wenn der Sohn von des Vaters Erbe fallen soll. Richtig ist, dass die mit den römischen Rechten bekannten Praktiker seit dem XIV. Jahrhundert, wie Nicolaus Wurm, an dieses Gesetz die Lehre von der römischen Enterbung und namentlich die Aufzählung der Enterbungsgründe nach der Nov. 115 anschlossen, was, wie der Herausgeber p. XVI recht gut bemerkt hat, übrigens auch schon der Schwabenspiegel im XIII. Jahrhundert gethan hat. Dogmengeschichtlich interessant ist der von dem Hrn. Herausgeber in Beilage IV. aus der Blume des Sachsenspiegels beigebrachte Nachweis, dass die Praxis im XIV. Jahrhundert den Sohn nur dann von der Erbfolge ausschloss, wenn der Vater selbst noch bei seinem Leben den Sohn des Verbrechens angeschuldigt und eine Verurtheilung wegen desselben erlangt hatte. — In §. 5 handelt der Hr. Herausgeber von der Bearbeitung des Landfriedens von 1235 durch die Praktiker des XIII. und XIV. Jahrhunderts, und bezeichnet daselbst (p. XVII) die daraus hervorgegangene Form als ein aus dem Landfrieden entstandenes „Rechtsbuch“. Diese Bezeichnung halten wir jedoch nicht für gerechtfertigt. Erstlich kann hier von einer „privaten Auffassung“ des wesentlichen Textes nicht die Rede sein; wir haben es mit einem wahren Gesetze zu thun, dessen Grundcharakter als Gesetz auch allen Bearbeitern immer klar und wohl bewusst blieb, so dass sie es stets als solches, als eine *Constitutio*, bezeichnen. Die Veränderungen an dem ursprünglichen Texte beschränken sich im wesentlichen auf mehr oder minder weitläufige Paraphrasen, entstanden

aus dem Bestreben, den Sinn des Gesetzes zu erläutern. Dies hat seinen Grund nicht bloß darin allein, dass der Urtext lateinisch war, und die Uebersetzer im Mittelalter überhaupt, wie schon der angelsächsische K. Alfred (Saec. IX.) in der Vorrede zu seiner Uebersetzung des Pastoralis Gregor's d. Gr. sagt, bei der Schwierigkeit des Ausdrucks, nicht sowohl wortgetreu als sinngetreu übersetzen zu müssen glaubten*), sondern die meisten Abschreiber oder Bearbeiter hatten offenbar nur deutsche, mehr oder minder verdorbene Texte vor sich, und copirten sie häufig ohne Möglichkeit oder ohne sich die Mühe zu nehmen, sie mit dem lateinischen Originale zu vergleichen, daher sie den fühlbaren Mängeln ihrer Vorlagen durch Paraphrasen nachzuhelfen suchten. Hiermit hängt zusammen, dass die Abschreiber, die Sinnlosigkeit der ihnen vorliegenden Texte einsehend, mitunter geradezu die unverständlichen Stellen wegliessen, oder durch andere nach ihrem oft selbst wieder missverständlichen Ermessen ersetzten, so dass der Text unseres Landfriedens häufig eine Veränderung erlitt, welche nicht als eine Fortbildung, sondern geradezu als eine Verbildung und Verschlechterung desselben zu bezeichnen ist. Noch mehr wurde die Verwirrung vermehrt durch die Veranstalter der Druckausgaben, welche glaubten, des Verständnisses wegen den alten deutschen Text in neueres Deutsch umbilden zu müssen, wie dies z. B. in der Zobel'schen Ausg. v. 1589 von dem älteren Lehenrechtstexte geradezu gesagt wird. Auch die Vermehrung des Textes durch eine einzelne kleine Einschiegung, wie z. B. die von dem verhohlenen Wucher, oder durch einzelne kleine Anhänge aus dem magdeburgischen Recht oder Sachsenspiegel, oder die endlich von einem Praktiker gemachte ziemlich willkürliche Eintheilung des Landfriedens in XIV Constitutiones oder Satzungen, berechtigt noch nicht, das Gesetz als zu einem Rechtsbuch umgebildet zu erklären; auch ist nicht diese angebliche Umbildung der Grund der weiteren Verbreitung dieses Landfriedens, sondern diese war schon die Folge seines Charakters als Reichsgesetz selbst, und als solches nennen und geben ihn sowohl die Handschriften als die Druckausgaben. So wenig daher Grund zu einer Umstempelung des Gesetzes zu einem Rechtsbuche vorhanden ist, so wenig könnte die Rechtsgeschichte dabei gewinnen, wenn man diese Bezeichnung auch annehmen wollte. Die Geschichte des Landfriedens v. 1235 bleibt stets dieselbe: nämlich, Entstehung eines deutschen Textes als officielle Uebersetzung, allmähliges Verderbniss desselben, unberufenes Streben der Verbesserung und Erläuterung des verdorbenen deutschen Textes, Einreihung desselben in Handschriften der Rechtsbücher bald als stückweise Einschiegung in deren Text, bald formell unterschie-

*) Vergl. die Vorrede Alfred's: „... Tha on gan ic... tha boc wendan on englisc... hwilum word be worde, hwilum angit of angit“ (English: „Then began I this book to winde into english, sometimes word by word, sometimes understanding for understanding“).

den von demselben, als selbstständiges Stück in Rechtsbüchersammlungen; später Glossirung des Landfriedenstextes, und endlich Abdrücke desselben ohne die Glosse in den Ausgaben des sächsischen Weichbildes. Hinsichtlich dieser eben erwähnten Glosse der sog. Constitution K. Albert's hat der Hr. Herausgeber sehr beachtenswerthe Gründe beigebracht, welche die Vermuthung Homeyer's (Richtstg. 356) unterstützen, dass N. Wurm der Verfasser derselben sei, wonach es auch sehr wahrscheinlich wird, dass durch diesen überhaupt die Form des Landfriedenstextes (im Abdrucke col. 2), welche der Glosse zu Grunde liegt, festgestellt worden ist. Die Darstellung der wissenschaftlichen Thätigkeit des N. Wurm (pag. XVIII flg.) verdient alles Lob. Es ist überhaupt keine geringe Mühe, und gehört viele Aufopferungsfähigkeit und Liebe zur Sache dazu, sich durch die geist- und geschmacklosen Arbeiten des XIV. Jahrhunderts hindurch zu arbeiten, um die im Verhältniss zur aufzuwendenden Arbeit häufig geringen Resultate für die Wissenschaft des deutschen Rechtes, vereinzelte Goldkörner unter Bergen von Spreu, herauszusuchen und wenn irgendwo, so drohet hier dem Forscher, der nach Schätzen gräbt, die Gefahr, dass er nur „Regenwürmer“ findet. Es ist doch wohl nicht ermuthigend, wenn Merkel in seiner Geschichte des Lombardenrechtes, Berlin 1840, nach mühevollen Studien sein Urtheil über dasselbe (p. 42) in die Worte zusammenfassen musste: „Es gibt kaum etwas kläglicheres, als was die Lombardisten des 13. und 14. Jahrhunderts an neuen Lehren hervorgebracht haben“, und wenn sich auch hier Herr Böhlau (p. 40) zu dem Geständnisse genöthigt findet: „der Nutzen wird ein im Verhältniss zur Arbeit sehr geringer sein, aber die Arbeit darf nicht ungethan bleiben“. In letzterer Beziehung stimmen wir dem Hrn. Herausgeber vollständig zu, denn hiervon hängt es ab, ob und wie die geschichtliche Kenntniss der Reception des römischen Rechtes gefördert werden wird. Zu wünschen ist jedoch, dass diese Arbeit so angegriffen wird, dass sie nicht als ein freiwillig auferlegtes literarisches Martyrium ein ernstliches Bedauern über den grossen Aufwand von Zeit und Kraft für die Erzielung geringer Resultate erregen muss. Dies ist aber nur dadurch zu verhüten, dass mehr geleistet wird, als die blosse Zutageförderung einer Reihe von juristischen Curiositäten und eine Sammlung von Ignoranz und Missverständnissen des römischen Rechtes. Es muss daher die Aufmerksamkeit besonders darauf gerichtet werden, was sich aus der Literatur des XIV. u. XV. Jahrhunderts rückwärts für die Erkenntniss des älteren noch reinen deutschen Rechtes gewinnen lässt, und dies ist sicher nicht wenig, wie dies auch die von dem Herausgeber mitgetheilten Proben aus N. Wurm's Schriften deutlich erkennen lassen. Sodann muss sich die Herausgabe von Quellen die Aufgabe setzen, möglichst die ältesten und besten Texte oder doch diejenigen Handschriften, welche nach den ältesten und besten Texten gefertigt sind und die ursprüng-

liche Form am reinsten erkennen lassen, zur Publikation zu bringen, die übrigen weniger guten oder geradezu verdorbenen und verschlechterten Handschriften sind aber nur aushülfswise zu benutzen, so ferne aus ihnen im Einzelnen Ergebnisse für die Herstellung der ächten Textes gewonnen werden könne. Ausserdem wird man nicht eine Geschichte der Fortbildung, sondern nur eine Geschichte der Verunstaltungen zu Tage fördern, die an sich wohl ein gewisses, aber doch nur sehr untergeordnetes Interesse haben kann, und wozu es noch lange nicht an der Zeit ist, da noch bezüglich der Herstellung der ächten Texte so vieles zu thun ist. Wir wissen sehr wohl, dass auch Herr G. L. v. Maurer, bei seiner Ausgabe des Land- und Lehnrechtsbuches des Ruprecht von Freisingen (1839) den entgegengesetzten Weg eingeschlagen hat, halten dies aber keineswegs für ein nachahmungswürdiges Verfahren, und haben uns auch sofort in diesen Jahrbüchern (1840. Nr. 9) hiergegen ausgesprochen. Soll ein lebhaftes Interesse des grösseren juristischen Publikums für die rechtsgeschichtlichen Forschungen in höherem Maasse, als es bisher gelungen ist, angeregt werden, so darf man sich auch nicht einmal darauf beschränken, auf der Grundlage der besten, ächtesten und ältesten Texte nur Ausgaben der Quellen mit einem kritisch gesichteten Variantenapparat zu geben, sondern man muss den Text selbst in seiner Reinheit möglichst kritisch herstellen und denselben in Form von Abhandlungen erläutern: d. h. man muss dem grösseren juristischen Publikum wissenschaftliche Arbeiten über die Quellen und Resultate in geniessbarer und ansprechender Form bieten, nicht aber dem Leser zumuthen, aus dem Variantenapparat sich erst selbst den richtigen Text zu construiren und Resultate von wissenschaftlichem Werthe zu ziehen, wozu bei dem gegenwärtigen Zustande der Rechtswissenschaft und der vorwiegend praktischen Beschäftigung des Juristenstandes den weitaus meisten Juristen eben so die Befähigung als die Zeit abgeht. Gerade in dieser letzteren Beziehung ist bisher verhältnissmässig nur sehr wenig und nur vereinzelt geschehen. Bei Herausgabe von Quellen des XIII. u. XIV. Jahrhunderts insbesondere dürfen auch die Verweisungen auf die Quellen der merovingischen und karolingischen Zeit nicht fehlen, indem nur durch eine solche Nachweisung ein lebendiges Bild von dem inneren Zusammenhange der Rechtsquellen der ältesten und mittleren Zeiten gewonnen werden kann. Hierdurch wird sich immer mehr herausstellen, wie sehr das deutsche Rechtsleben bis zum Ende des XIV. Jahrhunderts an seinen ältesten Grundlagen festgehalten hat, und ein und derselbe Geist dasselbe von dem V. bis zum XV. Jahrhundert durchwehte. Die Förderung dieser Einsicht ist wohl einer angestregten Thätigkeit würdig und das Resultat ein voraussichtlich lohnendes. Solche Nachweisungen hätten daher auch bei der vorliegenden Ausgabe des mainzer Landfriedens v. 1235 oder der sog. *Constitutio Domini Alberti* bei den einzelnen Bestimmungen derselben nicht unterlassen werden sollen.

Stellt man sich übrigens auf den Standpunkt, welchen der Hr. Herausgeber bei seiner Ausgabe gewählt hat, so verdient diese grosses Lob. Sehr zweckmässig sind ausser zahlreichen Varianten auch Auszüge aus der Glosse des N. Wurm zu der *Constitutio Alberti* beigegeben; hier hat der Hr. Herausgeber unseres Erachtens ganz das richtige Maass eingehalten. In Bezug auf die von dem Herausgeber zu const. XV. p. 45. Zeile 3 v. u. gegebene Verweisung auf einen bei Haltaus abgedruckten Anleitbrief des k. Hofrichters v. 1300 bemerke ich, dass auch ein solcher (sonst ungedruckter) Anleitbrief v. 1409 in meiner deut. R.-Gesch. Bd. II. p. 905. Note 12 abgedruckt ist, und verweise hinsichtlich des Vorkommens der Anleite im XVI. Jahrhundert auf meine Schrift: das alte Bamberger Recht, Heidelb. 1839, p. 95. — Der Ausgabe sind sechs Anhänge beigegeben. I. eine Synopsis der benutzten Texte; II. ein Auszug aus Wurm's Sachsenspiegelglosse zu Const. I. 23; III. die Glosse Weichbild's art. 47—49, in der Handschrift bei Homeyer RB. Nr. 251; IV. die Erblastheilung nach der Blume des Sachsenspiegels; V. eine Probe aus Wurm's Stadtrechtsbuch; und VI. eine Abhandlung über die Entwicklung des Strafrechts bis zum Landfrieden von 1235, auf deren Besprechung wir hier der gebotenen Beschränkung im Raume, wenn auch ungerne, verzichten müssen, wohl aber an einem anderen Orte darauf zurückzukommen gedenken. — Was den nachfolgenden Abdruck des Landfriedens aus dem Cod. Pal. mscpt. Nr. 461 anbelangt, so haben wir dabei keine andere Absicht, als einen Nachtrag zur Ergänzung des von dem Hrn. Herausgeber benützten Materials zu liefern. Um die Vergleichung mit dem von Hrn. B. in col. 2 gegebenen Abdrucke zu erleichtern, haben wir auf die sonst buchstäblich genommene Abschrift die Constitutionen-Eintheilung und Paragraphirung übertragen, wie sie in der Ausgabe des Hrn. B. vorliegt; die einigermaßen wesentlichen Abweichungen haben wir im Druck auszeichnen lassen. Ausserdem haben wir die Interpunction unseres Codex berichtigt, die offenbaren kleinen Auslassungen ergänzt und einige Worterklärungen beigelegt, in beiden Beziehungen aber die Einschaltungen durch Cursiv-Schrift unterschieden.

(Der Landfrieden v. 1235 nach dem Cod. Palat.
Mscpt. Nr. 461)

Hy vahan sich an die keyserlichen recht dy auf-
gesetzt sint von Keyser Otten vnnd durch seyne
lanthern.

Const. I. Wyr setzten vnnd gebitten von vnser keyserlichenn
gewallt vnd der fursten Rate vnnd ander des Reyches getrawen
mannen. (§) Welch sun seynem vater vonn seynem Baote (*d. h.*

bau, Gebäude) ader von seym gutte vorstoret ader yn Bornet (*d. h. burnet, brennt*) oder raubet ader zu seinem vater vinschafft sucht, mit eydenn ader mit schwerenn, das auff seynes vaten ere get ader auff vordampnvsse. vberzeuget yn des seyn vatir auff denn heyligenn [*vor*] seym Richter mit zween scheppinbaren mannen, den mag man mit rechte vorteilenn erbes vnnd eygenns vnnd varndes gutes, gleich als (*lies: alles*) des gutes, das an ym von vater vnnd muter erbenn solde, williclichenn (*l.: ewichlichen*) also, das ym Noch der vatir noch der Richter nymmermer gehellffenn muge, das er keynn Recht nymmermer gewynne zu demselben gute.

§. 1. (Was eyn sun an seines). Welch sun an seynes vatirs leybe redt ader yn freuelich an greiffet mit wunden ader mit gefenckniss, vnnd wirt er des vor seym richter nicht [*l.: uberzeuget*] als hy vorgehort ist, der selbe sun [*sol*] seynn erbloss [*l.: erlos*] vnnd rechtloss ewichlichenn, also das er nymmer kommen moge zu sei- nem rechte.

§. 2. Alle dy der vater nympt zu geczeuge vmb dy sache dy hy vor geredt sint, dy sullen des nicht obrig [= *uberig*] werden durch magschafft nach (*noch*) durch keyner hande gunst. der man, der (*des*) nicht tuen will, den sall der richter dor zu zwingenn, das er auff den heiligenn schwerenn, das er nycht dorvmb waiss.

§. 3. vnnd hat der vater dinst-mann oder eygenn leute, von der rate oder von yr hulffe der sun wider denn vater der dinge beget, dy hy vorgesagt sint, beczeugt [*sie der vater*] salb (*selb*) dritte auff den hilgenn vor dem Richter, der selb sall auch erbloss [*l.: erlos*] vnnd rechtloss ewichlichenn seynn, also das sy nymmer kommen wider zu yrem rechten.

§. 4. Der vater mag abir auff dy leute [*keins beredin, er en habe den son erst beret allirhand sache, noch auch die leute*], mit der rate ader hilffe der sun wider den vater dire dinge keynes beget, dye hye vor gesagt sint; vbirczeugt [*sie*] des der vater mit zween scheppenbaren leuten, der richter sall dy selbenn leute in dy echte thuen; vnnd sy sullen nymmer dor auss gelasseñ werden, Bys das sy dem vater zwifach geldenn seynenn schadenn, denn er vonn yrem Rate entfangenn hat, vnnd von yrer hilffe, vnnd dem Richter seyn recht gelt.

(Schluss folgt.)

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Boehlau: Nove constitutiones Domini Alberti.

(Schluss.)

§. 5. Hat der selbige [*man*] keynn [*d. h. ein*] lehenn von dem vater, das sal dem vater ledig seynn. Das sall der vater ym nymmer widerleyhenn. ader let er yms vber das, zu hant so sall er dem Richter zwir als vill gebenn, als das lehenn ist, beschribenn mit andrem seym gute. Vnnd alle diesse ding, dy vorhy gesagt synt, mag eyenn itzlich offinbar vnnd scheppenbar freyer man, er sey furst ader sust eyn hoffeman, dem vater helfenn beczeugenn auff den sun; ein dinstman mag is (*es*) och gezeugenn mit andernn dienstleutenn eym dinstman; einn dinstmanne, eyenn (*ein*) dingman hyllfft woll seym genossenn. Dy niden dy mogenn den herenn [*höheren*] nicht gehelfenn mit rechte. (§.) Ist, dass*) der vater von ehaffter noth des rechtenn nicht geforderenn mag, so sal es seiner mage eyner tuen vnnd soll des selbenn mage gewernn auff denn heyligenn, das den vater erhaffte (*ehafte*) not yrret, Vnnd sall dy nat [*not*] benumenn [*d. h. benennen*]. Wenn er das tuet, so sall mann ym Rechten (*richten*) an des vatern statt, vmme alle dysse sache, als ab der vater doselb gegenwertig were.

Const. II. Wir setzen vnnd gebittenn, was sachenn (*schaden*) ymande an keyner sachen geschicht, das er das icht (*d. h. nicht selber*) richte, er enclage [*es*] seym Richter vnnd volge seyner clage auff eyn ende: ys (*es*) eyn (*en*) sey denn also, das er sich zu not musse werenn seynes leybes oder seynes genossenn.

§. 1. Wer sich anders richtt an clage, was schaden er seynem widersachenn tut, [*den*] sall er zumalt (*swivalt*) geldenn, vnd was schadenn ym vor [*d. h. vorher*] vonn seinem widersachenn gescheen was, der sall verloreenn seynn.

§. 2. Wer abir seyne clage volfurt, als hy vorgesagt ist, vnd wirt ym den nicht gericht, vnnd muss er durch not seynenn vindenn widersetzenn (*l.: widersagen*), das sall er thun Bey tage, vnnd vonn dem tage Bis an den**) dritten tag sall er ym keynen schaden thun, wider noch an leybe, Nach (*noch*) an gute; Szo hat er drey gantze tage frei do [*l.: fride*]; der selbe, dem

*) In der Handschrift steht, offener Schreibe Fehler: „dass das“.

**) Auch hier steht zweimal: „den den“.

do wider saget wirt, der sall auch wider (*weder*) an leibe Nach (*noch*) an gute dem, der ynn dor wider satzt (*l.: sagt*) hat, bis an den virdenn tag nicht schaden tuen.

§. 3. An dem dysse gesetzze gebrochen wirt, der sall vor seynenn Richter kommen, vnnnd selber clagenn auff seynn widersachenn; dem sall der Richter das eygenn vorbitenn; en mag er sich vor dem Richter nicht entschuldigen auff den heyligen selbsibenn scheppenbarin mannaenn, so ist er erloss vnnnd rechtloss ymmermer, also dass er nymmermer komme zu seinem rechte.

Const. III. (An welchen der hantfrede gebrochen). An welchem der hantfrede gebrochen (*wirt*), Bezuget er das auff den heiligen vor seym richter Mit dem, der den hantfreden Gemacht hat, vnnnd mit zwen scheppenbarin mannenn, dy yr recht behalten haben, Das der frede an ym gebrochen sey, der richter sall yn zu der achte thun, der den fridenn gebrochen hat, vnnnd sall ynn nymmer auss der achte lassenn an des clagers willen, er vorliuset dy hant dorumb. (§.) Hat er aber denn hantfredenn mit eym totschlage gebrochen, so soll er nymmer auss der achte kommenn, wenn mit dem Tode, vnnnd sall auch erloss vnnnd Rechtloss bleybenn vmmer (*immer*) vnnnd ewichenn. In [*d. h. und*] will aber der, [*der*] den hantfrede entpfangenn hat, yeme, an deme der frede gebrochen ist, vnnnd will ym das nymant gesten, das er an ym gebrochen ist: zo (*so*) sall ym der richter gebittenn Bey des keyzers hulden, das er ym der warheit geste, ader auff den heyligen das schwer, das er dor vmb nicht weiss; let er aber das durch mageschafft ader durch anders libe, zo (*so*) ist er dem keyser vnnnd dem Richter dy hant schuldig*).

Const. IV. (Eyn itzlich man sal recht richten). Wir setzenn vnnnd gebittenn von vnser keyserlichen gewalt vnnnd bey vnsern hulden, Das alle vnser furstenn. vnnnd alle des reichs hulden (*d. h. Getreue*), habenn das von vnns [*l.: die gerichte von uns haben*], das sy recht richten, vnnnd das sy das selbe gebittenn allen denn, dy von yn gerichte habenn. wo sy des nicht tuen, wollen das [*l.: uber den wollen*] wir sicherlich richtenn, als recht ist. vnnnd was vnns getheilt wirt, das wollen wir nicht lassen. vnnnd gebitten vnsern fursten, das sy mit der Busse zwingen [*den*], der das gerichte von ynn hat, das sy der Busse nicht erlassen.

§. 1. vnnnd gebittenn, dass keyner dem richter [*l.: kein richter ymande*] in die achte tu. win (*l.: wenn*) offenbar, vnnnd

*) Diese Bestimmung, welche im lat. Texte des mainzer Landfriedens v. 1235 fehlt, hat ihr Vorbild in dem deutsch abgefassten bayerischen Landfrieden v. 1255 c. 1; Monum. Wittelsbac. Bd. I. p. 141; und steht zuerst im lateinisch abgefassten bayerischen Landfrieden v. 1244. c. 1; *ibid.* p. 78; vgl. meine Anzeige in den Heidelb. Jahrb. von diesem Jahr Nr. 32. p. 497.

auch nymande dor auss lasse, er enneme zum aller ersten dy gewissheit, das den clageren geburth vnnnd gebessert werde, nach des landes gewonheit; und tuet des der richter nicht, das sall der keyser richter (l.: *richten*).

§. 2 u. 3. (Was dem Richter wettet). Wir gebittenn vnnnd (l.: *auch*) sunderlichenn bey vnsernn huldenn, was itzlichem richtet wettet werde von dem, der auss der achte kommet*), das man yme**) [*yn*] alle yr hab gar nem, vnnnd is nicht lasse, durch das, das man dester ungerner yn die achte kome. wir en wollenn auch selber vnsers rechten nicht entlosen. Dor vmb gebite wir is (es) williclichenn allen dy recht pflegenn, das sy [es] dester gerner halden.

§. 3. lassen [sie] dy busse oder das gewette, wir wallens [l.: *wollen es*] unbarmhertziglichenn nemen, das sy nymmer mer gelusten endorff.

Const. V. (Von burgern). Wir gebitten vnd setzenn, das man [*die pfalburger*] auf allen burgenn allenthalben nicht enlasse; wir***) wollen yn vnsernn steten [*ir nicht halden*]: wir wollen auch, das sy nymant halde nach (*noch*) vmbe gabe, nach (*noch*) mit-gabe (*d. h. Miethe, Lohn*). (§. 1 u. 2 fehlen).

Const. VI. (Niemand den andern).†) Wir setzenn vnd gebiten, das nymant den andern durch das lant beleite (*d. h. geleite*) umb gut ader durch mite (*d. h. Lohn*); herren (l.: *der herre*) habe denne das gleite von dem Reyche, odir wer is [es] durch got wolle tuen, an allerhande vorachte (*d. h. vorchte, Furcht*) mit vnser laube (*d. h. Erlaubniss*).

Const. VII. Wir setzen unnd gebittenn bei unsrer gewalt††), das man (*den*) verholenn wucherer der-vare, her seynn (l.: *er sei*) ynn merkten ader in dorfernn; vnnnd wirt er des überwunden, als recht ist, mit zwein scheppenbaryn mannenn, das er von

*) Es ist dies dieselbe Zahlung, welche in Karol. M. cap. Saxon. a. 797 c. 4 (Pertz, Legg. I. 76) bei der „wargida“, d. h. dem Friede-wirken über den aus der Acht genommenen Aechter erwähnt wird. Vgl. meine deut. R.-G. 3. Aufl. Bd. II. p. 941.

**) Nach diesem Worte tritt in unserer Handschrift auf fol. 68a einige Verwirrung durch Ungenauigkeit und Gedankenlosigkeit des Abschreibers ein: die nachfolgenden Worte bis zum Schlusse des §. 2 u. des §. 3 erscheinen daselbst erst sinnlos versetzt auf fol. 68b Zeile 13.

***)) In unserer Handschrift steht verschrieben: „wir enlassenn wollenn“.

†) Auch diese Constitution ist im Cod. Pal. durch Ungenauigkeit versetzt: s. fol. 68b lin. 30; u. fol. 69. — Vergl. auch das Verbot des unbefugten Geleites in den bayerischen Landfrieden a. 1244. c. 44; 1235. c. 39; 1281. c. 21; in Monum. Wittelsbac. Bd. I. p. 84. 147. 343.

††) Auch der Anfang dieser Satzung, bis zu den Worten: „scheppenbaryn mannenn“ ist in dem Cod. Pal. verschrieben, und steht irrig fol. 69, unter der Rubrik: „von falschen muntzern“.

seim gute von ymande habe merunge genomen, so sal man ym seyn gut [*vorteilen; und hat er ein elich weip, die sol*] das drittel behaldenn auff den heiligen, das die selbe missetat wider iren willen [*sey geschehen*]. tuet sy des nicht, so sall yr beyder teyll in des herrn gewalt [*seyn*] vnnd sy sint gesunderet von aller cristenheit, is sey danne das [*sy*] gote bekennen vnnd busse enphan darvmb.

Const. VIII. (Von allen zcoln). Wir setzenn vnd gebittenn vmb alle dy zcolle, dy irgenn [*gehogit*] sint zu ungerechte, das man dy ab neme, das sy behelig sint vnnd sy also bleyben, als recht ist.

§. 1. Wir setzenn vnd gebittenn, das alle dy zcolle, dy noch (*nach*) vnsers vaters Tode keyser Heinrichs aufgesetzt sein auf wasser oder auff lande, vnd von wem sy gesetzt sint, das sy ab sint genommen; is en sey also verre, das der herre beweren muge auf den heiliggenn vor dem Reiche, das er yn haben sulle.

§. 2. Wer mer zcolles nympt, den er zu Rechte sall ader do er nicht gesetzt ist, vnnd wirt er [*des*] vbir wnnden*) vor dem Richter als recht ist, den sall man hencken fur eyne strassen-Rauber.

§. 3. alle dy zcoll nemenn auff eym wasser oder auf eym lande in unrecht, dy sullenn sich des derwegen**) [*lies: dy sullenn den wegen und den*] Bruckenn yr recht Behaltenn mit machenn vnd mit zymmerenn; vnnd von den sy zcoll nemen, dy sollen sy bereyten vnnd beleiten Nach yr macht, also verre als seynn gerichte get, als das sy nicht vorbussen***).

§. 4. Wer dyse gebot bricht zu den dreyn dingenn ader zu dreyn malen, vnnd wirt er des vberwunden vor dem Keyser als recht ist, zo (*so*) sall dem Riche der zcoll ledic seyn.

§. 5. Wir setzen vnnd gebittenn, das man [*die*] Rechte strassen fare vnnd nymant den andern zwinge mit gewalt von der rechten strassenn†).

Const. IX. (Von brucken [*lies: burgen*] vnd steten zu††). Wir setzenn vnnd gebittenn, wer er sey, wer eyne stat ader eyne Brucke (*lies: burge*) wolle bauen, Der sall bauen mit seym gute

*) Lies: „überwunden“. — Der Cod. Palat. wiederholt hier irrig „wirt“.

**) Der Schluss der Satzung §. 3 u. §. 4 steht verschrieben fol. 69b lin. 23 flg. mit dem Rubrum „von Brucken“.

***) Die Lesart des Cod. Palat. „vorbussen“ ist offenbar viel besser, als das sinnlose „vorlisen“ in den von Böhlau benützten Handschriften: der Sinn ist: Der Herr, der Zoll nimmt, muss die Reisenden durch Geleitsreiter geleiten lassen, so weit sein Gerichtsbezirk geht, weil er verbussen, d. h. ersetzen muss, was der vergeleitete Mann („geleitsmann“ bei Böhlau) verliert.

†) Vergl. L. Sal. Herold. XXXIV: „de via ortare“.

††) Auch diese Constitution ist im Cod. Palat. verschoben, und steht erst auf fol. 70. lin. 6 flg.

ader von seiner leute gut. vnnd nympt er vber des ymandes icht wergeldes (*lies: ungeldes*) auff der strasse, man sall vber yn richten als vber eynen strassenrauber.

Const. X. (Dy Keyser Heinrichs gesetzt)*). Wir setzenn vnnd gebiten, das alle dy muntze, dy do sint noch (*nach*) vnser vatirs tode, keyser heinrichs, gemacht, von weme sy gemacht sint, das sy alle ab gende seynn. Wer sy dor vber habenn will, der sall das bewerenn vor dem Reiche, als recht sey, das er sy zu recht habenn sulle.

§. 1. (Von falschen muntzern)**). ... dy falsch muntzer... das er pfenning preget oder schlet, vnnd wirt er des vbirwundenn, man sall vbir yn richtenn als vbir eynen velscher. vnd sall auch nicht [*gelt*] do fur neme. Wir gebiten, das sy alle alde muntze halden nach yrem rechte vnd vorbitten alle falsch.

§. 2. (Von geboten im reiche). Wir setzenn vnnd gebiten von vnser gewalt vesticlichen, das man yn allem vnserm reiche, in steten vnnd ynn dorferenn, zu rechter zeit seyn gesetzte [*lies: send gesitze*] vnd seyn gebot tue***), vnnd das dem bischoffe nymant widerstee.

Const. XI. (Von gotisheusern). Wir setzen vnd gebiten Bey vnserm gewalt, das alle gotis heuser voyte vnnd richter [*haben sullen*], dy den gotesheusern Befor seynn vnnd sy beschirmen, als ir gut. also das sy unser hulde domit behalden, vnnd sy andrer gotisheuser gut, das [*in*] yr voyte ist, also halden, das vns keyne grosse clage von yn komme; wer des nicht entut, vnd kumpt dy clage vor vns, das wollnn wir richten vnd unsir nachkomlinge, etc.

§. 1. (Nymant sal der kirchenn gut bronnen [*d. h. brennen*])). Wir gebiten bey vnsernn huldenn, das nymant durch keynes voytes willenn der gotisheuser gut wider burne (*d. h. brenne*), Nach (*noch*) raube, nach (*noch*) pfende. vnnd wer ys dor vber thut dem voyte zu leyde, vnd wirt er des vberredt als recht ist, vor dem richter: denn sall man yn dy achte thun vnnd nymmer dor auss gelassenn, er gelde dan denn schadenn dreyfalt also [*ture, theuer*], das er geret werd; so sullen der besserunge zwei teil dem gotishause werdenn, das dritte des gotishauses voyte†).

*) Steht im Cod. Pal. fol. 70. lin. 13 flg.

**) Cod. Pal. fol. 69. Der Anfang dieser Stelle ist durch das Hereinziehen der Satzung über den „verholen wucher“ (siehe Const. VII.) vom Abschreiber ganz verdorben.

***). Der Abschreiber hatte hier unverkennbar einen deutschen Text vor sich, welcher, wie die Texte bei Böhlau, das „send sitzen“ einschärfte. Da der Abschreiber (im XV. Jahrhundert) diesen Ausdruck nicht mehr verstand, glaubte er wohl einen Schreibfehler verbessern zu müssen, und substituirte den sinnlosen Passus von „seinem gesetz“ und „seinem gebot“.

†) Vgl. die ähnliche Bestimmung in den regensburger Landfrieden K. Rudolph's I. a. 1281. c. 1. in den Monum. Wittelsbac. Bd. I. p. 339.

§. 2. Wyr verbitenn das nymant an des richters wort pfende. wer aber des nicht enthut, wirt er des vber wunden, man sall vber yn richtenn als vor eyn rauber.

Const. XII. (Das nymant raub nach). Wir vorbiten vnnd heyschenn by vnserenn hulden, das nymant raup oder deube wissentlich kauffen sall. vnnd man sall mit allen dingen mit yn unvorworn seyn [*d. h. sich nicht mit ihm einlassen*].

Const. XIII. (Ab eynn stat eyn echter heldet etc.)*).

§. 1. ... Heldet eyn stat eynenn echter, vnnd ist dy stat ummaurt, der lant-richter in das (*lies: des*) gericht das ist, der sall sy nyder brechenn, vnnd vber den, der yn heldet, vber den sall man richten als vber eynen echter, vnd sall seyn hauss zu werffenn. yn (*l.: und*) ist dy stat vngemauret, so sall sy der richter brunen (*d. h. brennen*) vnnd das sall nymant werenn. —

§. 2. vnnd setzt sich aber dy stat dor wider vnnd dy leute dorynne, so sint sy rechtloss.

§. 3. Vnnd mag aber der richter dy stat nicht ubirwindenn, so sall er das dem keyser kundigenn, vnnd sall is mit seyner keyserlichenn gewalt vnnd mit seyner hilff tun.

Const. XIV. (Vom hoffe richter in). Wir setzen Das, das vnser hoff habe eynen hoffe Richter, der eynn frey man sy; der sall ann dem selbenn ampte zum allermynsten eynn jar bleibenn, ab er sich recht vnnd woll doran hat gehaldenn. Der sall auch alle tage zu gerichte seynn, Sunder suntage vnnde alle heiligen tage; vnnd sall allen leuten richten dy ym clagenn, vnnd von allenn leuten, ane vber furstenn vnnd vber hoc-herren (*d. h. hohe herren*), wo ys gat an yrm leipp ader an yr ere, vnd an yr lehenn; das wolle wir selber richten.

§. 1. Der selbe richter sall nymande vortreibenn [*lies: furtagen*], er en thu ys denne mit vnserm willenn; er sall auch nymant yn achte thun, nach (*noch*) darauss nymant lassen, wan das wolle wir selber thun.

§. 2. Der selbig richter sall schweren auff den hilgen, das er wider (*weder*) durch libe nach [*noch*] durch leyde, nach (*noch*) durch forchte noch durch mit [*Miethe, Lohn*] andrs richte, dan durch recht, als ym geteilt wirt. (§. Der selbe man sal nemen). Der selbe sall nemen alle dy wette, dy vns gewettet werdenn, vnd auch alle dy wette, dy vns von den werdenn, dy auss der Achte kommen**); dy sall er gar nemen, Dorvmb, das man dester vngerner yn dy achte komet.

§. 3. Vnnd dyse gewette beschaide wir dem selbenn Richter

*) Der erste Satz dieser Constitution, so wie auch der erste Theil des §. 1 fehlt im Cod. Palat.

**) Siehe oben Note * bei Const. IV, §. 2; es ergibt sich hieraus die Richtigkeit der Lesart „aus der Achte“ im Gegensatz zu der falschen Lesart „zu der Achte“, welche der Grundtext col. 2 bei Böhlau zeigt.

Dorumb, dass er desten williger richte, vnnnd von Nymande keyner hande gut nemme vor das gericht.

§. 4. Dir (*d. h. dieser*) richter, der sall habenn eyne sonderlichen schreyber, Der an schreybe alle dy, dy in dy achte kommen. Her sall auch schreybenn dy auss der achte kommen, vnd den tag, wan sy dor auss kommen; vnnnd sall schreybenn dy Burgenn, dy dem clager vmb besserunge gesetzt werdenn; vnnnd sall auch schreybenn alle dy besserunge, dy dem clager dor vber werde [*getun*], vnnnd sall dy Burgen vnnnd yr name nymmer abgetillgenn, Bis das dem clager seyne besserunge wirt.

§. 5. Her sall auch schreybenn dy namen, dy dem lande zu schaden gesetzt werden; vnnnd wen sy sich der schult entreddenn, so sall er yr aller namenn ab schreybenn.

§. 6. Der selb sall auch schreybenn alle vrteyll vmb grosse Sache, dy von (*l.: vor*) vns gesammet werden*), vnnnd das lant, do sy funden werden, Dor vmb, das [*man furbas*] nach dem selbenn vrteyll richte. Der selb schreiber der sall nemen alle dy Briffe, dy alle vormunde habenn [*lies: alle dy vor umme klag sint*] vnd sall den dy briffe berichten.

§. 7. (Von des kuniges schreybr). Diser schreyber, der hy zu gekorn wirt, der sall schwerenn auff den hilgenn, das er wider (*weder*) durch lip (*Liebe*) nach (*noch*) leydt, durch vorchte nach (*noch*) durch vintschafft, nach (*noch*) durch keyne hande Sache nicht thue ader schreybe an seym ampte, wenn das recht sey, als er sich allbeste vorsynne mag vnd kan.

§. 8. Der selbe schreyber sall eyn leye seynn, dor vmb, ab er anders thue, dan er zu recht sall, das ys [*es ihm*] an den leyp ge.

§. 9. Das hab wir gesetzt durch das, wenne is vns nutze dunckt allen den, dy yn unserm rechten sein, ynn (*l.: vnd*) allenn gemeinenn leuten, den wir nicht stetichlichen selber mugen gerichtten vonn vnserm manichvalde vnmusse.

Die Constitutionen XV—XVIII fehlen im Cod. Pal. M. 461, dagegen zeigt derselbe folgende

Anhänge.

§. 1. (fol. 71b.) Von zwen gewundten**). Ab sich zwene vnder eyne ander wunden gleich vnd clagenn gleich, welcher dem andern denn kamp angewinnet, is geet ym an dy hant, ab dy wunde kampf wirdig (*d. h. würdig ist*). Stirbt der eyne, ee

*) Dass ein Urtheil nur vor, aber nicht von dem König „gesammet“ heissen kann, ergibt sich aus dem Begriffe eines gesammten Urtheils. Siehe meine deut. R.-G. 3. Aufl. Thl. II. p. 895. 896.

**) §. 1. Siehe Magdeburger Rechtsmittheilung an die Stadt Görlitz, a. 1304, art. 29. bei Gaupp p. 281.

dann der kampf gewonnen wirt, is get dem andern an den hals.

§. 2. Ab sich zwene mit enander*). Ab sich zwene gleich mit enander wunden, der eyne get zum Richter in seyn hauss vnd klagt mit geruffe ym richter vnnnd den Scheppenn vnnnd den dingleuten vnd weist seine wunde vnnnd behelt dy erste clage ab er yr gezeug hat, das er yn den vir bencken geclagt hat mit rechte.

§. 3. Wunden sich zwene.***) Wundenn sich zwene zu gleich vnnnder eyenn ander, der eyne mit eym schwerte, der ander mit eym messer, ab dy wunden kampf wirdig sint, vnnnd kommen sy beyde vor gerichte vnnnd clagenn vnnnd wirt ein kampf gelobt, der mit dem schwerte gehauen hat, dem get is an dy hant; der mit dem messer gestochenn hat, dem get es an denn hals, wan eyenn messerstich eyenn deuplich mort ist.

§. 4. Ab ein man gewundet wirt.****) Ab eyn man gewundt wirt vnnnd seyn sache vbernachtet, man sall dem schuldigen bittenn zu dem irsten dinge; ab der man gewundet wirt vnnnd ist dy wunde kampfes nicht wirdig, vnd es kumpt her fur yn der hanthafftigen tat, man sall ym Bescheydenn zu dem irsten dinge. Ist aber dy wunde kampf wirdig, szo sal man ym zu hant eynen richter setzen, vmb dy hanthaffte that.

§. 5.†) Werden zwene manne gewundet, vnnnd kommen sy beyde vor gerichte vnd clagenn der eyne auff den andern, der dy erste vorclage gezeugen mag, der gewinnet dem andern den kampf an, ob dy wunden beyde kampf wirdig sint, vnnnd er yn gegrüset hat als recht ist. Wirt aber ein kampf gefristet vrtzehenn tage, vnd mutet einer eynen kampf auff den andern, vnnnd mag eyner das gezeugenn, das der kampf ein merkman sey,††) er weigert ym kampfes mit rechte.

§. 6. Von Brucken zcoll.†††) Wer brucken zcoll vorwert, der sall yn virfach geldenn. wer marckzoll wegrt (*d. h. weigert*), der sall dreissig schillinge gebenn. vir fussegenger gebenn einen pfen-

*) §. 2. Siehe Magdeb. R. a. 1304, art. 30, bei Gaupp, p. 281; Weichbild, Zobel, art. 82; v. Daniels 57.

**) §. 3. Siehe Weichbild, Zobel, art. 83.

***) §. 4. Siehe Magdeb. Rechtsweis. a. 1304. c. 31, bei Gaupp, p. 281; Breslauer Urk. 1261. §. 13, bei Gaupp, p. 233.

†) §. 5. Siehe Magdeburg. Rechtsweis. a. 1304. c. 31, bei Gaupp, p. 281. Sächs. Weichbild, Zobel, art. 80; v. Thüngen, art. 52; v. Daniels, art. 56. §. 1.

††) Magdeb. R.-W. a. 1304. c. 31. und Weichbild, v. Daniels, c. 56. §. 1 „merceman“; die übrigen Ausgaben des Weichbilds, v. Thüngen, art. 52; Zobel, art. 80 u. s. w. lesen alle „spilman“. — Scherz, glossar. v. merceman, erklärt ihn ganz falsch als *mercenarius*; die richtige Bedeutung ergibt sich aus der Form „merkman“, welche der Cod. Palat. zeigt: d. h. nota (infamiae) signatus.

†††) §. 6. Siehe Sachsen sp. II. 27. §. 1.

nig; ein Reitender man gibt einen halben pfennig; ein geladenes wagen gibt vier hin und her wider zu fahren. Das gibt man zu Wasser zoll*); zu Brücken (l. brücken) zoll das halbe theil.

§. 7. Von pfaffen.***) Pfaffen und ritter und ihr gesinde sollen weßenn zollung frey. Iglich man soll auch weßenn zolls frey, Er reyte oder gehe oder fahre, wo er schiffes oder brücken nicht darff; und mit recht sey er frey gleite, wo er seynes leybes oder gutes gewalden will. wer aber ym gleyte gibt, der soll den schaden ynn seynem gleite oder soll ynn geldenn. Eynn ledig wagen gibt halben zoll gegen (d. h. gegen) dem geladenen.

§. 8. Von Origenes weisagung.***) Origenes weisagte hy vor, das sechs werlt solden seyn, yde werlt aufgenommen bey tausent jahren, und yn der sibende solle zu geen. Nu ist vnns kunt von der heiligen scheppunge, das dy erste werlt began von adam, an Noe die ander, an abraham dy dritte, an Moysen dy firde, an david dy funffte, an gotis geburt dy sechste. In der sybenndenn sin wir nu, an gewisse zall.

§. 9. Der do gewinnet ein scain.†) Der do gewinnet ein zcaun, der soll dy orten††) kerenn an seynen hoff; offen prinet gang und schmids-essen sollenn drey fusse sten von dem zcaune.

§. 10. Genge sal man machen.†††) Genge sal man machen und bewirken vntz an dy erden, dy keygen (gegen) eins mannes hoffe stehen.

§. 11. Man sal dem armen und dem reichen. Wir schwerenn vnserm hergot dornoch dem keyser armen und reichenn, eynn Recht zu thun und ein vnrecht zu meyden als vnns got helffe und alle heiligen. Man mag eyne iuden ubir zceugen mit zweyn cristen und zweyn juden oder mehr.

§. 12. Von den juden auss. Was dy juden aussbitenn, vber ein schock oder mer, dor von gepurt dem Richter ein groschenn und dem schreyber vier heller, von zwentzig gre (gran) VI heller, von eym halben virdinge vier heller; und was vnder dem lot ist, das paut (pant, bannt?) er nicht auff; von eyt pfennigenn dem Richter einen groschen, dem schreiber zwey heller.

§. 13. Von der iuden eyde. Ich schwer bey der ee dy got moysi gab auff dem berge sinay, bin ich gerecht, so kum mir zu hilffe der Segen und auch die ee, dy do got gab auff dem berge Sinay; bin ich vngerecht, so kome auff mich der fluch, den got gab uff dem berge synay.

Zoepfl.

*) „Wasserzoll“ bedeutet soviel als Fahrgeld für das Uebersetzen auf einer sog. Fähre oder Fahrbrücke, lat.: *portorium*.

**) §. 7. Siehe Sachsensp. II. 27. §. 2. 3.

***) §. 8. Ebendas. I. 3.

†) §. 9. Ebendas. II. 51. §. 1. 2.

††) „Orten“, d. h. die spitzigen Enden des Geflechtes.

†††) §. 10. Ebendas. II. 51. §. 3.

Erläuterungen zu den deutschen Klassikern. Erste Abtheilung. Erläuterungen zu Goethe's Werken von Düntzer. Vierte Heft. Wilhelm Meister's Wanderjahre. 112 S. Fünftes Heft. Die Wahlverwandtschaften. 135 S. Jena, Carl Neumann's Verlag, 1857.

Der durch eine Reihe größerer und kleinerer literarisch-literarischer und kritischer Arbeiten über Goethe's Dichtungen bekannter Dr. Düntzer, dessen Compagnon über Goethe's Faust wir in diesen Blättern besprochen haben, gibt uns im vierten Hefte der vorliegenden Sammlung Erläuterungen zu Goethe's Wilhelm Meister's Wanderjahren und im fünften zu dessen Wahlverwandtschaften. Beide Hefte sind mit dem gewöhnlichen Sammelwerke und der bekannten Bereicherung des Verfassers für seinen Dichter, so wie mit genauer und zielgerichteter Kenntnis des Gegenstandes geschrieben; doch leider ist beide an einer mehr an der Aeußerlichkeit liegenden Behandlung, welche wir als die Breite, geht, wo diese durch eine noch notwendige, und außerdem nicht gehörige unangenehmliche Dinge vor Sprache bringt, oder durch eine zu sehr auf Kleinigkeiten gehende Besprechung des Gegenstandes ermüdet und schleppend wird.

Von den zwei hier zur Sprache gebrachten Goethe'schen Dichtungen verdienen besonders die Wahlverwandtschaften von Meister's Wanderjahren den Vorzug. Die letzteren sind in der That Goethe's geistreichste, Goethe verfaßte sie im 70. Jahre seines Lebens. Die ersten sind im noch kräftigeren Alter entstanden. In den Wanderjahren tritt Meister's Leben nur wenig vor, es dient eigentlich nur als ein Faden, an dem eine Reihe von kleinen oder größeren, theils guten, theils wirklich mangelhaften Erzählungen anknüpft, und, wenn auch die Tendenz dieses Romans, der Meister's Lehrjahre, eine der größten Dichtungen Goethe's, so weit hinter sich lassen, wirklich eine philosophische ist, und der Roman selbst sehr viele Lebenswahrheiten und Lebensweisen enthält, und diese in ansehnlicher Gewandtheit aneinander reiht, so fehlt doch die in den Wahlverwandtschaften und Meister's Lehrjahren so reiche Fülle der Dichtung. Goethe'scheichter großer Art, welche Düntzer mit großer Sorgfalt gesammelt hat, zeigen, dass der Dichter im 19. Jahrhundert nicht einmal mehr die Landeskinder Personen von Meister's Lehrjahre und deutlich vornehmten. Dass natürlich in Bezug auf die Anlage und Durchführung verfehlten Romanen seine, einige Erzählungen vornehmen; Vieles trefflich gesagt ist, und wir mehr oder minder immer wieder an andere großen Goethe erinnert werden. Auch der Wanderjahre in der Reihe der Goethe'schen Werke keine Stellung des ersten Ranges verdienen, und Reizender wandert sich daher schon von vornherein, warum man den Wanderjahren in den Erläute-

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Ministerverantwortlichkeit und Staatsgerichtshof in Deutschland. Beleuchtung des Ultraconstitutionalismus in dessen letzter Garantie am Wendepunkt deutscher Verfassungspolitik von Dr. Hermann Bischof. Giessen, 1859 (Ferber'sche Universitätsbuchhandlung). 7 Bogen 101 Seiten.

Es ist bekannt, dass bald nach der Einführung des Constitutionalismus in Deutschland sich eine Richtung bemerklich machte, welche alles Heil von der möglichsten Einengung des monarchischen Principes und von der Verlegung des Schwerpunktes der Regierung in die Kammern erwartete. Es wurde daher auf ein System des Parlamentarismus losgesteuert, wonach der Staat zu einer Republik mit einer schwachen monarchischen Spitze umgestaltet werden sollte. Wie überhaupt die ersten constitutionellen Verfassungen in Deutschland Nachbildungen der französischen Charte von 1814 gewesen waren, so äusserten die Phasen, welche der Constitutionalismus in Frankreich durchlief, jederzeit einen Einfluss auf die Verfassungsbildung in Deutschland, und so kam es, dass das parlamentarische Königthum, wie es die französische Charte von 1830 einrichtete, auch alsbald in Verfassungen deutscher Staaten Nachbildung fand. Seinen Höhepunkt erreichte das Streben nach möglichster Beschränkung der Krone und möglichster Vermehrung der Macht der Kammern in den J. 1848 u. 1849, wo Frankreich sich wieder einmal vollkommen zur Republik umgestaltet hatte, und es daneben in Deutschland sogar Anstrengungen kostete, um das monarchische Princip überhaupt aufrecht zu erhalten. Die traurigen Erfahrungen, welche man in Deutschland alsbald in Folge der eingeschlagenen Richtung machen musste, haben glücklicherweise zur Besonnenheit zurückgeführt, und allgemein hat die Ueberzeugung wieder Platz gegriffen, dass das monarchische Princip wieder einer Kräftigung bedürfe, und die übermässigen Auswüchse des sog. Parlamentarismus zu beseitigen seien, wie dies auch seit dem J. 1851 allenthalben geschehen ist. Dass denjenigen, welche auf die Republik mit oder ohne monarchische Spitze lossteuerten, ein solcher Rückschlag in der öffentlichen Meinung und in den Ständeversammlungen, als den verfassungsmässigen Organen derselben, unwillkommen sein musste, und so unvermeidlich und nothwendig er war, sofort von ihnen durch die beliebte Bezeichnung als Reaction gebrandmarkt werden wollte, liegt in der Natur der Verhältnisse, so wie auch, dass diese Parthei den Grund dieses unvermeidlichen Rückschlags in allem eher, als in ihren eigenen vorhergegangenen Uebertreibungen und Ausschreitungen fin-

den zu müssen glaubt. Uebrigens erkennen auch wir an, dass in der an sich gerechtfertigten Abschneidung parlamentarischer Auswüchse zu weit gegangen werden kann, und warnen ernstlichst davor, hier das Maass des Nothwendigen zu überschreiten, da hieraus dem monarchischen Princip kein Vorthail, sondern nur Schaden erwachsen kann. Ueber dasjenige, was zur Sicherung und Kräftigung des monarchischen Principes nöthig ist, werden die Ansichten im Einzelnen noch lange Zeit aus einander gehen. Es kann dies aber nicht befremden, wenn man bedenkt, dass der Constitutionalismus erst seit 40 Jahren in Deutschland und zwar nach ausländischem Vorbild eingeführt worden ist, und in vielen deutschen Staaten kaum sein erstes Decennium hinter sich hat. Im Gegentheile muss man sich freuen, dass nunmehr verschiedene Meinungen und Ansichten über den Werth oder Unwerth der einzelnen constitutionellen Einrichtungen laut werden; denn dies beweist, einerseits, dass man bereits anfängt, Erfahrungen zu sammeln, die unbefangen gewürdigt, schöne Früchte tragen können, andererseits, dass man über die einseitige Richtung und den ersten Enthusiasmus hinaus ist, der von der neuen Staatsform alles Heil allein erwartete und dass an die Stelle nebelhafter Erwartungen die Kritik zu treten anfängt, die mit der Klarheit des Bewusstseins das Unbrauchbare ausscheidet und dem wirklich Brauchbaren und einer deutsch-nationalen Entwicklung Fähigen den Boden zu weiterer Entfaltung bereitet. Von diesem Standpunkte aus muss auch die vorliegende kleine aber beachtungswerthe Schrift gewürdigt werden. Der Herr Verf. hat darin mit grosser Vollständigkeit die Gesetzgebungen der einzelnen deutschen Staaten über die Ministerverantwortlichkeit gegenüber von den Landständen und das damit zusammenhängende Institut der Staatsgerichtshöfe zusammengestellt, und die bisher in dieser Materie entstandenen Controversen besprochen. Es wird hier mit grosser Schärfe ins Einzelne gehend, gezeigt, was wir auch schon früher bei mehreren Gelegenheiten als unsere Ueberzeugung ausgesprochen haben, dass man dem Institute der Ministerverantwortlichkeit vielfach eine viel zu grosse Bedeutung beigelegt hat, weit mehr, als es in der Praxis, namentlich der deutschen Staaten, je haben kann, und mit Recht wird gerügt, dass man häufig die Fälle, wo das Anklagerecht der Landstände eintreten soll, in einer ganz unzweckmässigen Weise vermehrt, und eben so dem Urtheil, welches auf solche Anklagen erfolgen soll, häufig einen Umfang und Wirkungen beigelegt hat, welche sich nach den Grundsätzen einer gesunden Politik nimmermehr rechtfertigen lassen. Wenn aber der Herr Verf. zu dem Resultate gelangt, dass die Ministerverantwortlichkeit gegenüber von den Landständen dem Wesen des monarchischen Principes geradezu widerspreche, und deshalb aus der Reihe der eigenthümlichen Einrichtungen der constitutionellen Monarchie gänzlich zu streichen sei, so können wir ihm hierin durchaus nicht beistimmen. Wir halten im Gegentheile den Grundsatz der Ministerverantwortlichkeit gegenüber von den Landständen, und

ein Anklagerecht derselben wegen Verfassungsverletzungen, die durch Minister begangen werden, so wie die Zulassung des Urtheils eines Staatsgerichtshofes, welches das Dasein einer solchen Verfassungsverletzung und die Nothwendigkeit der Entfernung eines schuldig befundenen Ministers von seinem Posten ausspricht, für durchaus gerechtfertigt im Interesse des monarchischen Princips selbst und namentlich für unentbehrlich in der constitutionellen Monarchie, wenn, was uns wesentlich erscheint, die Discussionen in den Ständeversammlungen in der Schranke sollen erhalten werden, dass nie die Person des Monarchen bei der Kritik der Regierungshandlungen eingemischt werden darf, und die Unverantwortlichkeit des Souveräns nicht bloss auf dem Papier, sondern in praktischer Wahrheit aufrecht erhalten werden soll. Wir wollen eine gekräftigte Stellung des monarchischen Princips, und sind dafür zu jeder Zeit eingestanden; aber wir wollen keinen maskirten Despotismus, wie er dormalen in Frankreich wieder einmal an die Stelle der Republik getreten ist, der sich gleisnerisch mit einigen repräsentativen Formen umgibt, und nur eine Verantwortlichkeit der Minister gegen das Staatsoberhaupt anerkennt, um sie zu unbedingten Dienern der kaiserlichen Willkür zu machen, und wobei dann nothwendig und offen eingestanden, die Verantwortlichkeit nicht bloß gegen Gott, sondern auch gegen die Nation auf dem Staatsoberhaupt lastet, dem Volke aber kein anderes Mittel zur Verwirklichung dieser Verantwortlichkeit seines Oberhauptes übrig bleibt als die Revolution, die sofort niederzuwerfen, sich die Despotie im Voraus durch die Anlage eines Gürtels von Forts um die Hauptstadt in Bereitschaft setzt. Wir könnten es daher auch für kein Meisterstück der Politik anerkennen, wenn in Preussen das Herrenhaus das zur Ausführung der Ministeranklage vorgelegte Gesetz aus dem principiellen Grunde abgelehnt hat, welchen der H. Verf. p. 32 anführt, dass man hiermit den Art. 61 der Verfassung habe paralysiren wollen. Zwar wissen wir recht wohl, dass auch nach der alten deutschen landständischen Verfassung eine Ministerverantwortlichkeit den Landständen gegenüber nicht bestand. Allein es bestehen zwischen den alten landständischen Verfassungen und der constitutionellen Monarchie so wesentliche und vielfache Unterschiede, und sind die Grundlagen beider Verfassungen so wesentlich andere, dass wir daraus, dass eine gewisse politische Einrichtung bei jener Verfassung nicht stattfand, keinen Schluss darauf für zulässig anerkennen können, dass dieselbe bei der anderen Verfassung also auch entbehrt werden möge. Wir wollen hier nur an das Eine erinnern, dass nach der alten landständischen Verfassung von den Landständen gegen den Fürsten selbst wegen Verletzung ihrer urkundlichen Freiheiten, wegen schlechter Wirthschaft u. s. w. bei den höchsten Reichsgerichten Klage geführt, und der Landesherr nach Gestalt der Sache von der Landesregierung durch einen Reichsschluss nach Instruirung des Prozesses durch eines der beiden höchsten Reichsgerichte suspendirt oder ganz abgesetzt, und

eine Administration des Landes angeordnet werden konnte, so dass also eine bedeutende Garantie, welche die alte Reichsverfassung den landständischen Rechten gewährte, heut zu Tage, wo die Fürsten souverain sind, hinweggefallen und daher wohl ein Ersatz durch eine andere Einrichtung nothwendig geworden ist. Ueberdies sind wir der Ansicht, dass ein tüchtiger Minister gar nicht wünschen kann, den Grundsatz der Ministerverantwortlichkeit gegen die Landstände aus der Verf.-Urk. entfernt zu sehen. Gerade dann, wenn ein Minister sich in der Lage findet, einen tief in das Verfassungsleben eingreifenden Akt vorzunehmen, der möglicherweise einer verschiedenen Beurtheilung fähig ist und also etwa von einer anderen Seite als eine Verfassungsverletzung aufgefasst und angegriffen werden wollte, kann es seine moralische Kraft, sein Ansehen und seinen Einfluss nur verstärken, und seinen Anspruch auf das Vertrauen der Ständemitglieder und des Volkes nur erhöhen, wenn die Ueberzeugung nach allen Seiten hin feststeht, dass er für seinen Schritt den Landständen verantwortlich ist, und er dieser Verantwortlichkeit sich geradezu unterstellt: wogegen es dem Minister allen moralischen Halt entzieht, wenn in solchen kritischen Momenten die allgemeine Ueberzeugung nur die sein könnte, dass der Minister, wie verfassungswidrig er auch als blindes Werkzeug fürstlicher Willkühr handeln möge, doch von keiner Verantwortlichkeit den Landständen gegenüber getroffen werden könne. Durch die Zerstörung der moralischen Stützen des ministeriellen Ansehens wird aber das monarchische Princip wahrlich nicht gekräftigt.

Vollkommen stimmen wir mit dem Herrn Verf. darin überein, dass die neueren Verfassungsgesetze häufig die Fälle, in welchen den Landständen das Recht der Ministeranklage eingeräumt wird, allzusehr und principlos vermehrt, Politisches und Criminalistisches durcheinandergeworfen und die Competenz des Staatsgerichtshofs, eigentliche Strafurtheile im Gegensatz des Erkenntnisses auf bloße Entfernung vom Amte zu fällen, in ungeeigneter Weise ausgedehnt haben. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen das Princip erklären, welches der Herr Verf. S. 30 aufgestellt hat. Hiernach büsst der Minister in Folge der ständischen Anklage und Verurtheilung durch den Staatsgerichtshof kein selbst begangenes Verbrechen, sondern er sühnt nur jenes, dessen Ahndung auf dem Souverain zu lasten hätte. Der Hr. Verf. glaubt durch diese Auffassung das Princip der Selbstregierung des Souverains zur gebührenden Anerkennung zu bringen und sieht dagegen in der Theorie, welche davon ausgeht, dass die Ministerverantwortlichkeit gegen die Landstände in der constitutionellen Monarchie darum eingeführt ist, weil diese als Princip aufstellt, dass der Souverain nie Unrecht thun will und nie als Unrecht tuend gedacht werden darf, eine Anerkennung einer sog. Ministerregierung und eine Nullifizirung des Souverains. Wir dagegen halten die Theorie, welche der Herr Verf. aufgestellt hat, für durchaus unrichtig und über-

dies für höchst gefährlich für das monarchische Princip. Es ist von vorn herein unrichtig, dass ein Minister nur allein wegen der Contrasignatur landesherrlicher Erlasse einer Verantwortlichkeit gegen die Landstände unterliegen oder Verfassungsverletzungen begehen kann. Es ist dies eben sowohl durch rein ministerielle Verordnungen möglich, die ohne alle Mitwirkung des Souverains ergangen sind, und wahrlich wäre es traurig im Staate bestellt, wenn in einem solchen Falle die ständische Ministeranklage nicht stattfinden dürfte. Hiermit wäre einem Ministerium ein sehr einfacher Weg eröffnet, jede ständische Anklage überhaupt zu umgehen: es dürfte nämlich seine Verfassungswidrigkeiten nur in die Form einer ministeriellen Verordnung, statt in die eines landesherrlichen Erlasses einkleiden. Sodann ist es auch nicht richtig, dass ein Minister, der wegen Contrasignatur einer verfassungswidrigen landesherrlichen Verordnung der ständischen Anklage unterliegt, nicht sein eigenes Verbrechen büsst, sondern das des Souverains sühnt. Das eigene Verbrechen des Ministers liegt hier eben in der Mitwirkung und beziehungsweise Veranlassung und Contrasignatur eines verfassungswidrigen landesherrlichen Erlasses. Es ist um so auffallender, wie der Herr Verf. dies ignoriren kann, indem er doch auf der anderen Seite, wovon nachher zu sprechen ist, in der Contrasignatur allein den Grund der Haftung des Ministers sehen will. Gefährlich aber ist die Theorie des Herrn Verf. für das monarchische Princip, das er vertheidigen will, weil nach ihr die Verurtheilung eines Ministers auf die ständische Anklage von dem Publikum als eine maskirte Verurtheilung des Souverains selbst begriffen werden muss, und der Minister hierdurch offenbar in die Stellung des beklagenswerthen Prügelknaben versetzt ist, d. h. jenes Pagen, der im alten Regime mit jedem königlichen Prinzen von Frankreich erzogen zu werden pflegte, und die Züchtigungen der Lehrer erdulden musste, welche der Prinz verdient hatte. Die bisherige gemeine Lehre über die Stellung des Souverains in der constitutionellen Monarchie, der auch wir huldigen, fasst hier das Sachverhältniss doch ungleich würdiger auf. Hier-nach erscheint der Souverain überhaupt nie als ein Verbrecher, also auch nicht als ein Verbrecher, dessen Verbrechen eine andere Person zu sühnen hat, sondern der Souverain erscheint hier-nach im äussersten Falle als getäuscht und übel berichtet durch seine Rathgeber, und der Souverain sühnt, und zwar er selbst, nur seinen an sich als menschlich verzeihlichen, oft unvermeidlichen Irrthum, indem er die Veranlasser desselben der ständischen Anklage und dem Urtheil des Staatsgerichtshofs unterstellt. Der Herr Verf. scheint nicht bemerkt zu haben, zu welchen Widersprüchen die praktische Ausführung seines Principes mit seinen eigenen, zum Theil sehr richtigen Behauptungen bezüglich anderer hier einschlägigen Fragen führen müsste. So z. B. erklärt sich der Herr Verf. mit Recht gegen eine Beschränkung des fürstlichen Begnadigungsrechtes bezüglich eines auf ständische Anklage verurtheilten Ministers. Ge-

rade diese Beschränkung beruht aber auf dem Gedanken, den der Herr Verf. an die Spitze stellt, und ist nur eine consequente Entwicklung desselben. Es ist nämlich sehr natürlich, dass der Fürst, wenn er von der Idee ausgehen müsste, der Minister sühne sein, des Fürsten, Verbrechen, sich in allen Fällen für moralisch verpflichtet halten würde, den verurtheilten Minister sofort zu begnadigen, und dann wird die Beschränkung des fürstlichen Begnadigungsrechtes durch die Verfassung eine politische Nothwendigkeit: sie ist dies aber nicht, wo der Minister nicht als fürstlicher Sündenbock, sondern wegen seiner eigenen ministeriellen Thätigkeit als verurtheilt betrachtet wird und somit dem Ermessen des Souverains, ob eine Begnadigung eintreten könne oder nicht, allerdings noch ein würdiger Spielraum bleibt. Dass es auch nicht leicht ist, eine richtige Auswahl unter den Fällen zu treffen, welche der ständischen Anklage unterstellt werden sollen, zeigen die Bemühungen des Herrn Verf., die Frage zu beantworten, welche Rechtsnormen den Begriff der Verletzung der Verfassung constituiren. Der Herr Verf. findet sich veranlasst, diesen Begriff nicht auf den Buchstaben der Verfassung einzuschränken, und erklärt es für unbestreitbar, dass Normen, welche gegen die Sittlichkeit und Vernunft ankämpfen, als in Widerspruch mit einem absoluten Gebote, der Verletzung des constitutionellen Gesetzes mindestens an die Seite gesetzt werden müssen. Wir gestehen, dass eine solche Ausdehnung des Begriffes des constitutionellen Gesetzes uns grosse Bedenklichkeiten zu haben scheint, da der Begriff von dem, „was gegen die Vernunft ist“ je nach den verschiedenen politischen Parteistandpunkten sehr verschieden aufgefasst werden wird. Wenn aber der Herr Verf. als Beispiele solcher Vernunftwidrigkeiten anführt: „eine Norm, welche von einer Mutter die Tödtung ihres dritten Kindes verlangen, oder die Einführung des Götzendienstes befehlen würde“, so möchte man wohl fragen dürfen, ob denn irgend ein Zeichen der Zeit darauf hinweist, dass wir in das Zeitalter der Pharaonen und des Knaben Moses im Binsenkörblein oder der Königin Athalia zurückzufallen im Begriffe stehen? Man sollte doch bei der Behandlung von praktischen Zeitfragen auch darauf Rücksicht nehmen, dass gewisse Dinge heut zu Tag an sich Unmöglichkeiten geworden sind, und eben so wenig einer wissenschaftlichen Untersuchung als einer legislativen Bestimmung bedürfen, ja letztere geradezu als eine Abgeschmacktheit erscheinen müsste. Was soll denn wohl ein späteres Jahrhundert von der politischen Culturstufe unserer Zeit urtheilen, wenn man lesen wird, dass in ihr noch solche Fragen ernstlich als Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung behandelt werden konnten! Der Herr Verf., der unstreitig die Fähigkeit besitzt, recht Tüchtiges zu leisten, wird uns diese kleine Rüge wohl verzeihen, und es wird sicher kein Nachtheil für seine ferneren Schriften sein, wenn er sorgfältig dergleichen Ungehörigkeiten daraus entfernt hält.

Der Raum dieser Blätter gestattet nicht, dem Verfasser durch alle Einzelheiten seiner zum Theil sehr scharfsinnigen Ausführungen zu folgen. Ich beschränke mich daher auf einige Bemerkungen zu einer Aeusserung des Herrn Verf. die zunächst gegen eine in meinem Lehrbuch des Staatsrechts aufgestellte Behauptung gerichtet ist. Ich betrachte nämlich die Contrasignatur der landesherrlichen Erlasse durch einen Minister als eine Einrichtung, die selbstverständlich da nicht fehlen darf, wo eine Ministerverantwortlichkeit den Ständen gegenüber von einer Verfassung einmal anerkannt worden ist. Mir ist die Contrasignatur eine Form, wodurch die Beweisführung der eigenen Mitwirkung bezüglich des contrasignirenden Ministers überflüssig gemacht wird. Ich bin aber durchaus nicht der Ansicht, dass die übrigen Minister, welche zu einem beschwerenden landesherrlichen Erlasse mitgewirkt, denselben mitberathen und mitbeschlossen haben, von der Verantwortlichkeit völlig frei seien, wenn nicht etwa die Verfassungsurkunde dies ausdrücklich besagt. Ich kann es daher auch durchaus nicht für gerechtfertigt anerkennen, dass nur der contrasignirende Minister allein soll von den Landständen in Anklage versetzt werden können, wo der verfassungswidrige Erlass aus einer Gesamtberathung und einem Gesamtbeschlusse mehrerer oder sämtlicher Minister hervorgegangen ist. Der Grund, welchen der Herr Verf., mit Berufung auf Held, anführt, dass die Contrasignatur gerade desswegen nöthig sei, um die verantwortliche Person zu erkennen, d. h. weil sie eine absolut nothwendige Form sei, beweist gar nichts; schwerlich würde der Herr Verf. einer solchen Ansicht — welcher, wie er selbst anführt, auch die ausdrücklichen Verfassungsbestimmungen in Baden, Braunschweig, Waldeck und Coburg-Gotha geradezu entgegen stehen — Beifall geschenkt haben, wenn er sich die hier in Betracht kommenden Verhältnisse klar gemacht hätte. Die Contrasignatur ist ihrem Wesen nach eben nichts als ein Beweismittel, dass eine bestimmte Person die ministerielle Verantwortlichkeit als auf ihr ruhend anerkannt hat: sie ist aber keine Expromission und Indemnitätsbill, welche der Contrasignirende seinen Collegen durch seine Unterschrift des Gesamtbeschlusses ertheilt oder auch nur zu ertheilen befugt sein kann, wenn der Gesamtbeschluss und die Mitwirkung zu demselben an sich eine Verfassungsverletzung ist. Wollte man das Gegentheil annehmen, so könnte ein Ministerium leicht jede Verantwortlichkeit seiner Mitglieder für die Gesamtbeschlüsse dadurch illusorisch machen, dass es durch die Zusicherung und Gewährung gewisser Vortheile ein Mitglied in sich aufnimmt, welches alles contrasignirt, was den übrigen Mitgliedern zu contrasigniren bedenklich erscheint. Wie wenig aber der Einwand, dass die Contrasignatur eine absolut nothwendige Form sei, Bedeutung hat, ergibt sich klar, wenn man sich daran erinnert, dass diese angeblich „absolut nothwendige“ Form landesherrlicher Erlasse sogar absichtlich unterlassen werden kann: was auch schon mitunter vorgekommen ist. In diesem Falle würde

es nach der Theorie des Herrn Verf. an jedem Subjekte einer ministeriellen Verantwortlichkeit gegenüber von den Landständen fehlen, und wenn nun der nicht contrasignirte landesherrliche Erlass wirklich eine Verfassungsverletzung enthielte, so wäre das Ministerium, welches dazu gerathen oder dazu den Fürsten gedrungen hat, den Ständen geradezu unerreichbar. Der Conflict würde sich sonach direct gegen die Person des Fürsten richten, was zu vermeiden und unmöglich zu machen gerade eine der Hauptaufgaben der constitutionellen Monarchie ist. Dazu kommt noch, dass theils nach der Natur der Sache, theils nach dem positiven Wortlaut mehrerer Verfassungsurkunden nicht zu jeder Art von landesherrlichen Erlassen eine Contrasignatur eines Ministers nothwendig ist; dass aber sehr wohl im einzelnen Falle eine grosse Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und den Landständen darüber entstehen kann, ja auch schon mitunter entstanden ist, ob der landesherrliche Erlass in die eine oder die andere Kategorie gehöre. Hier würde das Ministerium nach der Theorie des Herrn Verf. gar nicht nöthig haben, sich auf einen Streit mit den Landständen einzulassen, oder wie es in solchen Fällen bisher üblich und Praxis war, nachträglich zu erklären, dass es eventuell die Verantwortlichkeit übernehme, sondern das Ministerium würde sich einfach dadurch aus der Sache ziehen, dass es darauf hinwiese, wie es ja doch in keinem Falle von einer Verantwortlichkeit getroffen werden könne, weil die „absolut nothwendige“ Form der Contrasignatur fehle! Wollte man hiergegen einwenden, dass ein ohne ministerielle Contrasignatur, wofern dieselbe nöthig, ergangener landesherrlicher Erlass nichtig sei, so ist abgesehen davon, dass dies nicht unbedingt richtig ist, doch derselbe hiermit praktisch nicht aufgehoben und ausser Wirkung gesetzt, wenn es dem Fürsten gelungen ist, ihn zur Ausführung zu bringen: in jedem Falle wäre eine Verfassungsverletzung begangen, ohne dass das Ministerium, auf dem die Urheberschaft lastet, zur Verantwortung gezogen werden könnte. Die constitutionelle Monarchie würde sich sonach in diesem Punkte nicht von einer rein autokratischen unterscheiden, und in dem Unterlassen der Contrasignatur dem Ministerium das Mittel geboten sein, die Verfassung beliebig und ungestraft zu verletzen, oder auch ganz über den Haufen zu werfen. Können wir demnach in diesem Punkte, wie in manchem anderen, mit dem Herrn Verf. nicht einer Meinung sein, so erkennen wir doch gerne an, dass seine Schrift viel Beachtungswerthes enthält, und von Niemand ungelesen bleiben sollte, dessen Beruf es ist, sich mit den einschlägigen Fragen zu beschäftigen.

Zoepl.

Die deutschen Mundarten. Vierteljahrsschrift für Dichtung, Forschung und Kritik, herausgegeben von Dr. G. Karl Frommann, Vorstand des Archivs und der Bibliothek beim germanischen Museum in Nürnberg, Nördlingen bei C. H. Beck, 1859.

Von dieser verdienstvollen, im Jahre 1854 von Jos. Ant. Pangkofer begründeten Zeitschrift habe ich schon 1855 in diesen Jahrbüchern N. 20, S. 318 kurz berichtet. Nunmehr liegen uns davon 5 Jahrgänge vollendet, vom 6. 2 Hefte vor und es ist wohl gerechtfertigt, darauf mit einigen Worten zurückzukommen, wäre es auch nur um die aufopfernde Hingebung anzuerkennen, womit der jetzige Herausgeber der Zeitschrift seit 5 Jahren dem Unternehmen seine beste Kraft widmet, und um die huldvolle Unterstützung zu rühmen, welche Seine Majestät der König Maximilian II. von Bayern seinen Bemühungen angedeihen zu lassen geruht hat.

Die Zeitschrift umspannt in ihren Untersuchungen und Beleuchtungen das ganze Gebiet der deutschen Dialektforschung. Die verschiedensten Provinzen des deutschen Sprachreichs sind durch tüchtige Bearbeiter, zum Theil mehrfach, vertreten. So um im Norden zu beginnen, dass Plattdeutsche im allgemeinen durch Latendorf, Woeste, Jordan; das Ostfriesische durch Tannen; Oldenburg durch Strackerjan und Lübben; Pommern durch Odebrecht. Für die Rheinlande gibt Franz Pfeiffer einen wichtigen Beitrag zur Kenntniss des älteren kölnischen Dialekts durch eine Anzahl von Sagen aus dem 15. Jahrhundert, worunter manche auch stoffliches Interesse bieten, wie die Pilatussage Band 2, S. 1. Für Achen haben wir J. Müller, für Rheinfranken Wilh. von Waldbrühl; für Westfalen A. v. Eyn und Friedr. Woeste, für Koburg Frommann, den Herausgeber selbst und Hofmann; für Schlesien finden wir werthvolle Ergänzungen der trefflichen Arbeiten von Weinhold und Peters; für Meiningen sorgt Brückner und Sterzing, für Nürnberg C. Weiss und W. Weikert. Aus Oesterreich erhalten wir Beiträge von Kaltenbrunner, Klun, Castelli; insbesondere über Ungarn von Schröer, über Kärnten von Lexer, über Tirol von Schöpf und Gredler, über Voralberg von Vonbun, über Siebenbürgen von Schuler, Haltrich und dem nun viel zu früh verstorbenen Victor Kästner. Bayern ist durch F. v. Kobell, Schwaben durch M. Rapp, Barack und Birlinger vertreten; die Schweiz durch Titus Tobler, Rocholz und Schmidt, das Elsass durch August Stöber und Friedrich Otte. In ähnlicher Weise wären noch andere Landschaften und Mitarbeiter zu nennen und leicht zu zeigen, dass die umsichtige Thätigkeit des Herausgebers und die theilnehmende Unterstützung der mannichfaltigsten zum Theil der bedeutendsten Kräfte in allen Gauen des weiten Vaterlandes zusammenwirken, um die Zeitschrift zu einer reichen Schatzkammer dialektischer Kenntnisse zu machen. Welch ein lexikalischer Reichthum in diesen Heften enthalten ist, zeigt ein Blick in die sorgfältigen Register über die erläuterten Wörter am Schluss jedes Bandes.

Wollen wir die Beiträge im Ganzen nach ihrem Inhalt in Gruppen stellen, so fallen uns vor allem 1) die grammatischen Untersuchungen ins Auge. Darunter ist die Abhandlung von Weinhold über oberdeutsche Geschlechtsnamen, eine andere über verstärkende Zusammensetzungen, sodann die Erörterungen von Stertzing über den hennebergischen Dialekt hervorzuheben. 2) Von den lexikalischen Beiträgen, welche billigerweise grossen Raum füllen, ist schon vorhin die Rede gewesen. 3) Besonderes Augenmerk ist gerichtet auf die Vervollständigung der Literatur und Bibliographie der Mundarten, wobei sehr zweckmässig, um die nöthige Einheit hervorzubringen, an die Schrift Trömmels angeknüpft wird. 4) Auch die deutsche Literaturgeschichte erhält manche schätzbare Bereicherung, wie durch die biographischen Schilderungen über Weikert und über Victor Kästner. 5) Literarische Denkmäler, namentlich Gedichte aus älterer und neuerer Zeit sind in grosser Zahl mitgetheilt und überall mit fleissigen und gründlichen Erläuterungen einzelner Wörter und Stellen versehen. Unter den ersteren ist besonders ein interessantes Denkmal des schwäbischen Dialekts aus dem 17. Jahrhundert hervorzuheben, das in einem Originaldrucke sich in der Frankfurter Stadtbibliothek befindet. Die neueren Dichtungen können vielfach zu anmuthiger, erheiternder Lesung dienen. Reich und anziehend ist besonders der Vorrath an Volksliedern, Schnaderhüpfeln, Sprüchwörtern und Räthseln. 6) Endlich dürfen die mannichfachen Beziehungen nicht unerwähnt bleiben, welche diese Mittheilungen theils unmittelbar, theils mittelbar für die Geschichte des inneren Volkslebens und der Volkssitte darbieten und die reiche Quelle der Belehrung, welche der Geschichtsforscher aus der Betrachtung der Gebräuche, Spiele, Feste, Sagen, Anekdoten, der Bezeichnungen von Thieren und Pflanzen u. s. w. für die Erkenntniss des stilleren Lebens der Nation in ihren verschiedenen Schichten zu gewinnen vermag. Aber freilich gehört dazu ein feines Auge, ein geübter Sinn und vor allem ein Herz für die Sache.

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, dem mit so aufopferndem Eifer und von so meisterhafter Hand geführten Unternehmen allgemeinere Theilnahme zuzuwenden und dadurch den Fortbestand der Zeitschrift zu sichern!

A. v. Keller.

Zeitschrift des historischen Vereins für das württembergische Franken. Vierter Band. Drittes Heft. Mit einer Abbildung. Jahrgang 1858. Herausgegeben von Ottmar F. H. Schönhuth, Pfarrer zu Edelfingen, d. Z. Vorstand des Vereins. Mergentheim. In Commission; Stuttgart bei Fr. Köhler. Heilbronn; bei A. Scheurlen.

Der historische Verein für das württembergische Franken wurde im Jahr 1847 gestiftet, und hat sich bis jetzt frisch und kräftig erhalten, auch mit vielen bedeutenden Gesellschaften von gleicher Richtung sich in Verbindung gesetzt, und vor Kurzem das zwölfte Heft, oder des vierten Bandes drittes Heft seiner Zeitschrift veröffentlicht.

Der Herausgeber desselben, Herr Ottmar Schönhuth, gibt S. 325—346 eine historische Abhandlung über Wolfram von Nellenburg, Meister Deutschordens in deutschen (und welschen) Landen, Gründer des Spitals (Hospitals zum heiligen Geist) in Mergentheim, wozu er ausser den einschlägigen gedruckten Schriften das (Copeij) Lagerbuch des Spitals vom Jahr 1701 und die in dessen Räumlichkeiten vorhandenen Inschriften benützt hat. Wolfram von Nellenburg tritt zuerst im Jahr 1316 als Commenthur im Ordenshaus zu Meinau auf, welche Stelle er bis zum Jahr 1319 bekleidete. Nach dieser Zeit wurde er zum Land-Commenthur der Ballei Elsass und Burgund gewählt, die zu Altshausen ihren Hauptsitz hatte, und im J. 1329 oder 1330 mit der Würde eines Meisters des Deutschordens in deutschen und welschen Landen betraut. Sowohl bei Kaiser Ludwig dem Baiern als bei Kaiser Karl IV. stand er in hohen Gnaden, da er beiden treue Dienste leistete. Im J. 1340 stiftete er den Spital zu Mergentheim. Zu Ende des Jahrs 1360 oder zu Anfang des Jahrs 1361 legte er sein Amt nieder. Angereiht ist dieser Lebensskizze eine kurze Geschichte des für die Stadt Mergentheim und Umgegend sehr wohlthätigen, reich dotirten Spitals nebst mehreren darauf bezüglichen Urkunden. Ein besonderer Abdruck der erwähnten Abhandlung ist zur Errichtung eines Denkmals für Wolfram von Nellenburg in der Nähe des Spitals bestimmt.

Der Grund, warum Herr Ottmar Schönhuth S. 373—442 die von ihm voriges Jahr veröffentlichte Schrift, Leben und Fehden Herrn Götzen von Berlichingen mit der eisernen Hand nach der alten Handschrift, wieder hat abdrucken lassen, ist nicht angegeben. Nur die Beilage ist geändert. In der Separatausgabe besteht sie aus 7 noch ungedruckten Briefen des Ritters, deren Originalien im Fürstlich Löwenstein-Wertheim'schen Archiv aufbewahrt werden; in vorstehender Abhandlung enthält sie einen Brief des Philipp Ernst von Berlichingen an Herzog Ludwig von Württemberg vom 6. August 1577, welcher sich am Schlusse der ältesten Handschrift der Biographie Götzens befindet und beweist, dass diese Handschrift vor dem Jahre 1577 gefertigt wurde, weil sie ältere Schriftzüge als der Brief hat.

In der Rubrik Alterthümer und Denkmale theilt Herr Ottmar Schönhuth die erfreuliche Nachricht mit, dass Freiherr Friedrich von Berlichingen, österreichischer Rittmeister und Kammerherr zu Mannheim, unter Mitwirkung sämmtlicher Glieder seiner Familie eine sehr gelungene Renovation der im Kreuzgange des Klosters Schöenthal befindlichen Grabdenkmale der Herren von Berlichingen habe vornehmen lassen, und giebt unter Beziehung auf eine Beschreibung dieser Monumente in seiner Schöenthaler Chronik vom Jahr 1850 eine berichtigte Anzeige der betreffenden Inschriften.

Das Grabmal des Bischofs Gottfried von Hohenlohe in der Domkirche zu Würzburg erklärt er S. 453 ff. für das älteste Denkmal des Hohenlohe'schen Hauses und beruft sich hiefür auf die grosse Einfachheit desselben, sowie auf die rohen Eckfiguren daran, die gegenwärtige Umschrift aber nebst der arabischen Zahl 1198, behauptet er, sei später eingehauen, da die Buchstaben derselben neuerer Zeit angehören. Nach unsern Beobachtungen fällt der Anfang des Gebrauchs der arabischen Zahlen in die Mitte des 15. Jahrhunderts. Ueber die fragliche Künstlerschrift aber können wir nicht urtheilen, da sie nicht näher beschrieben ist.

Für die in seiner erwähnten Schöenthaler Chronik aufgestellte von einem Mitglied des Vereins als blos auf Chroniknachrichten beruhend angefochtene Behauptung, dass die Mutter des Wolfram von Bebenburg, Stifter's dieses Klosters, eine von Berlichingen gewesen sei, bringt Herr Ottmar Schönhuth S. 465 ff. ein Aktenstück bei, woraus erhellt, dass solche durch eine Tradition in der Familie von Berlichingen unterstützt werde.

Herr Oberrentamtmann Mauch von Gaildorf führt S. 443 ff. mit Rücksicht auf einen Aufsatz im dritten Heft S. 103 ff. aus, dass die Abbildung des Grabsteins von Schenk Friedrich V. in der Schenkenkapelle zu Comburg, wie ihn der alte Genealogist Fröschel gegeben hat, und die Beschreibung der Ahnen des Verstorbenen auf keinem Missverständnisse beruhen dürften. Ferner theilt er S. 446 ff. nebst einigen andern Inschriften von Glocken auch die einer solchen in der Kirche zu Bühlerthan, O.-A. Ellwangen mit, welche zu den ältesten datirten gehört, indem sie die Jahreszahl 1276 trägt.

Zu wünschen wäre, dass im nächsten Hefte der Fehler S. 449 Praemonstratenser statt Cistercienser und die Inhaltsanzeige gegenwärtigen Hefes S. V berichtigt würde.

Karl Klunzinger.

Die Alterthümer unserer heidnischen Vorzeit. Nach den in öffentlichen und Privatsammlungen befindlichen Originalen zusammengestellt und herausgegeben von dem römisch-germanischen Centralmuseum in Mainz durch dessen Conservator L. Lindenschmit. I. Heft, 26 Seiten und 8 Tafeln (mit 143 Abbildungen); II. Heft, 16 Seiten und 8 Tafeln (mit 97 Abbildungen); III. Heft, 16 Seiten in 8 Tafeln (mit 61 Abbildungen). Mainz, 1856—59; klein Folio.

Als bei der Versammlung der historischen Vereine zu Dresden und Mainz im J. 1852 das germanische National-Museum in Vorschlag gebracht und seine Ausführung genehmigt wurde: hat man, wohl einsehend, dass die Untersuchung der gesammten deutschen Vorzeit und die Sammlung der Ueberreste und Alterthümer aller früheren Jahrhunderte für ein Museum allzu gross und fast erdrückend sei, die christliche von der heidnischen Zeit getrennt, und während jene speziell dem National-Museum in Nürnberg überlassen bleibt, für die heidnische Vorzeit der deutschen ein römisch-germanisches Nationalmuseum ins Leben gerufen, welches in Mainz seinen Sitz hat, weil in jener alten Zeit Mainz einer der ersten Orte in Germania war, und seine Sammlungen aus jener Periode jetzt noch die ansehnlichsten sind. Dieses Centralmuseum, im Nov. 1852 sofort durch den dortigen historischen Verein errichtet, befasst sich eigentlich nicht mit der Aufsammlung von Alterthümern und Ueberresten aus der heidnischen Zeit — indem dies mehr Sache der einzelnen Vereine und Museen verbleibt — sondern hat sich die Aufgabe gestellt, „eine übersichtliche Sammlung der heidnischen Alterthümer aus alten deutschen Ländern herzustellen“ und sucht diese Aufgabe, da die Originale zu erlangen meist unmöglich ist, dadurch zu lösen, dass sie getreue plastische, die Originale in jeder Hinsicht ersetzende Facsimiles in Gyps, ganz ähnlich kolorirt sammelt nicht nur für das Mainzer Museum, sondern auch zum Verkauf vervielfältigt, wodurch auch anderwärts ähnliche Sammlungen angelegt werden können. Nachdem nun diese Abbildungen in Gyps, namentlich auf den verschiedenen Versammlungen der historischen Vereine vielen Beifall gefunden, auch manche Museen veranlasst haben, ihre eigenen Sammlungen durch dieselben zu bereichern: hat der Vorstand es voriges Jahr unternommen, durch gegenwärtiges Werk, von dem bereits 3 Hefte vorliegen, eine genaue und wissenschaftliche Uebersicht der heidnischen Alterthümer anzubahnen. Während nun das Heidenthum und Deutschland allerdings das Hauptaugenmerk verbleibt, wird doch diese Grenze, wie die Vorrede bemerkt, nach zwei Richtungen überschritten werden müssen, indem einmal die Uebergangsperiode in das Christenthum — d. h. die Zeit vom 5. bis ins 8. Jahrhundert — mit in den Kreis gezogen werden muss, weil namentlich die Todtenbestattung noch Vieles lange aus dem Heidenthum behalten hat und die Schmuckgeräthe dieser späteren Zeit viel-

fach an die frühere Sitte erinnern; und indem zweitens zur Vergleichung der Fundstücke im eigenen Lande die Nachbarn nicht ausser Acht gelassen werden können, also namentlich die römischen, griechischen und etruskischen Erzgeräthe, Waffen u. s. w. herangezogen werden müssen. — Wir vermissen hierbei die Berücksichtigung der keltischen Alterthümer, so wie im Osten Deutschlands die slavischen auch nicht ganz zu übersehen sind — der Herausgeber hat die Gegenstände in 4 Perioden geschieden: Stein-, Erz-, Eisen- und fränkisch-alemannische Periode, und die einzelnen Abtheilungen in die Gruppen gesondert: Waffen, Geräthe, Schmucksachen, Gefässe, Sculpturen, Grabsteine u. s. w. zugleich überall bemerkt, wo jeder Gegenstand gefunden, wo jeder noch vorhanden ist. Die Abbildungen sind genau und schön, nur oft zu klein, indem die meisten nur $\frac{1}{5}$ der eigentlichen Grösse zeigen. Wir können nun hier nicht aufzählen, welche vielen und schönen Gegenstände auf diesen 24 Tafeln, welche in Allem über 300 Abbildungen geben, enthalten sind, noch auch auf die einzelnen Perioden oder Geräthe besonders aufmerksam machen: nur Einzelnes wollen wir uns zu bemerken erlauben. Im ersten Heft auf der letzten Tafel N. 1 findet sich eine „barbarische Darstellung der Roma mit der Inschrift: INVICTA ROMAVTEREFELIX.“ Wenn dies dünne Erzblech — gefunden bei Wiesbaden (der jetzige Aufbewahrungsort ist zufällig nicht angegeben) — wirklich ächt ist, woran wir wegen einiger Buchstaben fast zweifeln möchten, wissen wir doch kaum, warum dies schlechte römische (?) Machwerk unter unsern Alterthümern steht; oder soll die Bezeichnung „barbarisch“ hindeuten, dass man es für eine germanische Arbeit hält? Schwerlich wird ein Germane jene Inschrift gesetzt haben. — Ueberhaupt meinen wir, dass aus der Fremde zu viel herbeigezogen sei: indem z. B. III. Heft, Taf. 1 bemerkt wird „Schutzwaffen aus Erz gehören unter den Grabfunden Deutschlands zu den grössten Seltenheiten“: halten wir es fast für überflüssig, eine ganze Tafel altitalischer Waffen dieser Art zu geben, ehe noch die wenigen neulich in Süddeutschland gefundenen Panzerstücke mitgetheilt werden, was hoffentlich in einem späteren Hefte geschieht. — Es ist freilich namentlich am Rheine schwer, römische und germanische Alterthümer zu sondern, und so begrüßen wir gerne im III. Hefte, Tafel 2 Grabsteine spanischer Reiter in Worms, weil auch ihnen nach römischer Sitte ein Barbar d. h. Germane zu Füssen liegt, dessen grosser Schild wenigstens in diese Sammlung mit vollem Recht gehört. — Die letzte Tafel gibt christliche Grabsteine, die durchaus nichts heidnisches enthalten, wenn auch bei einigen derselben Grabalterthümer wie aus früherer Zeit mitentdeckt wurden; bei andern aber nicht; diese also sind vielleicht nur der alt-deutschen Namen wegen aufgeführt; wobei wir den Wunsch aussprechen wollen, der Herausgeber möge auch aus den ächt römischen Inschriften in Mainz und anderwärts die ältesten deutschen Worte wie FREIOVERVS, VOBERG u. s. w. in dies sein Werk aufnehmen. —

Ob auf Inschrift 8 v. 3 das Wort ALD — heisst, ist zweifelhaft, da v. 4 und 6 das L eine andere Figur hat; wir erkannten früher darin ein Z. Noch bemerken wir endlich, dass die christliche Grab-schrift aus Wiesbaden nicht genau abgebildet ist, indem auf ihr auch die zweite Taube noch grossentheils erhalten ist. — Schliesslich wünschen wir, dass das Werk seinen ungestörten Fortgang nehme, indem es einer wesentlichen Lücke abhilft, und auf gelehrte und angenehme Weise zugleich einen Einblick in die heidnische Zeit unseres Volks gewährt, wie dies bisher noch nirgends wo sonst geschehen ist.

Klein.

Ausflug nach Schweden im Sommer 1858 von Dr. G. K. Brandes, Professor und Rector des Gymnasiums zu Lemgo. Mit einer Uebersichtskarte von Stockholm. Lemgo und Detmold, Mejer'sche Hofbuchhandlung 1859. 136 S. in 8.

Wir haben der früheren ähnlichen Schriften des Verfassers in diesen Blättern stets mit der Anerkennung gedacht, die sie als ein angenehm unterhaltende, anregende Lectüre verdienen (siehe zuletzt Jahrgang 1858, Seite 943 ff.): wir wollen darum auch dieses Ausfluges, des sechsten der Art, den der Verfasser beschrieben hat, gedenken und können unsere Leser versichern, dass sie dieselbe lebendige Darstellung, mit Treue und Wahrheit aller Schilderungen verbunden, auch in dieser Reiseschilderung wieder finden werden, die, während die zunächst vorhergegangene nach dem Süden (nach Rom) sich gewendet hatte, dem ganz entgegengesetzten Norden sich zuwendete. Von Stettin aus eilte der Verfasser mit dem Dampfbot nach Stockholm: an die Schilderung der schwedischen Hauptstadt knüpft sich die Erzählung der weiteren Reise nach der alten Universitätsstadt Upsala und von da weiter nordwärts nach Dalekarlien, nach der Bergstadt Fahlun, dem Siljansee u. s. w. Die Rückreise berührte Stockholm und ging von da auf dem neuen Canal und dem Wenersee, dem grössten Landsee Schwedens, nach Gothenburg, von da über Kopenhagen, Kiel u. s. w. in die Heimath zurück. Wenn eine Reise in diese nordischen Gegenden auch nicht mit allem dem Comfort ausgestattet ist, mit dem man jetzt eine Schweizerreise oder eine Rheinreise macht, so bietet sie doch des Interessanten so Vieles, abgesehen von einer herrlichen und grossartigen Natur, dass man sich reichlich belohnt finden wird. Und so möchten wir wünschen, dass die frische und treue Darstellung von Land und Volk, die uns hier gegeben wird, auch Andere veranlassen möge, die gleiche Wanderung zu unternehmen. Die Be-

merkungen, die der Verf. gelegentlich (S. 63 ff.) über die schwedische Sprache macht, wird man mit Interesse lesen; das Gleiche gilt von dem, was über den Cultus der schwedischen Kirche (S. 109), über Gesang und über das schwedische Gesangbuch bemerkt wird: eines der darin enthaltenen Lieder: „Gustav Adolph's Kriegsgesang“, mag nach der Uebertragung unseres Verfassers auch hier eine Stelle finden:

1. Erzittre nicht, du kleine Schaar,
Wenn Kriegsgeschrei der Feind furchtbar
Rings um dich lässt erschallen.
Erfreut ihn auch dein Untergang,
Doch seine Freude währt nicht lang,
Drum lass den Muth nicht fallen.

2. Gott führet dich, thu deine Pflicht,
Auf ihn setz deine Zuversicht
Er schützt dich in Gefahren.
Sein Gideon wacht immerfort
Der wird des Herren Volk und Wort
Mit Schwert und Schild bewahren.

3. Auf Jesu Namen hofft und wisst,
Dass des Gottlosen Macht und List
Nicht uns, nur sich zerstöret.
Sie stürzen hin zu Hohn und Spott,
Mit uns ist Gott, und wir mit Gott,
Und uns der Sieg gehöret.

Lange'sche Buchhandlung
[10]

Nr. 3.

HEIDELBERGER

1862.

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Perthes, Clemens Theodor, politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft. Das südliche und westliche Deutschland. I. Gotha 1862. VIII und 352 S. gr. 8.

Der Verfasser, Professor der Rechte in Bonn, bekannt bereits durch das Leben seines Vaters, des Buchhändlers Friedrich Perthes, hat, wie er im Vorwort schreibt, sich „seit 20 Jahren mit der Geschichte der politischen Parteien, welche jetzt in Deutschland einander gegenüberstehen, beschäftigt“, Vieles natürlich aus gedruckten und ungedruckten Schriften gesammelt und gehofft, „eine Entwicklungsgeschichte der politischen Parteien in Deutschland aus solchen Vorarbeiten hervorgehen zu lassen“. „Da ihm aber zur Ausführung dieses Vorsatzes schwerlich Kraft und Zeit vergönnt sein werde, so habe er einen einzelnen Theil bearbeitet“. Hier liegt uns nun die Hälfte von dem ersten Buche vor: „Politische Zustände und Personen auf dem linken Rheinufer zur Zeit der Fremdherrschaft“. Wiewohl die zweite Hälfte, welche die südlichen und westlichen Rheinbundstaaten betrifft, „in wenigen Wochen“ (wie die Vorrede vom Oktober sagt) beendet sein wird, glauben wir doch nicht, dass es Jemand verfrüht ansehen wird, weil wir jetzt schon unser Urtheil abgeben. Denn beide Theile hängen fast eben so wenig mit einander zusammen, wie damals in deutscher oder auch französischer Zeit Köln z. B. mit Würtemberg; ja nicht einmal diesen ganzen ersten Band wollen oder können wir einer eingehenden Betrachtung unterbreiten; sondern indem wir, was über Aachen, Köln und Trier gesagt ist, den Geschichtsforschern dortiger Gegend anheimstellen, wollen wir nur, was über Mainz handelt, etwas genauer vornehmen: auch glaubt Unterzeichneter sich hierzu vollkommen befugt, da er im Laufe dieses Jahres „die Geschichte von Mainz während der ersten französischen Occupation 1792—93“ „mit den Aktenstücken“ veröffentlicht hat. Mit Freuden griffen wir daher nach dem Buche, indem wir hofften, was wir dort ausführlich schilderten, hier in nuce zusammengedrängt zu finden. Allerdings gibt das Buch eine kleine Schilderung, aber auch eine dürftige und einseitige, um nichts mehr zu sagen.

Also „politische Zustände und Personen“ aus jener Zeit will der Verfasser vorlegen; man darf daher keine Geschichte jener Zeit erwarten; man darf daher eigentlich keine zusammenhängende Darstellung der Fremdherrschaft suchen wollen; man kann sogar einzelne abgerissene Abhandlungen und Darstellungen von Personen und Zuständen dem Titel nach nicht für unangemessen erachten. Doch

g. n. 3706

dem ist nicht so: das Buch enthält wirklich eine mehr oder weniger zusammenhängende und fortlaufende Geschichte der einzelnen Staaten während der Fremdherrschaft zugleich mit Rückblicken auf die frühere Zeit (hie und da sehr ausführlich, wie bei Köln bis zur Römerzeit hinauf) und mit Berücksichtigung einzelner hervorragenden oder besonders bekannten Personen. Doch da der Verfasser wohl fühlen mochte, wie ungleich die einzelnen Theile durchgearbeitet sind, wie hier die Zustände des Breiten geschildert werden, dort fast ganz an eine oder die andere Person, die Ereignisse geknüpft sind, hie und da weder Personen genannt werden, noch politische Zustände und Verhältnisse aufgeführt sind u. a. m., so scheint uns daher der nicht unpassende Titel entstanden zu sein; und dies wollen wir auch bei der Beurtheilung stets im Auge behalten.

Wie schon erwähnt, betrachten wir nur die Mainzer Geschichte oder des ersten Buches erstes Kapitel, welches die Ueberschrift führt: „Die vorübergehende Besetzung von Mainz durch die Franzosen, 21. Oktober 1792 bis 22. Juli 1793.“ (Eigentlich zogen die Franzosen erst am 23. Juli aus Mainz, doch die Kapitulation ist vom 22.) Das Kapitel selbst ist in sechs Abschnitte getheilt: I. Kurmainz vor Ausbruch der französischen Revolution, S. 18—32; II. Joh. G. Forster's Lebensgang bis zum Ausbruche der französischen Revolution, S. 32—72; III. Kurmainz unter den Eindrücken der französischen Revolution 1789—1792, S. 73—83; IV. Forster's Stellung zur Revolution bis zur Besetzung von Mainz durch die Franzosen 1789 bis 21. Oktober 1792, S. 84—96; V. Kurmainz unter französischer Militärgewalt 21. Oktober 1792 bis 21. Juli 1793, S. 96—117, und endlich VI. Forster's Aufenthalt und Tod in Paris, S. 117—137. Gleich bei dieser Uebersicht fällt uns auf, dass die Hälfte der Abschnitte an Forster vergeben sind, oder genauer genommen, von 120 Seiten handeln über 70 von ihm; wir werden sehen, ob er die erste Person in diesem Trauerspiele war.

Der erste Abschnitt beginnt mit einer kurzen Angabe von dem Territorium des Kurfürstenthums: dass die Zahl der Quadratmeilen nicht angegeben ist, liess sich erwarten, da die Angaben aus jener Zeit zwischen 120 und 160 Quadratmeilen schwanken; man darf aber auch nicht die angeführten Aemter als vollständig ansehen; es fehlen z. B. die Oberämter Krautheim, Steinheim, Höchst u. a.; oder ist für letzteres Hochheim gesetzt? Dieses gehörte aber nicht zu Höchst, sondern war ein domkapitelischer Ort. Hierauf wird Weniges über Kurfürst Karl Joseph von Ostein (1743—63), mehr über Emmerich Joseph von Breidenbach (nicht Breitenbach, wie der Verfasser S. 20 hat) bis 1774 vorgebracht, meist nur solches, was auf Schule und Kirche Bezug hat; ausführlicher wird des letzten Kurfürsten Friedrich Karl Joseph von Erthal Zeit geschildert, hier auch vorzüglich, was das innere Leben betrifft, sowohl die Ueppigkeit des Hofes als die geringe Bildung und Abhängigkeit des Volkes; ein tieferes Eingehen in die Politik des Kurfürsten, in seine reli-

giösen Bestrebungen halten wir auch nicht gerade für nothwendig, doch wäre es wohl passender gewesen, als manche Anekdote und andere Kleinigkeit.

Beim zweiten Abschnitte fragt sogleich der Kenner der damaligen Geschichte von Mainz: warum, da die Kurfürsten und die politischen Zustände von Mainz so kurz behandelt sind, wird Forster's Biographie so ausführlich, ja ziemlich vollständig mitgetheilt? Die Antwort ist kurz diese: weil dem Verfasser von diesem Vieles bekannt ist; denn seitdem Forster's Briefwechsel (1829) edirt ist, gelten diese Briefe als eine Fundgrube für die Mainzer Geschichte; und allerdings enthalten sie manche Angaben über Mainz und Mainzer Verhältnisse, aber sie sind immer mit Vorsicht zu gebrauchen; denn namentlich stand Forster bis zum November 1792 ganz fern von den politischen Kreisen in Mainz; und wenn der Verf. einen Mann schildern wollte, der damals in Mainz von politischer Bedeutung war, so ist diess Joh. (von) Müller; doch dieses einflussreichen Mannes wird nur selten gedacht. (Ungenau wird S. 26 gesagt: „der Kurfürst berief Joh. von Müller als geheimen Staatsrath — G. Forster als Bibliothekar“; Joh. Müller wurde 1786 zum Bibliothekar berufen und erst als Forster 1788 diese Stelle erhielt, avancirte Müller nach und nach zu jenem Titel.) Wenn aber auch Forster, weil er später eine gewisse Rolle spielte, näher zu betrachten war, möchte man sich doch wundern, warum so viel über ihn und aus ihm in der Mainzer Geschichte mitgetheilt wird: weder vor der französischen Revolution gehört er in die Mainzer oder rheinische Geschichte, noch hat er während der Mainzer Revolution sich in Mainz anders gerirt als auf eine höchst traurige, beklagenswerthe Weise; daher er in einer Mainzer Geschichte nur kurz und vorübergehend abzuthun ist; mag er immerhin als Schriftsteller in den Naturwissenschaften oder als Reisebeschreiber einen grossen Namen haben, wir in Mainz protestiren gegen eine Glorifikation Forster's wegen seines Benehmens bei uns; fast unbegreiflich ist es, wie der Verfasser, wo viel Wichtigeres vorlag, wo bedeutendere Personen hervorgeholt werden konnten, nur immer von Forster spricht, nur immer seine Briefe excerptirt; diess entschuldigt nicht einmal der Titel des Buches „politische Zustände und (politische?) Personen.“ Uebrigens ist die frühere Biographie Forster's (S. 32 bis 72!) nicht unangenehm zu lesen; sie ist auch der Wahrheit mehr gemäss als die vielen andern Lebensbeschreibungen, die wir in den letzten 10 Jahren erhalten haben: der Verfasser erwähnt doch auch seine Schwächen und stellt ihn nicht allzu hoch: „Zu den Schöpfern der machtvoll geistigen Bewegung gehört er nicht“ S. 34 — sonst wird er gewöhnlich zu den Häuptern der Drang- und Sturmperiode gerechnet — „er könnte entbehrt, aber er würde vermisst werden“, ebendas.; „Freunde werfen ihm seine Selbstsucht und seine Sinnlichkeit vor“, S. 50 (die andern Biographen erwähnen diess nicht; wir in Mainz können davon Beispiele anführen); „selbst für die Naturwissenschaft fehlte ihm

nach Ansicht der Männer von Fach geordnete Vorbildung und umfassende Kenntniss“, S. 70 (was wird Moleschott hierzu sagen, der ihn nennt „den Naturforscher des Volks“?) u. s. w.

Der dritte Abschnitt „Kurmainz unter den Eindrücken der französischen Revolution 1789—72“ bis zum Einzuge Custine's ist sehr kurz und theilweise ungenügend und in nicht Wenigem ungenau. Wir heben Einiges aus: Der Mainzer Minister Albini ist ganz falsch beurtheilt, wenn ihm „starrer Eigensinn (o! hätte er diesen am 20. Oktober 1792 gehabt!), kleinliche Herrschgier, Ungeschick in Behandlung der Menschen und Urtheilslosigkeit in grossen Verhältnissen“ zugeschrieben wird; dagegen wird übergangen, dass er ein Mann von ächt deutscher Gesinnung war, bis zuletzt die Vertheidigung der Mainzer Festung — gegen den Willen des Gouverneurs u. A. — verlangte — wir erwähnen nicht, wie er später den Mainzer Landsturm persönlich zum Kampfe führte, wie er als Minister des Grossherzogs von Frankfurt den gewandten Unterhändler mit Napoleon machte und wohl grosse Verhältnisse nicht nur zu beurtheilen, sondern auch zu leiten verstand u. a. m. — Dem Unwesen der Emigranten in Mainz und Worms konnte er nicht steuern; doch „erschien weder Mainz wie eine altfranzösische Provinzialstadt“, S. 75, noch „ertheilte Prinz Condé in Worms dem Rathe Befehle, handhabte scharfe Polizei“, S. 74; im Gegentheil die Reichsstadt Worms protestirte beständig gegen den Aufenthalt der Emigranten, so dass Joh. Müller es im Januar 1792 dahin brachte, dass Condé Worms verlassen musste (vgl. Müller's Werke, kleine Ausg. 31. 35), was der Verfasser nicht erwähnt; daher falsch ist, was Forster Darstellung der Mainzer Revolution (Werke VI. 382) sagt: „dass Magistrat und Zunft daselbst noch zuletzt auf eine höchst unwürdige Weise vor Condé gekrochen hätten“. Der Verf., der schön und ausführlich den Widerwillen der Coblenzer gegen die Emigranten schildert, wofür er übrigens in Laukhard's Leben und Schriften manche Beiträge finden konnte, ist hier in Mainz etwas kurz: breite Anekdoten stehen in Schlözer's Neuem Staatsanzeiger; auch Forster's Briefe vom März und April 1792 konnten Stoff bieten; doch diese Kürze tadeln wir nicht: aber die Emigranten sind nicht allein oder hauptsächlich die Ursache, wesshalb „die Stimmung gegen den Kurfürsten ungünstig wurde“; der Kurfürst war wegen seiner Ueppigkeit und wegen seines ungeistlichen Lebens bei den Mainzern nicht beliebt. Ebenso heisst es an derselben Stelle S. 76 „seit 1791 war Forster von bitterem Unwillen erfüllt“ nicht ganz richtig; Forster war nie zufrieden, wie der Verfasser im vorigen Abschnitte auseinandergesetzt hat, hatte nirgends Ruhe und strebte nicht gerade immer nach Höherem und Besserem, was zu loben wäre, sondern immer hinweg aus seinen augenblicklichen Verhältnissen, freilich oft blos, weil er stets in Geldverlegenheit war. So wie hier in Forster die Schuld zu suchen ist, so war es auch bei den meisten andern „Missvergnügten und Unzufriedenen“, „in deren Zusammenkünften, wie

es S. 77 heisst, Böhmer, Wedekind, Metternich, Hoffmann, Potocki das Wort führten“. Wer diese Wortführer vor dem Einzuge der Franzosen waren, wird nicht beigefügt; alle fünf waren keine Mainzer; Böhmer wohnte nicht einmal in Mainz, sondern war Professor am lutherischen Gymnasium in Worms, wird also selten den Zusammenkünften in Mainz beigewohnt haben; von Potocki, einem Kaufmann aus Colmar, schreibt Vogt, Rheinische Geschichte IV 206, „er habe sich gleich bei der Ankunft der Franzosen für die Revolution erklärt“; also nicht schon früher; oder welche Quelle hat hierüber der Verfasser? Also bleiben die drei Professoren übrig, Wedekind, zugleich Leibmedikus des Kurfürsten, Metternich, der Mathematiker (war um so mehr zu bezeichnen, da der Mediziner Metternich ganz anderer Gesinnung war) und Hofmann (nicht Hoffmann), der Jurist; zu denen man übrigens noch andere fügen konnte, wie Blau, Eickemeyer, Lux u. a. m. Ob der französische Gesandte Villars, als er im Mai 1792 nach Mainz kam, „der geheime Mittelpunkt aller dieser Unzufriedenen wurde“, wie S. 77 gesagt wird, ist nicht erwiesen, wenngleich König und Kath. Zitz in ihren Romanen viel davon reden. — S. 78 „Mit Schmach bedeckt waren die kurfürstlichen Truppen im Frühjahr 1791 von Lüttich zurückgekehrt“, so schreiben auch Eickemeyer und seine Freunde; da aber Forster, wenn ich recht sehe, hierüber schweigt (vgl. sein Schreiben vom 22. Jan.), so wird ein anonymes Schriftchen über Mainz in Briefen (auf einer Rheininsel 1792 mit vieler Freimüthigkeit und Wahrheit geschrieben) wohl auch zu beachten sein, wenn es S. 110 sagt: „Das mainzische Kontingent hat sich nach dem pfälzischen bei den Lütticher Angelegenheiten die meisten Lorbeerkränze errungen, aber auch vor andern manches nachtheilige körperliche Andenken zurückgebracht“, und Müller schreibt am 10. Mai: „800 Mann sind zurückgekommen, alle begierig nach einer neuen Exekution.“

Noch weniger befriedigt der zweite Theil dieses Abschnittes, wo von dem Einfalle Custine's die Rede ist: wir sind nicht böse, dass der Verf. unglaubliche Anekdoten aus Forster's Darstellung oder andern Parteischriften vorbringt, wir verlangen auch nicht, dass er ausführlich erzähle, was damals in und ausser Mainz vorging; aber wir beklagen es sehr, dass seine ganze Darstellung, so kurz sie ist, fast nur bezweckt, die Mainzer herabzusetzen und die Franzosen zu heben. Da wird nichts erzählt von der den Franzosen ganz abgeneigten Gesinnung der Mainzer, wie sie mit Eifer sich bewaffneten und mit Muth sich vertheidigten, wie sie laut murrten, als der Kriegsrath und die Statthalterschaft — wo jedoch gerade die Civilisten für fernere Vertheidigung stimmten, die Uebergabe beschloss, nichts erzählt von dem Verrathe Eickemeyer's — davon steht doch Ausführliches in Hatzfeld's Buch, das der Verfasser citirt. — Nach diesem hat er zwar z. B. S. 81 „die Gesamtzahl der Besatzung auf 2875 Mann angegeben; dass aber eine grosse Zahl Landleute (zum Theil frühere Soldaten) in der Stadt sich be-

waffneten, wie bei Hatzfeld auf derselben S. 101 beigelegt wird, so dass die Zahl dieser auf 2600 stieg, wie andere zuverlässige Angaben nachweisen, das verschweigt der Verfasser. Dass „der Leibarzt des Kurfürsten in's französische Lager ging“, wird S. 83 erwähnt; der Name Wedekind wird nicht beigelegt — und es gab doch zwei Leibärzte. — Neu war uns ebendasselbst: „stündlich wurde den Franzosen, da der Kommandant dem Verkehr mit denselben keine Hindernisse in den Weg legte, Nachricht über die Stimmung der Bürger, über den Zwiespalt und die Unentschlossenheit der Generale und den schlechten Zustand der Werke gegeben.“ Wer der Zeitgenossen hat einen solchen Verrath nachgewiesen? Wir sind keine Freunde vom Kommandanten, aber solcher Vorwurf lastet nicht auf ihn; zwar soll Metternich vom Stephansthor den Feinden Zeichen gegeben haben; aber eine weitere Kommunikation, ein stündlicher Verkehr mit dem Feinde wird nicht bewiesen werden können; oder ich bitte den Herrn Verfasser: wo sind die Belege? — Von den Franzosen wird wohl erzählt, dass sie den Mainzer Waschweibern halfen; aber nichts von ihren Kontributionen und Plünderungen in Speyer und Worms, nichts von dem barmherzigen Schreiben Custine's und seiner Genossen, nichts von ihrer Furcht vor den Oesterreichern, nichts von ihrer Flucht, als man für Preussen Quartiere anmeldete.

Der vierte Abschnitt „Forster's Stellung zur Revolution bis zur Besetzung von Mainz durch die Franzosen 1789 bis 21. Oktober 1792“ ist anschaulich und gut; man konnte in der Mainzer Geschichte etwas kürzer über Forster's religiöse oder vielmehr irreligiöse Ansichten sprechen; aber oben sehen wir, warum nur Forster hier die Hauptperson ist: und doch wird gleich Anfangs eingestanden: „Um ein politischer Mann zu sein, fehlte ihm kaum weniger als Alles“; er trat zwar im November zur Revolution über, wenn er schon noch im Februar schrieb: „Wie sollte es mir einfallen, einen Umsturz predigen zu wollen, den ich selbst nicht wünsche“, S. 69. Schön entwickelt der Verfasser, wie hauptsächlich Geldverlegenheit, dann das eheliche Zerwürfniß mit seiner Gattin, die bei ihm, aber nicht mehr mit ihm lebte, und endlich die Sucht nach einer andern praktischen Stellung, die nach seiner Ansicht ihm vielleicht angemessener wäre, ihn den Franzosen in die Arme, wir sagen in das Verderben führte. Nur eine Unrichtigkeit bemerke ich: Forster hatte damals nicht 2600 Gulden Gehalt, wie S. 90 steht, sondern nur 1800 fl. und in der letzten Zeit freie Wohnung.

Der folgende Abschnitt „Kurmainz unter französischer Militärgewalt, 21. Okt. 1792 bis 22. Juli 1793“, S. 96—116 ist viel zu kurz, um genügen zu können, abgesehen von der Einseitigkeit, die wir hier am wenigsten erwartet hätten. Gleich der Einzug der Franzosen ist nicht ganz der Wahrheit gemäss; warum hat der Verfasser hier seinen beständigen Gewährsmann Forster verlassen? während dessen Darstellung 399 nur von „bestäubten, schmutzigen, zerlump-

ten Kerlen“ spricht, lässt der Verfasser S. 96 „wohlgekleidete junge Leute — neben schmutzigen, zerlumpten Kerlen einziehen“. Wir geben zu, dass auch wohlgekleidete junge Leute dabei waren; aber die Wahrheit verlangte die Umstellung. Schade, dass dem Verf. Schlözer's Neue Staatsanzeigen unbekannt waren, wo II. 162 die Angabe, „dass Offiziere und Gemeine mit Lumpen bedeckt und mit Ungeziefer übersäet waren“, eine boshafte Verläumdung genannt wird.

Daher waren auch nicht „alle Strassen mit Männern, Frauen und Kindern“ bei deren Einzuge angefüllt, noch weniger brauchten sie „dankbar“ zu sein, „durch geordnete Kriegsgewalt von den bereits versuchten Plünderungen des Mainzer Pöbels gerettet zu sein“. In der Stadt ist nichts geplündert worden, als das kurfürstliche Holz. Die Ordnung wurde nicht gestört; denn nicht war entflohen „die alte Obrigkeit bis auf ihre letzten Ausläufer“, wie es S. 97 hiess: die städtischen, gerichtlichen, finanziellen Collegien waren fast in ihrer Gesammtheit nicht geflohen: nur die Statthalterschaft, wie vorher der Adel und die hohe Geistlichkeit waren nicht mehr in Mainz, doch aber „die reichsten Bürger“, die der Verf. mit jenen sich entfernen lässt. — Den Klub schildert er nicht übel, zwar nur nach Forster, ohne jedoch die Widersprüche zu bemerken, in welche dieser durch seine Briefe und die ein Jahr später geschriebene Darstellung geräth. Aus einzelnen Reden im Klub werden Kernsprüche angeführt; hierbei hätten wir gewünscht, dass angemerkt worden wäre, wie sich die zwei wüthendsten Republikaner später gerirten: Wedekind, der damals sagte: „Wenn je eines von beiden sein soll, und ich die Wahl habe, so will ich lieber Bandit, als Soldat eines Regenten sein“, wurde später Leibarzt des Grossherzogs von Hessen, geadelt und schrieb ein Buch für den Adel; Metternich, der rasende Verfolger der Fürsten, hat später denselben Grossherzog zum Pathen seines jüngsten Sohnes gebeten. Das sind „Personen“ jener Zeit, das sind die Mainzer Republikaner; die Verehrer jener Periode können selbst nur drei oder vier wegen ihrer Uneigennützigkeit loben, von welcher Liste die Nachkommen zwei gestrichen haben. Der Verf. hat zu wenig den Personen nachgespürt, um die ganze Wahrheit hier geben zu können; er beschäftigt sich fast nur mit Forster, wagt aber kein tadelndes Wort über ihn auszusprechen, während doch manche Widersprüche und nicht schöne Handlungen und Aeusserungen vorgebracht werden. Forster sprach sich Anfangs gegen den Klub aus, trat aber drei Tage darauf selbst ein; — (ob Custine dessen Eintritt begehrte, wie S. 101 steht, bezweifle ich — seine Freunde, besonders Wedekind, der Arzt seiner Frau, hatten nicht viel Zuredens nöthig). Wenn aus Forster's Brief vom 16. Decbr. bemerkt wird: „das Gehalt der Universität fiel mit der französischen Besetzung hinweg“ S. 102, so ist diess unrichtig, indem nach den noch vorhandenen Rechnungen des hiesigen Universitätsfonds Forster am 2. Januar 1793 525 fl. als vierteljährigen Gehalt voraus erhielt, denn im November, wo er zu den Franzosen überging, er-

hielt er vom Kurfürsten eine Zulage von 300 fl. — Die Angabe von Joh. Müller's Rath an die Bürger ist nur nach Forster's Brief vom 5. November; etwas anders lautet er in dessen Schreiben vom 10. November; damit war aber zu vergleichen Müller's öffentliche Erklärung gegen einen Ausdruck in einer Rede von Forster (Werke VIII. S. 429; diese Rede hat der Verf. wenig beachtet, Müller's Werke gar nicht, vergl. dessen Band 38. S. 160). Auch Forster's sonstige Schriften, seine Zeitung „die neue Mainzer Zeitung oder der Volksfreund“, die er vom 1. Januar bis zum 26. März (37 N. in 4.) herausgab, seine französische Rede vom 13. Januar, sein Antheil an Wedekind's Patriot u. s. w. werden nicht erwähnt. Ueberhaupt ist der Verfasser nicht sehr bewandert in der republikanischen Literatur von Mainz; aber von den vielen Schriften gegen die Franzosen und für die deutsche Sache wird auch nicht eine angeführt; es scheint auch keine benutzt zu sein. — Die zwei Schriften, welche S. 105 u. f. anonym angezogen werden, sind von Friedrich Cotta aus Stuttgart, französischen Kommissär der Posten dahier. — Weiter führt der Verf. von den vielen revolutionären Liedern und Gedichten nur zwei Strophen an; von der einen ist Friedr. Lehne Dichter; der Dichter der andern ist mir unbekannt, wie dem Verfasser. — Ob „Custine bei der Wahl in die Administration vor Allem auf Forster's Mitwirkung rechnete“, wie S. 108 steht, wissen wir nicht gerade; allerdings war Forster unter der Administration die geachtete Person; für seine Thätigkeit erndtete er aber bei den Franzosen keinen Dank, wie der Verf. selbst später erwähnt, wie denn auch selbst Forster und die Administration mit den Franzosen, namentlich Custine, sehr unzufrieden war (vgl. Friedens-Präliminarien VI. 1795 S. 43 ff., welche Zeitschrift der Verfasser nicht gekannt zu haben scheint). Jetzt komme ich an die Punkte, wo ich es nur bedauern kann, wenn ich sehe, wie die Biographen Forster's oder auch die Geschichtschreiber jener Zeit die ihnen bekannten Quellen unbenutzt gelassen. Um die Mitte Novembers erhielt Forster ein Schreiben vom Buchhändler Voss in Berlin, worin ihm im Namen des ehemaligen preussischen Ministers Herzberg eine ansehnliche Summe Geldes angeboten wurde mit dem Wunsche: „er möge nur ein guter Preusse bleiben“. Diess weist Forster zwei Tage nachdem er französischer Administrator dahier geworden war, mit Indignation zurück, meinend, „er sei kein Preusse; er könne jedoch nur ein guter Preusse sein, wenn er Preussen mit Frankreich verbinde“; dass er aber, als Voss ihm schrieb, „er werde durch das Geschenk nicht gebunden“, das Geld sich kommen liess, wird gewöhnlich nicht erwähnt; was hätten die Franzosen dem französischen Administrator gethan, der heimlich von den Preussen Geld annahm? Als um dieselbe Zeit in Mainz das Gerücht sich verbreitete, dass der König von Preussen den Custine zur Uebergabe der Stadt aufgefordert habe, drohte Custine durch eine Proklamation denjenigen zu hängen, der davon spreche! Und der Administrator

nahm Geld an! und doch hatte er am 21. Nov. beigelegt, wegen eines solchen Verlangens „verdiene er an den ersten Laternenpfahl aufgehängt zu werden“. Ich entschuldige diess nicht mit seiner Geldnoth — die französische Administration hatte damals vollauf Geld. — Wir tadeln aber, wenn König Haus und Welt II. 173 (die zweite Ausgabe ist mir nicht zur Hand) und Elisa Maier 97 nur die Abweisung lobend berichten, dagegen Stricker bei Duller, die Männer des Volks III. 222, und bei Paldamus, Dichter und Prosaisten, II. 303, König bei Lenz, deutsche Dichter und Denker 170, und so auch unser Verfasser dieser ganzen Sache mit keiner Silbe erwähnen, und doch ist sie zur Charakteristik der Person bezeichnend und gehört nicht blos in sein Privatleben. — Doch uns liegt noch ein anderes schwereres, nie zu sühnendes Verbrechen Forster's vor, „der Verrath am Vaterland“. Er hat mit einigen andern Gleichgesinnten beim rheinisch-deutschen Konvent in Mainz den Beschluss durchgesetzt: „dass der Landesstrich zwischen Speyer und Bingen auf ewige Zeiten von Deutschland gelöst werde“; er allein hat die Schrift aufgesetzt, worin das französische Volk gebeten wird, „diesen Landesstrich als Geschenk anzunehmen“; er allein hat zu gleichem Zwecke in Paris eine Rede gehalten und den Verrath am Vaterland, so viel an ihm lag, verwirklicht! Wie beurtheilen nun die Biographen diese Thatsache? Die meisten gehen ganz kurz darüber hinweg, so dass der Verrath kaum gemerkt wird, z. B. Elise Maier; Stricker bei Duller III. 223 entschuldigt die That wegen der damaligen Zeit; König in seinem Roman II. 234 nennt es beklagenswerth, endlich bei Lenz a. a. O. „landesverrätherisch“. Darob ergrimmt Moleschott, G. Forster 2. Aufl. V., „weil Deutschland nur mit halbem Recht sein Vaterland und Mainz nur ein Theil dieses Vaterlandes sei“! eine ganz einfältige Entschuldigung: wenn ich auch nur ein Dörfchen dem Feinde preis gebe, heisse ich mit Recht ein Verräther; auch war Forster, als er nach Mainz kam, nicht der Ansicht, dass er ein Pole sei, indem er 1789 öffentlich dem Kurfürsten dankte, „dass er ihm sein Vaterland wiedergeschenkt“. Wir wollen hier nicht weiter auf derartige Urtheile und Behauptungen eingehen, welche durch die Thatsachen widerlegt werden. Unser Verf. S. 113 erzählt flüchtig und ungenau: „der Konvent beschloss die Trennung des alten Kurlandes vom deutschen Reiche“, eigentlich nur eines ganz kleinen Theiles von Kurmainz, dagegen mehreres von Speyer, Worms, Pfalz und vielen deutschen Fürsten; Forster's Antheil und Thätigkeit wird dabei verschwiegen, nur beigelegt, „dass er mit der Deputation nach Paris reiste u. s. w. Kein Wort der Missbilligung hören wir, obwohl der Verf. doch eine schöne deutsche Gesinnung bei der Geschichte des Unterrheins an den Tag legt. Wir hoffen hiermit gezeigt zu haben, dass Forster schon wegen dieser einen That nicht zu den „Edlen“ der Nation zu rechnen ist. Wir glauben, dass endlich die Zeit kommen wird, wo ein wahres Urtheil über ihn gefällt

wird: er mag sein ein grosser Naturforscher, ein vorzüglicher Kunst-richter, ein gewandter Brieffschreiber, ein guter Uebersetzer, ein warmer Vertheidiger seiner Ansichten; edel war weder sein Charakter, noch seine Handlungsweise. Diess kann man noch bei vielen Vorfällen seines Lebens beweisen, auch aus dem, was unser Verfasser anführt, wie wir weiter unten noch einen ärgerlichen Fall anführen werden.

Nachdem hierauf der Verfasser — wir eilen zum Schlusse — die Belagerung und Beschiessung von Mainz — letztere wird nicht erwähnt; nur steht dafür „fast täglich brannte es“, was doch etwa nur auf die letzten vier Wochen passt — so wie den Auszug der Franzosen und die Rückkehr der Mainzer und des Kurfürsten — er war nicht 9 Monate, wie S. 115 steht, sondern über 10 Monate entfernt — nachdem diese höchst wichtige und inhaltsreiche Zeit zwar nur von fünf Monaten auf drei Seiten abgemacht ist, dürftig, und etwas einseitig, geht der Verfasser zum letzten Abschnitt über: „Forster's Aufenthalt und Tod in Paris, 29. März 1793 bis 12. Januar 1794“ auf 21 Seiten. Hier wird vorerst aus den Briefen von Forster Schönes und Passendes über die Zustände in Paris ausgehoben und dabei auch nicht verschwiegen S. 120, wie Forster in „den Parisischen Zuständen“ und in seinen Briefen nicht immer übereinstimme — das konnte man über die Mainzer Verhältnisse oft wahrnehmen. — Alle Auszüge sind darauf berechnet den Forster zu glorificiren; sogar der Umstand, dass er seine Frau einem Andern abtritt, wird ihm nicht zum Vorwurf gemacht — „er blieb seinem edlen Sinn überall treu“, auch nicht der Frau, „welcher angeborne Reinheit und Lauterkeit der Gesinnung“ S. 127 zugesprochen wird! Hier in Mainz gibt es noch über sie Anekdoten, wie sie — vor ihrem Verhältniss mit Huber — mit Studenten kokettirte; der Verf. kennt nur letzteres; doch wie könnte ich da jenes Lob, wenn auch aus W. von Humboldt's Munde, nachschreiben! Dieses Abtreten seiner Frau — ohne gerichtliche Scheidung — entzieht dem Moralisten Forster jeden moralischen Gehalt. Wollen wir ihn entschuldigen, so können wir sagen, dass das Geld oder vielmehr Mangel an Geld den allerdings grosse und schöne Anlagen habenden, aber schwachen Mann in alle die Missverhältnisse gebracht hat, die, wenn ich recht sehe, keinem andern bedeutenderen deutschen Gelehrten jener Zeit zur Last fallen. Das Geld war schuld, dass er dem Kurfürsten und andern Fürsten und Aristokraten — trotz seines freien Sinnes — öffentlich und heimlich schmeichelte, dass er dann dem Custine und den Demokraten schmeichelte, dass er offen zum lügenhaften Lobredner der Franzosen wurde — man denke an die Einnahme von Frankfurt, die unser Verfasser mit keinem Worte erwähnt — Geld und Eitelkeit waren weiter schuld, dass er zum Verräther am Vaterland wurde — wie seine Briefe klar beweisen — Geld war wiederum schuld, dass er seine Frau

hingab. Wie ist aber der Charakter des Mannes, der sich immer durch Geld bestimmen lässt? nimmermehr edel. Wir bedauern den Forster, dass er so sehr fiel — er verdiente ein besseres Loos — aber wir halten es für gerecht, wenn von Mainz aus, gegen das er sich schwer verfehlt hat, endlich das rechte Urtheil bei der Nachwelt angebahnt wird, die sich hoffentlich durch die Bannbulle Moleschott's eben so wenig wird stören lassen, so wie von allen Biographen nur der einzige König das wahre Wort endlich — in seiner dritten Darstellung — über Forster hat ergehen lassen. Daher verdiente auch Forster keine Statue in Mainz — wie Moleschott im Jahr 1854 angeregt hat — denn unvollständig ist es, wenn derselbe a. a. O. VII. erzählt, dass er am 26. Nov. nur einen Vortrag dahier etwa im Kunst- und Literaturverein halten wollte; das hätte man zugegeben — wie voriges Jahr in demselben Verein über das Leben Forster's in Mainz — vor der Revolution — ein Vortrag stattfand. Aber die Statue wiesen die Mainzer mit Indignation zurück, sie wollten nicht einmal seine Büste auf der Bibliothek, wo er nichts that. Höchstens gehört ein äusseres Denkmal in das ehemals polnische Nassenhuber.

Hiermit endet der Verfasser seine Mainzer Geschichte; aus dem bisher Bemerkten wird man zwar hinlänglich einsehen, wie dürftig und ungenügend jene Zeit dargestellt ist; doch erlauben wir uns noch zwei Ausstellungen, welche die ganze Erzählung betreffen. Zuerst ist von den bösen Handlungen der Franzosen fast nichts erwähnt, z. B. nichts von den grossartigen Kontributionen etc. in Frankfurt, nichts von ihren Brandschatzungen und Plünderungen, nichts davon, dass Custine in der Stadt 4 Galgen errichtete, und dass die Administration, deren Vicepräsident Forster war, am dritten Tage ihres Daseins die Presse und jedes freie Wort unterdrückte; nichts von den entsetzlichen Misshandlungen der französischen und Mainzer Beamten gegen Einzelne und Alle. Die Annalen der leidenden Menschheit, eine liberale Zeitschrift, sagen Jahrgang 1800 S. 18: „Die Willkür war unbeschreiblich. Wer einem sogenannten Klubisten zu missfallen das Unglück hatte, ward als verdächtig auf das jenseitige Ufer ausgewiesen, sein Vermögen in Beschlag genommen und so wie das der Stifter, Klöster, der Geistlichkeit und des Adels öffentlich versteigert. Arretirungen, Versiegelungen, Ausweisungen, Konfiskationen, Geld- und Schanzenstrafen waren etwas Gemeines, und es bedurfte dazu nicht viel, denn man war im Stande der Revolution.“ Auch Körperstrafen hätten hier beigefügt werden können; denn sie wurden wegen eines freien Wortes nach militärischer Weise öffentlich ertheilt; die Grausamkeit der Franzosen am Johannistage 1793 berührt der Verf. nicht, auch nicht ihr schreckliches Verfahren während der Belagerung und Beschiessung der Stadt; auch gedenkt er nicht der Feigheit und Flucht der französischen Soldaten und Anführer am Anfange Decbr. und Ende März u. s. w. Wie hier der Verf. die Misse-

thaten der Franzosen nicht aufführt, so weiss er von dem edlen Sinne und der durch nichts zu erschütternden Liebe zum deutschen Vaterlande bei der immensen Mehrzahl der Mainzer nichts zu erzählen; zuerst einige Zahlen: am Klub nahmen nicht 500 Theil, von denen fast die Hälfte Ausländer oder Franzosen waren; bei der dritten und letzten Abstimmung im Februar — die zweite im December übergeht der Verf. ganz — erklärten sich von 10,000 Stimmfähigen nicht 400 für die französische Verfassung und die Trennung von Deutschland; dagegen verliessen über 16,000 Mainzer mit ihren Familien die Stadt theils freiwillig, theils auf die schmachvollste Art exportirt. Weiter kennt und nennt der Verfasser nicht einen Mainzer, der den Franzosen offen entgegentrat, nicht den Erasmus Lennig, der im Klub gegen den Klub sprach, nicht J. G. Reuter, der bald wegen der Willkür des Kollegiums aus der Administration schied. Wie sehr hätten die Mainzer einzeln und alle verdient, wegen ihrer Abneigung gegen die Franzosen und das französische Treiben und wegen ihrer ächt deutschen Gesinnung und ihrer Liebe zu Fürst und Vaterland ein nicht geringes Lob zu erlangen; der spätere Vorwurf, dass die Mainzer damals Franzosen oder Klubisten waren, trifft sie für jene Zeit nicht im geringsten.

Doch genug: so dürftig das Werk des Verf. in mancher Hinsicht ist, so wird es doch beitragen, auf jene Epoche hinzuweisen, und somit die Wahrheit an den Tag bringen helfen; dass der Verf. sie nicht überall fand, ist weniger er selbst schuld, als Mangel an Quellen; wir haben über jene Zeit weit mehr als er glauben mochte und wusste. Da er aber für den Unterrhein ein schönes Material besass, so mögen wir ihm sogar danken, dass er, wenn auch nur skizzenhaft, auch den Mittelrhein in sein Werk heranzog. Der Unterrhein aber, zwei Drittel des Werkes, ist so viel wir sehen, genau und ausführlich behandelt und zeigt, wie dort ebenfalls die deutsche Gesinnung bis tief in die Napolonische Zeit hinein vorherrschend blieb und nie von den Fremden vertilgt werden konnte; daher nenne ich des Verfassers Werk eine höchst verdienstliche unserer Zeit angemessene und von wahrem Patriotismus belebte Schrift. Unsere Ausstellungen möge der sehr ehrenwerthe Verfasser nicht übel deuten, er wird sie und mich gerechtfertigt finden, wenn er mein Buch, das er nicht gekannt zu haben scheint, eines Blickes würdigt; möge er eine öffentliche Beurtheilung demselben zu Theil werden lassen; seinem Werke, wir wiederholen es gerne, verdanken wir die Freude, für das lobenswerthe Benehmen der Mainzer gegen den Feind neue Belege in dem edlen Betragen des Niederrheines gefunden zu haben, indem der Verfasser klar und schön gezeigt hat, dass der Einwohner des linken Rheinufers ein warmer Anhänger des deutschen Vaterlandes ist, auch bei den grössten Bedrückungen den Widerstand gegen die Feinde festhält, und nicht einmal durch langjährige Trennung von seinen eigentlichen Körpern fremden Geist annimmt, son-

dem stets gedenk ist, dass sein wahres Leben nur an die Verbindung mit Deutschland geknüpft ist. **Klein. *)**

Alterthümer des deutschen Reichs und Rechts, Studien, Kritiken und Urkunden zur Erläuterung der deutschen Rechtsgeschichte und des praktischen Rechts, von Dr. Heinrich Zoepl, Grossherzogl. Bad. Hofrathe u. o. ö. Professor des Staatsrechts u. s. w. an der Universität zu Heidelberg. Dritter Band. Auch unter dem Titel: Die Rulands-Säule. Eine Rechts- und Kunstgeschichtliche Untersuchung. Mit zwanzig in den Text gedruckten feinen Holzschnitten. Leipzig und Heidelberg. C. F. Winter'sche Verlagsbuchhandlung. 1861. 25 Bogen. 397 S.

Nachdem in den beiden ersten Bänden insbesondere die Entwicklung der Landesherrlichkeit aus den Dinghöfen in Bezug auf die weltlichen und geistlichen Te ritorien abgehandelt worden ist, reiht sich hieran wohl billig eine Untersuchung über Entwicklung der städtischen Verfassung auf der gleichen Grundlage. Diese Untersuchung konnte sich insbesondere um ein Rechtsdenkmal bewegen, welches immer als eines der räthselhaftesten betrachtet worden ist, nämlich die Rulands-Säulen, welche sich noch zahlreich aus alter Zeit in dem deutschen Norden erhalten haben. Das Buch selbst wird Zeugniss davon ablegen, dass nur durch mehrjährige Sammlungen und zahlreiche Correspondenzen, so wie auch mit nicht unbeträchtlichen Kosten das Material zusammengebracht werden konnte, welches hier zusammengestellt und kritisch behandelt worden ist. Vor Allem handelte es sich darum, den ursprünglichen Typus der Rulandsbilder festzustellen, um hieraus einen Schluss auf deren eigentliche Bedeutung wagen zu können, was um so nothwendiger war, als directe Quellenzeugnisse sich in den früheren Jahrhunderten nur sehr spärlich finden, und die Nachrichten aus späterer Zeit so viele Missverständnisse enthalten, dass sich dadurch die Forschung weit mehr erschwert als gefördert fand. Sollten die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung Anerkennung finden, so durfte das lebhafteste Interesse, welches die deutsche Altertumsforschung von jeher an den Rulandssäulen genommen hat, in noch höherem Grade als berechtigt erscheinen, als man bisher vielleicht anzunehmen geneigt

*) Gelegentlich bitte ich im Jahrgang 1861 Nr. 44 folgende Druckfehler zu bessern:

Seite 693	Zeile 16	von oben	lies	Trusilch.
" 693	" 27	" "	"	Lörzweil.
" 699	" 1	" "	"	Rossel.
" 702	" 16	" "	"	Rosmerta.
" 703	" 6	" unten	"	Luguduni.
" 704	" 9	" oben	"	OF. NATIVI.

war. Hervorgegangen aus dem uralten deutschen Gerichtsbaume, dem Schwert- oder Schildpfahl, dem Ding- oder Malbaum, welcher selbst wieder mit dem ältesten heidnischen Göttercultus der Germanen zusammenhängt, erscheint hiernach die Rulandssäule seit der Ottonischen Zeit als das Wahrzeichen nicht nur der Blutgerichtsbarkeit, des Immunitäts- und Markrechts der bischöflichen und freien Reichsstädte, ja sogar später auch ähnlicher Freiheiten landesherrlicher Städte, sondern sie rückt mit der Ausbreitung der deutschen Herrschaft von den Elbegegenden nach dem Norden, sowohl in der Richtung nach Holstein als in der Richtung gegen die Oder und Weichsel vor, und erscheint somit dort als das Wahrzeichen der Germanisirung und Christianisirung dieser damals von der dänischen Herrschaft bedrohten noch von einer eingedrungenen slavischen Bevölkerung eingenommenen Länder. Die Rulandssäule erscheint daher in dieser Beziehung zugleich als ein Siegeszeichen, um welches sich ein gutes Theil der deutschen Geschichte in dem eigentlichen Heldenzeitalter der Nation gruppirt, und spricht daher noch jetzt in ernster Mahnung zum deutschen Volke, fest und treu zu bewahren, was die Grossthaten der Altvordern ihm vom X—XIV. Jahrhundert in harten Kämpfen wieder errungen haben. Ein besonderes Interesse dürften wohl auch die mancherlei aus altgermanischer Zeit erhaltenen Gebräuche zu erwecken geeignet sein, die nach dem Untergange des Heidenthums sich an die Rulandssäulen anhefteten, und eben dadurch ein sprechendes Zeugniß davon ablegen, dass diese selbst nicht lange hernach entstanden sein können, was uns wieder auf die Ottonische Zeit zurückweist. Dass das Rulandsbild ein deutsches Königsbild sein soll, welches als Symbol der christlich-germanischen Herrschaft, der Rechtspflege und städtischen Freiheit aufgestellt wurde, dürfte mit Evidenz nachgewiesen worden sein: dafür aber, dass es überdiess insbesondere ursprünglich das Bildniß Otto's II., des rothen Königs, vorstellte, ist wohl die höchste Wahrscheinlichkeit erbracht worden, welche bei dem fragmentarischen Charakter der beschafften Materialien überhaupt zu erreichen war. Die Abbildungen noch vorhandener Rulandssäulen, welche diesem Bande beigegeben worden sind, werden dem Leser eine um so willkommenere Zugabe sein, als eine derartige Zusammenstellung derselben noch nie geboten worden ist. Es konnten freilich hierbei nur Repräsentanten der hauptsächlichsten Typen ausgewählt werden, um das Buch nicht zu vertheuern; eine noch grössere Anzahl, als die hier gegebene musste daher allerdings unliebsamer Weise vor der Hand noch zurückgelegt werden. Ich habe in der Einleitung nicht verfehlt, der freundlichen Unterstützung dankbarst zu gedenken, welche mir von so vielen Seiten durch Mittheilung von Nachrichten und Zeichnungen von Rulandsbildern gewährt worden ist, und habe hiermit im Interesse der Wissenschaft die Bitte um weitere derartige Zusendungen aus solchen Orten verbunden, von welchen diesmal

noch keine oder doch nur unvollständige Nachricht gegeben werden konnte. Diese Bitte glaube ich hier um so mehr mir ebenfalls erlauben zu dürfen, als dieselbe seit der Versendung dieses Bandes schon mehrfach eine sehr dankenswerthe Berücksichtigung gefunden und mir bereits mehrfache werthvolle Materialien zugeführt hat, welche später die geeignete Verwendung finden sollen. Die übrigen sieben in diesen Band mit aufgenommenen Ausführungen stehen mehr oder minder mit der Rulandssäule und den daran anschliessenden altgermanischen Rechts- und Religionsverhältnissen in innerer Beziehung.

Zoepl.

Librorum in Bibliotheca Speculae Pulcovensis anno 1858 exeunte contentorum Catalogus systematicus. Edendum curavit et praefatus est Otto Struve, munere directoris spec. pulc. fungens, academ. imper. etc. Petropoli 1860. (XXX und 970 S. in 4.)

Die Bibliothek der russischen Zentralsternwarte in Pulkowa ist eine der reichhaltigsten, die in den hieher gehörigen Fächern besteht. Gegründet und durch unermüdliche Sorgfalt erweitert von dem berühmten Astronomen, dessen Sohn den Katalog — bei fortwauernder Kränklichkeit des Vaters — herausgegeben, zählte sie 1858: 4,113 grössere Werke in 7,625 Bänden, 143 Himmelsatlasse und 14,634 kleinere Werke und Dissertationen. Gegenüber dem 1845 erstmals veröffentlichten Katalog hat dieselbe sehr zugenommen. Damals zählte sie nämlich nur 2068 Werke (in 4150 Bänden), 60 Himmelsatlasse, 3109 Dissertationen, aus welchen Zahlen sofort die gründliche Vermehrung hervorgeht.

Der Katalog selbst zerfällt in zwei Abtheilungen: *Catalogus librorum majorum* und *Catalogus librorum minorum et dissertationum*. Beide sind nach Fächern (Mathematik, Astronomie, Geodäsie, Physik, Acta der wissenschaftlichen Akademien, Literaturgeschichte u. s. w.) geordnet, namentlich zerfällt die zweite Abtheilung, die natürlich die weitaus umfangreichste ist (von S. 265 an) in eine grosse Zahl einzelner (13) Abschnitte, die selbst wieder einzeln getheilt sind, so dass im Ganzen diese zweite Abtheilung in 97 einzelne Theile zerfällt, welche über alle möglichen Zweige der hieher gehörigen Wissenschaften sich erstrecken.

Die Anordnung ist in den einzelnen Abtheilungen die chronologische, während dem ganzen Werke ein alphabetisches (Namens-) Verzeichniss der Autoren, von denen die Bibliothek Werke besitzt, beigegeben ist (in dem natürlich die in dem Katalog verzeichneten Werke derselben, bezüglich Abschnitt und Seite, angegeben sind).

Wir können selbstverständlich hier nicht weiter auf den Inhalt des Katalogs eingehen und begnügen uns, den Leser auf denselben

aufmerksam gemacht zu haben. Zugleich sprechen wir dem Herrn Herausgeber für die freundliche Uebersendung hiemit öffentlich unsern Dank aus.

Dr. J. Dienger.

Statistica del penitenziario di Corfu, per gli anni 1857—1859, da G. Cozziris. Corfu 1861. Lib. Cao.

Diese Statistik des Besserungshauses für den Freistaat der Sieben Inseln rührt von dem Vorstande des Besserungshauses zu Corfu her, der zugleich Generalinspector der Gefängnisse der Jonischen Republik ist, nachdem er schon eine ähnliche für die drei vorhergehenden Jahre von 1854 veröffentlicht hatte. Man sieht aus derselben, dass die englische Protection nicht so nachtheilig erscheint, als sie die Feinde der Engländer darstellen wollen, die in ihnen lediglich ein engherziges Krämervolk sehen, dass vielmehr die Selbstverwaltung dem Jonischen Parlamente überlassen ist. Nach dieser Statistik hat dieser Staat jetzt 226,824 Einwohner, und macht der Verfasser darauf aufmerksam, dass diejenigen sehr Unrecht thun, welche dort ein rohes, bösesartiges Volk zu sehen vermeinen, indem nur 62 Criminalgefangene auf das Jahr kommen, von denen eben so viel gegen die Person, wie gegen das Eigenthum sich vergangen hatten. Zahlen entscheiden; auf 310 Seelen kam hier nur ein Verbrecher, während das vor Kurzem in Preussen bekanntgewordene Verhältniss viel trauriger erscheint, so wie in Frankreich und England, so dass z. B. in Liverpool bei einer Bevölkerung von 350,000 Einwohner jährlich für 4½ Mill. Thaler gestohlen wird, also bei den dortigen 5000 Dieben auf jeden ein Ertrag von mehr als 750 Thaler kommt, wogegen im Ganzen, selbst die Kleinigkeiten dazu gerechnet, auf den Jonischen Inseln etwa nur 500 Diebe gefunden werden. Wirkliche Criminalverbrecher waren auf der Insel Corfu 19, auf Cefalonia 8, auf Zante 11, auf S. Maura 8, auf Cerigo 1, auf Ithaca und Paxo keiner, und dazu kommen noch 5 fremde Verbrecher.

Neigebaur.

auch an dem beschlossenen Beschlusse im Plenum nur Stimmenein-
heit erforderlich sein. Durch eine solche von neuem Beschluss-
fassung der Bundes-Versammlung, wie z. B. in Bezug auf die
Niederlegung einer Commission für die Ausarbeitung eines Ent-
werfes über die Einführung von gleichem Masse und Gewicht,
einer Commission für die Ausarbeitung eines gemeinen Civilprozes-
gesetzes, einer anderen für die Ausarbeitung eines gemeinen Obli-
gations-Rechts, und durch die Abstimmung über das Delegirten-

*J. T. B. von Linde, Archiv für das öffentliche Recht des deut-
schen Bundes. Vierter Band, drittes Heft. Auch unter dem
Titel: Ueber gemeinnützige Anordnungen nach Grundsätzen
des deutschen Bundesrechts, in besonderer Anwendung auf ge-
meinsame Gesetzgebung und Delegirtenversammlung. Giessen,
1863. (Ferber'sche Universitätsbuchhandlung.) 14 Bogen, 217 S.
in 8vo.*

(Separatabdruck aus den Heidelberger Jahrbüchern).

Bei der Verhandlung in der deutschen Bundes-Versammlung
über das bekannte Projekt einer Delegirten-Versammlung zur Be-
rathung von Rechtsgesetzen, welche in sämmtlichen deutschen
Staaten als gemeinverbindliche Bundesgesetze eingeführt werden
könnten, ist besonders die Bedeutung der Frage hervorgetreten,
in welcher Weise am Bunde Beschlüsse über gemeinnützige An-
ordnungen zu Stande kommen können, ob nämlich dazu Stimmen-
einhelligkeit erforderlich sei oder nicht? Es sind dabei sowohl in
als ausser der Bundesversammlung verschiedene Ansichten hervor-
getreten, und zwar standen sich hauptsächlich drei Meinungen
gegenüber. Nach der einen Ansicht (Preussen) sollte schon im
engeren Rathe über die Vorfrage, ob überhaupt ein Vorschlag
zu einer gemeinnützigen Anordnung von der Bundesversammlung
in Erwägung gezogen werden dürfe, nur durch Stimmeneinhelligkeit
beschlossen werden dürfen; nach der anderen Ansicht sollte zwar
über diese Vorfrage in dem engeren Rathe durch Stimmenein-
^{mehr}hellig-
keit ein gültiger Bundesbeschluss zu Stande kommen können, je-
doch der definitive Beschluss nur im Plenum durch Stimmen-
Einhelligkeit gefasst werden dürfen; nach der dritten Ansicht soll

auch zu dem definitiven Beschluss im Plenum nur Stimmenmehrheit erforderlich sein. Durch eine Reihe von neuern Beschlussfassungen der Bundes-Versammlung, wie z. B. in Bezug auf die Niedersetzung einer Commission für die Ausarbeitung eines Entwurfes über die Einführung von gleichem Maass und Gewicht, einer Commission für die Ausarbeitung eines gemeinen Civilprozessgesetzes, einer anderen für die Ausarbeitung eines gemeinen Obligationen-Rechtes, und durch die Abstimmung über das Delegirten-Projekt selbst, ist bereits soviel als festgestellt zu betrachten, dass die Majorität der Bundesversammlung in Bezug auf die Entscheidung der Vorfrage die Beschlussfassung im engeren Rathe durch Stimmenmehrheit für bundesrechtlich zulässig erkannt hat. Es bleibt demnach noch die Frage übrig, ob der definitive Beschluss über die Einführung einer gemeinnützigen Maasregel bundesrechtlich auch durch Stimmen-Mehrheit gefasst werden darf, oder ob hierzu durchaus die Stimmen-Einhelligkeit erforderlich ist. Ueber diese Frage verbreitet sich nunmehr die oben genannte Abhandlung mit tief eingehender Gründlichkeit und erklärt sich schliesslich für die Zulässigkeit der Fassung eines Bundesbeschlusses durch Stimmen-Mehrheit in allen jenen Fällen, in welchen doch wenigstens eine theilweise, sogar unvollständige Erreichung des Zweckes einer gemeinnützigen Anordnung ohne die Theilnahme aller Bundesglieder denkbar ist. Da von keiner Seite bestritten worden ist, dass den einzelnen Bundesstaaten, welche eine gewisse Maasregel als eine zweckmässige gemeinsam einzuführende anerkennen, nach Art. 11 der Bundesakte das Recht zusteht, diese Maasregel oder Einführung durch einen Sondervertrag unter sich ins Leben zu rufen, insoferne derselbe nur nicht die Sicherheit des Bundes oder der einzelnen Bundesglieder gefährdet, so besteht die praktische Bedeutung der Frage darin, ob die Bundesregierungen, welche die Einführung einer gemeinnützigen Anordnung anstreben, sofern nicht Alle zustimmen, bundesrechtlich lediglich auf den Weg des Sonder-Vertrages verwiesen sind, oder, sofern sich die erforderliche Mehrzahl für die Errichtung eines Bundesbeschlusses überhaupt dafür erklärt, auch wirklich den Weg eines förmlichen Bundesbeschlusses betreten können. Dass in dem letzteren Falle der Majoritätsbeschluss die dissen-

tirenden Bundesglieder nicht verbindet, ist gleichfalls ausser Streit. Die Frage erscheint zunächst als eine Formfrage; dass sich aber gerade an diese Form mancherlei praktische Consequenzen knüpfen, und dass jeder der beiden möglichen Wege seine Vortheile, wie seine Inconvenienzen hat, wird von keiner Seite verkannt werden wollen. Es kann hier nicht die Absicht sein, in das Einzelne der Untersuchung einzugehen, ob der Weg eines Majoritätsbeschlusses ein eben so bundesrechtlich begründeter sei, als der Weg eines Sonder-Vertrages es ohne Zweifel ist. Wie man aber auch hierüber denken mag, so wird man anerkennen müssen, dass der Herr Verfasser, welcher durch seine langjährige amtliche Thätigkeit in der Bundes-Versammlung zur Erörterung solcher schwierigen und in ihren praktischen Consequenzen tiefeingreifenden bundesrechtlichen Fragen besonders berufen ist, mit gewohnter Meisterschaft die Gründe entwickelt hat, welche für die Rechtfertigung der Bundesrechtlichkeit eines Majoritätsbeschlusses angeführt werden können. Eine grosse Schwierigkeit, um zum Abschlusse eines endlichen Urtheiles in dieser Frage zu kommen, so lange nicht die Bundesversammlung sich selbst für die eine oder die andere Ansicht ausgesprochen und damit den Streit, wenigstens so viel seine praktische Bedeutung anbelangt, abgeschnitten hat, liegt in der sehr bedauerlichen Unvollständigkeit der Protokolle der Wiener Ministerial-Conferenzen, welche der Abfassung der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820 vorangegangen sind; besonders ist hier die Mangelhaftigkeit in Bezug auf die letzten Erklärungen und Verständigungen in den Commissionen, welche der endlichen Redaktion der Artikel 64 und 65 der Schlussakte vorangegangen sind, sehr zu beklagen. Wer die bekannt gewordenen Protokolle der Wiener Conferenz durchgesehen hat, wird über zwei thatsächliche Verhältnisse nicht im Zweifel sein können; nämlich:

1) Dass darüber keine volle Klarheit herrscht, ob die endliche Redaktion des Art. 64 der Schlussakte nur eine formelle Concession an die königl. Württembergische Regierung war, welche verlangt hatte, dass die gemeinnützigen Anordnungen aus der im dermaligen Art. 13 der Schlussakte erfindlichen Reihenfolge der Gegenstände gestrichen werden sollen, über welche „kein Be-

schluss durch Stimmen-Mehrheit“ gefasst werden darf, oder ob dies eine wirkliche materielle Concession sein sollte; und

2) dass bei den sämtlichen Verhandlungen über die Fälle, in welchen die Stimmen-Mehrheit zur Beschlussfassung nicht genügen soll, durchgehends die vollkommenste Unklarheit über das Verhältniss der *jura singulorum* zu den gemeinnützigen Anordnungen herrschte.

Was nun den ersteren Punkt anbetrifft, so würde der obwaltende Zweifel etwa durch eine Erklärung der Württembergischen Regierung, welcher die (zur Zeit nicht publicirten) Berichte ihres Vertreters auf den Wiener Conferenzen vorliegen müssen, gehoben werden können und diese Erklärung würde sehr entscheidend in's Gewicht fallen. Was aber den zweiten Punkt anbelangt, so kann keine weitere Aufklärung je erwartet werden, da die hierüber herrschende Unklarheit, in welcher sich die Redaktoren der Schlussakte befanden, durch die Protokolle vollständig constatirt ist. Der Ausdruck „*jura singulorum*“ ist unverkennbar nur als eine Reminiscenz an die drei Fälle der ~~itio in partes~~ aus dem westphälischen Friedens-Instrumente in die Bundesakte und von dieser in die Wiener Schlussakte hineingekommen, wobei man sich keine Rechenschaft über die Vorfrage gab, ob denn solche Fälle, wie sie zur Reichszeit unter diesem Ausdruck begriffen wurden, nach der Auflösung des Reiches und in dem neu gegründeten deutschen Bunde überhaupt nur noch möglich seien. Im Reichsrechte verstand man nämlich unter „*jura singulorum*“ jene Rechte eines Reichsstandes, welche auf einem ganz besonderen Titel, wie Privileg, Herkommen, Unvordenklichkeit u. dergl. beruhten, und eine Exemption oder Sonderstellung in irgend einer Beziehung zum Reiche begründeten, also, was man sonst auch wohl *jura quaesita* eines Reichsstandes nannte. Solche Rechte, Privilegien, Exemptionen oder Sonderstellungen kennt nun aber das deutsche Bundesrecht bezüglich der Bundesglieder nicht mehr. Etwas derartiges würde nur dann etwa vorhanden sein, wenn z. B. anstatt des mediatisirten fürstlichen Hauses Thurn und Taxis, ein Bundesglied zur Reichszeit mit der Reichspost belehnt gewesen und in der deutschen Bundesakte Art. 17 darin

bestätigt worden wäre. Man machte sich aber bei der Abfassung der deutschen Bundesakte und der Wiener Schlussakte nicht deutlich, dass derartige *jura singulorum* gar nicht mehr bestehen, und als man sich endlich die Frage aufwerfen musste, was man denn jetzt darunter verstehen wolle, kam man zu der vagen Definition in der Wiener Schlussakte Art. 15, dass *jura singulorum* in den Fällen obwalten, wo die Bundesglieder nicht in ihrer vertragsmässigen Einheit, sondern als einzelne selbständige und unabhängige Staaten erscheinen. Gerade an diese neue, nun aber positiv bundesgrundgesetzlich festgestellte Definition der *jura singulorum* hat der Herr Verfasser mit grossem Scharfsinn seine Argumentation angeknüpft und vollkommen richtig bemerkt, dass sonach die *jura singulorum* und die gemeinnützigen Anordnungen zu einander in einer unmittelbaren Beziehung stehen, ja sogar gewissermassen in den vorkommenden Fällen thatsächlich in Eins zusammenfallen, indem gerade da, wo es sich um solche gemeinnützige Anordnungen handelt, welche die Bundesakte nicht besonders ausgezeichnet und unter dem Begriffe von organischen Einrichtungen als eine eigene Klasse ausgeschieden hat, immer, nothwendig und unvermeidlich, *jura singulorum* (im neuen Begriffe des Wortes) in Frage kommen. Es ist dies wohl auch schon früher bemerkt worden (vergl. meine Grundsätze des deutschen Staatsrechtes 5. Aufl. Heidelb. und Leipz. 1863 §. 145 S. 351); das Verdienst des Verfassers ist es aber, dass er hieraus die bisher übersehene Schlussfolgerung gezogen hat, dass, wenn das Zustandekommen von gemeinnützigen Anordnungen dadurch bedingt ist, dass die einzelnen Bundesglieder ihre *jura singulorum* freiwillig zu dem vorstehenden Zwecke aufgeben, dieses Zustandekommen der gemeinnützigen Anordnungen und beziehungsweise das Zustandekommen eines hierauf abzielenden Bundesbeschlusses der logischen Consequenz zufolge gerade nur an die und an keine anderen Voraussetzungen bundesrechtlich geknüpft sein kann, als wie ein Bundesbeschluss überhaupt, welcher *jura singulorum* zum Gegenstande hat. Da nun aber der Art. 15 der Wiener Schlussakte, was unbestritten anerkannt ist, gerade in den Fällen, in welchen „*jura singulorum*“ obwalten, das Zustandekommen eines

Bundesbeschlusses durch Stimmenmehrheit gestattet, nur mit der ausdrücklichen Clausel, dass ohne freie Zustimmung der Betheiligten „kein dieselben verbindender“ Bundesbeschluss zu Stande kommen könne, so ergibt sich das Resultat von selbst, und wird man nach dieser Erwägung nicht umhin können, die Art. 64 und 65 der Wiener Schlussakte in einem dieser bundesgesetzlichen Bestimmung entsprechenden Sinne aufzufassen und die übrigen etwa noch hiergegen obwaltenden Bedenken von untergeordneter Bedeutung fallen zu lassen.

Das Endergebniss der hier besprochenen Abhandlung ist sonach, dass nicht nur der Weg des Sonder-Vertrages, sondern auch der Weg eines Mehrheitsbeschlusses als ein vollständig bundesgrundgesetzmässiger Weg zur Durchführung einer gemeinnützigen Anordnung unter der oben gedachten Clausel des Art. 15 der Wiener Schlussakte zu betrachten ist, so dass es nicht als eine Frage des Rechts, sondern der Politik betrachtet werden muss, ob der eine oder der andere Weg eingeschlagen werden soll.

Zoepl.

JAHRBÜCHER DER LITERATUR.

Die Rechtfertigung der Südstaaten Nordamerikas. Von Hon. James William, ehemaligen Gesandten der Vereinigten Staaten bei der hohen Pforte, mit einem Vorwort von E. M. Hudson, Doctor beider Rechte, ehemaligem Legations-Secretär der Vereinigten Staaten in Berlin. Berlin, C. G. Lüderitz'sche Verlagsbuchhandlung. A. Chanisius. 1863. 336 S. in 8.

So eben kommt uns das vorgenannte Buch zu, welches, ob schon es der Angabe auf dem Titelblatte zufolge, schon vor einem Jahre erschienen ist, doch nicht in der Art verbreitet und beachtet worden zu sein scheint, als es verdient. Es besteht aus einer Reihe von Briefen, welche von dem Verfasser in Constantinopel im Jahr 1860 während des Wahlkampfes um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten für amerikanische Leser geschrieben und einer amerikanischen politischen Zeitung zur Veröffentlichung übergeben wurden, nunmehr aber gesammelt, dem deutschen Lesepublikum vorgelegt werden, wovon der Verf. bei ihrer Abfassung nicht im Entferntesten eine Ahnung hatte, dass dies je geschehen werde. Dass der Verfasser ein mit tiefer Einsicht und reicher Erfahrung ausgestatteter Mann und gründlicher Kenner der amerikanischen Zustände ist, würde aus dem Inhalte dieser Briefe hervorgehen, wenn dies nicht schon seine damalige Stellung als Gesandter der Vereinigten Staaten bei der Pforte verbürgte. Deutschland befindet sich zwar nicht in der Lage, von den Vorgängen, welche dermal die Vereinigten Staaten von Nordamerika erschüttern und im Innersten aufwühlen, unmittelbar oder doch so nahe, wie England und Frankreich berührt zu werden, oder in dem Kampfe, welcher zwischen den Nord- und Südstaaten der Union entbrannt ist, für den einen oder den anderen Theil thätig Partei zu ergreifen, oder in irgend einer Weise sich einzumischen. Nichts desto weniger wird auch Deutschland von dem Ausgange dieses Kampfes, der, welcher er auch sein mag, unverkennbar eine weltgeschichtliche Bedeutung, und namentlich einen gewaltigen Einfluss auf den Welthandel haben wird, nicht unberührt bleiben. Wäre es aber auch nur das allgemeine weltgeschichtliche Interesse, welches für Deutschland hier in Betracht käme, so wäre es doch immerhin von grösster Wichtigkeit, eine klare Einsicht in die wahren Gründe und die wirkenden Ursachen des Kampfes zu gewinnen, welchen der amerikanische Norden unter dem Aushängeschilder rein philanthropischer Interessen an der Abschaffung der Sklaverei gegen die Südstaaten der Union begonnen hat. Zur Erlangung eines richtigen Blickes ist es aber

durchaus nothwendig, auch Stimmen der Südstaaten zu vernehmen, und zwar um so mehr, je seltener diese nach Deutschland zu dringen vermögen, dessen vorwiegende Verkehrsbeziehungen ihm hauptsächlich nur Nachrichten aus dem Norden der Union zuzuführen pflegen. Einen tüchtigeren Mann, die im Süden der Union herrschenden Ansichten zu vertreten, als wie sich der Verf. ausweist, möchten die Südstaaten schwerlich sich zu wünschen Veranlassung haben. Gründliche Kenntniss der Verhältnisse, verbunden mit ausgezeichnete Eleganz der Darstellung, dabei eine grosse Mässigung bei Bekämpfung der gegentheiligen Ansichten des Nordens, sind Vorzüge, wie wir dieselben selten in einer Parteischrift in so hohem Maasse vereinigt gefunden haben. Der Verfasser bekennt offen und wiederholt, dass er als Südländer, als Cicero pro domo spricht. Er ist bescheiden und billig genug, diesen Standpunkt, der ihm als Südländer von Geburt angewiesen ist, als denjenigen zu bezeichnen, welchem bei Beurtheilung seiner Briefe Rechnung getragen werden muss, wenn er pro aris et focis ficht; aber er ist auch dabei durchaus Amerikaner, der die Erhaltung der Union auf der Basis der Verfassung, auf welcher sie gross geworden ist, als das höchste Gut betrachtet, und eben daher an den Norden die eindringlichsten Vorstellungen richtete, den Gefühlen und Interessen des Südens, namentlich diesen letzteren, welche für die Südstaaten eine Frage um Sein oder Nichtsein sind, eine billige Rechnung zu tragen. Die Vorstellungen, welche der Verfasser in seinen Briefen an die Bevölkerung des Nordens richtete, haben bei dieser keine Beachtung gefunden; die aufgeregten Leidenschaften haben einen Bürgerkrieg heraufbeschworen, der bereits Opfer an Menschenleben in so ungeheurer Anzahl gekostet hat, wie die Geschichte noch kein Beispiel aufzuweisen hatte. Die Vorhersagung des Verfassers, dass der Süden einen Verzweiflungskampf beginnen und sich nicht anders als nach vollständigster Erschöpfung dem Norden unterwerfen würde, ist bereits in Erfüllung gegangen; ob eine Trennung der Südstaaten von der Union, eine Ausstossung derselben, welche noch 1860 von den heftigsten Republikanern des Nordens als das Ziel ihrer Bestrebungen verkündigt wurde, das Ergebniss des Krieges sein wird, oder ob der Norden in seiner Uebermacht nunmehr das blutige Drama nicht anders als mit einer völligen Unterjochung der Südstaaten für abgeschlossen betrachten wird, muss die nächste Zukunft lehren. Der Verfasser ist kein blinder und prinzipieller Vertheidiger der Sklaverei in abstracto; er ist aber Realpolitiker, der ihren historischen dermaligen Fortbestand in den Südstaaten als eine Existenzfrage für die nur acht Millionen betragende weisse Bevölkerung gegenüber von vier Millionen seit Generationen eingeborener Schwarzen in's Auge fasst. Die Hauptaufgabe, welche sich der Verfasser gesetzt hat, besteht darin, nachzuweisen, dass es nicht sowohl die von der sogenannten Antisklaverei-Partei im Norden der Union und in England mit so grosser Ostentation ver-

kündeten philanthropischen Ideen sind, aus welchen die Aufhebung der Sklaverei in den Südstaaten gefordert wird, sondern das materielle Interesse, und dass ein Zwang zu dieser Aufhebung der Verfassung der Union, auf deren Grundlage der Eintritt der Südstaaten in dieselbe geschah, widerspricht. In diesen beiden Beziehungen muss die Ausführung des Verfassers wohl als vollkommen gelungen und schlagend anerkannt werden. Von grossem Interesse sind die Nachweisungen des Verfassers, wie England, so lange es die dermaligen Vereinigten Staaten von Nordamerika als seine Colonien beherrschte, die Sklaverei dort einfuhrte, ja den Colonien deren Einführung aufnöthigte, und den Sklavenhandel als Monopol beanspruchte, so lange er eine Quelle seines eigenen Reichthums war, und dass der Norden der Union die Sklaverei bei sich nicht eher aufhob, als bis sie ihm von keinem Vortheile mehr war, und seine Bevölkerung Zeit und Gelegenheit genug gehabt hatte, die ihr nutzlos gewordenen Sklaven in die Südstaaten der Union zu verkaufen, so dass die Aufhebung der Sklaverei im Norden ohne Vermögensbeeinträchtigung seiner Bürger geschehen konnte. Es wird auch als richtig zugegeben werden müssen, dass keine weisse Bevölkerung in den tropischen Ländern die Fähigkeit besitzt, die Arbeiten zu leisten, welche dermal von den Schwarzen geleistet werden, und dass der materielle Zustand dieser schwarzen Sklaven in den Südstaaten ein besserer ist, als in manchen, selbst europäischen Staaten der Zustand der freien arbeitenden Klasse, insbesondere aber besser als jener der Coolis, (Chinesen u. dgl.), durch deren Einführung als angeblich freie Arbeiter man in einigen Staaten die Arbeit der Schwarzen zu ersetzen sucht. Eben so unwiderlegbar dürfte die Ausführung des Verfassers sein, dass aller Vortheil, welcher aus der Aufhebung der unfreien Arbeit in den Südstaaten der Union entspringen kann, nur England und seinem Welthandel zu Gute kommen, eben hiermit aber der Norden der Union sich in seinen Erwartungen von jener Aufhebung getäuscht sehen wird. Man mag aber dies Alles, und noch viel Mehreres, was der Verfasser in höchst geistreicher Weise und grossentheils mit unwiderleglichen Argumenten ausgeführt hat, zugeben, ja man mag geradezu anerkennen, dass das historische oder positive Recht auf den Bestand der Sklaverei für die Südstaaten spreche — (und in welchem Lande der Erde hätte nicht von Anfang der Geschichte an das historische oder positive Recht für Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit gesprochen!) — so scheint sich doch eben in dem Kampfe, welcher dermal zwischen dem Norden und dem Süden der Union geführt wird, ein grosses und unerbittliches Weltgesetz zu vollziehen, wonach die Menschheit im Ganzen zum Fortschritt in der Anerkennung der individuellen Freiheit berufen ist, und die Meinung, als wäre eine oder die andere Race von Natur aus zur Theilnahme hieran nicht befähigt, aufgegeben werden muss. Auch der Verfasser hat die Anerkennung eines solchen Weltge-

setzes nicht absolut von sich ausgeschlossen und gewiss wird man ihm darin beipflichten, wenn er eine weniger gewaltsame, weniger opferschwere und allmähliche Lösung des nun einmal weltgeschichtlich gewordenen Conflictes zwischen dem historischen Rechte und der fortschrittlichen Entwicklung der Freiheit für wünschenswerther erklärt. Die redliche und von der Liebe zur Wohlfahrt, Grösse und Einigkeit seines Vaterlandes eingegebene Bestrebung des Verfassers, eine solche friedliche Lösung herbeizuführen, wird darum nicht weniger alle Anerkennung verdienen, dass seine zur Mässigung rathende Stimme in bewegter Zeit kein Gehör gefunden hat. Vom Standpunkte der Geschichtsforschung aus betrachtet, werden aber diese Briefe unbestreitbar als ein höchst schätzbarer Beitrag zur Erklärung der dermaligen Vorgänge in den Vereinigten Staaten anerkannt werden müssen.

Zoepl.

Aberglaube und Gebräuche aus Böhmen und Mähren. Gesammelt und herausgegeben von Dr. Joseph Virgil Grohmann. I. Bd. (Auf Kosten des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen). Prag und Leipzig 1864. X und 247 S.

Der Verfasser des vorliegenden Buches, von welchem Ref. bereits früher Arbeiten an dieser Stelle beifällig zu besprechen Gelegenheit hatte (s. 1862 Nr. 59 »Apollo Smintheus« und 1863 Nr. 37 »Sagenbuch von Böhmen«) bietet hier wiederum einen sehr schätzbaren Beitrag zur Mythologie, wie sie sich jetzt noch im böhmischen, d. h. also theils deutschen, theils slavischen Volksglauben darstellt. Grohmann bemerkt in dieser Beziehung (S. VI): »Eine Sammlung deutscher Aberglauben, Gebräuche und Sagen aus Böhmen wird stets unvollständig sein und ihren Zweck nur halb erfüllen, wenn sie nicht Hand in Hand geht mit einer gründlichen Erforschung der slavischen Volksüberlieferungen in diesem Lande. Seit so vielen Jahrhunderten wohnen beide Volksstämme in Böhmen neben einander im lebhaften Austausch ihrer Sitten, Gebräuche und volksthümlichen Erinnerungen. So ist es denn gekommen, dass viele Gebräuche der Deutschen, wie das Todaustreiben, das Schmeckkostern, slavischer Sitte entstammen und durch die slavische Mythologie ihre Erklärung finden; anderseits ist der slavische Volksglaube in Böhmen so vielfach mit deutschem vermengt, dass er ebenfalls als eine Quelle für deutsche Sage und Sitte angesehen werden kann.« — Es erhellt hieraus zur Genüge, wie willkommen die vorliegende Arbeit sein muss und wie mannigfach sie sich verwerthen lässt, wobei auch nicht zu übersehen ist, dass selbst die historische Forschung nicht leer ausgeht, wie dies der Verein, auf dessen Kosten sie herausgegeben worden, mit richtigem Blick erkannt hat, indem sich unter anderm als Resultat

derselben ergibt (S. VII): »Dass schon in den ersten Jahrhunderten böhmischer Geschichte ein reger und lebhafter geistiger Verkehr zwischen Slaven und Deutschen bestanden habe, wie er nicht denkbar gewesen wäre, wenn noch im 11. Jahrhundert die deutsche Bevölkerung in Böhmen nur aus einigen Prager Kaufleuten und Juden bestanden hätte (Palacky Gesch. 1, 333, 390).«

Grohmann hat es unterlassen die Sammlung durchgehends mit Anmerkungen zu begleiten, was um so mehr zu bedauern ist, da, wo er in einzelnen Fällen dergleichen gibt, diese meist sehr anziehende Nachweise enthalten. Jedoch wollen wir mit ihm wegen dieser Spärlichkeit, nicht rechten, indem er sich voraus mit seinen »wechselnden Schicksalen« entschuldigt, »wenn das Buch nicht allerwärts jenen Anforderungen entsprechen sollte, welche die deutsche Wissenschaft an eine derartige Sammlung zu stellen berechtigt ist.« — Ref. kann natürlich das Mangelnde hier nicht ergänzen wollen, sondern muss sich darauf beschränken ebenso wie Grohmann selbst an einzelnen Beispielen zu zeigen, wie reicher und werthvoller Stoff sich hier vereint findet. So z. B. begegnen wir gleich S. 1 Nr. 4 den Goldferch der Paruchta (Perahta, Berchta) worüber vgl. A. Kuhn, Westphäl. Sagen 1, 331 f. — Bald darauf S. 2 Nr. 9 wird folgendes angeführt: »Zur Beruhigung der Melusina legt man auch Mehl auf einen Pflaumenbaum und lässt es vom Winde zerstreuen u. s. w.« Hieraus geht also hervor, dass die Windsbraut, die in Böhmen Melusina heisst, bei ihrer Sturmesfahrt, auf Bäumen ausruhend, gedacht wird, gleich der ähnlich dahinbrausenden Pharaildis, vgl. Gött. Gel. Anz. 1864, S. 1424 ff., woselbst Ref. die weite Verbreitung der Vorstellung von dem Aufenthalt geisterhafter Wesen auf Bäumen und Dornbüschen besprochen hat. Dieselbe mag wohl ursprünglich aus dem gleichfalls sich fast unter allen Völkern wiederfindenden Glauben entsprungen sein, dass die Seelen der Verstorbenen gern ihre irdischen Wohnstätten wieder besuchen. Diese aber waren ohne Zweifel in urältester Zeit Bäume und Gebüsch, auf und in denen auch jetzt noch mehr oder minder rohe Naturvölker ihre Wohnplätze haben, wie in Afrika, Süd-Amerika, Neu-Holland u. s. w., in welchem letztern ausser den Bäumen ein paar in einander geflochtene Gesträuche häufig das einzige Obdach der Eingeborenen bilden. Gleiches berichtet man auch von den Miao-tse, den merkwürdigen theilweise fast noch wilden Ureinwohnern einiger Südprovinzen China's, von denen einige Stämme gleichfalls noch auf Bäumen wohnen; (Vivien de St. Martin Année géographique I, 302 f.). Dies erklärt es denn auch, warum in einigen Gegenden Böhmens die Kinder die erste Handvoll Erdbeeren, die sie pflücken, für die armen Seelen, auf einen Baumstrunk legen (Grohmann S. 93, Nr. 653) und warum ferner in einem mährischen Liede die aus dem Körper fliegende Seele sich auf einem Hain niedersetzt, sowie nach der Königihofener Handschrift die Seele Vlaslav's auf die Bäume fliegt und dann darauf

hin- und herflattert; ebendas. S. 194, Anm. zu Nr. 1369 herrschte nun diese Vorstellung in Betreff der Seelen Hingeschiedener, so ging sie leicht auf geisterhafte Wesen über, welche übrigens grösstentheils wie die Penaten und Laren die Pitris und Gandharven und ähnliche Schutzgeister ja eben nur die Seelen der göttlich verehrten Ahnen vorstellten. Wenn endlich unter den Gebüsch, namentlich Dornbüsche, als Aufenthaltsorte jener Wesen genannt werden, so mag dazu namentlich die Todesbedeutung derselben beigetragen haben; vgl. Gött. Gel. Anz. a. a. O., so dass also Honorat's Ableitung des occit. *roumeco* Popanz aus *roumec* Dornstrauch gar nicht übel ist, vgl. Dietz Etymol. Wörterb. 2. Aufl. 1,268 s. v. *Máschera*. — Das in Böhmen übliche Verfahren, um den Körper eines Ertrunkenen wieder auffinden zu können (Grohmann S. 50, Nr. 319. 320) wird in ähnlicher Weise auch anderwärts in Anwendung gebracht, so in England, Irland, bei den nordamerikanischen Indianern und wohl auch sonst noch s. Choice-Notes from Notes and Queries. Lond. 1859. p. 40 ff. Statt der böhmischen geweihten Wachskerze steckt man in England Quecksilber in das dabei gebrauchte Brod, welches Verfahren ein mehr rationalistisches, ketzerisches Aussehen hat, desshalb aber auch nicht immer von Erfolg begleitet ist (l. c. p. 164), während wiederum der katholische Priester mit seinen kabalistischen Charakteren und Strohisch seinen Zweck desto sicherer erreicht (l. c. p. 42). — Ueber das in Böhmen und Mähren in Quellen geworfene Geldopfer (Grohmann S. 50 zu Nr. 321. S. 115 zu Nr. 858) vgl. den Ref. zu Gervasius von Tilbury S. 101. Füge hinzu Pausan. 1, 34, 3 in Betreff der Amphiaraiosquelle in Oropus; vgl. auch Suet. Octav. c. 57. — Dass die aus Schmerz über Dahingeschiedene vergossenen Thränen denselben wehe thun (Grohmann S. 113 Nr. 845. S. 190 zu Nr. 1345) ist gleichfalls ein weitverbreiteter Volksglaube, vgl. den Ref. zu Gervas. S. 197, sowie in den Gött. Gel.-Anz. 1861. S. 437. Er findet sich auch in Italien, s. Ida von Düringsfeld, das Sprichwort als Kosmopolit 1, 148: »Das Weinen ist dem Todten zuwider und schadet den Lebenden.« (Aus Bergamo). — In Betreff des Wiederkehrens verstorbener Mütter zu ihren Kindern um sie zu pflegen (Grohm. S. 116. Nr. 870—872), s. den Ref. zu Gervas. S. 66. und Heidelb. Jahrb. 1864. S. 218 (zu Hahn's Nr. 83). — Ueber das Hervorwachsen von Pflanzen aus Gräbern als Symbol des Fortlebens der Seelen (Grohmann S. 193 zu Nr. 1361), s. den Ref. in den Gött. Gel.-Anz. 1861. S. 575, — so wie über Seelen die in Vogelgestalt erscheinen (Grohm. S. 194. Nr. 1369) denselben zu Gervas. S. 115; W. Müller in Pfeiffer's German. 1, 421 (dazu Paulus Cassel, Der Schwan. Berl. 1861. S. XXIV. Anm. 112); Wackernagel *Ἐπεὰ Πτερόεντα*. Besel 1860. S. 39 ff. u. a. m. — Jedoch dies genüge um auf die Reichhaltigkeit der vorliegenden Sammlung und den vielfachen Nutzen, der daraus zu ziehen ist, hingewiesen zu haben

und will Ref. schliesslich nur noch zwei Stellen derselben hervorheben, nämlich S. 29. Nr. 148, wo eine Strophe des daselbst angeführten mährischen Volksliedes in der Uebersetzung so lautet: »Die armen Seelchen fingen sie auf — Und liessen sie nicht aus der Hölle gehen — Gleich wettete er mit dem Teufel — Wer von ihnen besser spiele — David spielte besser — Spielte seine Mutter aus der Hölle heraus.« Dies erinnert daran, dass auch in der münsterischen Version vom Spielhansel (s. Grimm, Kindermärchen 3³, 131 f. zu Nr. 82) dem Teufel Seelen im Spiel abgewonnen werden, womit auch zu vergleichen das Fabliau (bei Le Grand) du Jongleur qui alla en enfer«; — endlich die Geschichte von dem Zauberer, der dem Volke einen Hahn zeigte, der einen Balken zog (Grohm. S. 92 zu Nr. 640). Dies ist das Märchen vom Hahnenbalken (K.-M. Nr. 149) worüber vgl. Ref. in Benfey's Orient und Occident 1, 131. Zu den dortigen Anführungen füge man noch Spazier Altengl. Märchen. Braunsch. 1830. I. S. XXIII. — Hiermit schliessen wir in der Hoffnung den 2. Band der vorliegenden Sammlung so wie des böhmischen Sagenbuches in nicht zu ferner Zeit zu besitzen, wobei wir zugleich den Wunsch aussprechen, dieselben mit ebenso sorgfältigen Sachregistern ausgestattet zu sehen, wie es der gegenwärtige Band ist.

Lüttich.

Felix Liebrecht.

Der Krieg, seine Mittel und Wege, so wie sein Verhältniss zum Frieden, in den Erlebnissen eines Veteranen, gleich wie in ihren Principien betrachtet. Von C. F. C. Pfnor, grossherzoglich badischem Oberstlieutenant des Armeecorps. Mit einem Anhang nebst Steintafel, die Construction eines Feldlagers enthaltend. Tübingen, bei Ludwig Friedrich Fues, 1864, XX und 361 S. 8.

Referent hat obiges Buch mit dem grössten Interesse gelesen. Hat der hochverdiente greise Herr Verfasser desselben, der älteste Veteran des badischen Armeecorps, sich in einer Reihe von Schriften von der idealen Seite als denkender Philosoph und vielseitig gebildeter Kenner der geistigen Seite menschlicher Forschungen bewährt, so lernen wir ihn in der vorliegenden Schrift von der realen oder praktischen Seite als Denker im Gebiete der Kriegskunst und Kriegswissenschaft kennen. Gewiss hat der Herr Verf. in allseitiger Beziehung nicht nur seine Berechtigung, sondern seine vollste Befähigung, seine Ansicht über das Wesen des Krieges, seine Wege und Mittel, das Kriegsheer, das Kriegswesen, die Kriegskunst und Kriegswissenschaft einem sachkundigen und denkenden Publikum mitzutheilen, vielfach und in rühmlichster Weise bewährt. Auch die Kriegswissenschaft und die Kriegskunst hängt mit den

allgemeinen Principien der Natur, des Lebens und der Wissenschaft auf's Innigste zusammen und durch seine philosophischen Untersuchungen hat der Hr. Verf. bereits in vielfach befriedigender Weise seine tiefer eingehenden Anschauungen in diesem Gebiete entwickelt. Ref. macht hier besonders auf die zweite Auflage des in diesen Blättern angezeigten Werkes des Herrn Verf. »das Leben, die Natur und die Wissenschaften« aufmerksam. Aber auch als praktischer militärischer Schriftsteller hat sich der Herr Verf. schon in früherer Zeit ausgewiesen und die Aufnahme seiner Schriften hat gezeigt, wie sehr er dem praktischen Bedürfnisse entgegenzukommen und mit welchem Ernst und Erfolg er seinen Gegenstand zu behandeln verstand. Im Jahre 1816 verfasste er eine »Dienstanleitung für die Landwehr«, welche als Manuscript 1817 der Generalinspection der Landwehr übergeben wurde. Im Jahre 1831 erschien die von ihm verfasste und durch höchste Bestätigung in Anwendung gebrachte militärische Schrift: »Der innere Dienst für das grossherzoglich badische Armee-corps.« Im Jahre 1832 wurde seine Schrift: »Der äussere und bewaffnete Dienst in den Garnisonen und Festungen«, dem badischen Armeecorps-Commando übergeben und nach der Prüfung von einer Commission genehmigt. Allein nicht nur durch seine schriftstellerischen Werke als gebildeter Theoretiker und philosophischer Forscher, sondern auch durch sein ernstes, vielfach bewegtes, mit einer merkwürdigen, thätigen Zeit innig verbundenes Leben, durch seine Thaten und Erlebnisse auf dem Felde des Krieges hat der Herr Verf. zu Schriften, wie die vorliegende, seine vollste Berechtigung und Befähigung dargethan. In einer fünfzehnjährigen Kriegsperiode und einem zwanzigjährigen Friedensstand war er activer Militär, in dem mühseligen und inhaltsschweren spanischen und russischen Feldzuge hatte er Gelegenheit, den Krieg und alles, was darum und daran hängt, durch eigene Anschauung und denkende Beobachtung kennen zu lernen.

Zur Bezeichnung der »wesentlichsten Tendenz« seines Buches bemerkt der Herr Verf. S. X u. XI, dass »das auf dem Titelblatte stehende Motto den eigentlichen Angelpunkt bezeichnen solle, um welchen sich der Inhalt desselben bewegt, indem es in den Worten des Textes« noch eine nähere Erklärung erhält. So werden wir auf das Motto als den Text hingewiesen, zu welchem eigentlich die vorliegende Schrift der Commentar ist. Der Herr Verf. nennt darum auch sein Motto »Worte des Textes.« Diese lauten: »Krieg und Friede sind die unzertrennlichen negativen und positiven Seiten, oder die Nacht- und Tagphasen des menschlichen und Völkerlebens, die sich nach dem Zeugnisse der Geschichte in beständigem Wechsel stets gegenseitig begründen mussten und noch lange werden begründen müssen.«

Das ganze Werk zerfällt in vier Abschnitte. Die beiden ersten liefern den subjectiven, die beiden letzten den

objectiven Theil desselben. Die ersten beiden Abschnitte gehen nämlich zunächst von den eigenen Erlebnissen des Herrn Verf. aus. Gewiss sind wir dem Herrn Verf. für die Mittheilung seiner eigenen Erfahrungen in der so thatenreichen Kriegsperiode von 1800, wo er als Freiwilliger in die Dienste der batavischen Republik trat, bis 1815 und in dem Friedenszeitraume bis zu seiner Pensionirung (1850) zu besonderem Danke verpflichtet. Sie eröffnen uns anziehende und belehrende Gesichtspunkte von der Licht- und Schattenseite, und, wenn es wahr ist, dass man nur durch Schaden klug wird, so hat es gewiss der allgemeinen Zeit, in welcher der verdiente Herr Veteran wirkte, nach diesem selbst an jenen bitteren aber lehrreichen Mitteln zur Bereicherung menschlicher Erfahrung in keiner Hinsicht gefehlt.

Der erste Abschnitt (S. 1—22) behandelt die »Vorbedingungen, Gesichtspunkte und Thatsachen, welche dem Buche zu Grunde liegen und damit in nächster Beziehung stehen, der zweite (S. 23—162) des Herrn Verf. Erlebnisse und persönliche Theilnahme an einer fünfzehnjährigen Kriegsperiode nebst einem zwanzigjährigen Friedens-Kriegsdienste von 1800 bis 1815, beziehungsweise 1850.

Wenden wir uns nun vorerst den beiden ersten Theilen dieses Werkes, welche die subjective Seite desselben bilden, zu.

Was der Herr Verf. aus seinen Erinnerungen hier »zu liefern im Stande ist, ist eine wahrheitsgetreue Zurückführung der wichtigsten Begebenheiten einer grossen Zeit auf ihre thatsächlichen Gesichtspunkte, die bisher von der Parteisucht oft entstellt und selbst verfälscht worden sind.« Zugleich wird mit dem »allgemeinen Aufrisse dieser Begebenheiten« der »Lebenslauf eines seinem selbstgewählten Berufe stets treu gebliebenen Soldaten« verbunden, »der sich nur dadurch von den meisten seiner Standesgenossen jener Zeit unterscheiden dürfte, dass er diesen Beruf nicht ohne Vorbereitung und Bewusstsein gewählt hatte, dass ihm oft schon auf den untern und mittlern Sprossen der militärischen Stufenleiter die Leistungen höherer Grade zufielen und es ihm endlich vergönnt war, aus einem lange dauernden Kriegsgetümmel und stets erneuerten schweren Kämpfen selbst unverletzt und ungebrochen zurückzukehren und ganze Generationen seiner Waffengefährten zu überdauern« (S. 25 u. 26). Der Herr Verf. betrachtet seine »Personalien« »lediglich als den Rahmen« zu der Darstellung der Zeit, in welcher er wirkte. Den Krieg lernte der Herr Verf. zuerst von der »finstersten Nachtseite« im spanischen Feldzuge kennen. Er findet in der bekannten Katastrophe der Dupont'schen Armee »den eigentlichen Grund zu dem nachfolgenden unmenschlichen Charakter dieses Krieges und zu seinem spätern unheilvollen Ausgange.« Er bezeichnet es als den ersten Fehler Napoleons in dieser Hinsicht, dass er einem Protégé, der ihm wahrscheinlich als Diplomat, be-

sonders in Holland, aber nicht als General gute Dienste geleistet hatte, die Gelegenheit geben wollte, sich den Marschallstab zu verdienen. »Und von dieser unglücklichen Wahl datirte dann die erste Niederlage und in Folge derselben die Steigerung des Selbstgefühls und der Feindseligkeit von beiden Seiten; ja man darf wohl annehmen, dass der spätere Schicksalswechsel Napoleons und seines Reiches von hier seinen Ausgang genommen hat.« Er schreibt den entwürdigenden Charakter, den der Krieg gleich anfangs zeigte, weder »den Absichten des Beherrschers der Franzosen«, noch »seinen Heeren«, aber auch eben so wenig dem »Charakter des spanischen Volkes« zu. Er betrachtet die traurigen Erscheinungen als »ein unseliges Zusammentreffen, als ein unvermeidliches Resultat vieler — sowohl von Auswärts durch die englische Politik, als in dem eigenen Herzen Spaniens — seit lange vorbereiteter und angehäufter schlechter Elemente; besonders in einer entarteten Königsfamilie und ihrem Hofe und in einem finstern Geiste seiner Kirche, wodurch eine Ausgleichung auf dem gewöhnlichen Wege des menschlichen Entwicklungsprocesses zur völligen Unmöglichkeit geworden war.« Der Herr Verf. glaubt darum, dass es nur möglich war, »aus der Nacht des Krieges« nach der »langen spanischen Finsterniss selbst während ihrer Tagseite des Friedens ein kümmerliches Licht hervorgehen zu lassen« (S. 43). Nach dem Schlusse des spanischen Feldzuges trat der Herr Verf. in badische Dienste. Er machte den russischen Feldzug in allen seinen Mühsalen und Schrecknissen von Anfang bis zu Ende mit. Als das »Einzig«, zur »Erklärung«, »nicht zur Rechtfertigung« jenes unklugen Angriffs Russlands durch einen so ausgezeichneten Feldherrn, wie Napoleon, führt der Herr Verf. an, dass der Kaiser der Franzosen »unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur den Glauben hegen konnte, sich auf seine beiden Alliirten, Preussen und Oesterreich, verlassen zu dürfen, sondern dass er auch die ihm bekannten Gesinnungen des Kaisers Alexander als eine Bürgschaft für die Erreichung seines Zweckes betrachten zu dürfen glaubte, indem ihm nur die alte russische Adelspartei, in Verbindung mit der englischen Politik, als die eigentlichen zu bekämpfenden Gegner erschienen« (S. 67 u. 68). Der Herr Verf. erhielt den Orden der Ehrenlegion, ehrend wurde sein Name im Moniteur genannt. In der Schlacht von Leipzig (1813) war der Boden vor den Füßen des Herrn Verf. »von den Kanonenkugeln förmlich gepflügt« und sein »Oberrock vom Blute und dem Hirn zunächst Zerschmetterter vollständig überzogen« (S. 85). Als Fehler Napoleons, der den für ihn so verhängnissvollen Ausgang der Schlacht von Leipzig zur Folge hatte, wird hervorgehoben, dass jener die ganze Elbe behaupten wollte, den Marschall Davoust mit seinem Corps in Hamburg, den Marschall St. Cyr mit wenigstens 10,000 Mann in Dresden zurückliess. Napoleon hätte nicht nur beide Marschälle, sondern auch die Besatzungen an der Weichsel und Oder bei Zeiten an sich

ziehen, die Truppen seiner Allirten in zweiter Linie verwenden sollen. Er konnte in diesem Falle, »nachdem die österreichische Armee schon am 16. October eine Niederlage erlitten hatte, auch die andern Theile der Coalition am 18. total schlagen.« Freilich hätte sich auch dann Napoleon an den Rhein zurückziehen müssen; der Rückzug würde jedoch »einen ganz andern und selbst drohenden Charakter erhalten haben und Napoleon hätte, von seiner Rheinbasis ausgehend, ganz andere Bedingungen vorschreiben können« (S. 83). Blücher verdankte nach des Herrn Verf. Dafürhalten »den Erfolg seines gewagten Marsches« gegen Paris »lediglich« der »Unentschlossenheit des Kommandanten«, Marschall's Marmont (S. 92). In »allen, nicht österreichischen Theilen der alliirten Armee« herrschte die »grösste Missstimmung« gegen den Generallissimus, Fürsten Schwarzenberg, den man bald der »Unfähigkeit«, bald der »Verrätherei« beschuldigte (S. 93). Ref. übergeht die weiteren Erlebnisse des Herrn Verf. während seines zwanzigjährigen Militärdienstes im Frieden, ungeachtet sie vielerlei Anziehendes und Wichtiges, grösstentheils aber nur aus dem Gebiete des Kriegswesens, der Kriegszucht und Kriegskunst des badischen Heerkörpers, enthalten. Er begnügt sich, die Darstellung, welche mancherlei oft unerquickliche Streiflichter auf Zustände und Personen der Vergangenheit wirft (S. 86—160), dem Leser einfach anzudeuten.

Die zwei letzten Abschnitte behandeln den objectiven Theil des vorliegenden Buches. Der dritte Abschnitt nämlich stellt »Krieg und Frieden in ihren gegenseitigen gleichwie in ihren eigenthümlichen Beziehungen und Verhältnissen (S. 163—224), der vierte »die Mittel und Wege, oder die vier Factoren des Kriegs, nämlich seine Mittel in den Kriegsheeren und im Kriegswesen, und seine Wege in der Kriegskunst und Kriegswissenschaft, sowohl in der Wirklichkeit, als in ihren Principien betrachtet«, (S. 225—352) dar.

Der dritte Abschnitt umfasst 4 Kapitel, 1) Krieg und Frieden, als Naturprincipien in ihren gegenseitigen Verhältnissen betrachtet, 2) nähere Betrachtung der allgemeinsten Naturprincipien und ihre Verwirklichung in dem Völkerleben, als Krieg oder als Friede, 3) den Krieg in seinem Verhältnisse zum Frieden in der Wirklichkeit und in der neuen Aera, Krieg und Frieden in ihren gemeinschaftlichen, gleichwie in ihren eigenthümlichen Mitteln und Wegen, d. h. in ihren Factoren übersichtlich dargestellt.

Der Herr Verf., schon im activen Militärdienste vielfach mit philosophischen Forschungen beschäftigt, gibt uns, indem er das Gegebene auf seine obersten Grundsätze zurückführt, auch von derjenigen Seite des Lebens, die er durch seinen praktischen Beruf vorzugsweise näher kennen lernte, in den beiden letzten Abschnitten

eine philosophische Untersuchung. Sein Werk ist eine Philosophie des Krieges, indem er, was die detaillirten theoretischen und praktischen Leistungen betrifft, auf andere Bücher verweist. Der Krieg ist das »Nein« zum »Ja« des Friedens. Als reine Principien aufgefasst, stellen beide den »allgemeinen Dualismus« dar, »in welchem alles Leben besteht.« Das Negative stellt sich im Kriege, das Positive im Frieden dar. In der Anwendung »auf eine selbstbewusste That« erhalten wir die Begriffe »des Widerspruchs« und der »Einigkeit«, symbolisch als »Freiheit und Liebe« ausgedrückt. Zwischen diesen beiden Begriffen des Positiven und Negativen steht ein Indifferenzpunkt nach der Formel $- 0 +$ (S. 166). Der Indifferenzpunkt erscheint im Leben der Völker und Staaten real oder ideal, real z. B. in irgend einem streitigen Objecte eines Landes, ideal in moralischen, intellectuellen, oder auch nur eingebildeten Interessen, Neigungen u. s. w. Der menschliche Entwicklungsprozess zeigt sich im beständigen Wechsel des Positiven und Negativen. Dieser Wechsel dreht sich um den Indifferenz- oder Angelpunkt gegenseitiger, wohl oder übel verstandener Interessen. Der Krieg ist die Nacht-, der Friede die Tagseite der Entwicklung und der Wechsel beider so nothwendig, als der Wechsel von Nacht und Tag. Die Völker und Staaten sind Verbindungen von Individuen, Familien und einzelnen Stämmen. Sie enthalten nothwendig in sich ein Princip der Ausschliesslichkeit oder Negation, welches bei jeder gegenseitigen Berührung zu eigener Behauptung hervortritt. Der erste Vermittlungsprocess in diesen Gliedern des Volkes oder Staates muss schon als in ihnen vollzogen angenommen werden und tritt dann in den gegenseitigen Beziehungen der Völker und Staaten als Krieg oder Friede hervor. Der allgemeine Dualismus der Natur, der sich im Leben der Völker als Krieg und Friede offenbart, ist nach dem Herrn Verf., wie er dieses ausführlich in seinem Werke: »das Leben, die Natur und ihre Wissenschaften« begründet hat, das Negative und Positive, das Absolute und Relative, das in sich Bestimmte und das aus ihm Folgende oder Hervorgehende, das Ideale und Reale, Freiheit und Liebe, die abstossende und anziehende Kraft. Die Gegensätze werden auf ihren Indifferenzpunkt zurückgeführt. Physisch oder körperlich zeigt sich dieser Dualismus »zunächst in der Hebelkraft« (S. 182) als das »erste und einfachste Bewegungsprincip.« Die Hebelkraft ist »ursprünglich schon in dem Urstoffe eine ideale, in sich selbst bestimmte und daher negative, widerstehende oder abstossende, die mit jeder andern gegebenen d. h. positiven oder hingebenden, lebendigen Kraft auf einen gemeinschaftlichen Indifferenzpunkt (Hypomochlion) $= 0$ in Beziehung treten oder gravitiren muss« (S. 182 und 183). Auch im menschlichen Bewusstsein zeigt sich ein »gegenseitiges Gravitiren beider Principien auf einem gemeinschaftlichen Indifferenzpunkt. Das eine Princip ist die selbstbestimmende ideale Kraft, der Geist, die Freiheit, das andere die ideale Kraft im sinn-

lichen Organismus.« Die Völker und Staaten müssen, um ihren Gravitationsact zu vollbringen, sich entweder auf der negativen (Krieg) oder positiven Seite (Friede) begegnen. Der Zwischenzustand zwischen Krieg und Friede, der Indifferenzpunkt beider $= 0$, »ist nur zwischen Völkern und Staaten, welche sich ausser aller Berührung finden«, oder die »leblos« nur »vegetiren«, denkbar (S. 186). Beide, Krieg und Friede, erhalten allein den Verkehr der Völker und Staaten nach dem Gesetze eines ewigen, nothwendigen Wechsels in ihrem natürlichen Entwicklungsprocesse.

Das »absolute Princip eines Staates, seine Selbstbestimmung oder Freiheit« kann »gegenüber der Freiheit eines andern Staates« erst auf »dem Hypomochlion ihrer gegenseitigen Interessen« verwirklicht werden. Diese »Relation« oder »Gravitation« der beiden Staaten ist der »Krieg« oder der »Friede.« Ein »Zwischenzustand« ist »im Princip undenkbar.« Der natürliche Zweck des Krieges ist in der fortschreitenden Menschheit, wie in den einzelnen Culturvölkern, der Friede, ein Friede, der zur Herrschaft der Vernunft, zum Siege der Freiheit, des Rechtes über das Unrecht führt. Das schlechte Princip, das die Kriege vergangener Zeiten beherrschte, waren »der monarchische Absolutismus«, der aristokratische Feudalismus«, die »geistliche Finsterniss« und »Hierarchie« (S. 195). Der Friede, der auf den Sieg solcher Principien folgt, ist der Friede »der Todesluft und des stillen Grabes«, »Papstthum und Hierarchie«. Eine Ausnahme machten wenigstens von einer Seite die Befreiungskriege »der vereinigten Staaten der Niederlande, die Revolutionskriege Frankreichs und des deutschen Protestantismus mit Hülfe Gustav Adolphi« (S. 196). Alle andern Kriege der Vergangenheit »seit der Trennung eines römischen deutschen Reiches von dem Frankenreiche durch den Vertrag von Verdun« haben den Charakter »der Verfolgung einseitiger Nebenzwecke« »zur Verlängerung der Barbarei und Anarchie«, sind aber dennoch »naturgemässe Erscheinungen in dem langsamen Entwicklungsprozess barbarischer Zustände« (S. 197). Der Herr Verf. unterscheidet von diesen Kriegen die Kriege der neuen Aera, welche aus der ersten französischen Revolution hervorgingen und durch Napoleon geführt wurden, so wie in neuester Zeit die durch Louis Napoleon geführten. Er betrachtet diese Kriege als zum Ziele »eines allgemeinen Friedens« geführt (S. 197). Es soll dieses unter Anführung der Thatfachen (S. 197 ff.) begründet werden. Es wird hervorgehoben, dass Napoleon I. die eroberten Theile Italiens nach dem Muster der französischen Republik in selbstständige Freistaaten und Bundesgenossen umwandelte, ebenso an der Stelle des eroberten Hollands die batavische Republik errichtete, dass »Frankreich sich nur diejenigen Länder jenseits des Rheins einverleibte, die ihm durch den Vertrag von Verdun angehört hatten und die sich beim Ausbruche des Krieges als herrenlose Parcellen von zwanzigerlei Herrschaften des deutschen Reiches in seine Arme geworfen hatten«,

dass in ähnlicher Weise die zu ihm gehörigen Theile Savoyens und der Schweiz mit Frankreich verbunden wurden. Es wird »die grossartige Verwandlung Deutschlands nach dem Friedensschlusse von Luneville und Amiens« hervorgehoben. Sie »übersteigt alle frühern Traditionen über die Schicksale des gemeinsamen Vaterlandes« und ist »dennoch bis jetzt so wenig gewürdigt.« Denn »anstatt diese Länder des mittlern und südlichen Deutschlands, die sich alle in seinen Schutz begeben hatten, nach frühern Beispielen nur auszubeuten und in ihren chaotischen Zuständen zu belassen, bildete Napoleon mit Zuziehung eines Reichsdeputations-Ausschusses aus den Trümmern des alten Chaos eine deutsche Genossenschaft durch die Errichtung selbstständiger d. h. souveräner Königreiche, Grossherzogthümer und Herzogthümer, nämlich den rheinischen Bund und erklärte sich zum Protector desselben.« Ein »heterogenes Element« kam in diese das »allgemeine Friedensziel verfolgenden Kriege« durch die Verbindung Napoleons »mit Oesterreich« und durch den russischen Krieg, der »mehr den Charakter der Heereszüge eines Attila oder eines Timur-Lenk, als unserer Aera zu tragen schien«, obgleich »in der sich selbst bewussten Absicht Napoleons noch immer das nämliche — aber missverstandene Ziel — vorgeschwebt haben dürfte« (? S. 200). Ref. hat hierüber eine andere Ansicht. Der Genius eines grossen Feldherrn, der seine Bedeutung nicht durch den Frieden, sondern durch den Krieg, also nicht durch die Licht- sondern durch die Nachtseite der Völker gewonnen hat, hat auch etwas von dieser Seite an sich. Die Verbindung mit Oesterreich und der russische Feldzug lassen sich mit dem Charakter, den der Herr Verf. in Napoleons Wesen erkennen will, nicht vereinigen, sie sind nicht aus »einem missverstandenen« edlen Ziele, dem »allgemeinen Friedensziele« mit »selbstbewusster Absicht« hervorgegangen. Eher möchte man sagen, dass das früher manchen noch verborgene Ziel durch die nothwendigen Consequenzen seines Charakters zu Tage brach. Man konnte damals die Herrschaft in fremden Ländern nur dadurch von Seite Frankreichs sichern, dass man dem sich in jenen regenden Geiste der Freiheit entgegen kam. War es aber wirklich die Freiheit, welche diese für Frankreich fremden Völker und Staaten gewannen, war es wirklich ein Friedensziel, das für sie erreicht wurde? Wurde durch den Rheinbund nicht der Grund zu einer kräftigeren und dauernden Zersplitterung Deutschlands, zu den Kriegen desselben im eigenen deutschen Vaterlande durch die Trennung von Preussen und Oesterreich gelegt? War die Schmach Preussens und Oesterreichs nicht auch eine Schmach unseres gemeinsamen Vaterlandes? Machte man nicht schon damals jenen auch in neuerer Zeit von Seite Frankreichs laut gewordenen Grundsatz geltend, die Freiheit für das Land nicht als einen Ein-, sondern als einen Ausfuhrartikel zu betrachten? Wie verhielt es sich denn mit der Freiheit und mit dem Rechte unter Napoleons I. Herrschaft in Frankreich, und blieb es denn bei diesen freiheitlichen

Bestimmungen, die im Anfange von des Franzosenkaisers kriegsrischen Grossthaten den Völkern gegeben wurden? Zeigte sich nicht, je mehr Napoleon an Macht gewann, um so unverholener das Streben, nicht Frankreich und Europa die Freiheit und den Frieden, sondern durch den Krieg sich und seiner Familie die unbegrenzte Herrschaft über Frankreich und Europa zu sichern? Ist ein solches Ziel das Ziel eines allgemeinen vernünftigen Friedens? War ein solcher Friede, wenn er jemals hätte zu Stande kommen können, nicht vielmehr ein durch den Kampf des Absolutismus gewonnener, entweder zur moralischen und intellectuellen Versumpfung oder durch ein Reagens zu neuen unheilvollen Kriegen führender fauler Friede? Der Rheinbund, mit Klugheit angelegt, sollte die Grundlage zur Herrschaft Frankreichs, insbesondere seines Herrschers und der dazu gehörigen Familie über Deutschland sein, man führte mit deutschem Blute deutschen Interessen ferne liegende Kriege, man machte deutsche Fürsten zu französischen Vasallen, deutsche Heere zu französischen Söldlingen, man führte deutsche Spionerie auf deutsche Kosten zur Zersplitterung Deutschlands, also zum Nachtheile Deutschlands und zum Vortheile Frankreichs ein, man erlaubte sich die schreiendsten Gewaltthaten zu diesem Zwecke. Der Rheinbund sollte das feindliche Agens in Deutschland selbst sein, um den bedeutendsten deutschen Mächten, Preussen und Oesterreich, entgegenzuwirken und ihren Sturz durch das Mitwirken deutscher Bruderstämme vorzubereiten. Die Völker sind die Durchgangs-, und Entwicklungsmomente im geschichtlichen Processe der Menschheit, Ein Volk ohne Freiheit und ohne Einheit ist, zum Ziele der Humanität zu wirken, nicht im Stande. Nicht durch einen vagen Kosmopolitismus, der wohl der Schlussstein, aber nicht der Anfang in der Volksentwicklung sein darf, sondern durch den Patriotismus wird und bewährt sich die Grösse eines Volkes. Napoleons Protektion des Rheinbundes, sein Einmischen in deutsche Angelegenheiten zerstörte überall, wo es ihm gelang, die deutsche Vaterlandsliebe, ohne welche Deutschland seinen Beruf zu erfüllen ausser Stande ist. Freilich rief ein Gegensatz den andern hervor, Napoleons I. Despotismus in Deutschland die patriotischen Gegenbestrebungen. Der Mann, der durch einen grossen seltenen Geist und eine geniale Thatkraft in den französischen Freiheitskriegen stieg, wurde vom Rausche der eigenen Bedeutung geblendet, ein über fast alle Völker Europas unbedingt gebietender Knecht der eigenen Leidenschaft, der Selbstsucht und ihres nothwendigen Ausflusses, der Herrschsucht. Indem Ref. diese Bemerkungen macht, hat er nicht nöthig, sie mit Thatsachen zu belegen, da dieses von Seite unserer unbefangenen und gründlichsten deutschen Geschichtschreiber zur Genüge geschehen ist. Ob in dieser neuen Napoleonischen Aera der Grundsatz des zweiten französischen Kaiserreichs: *L'empire c'est la paix*, wie der Hr. Verf. meint, »nicht eine leere Phrase«, sondern in »der ursprünglichen Idee und dem Berufe der neuen Aera gegrün-

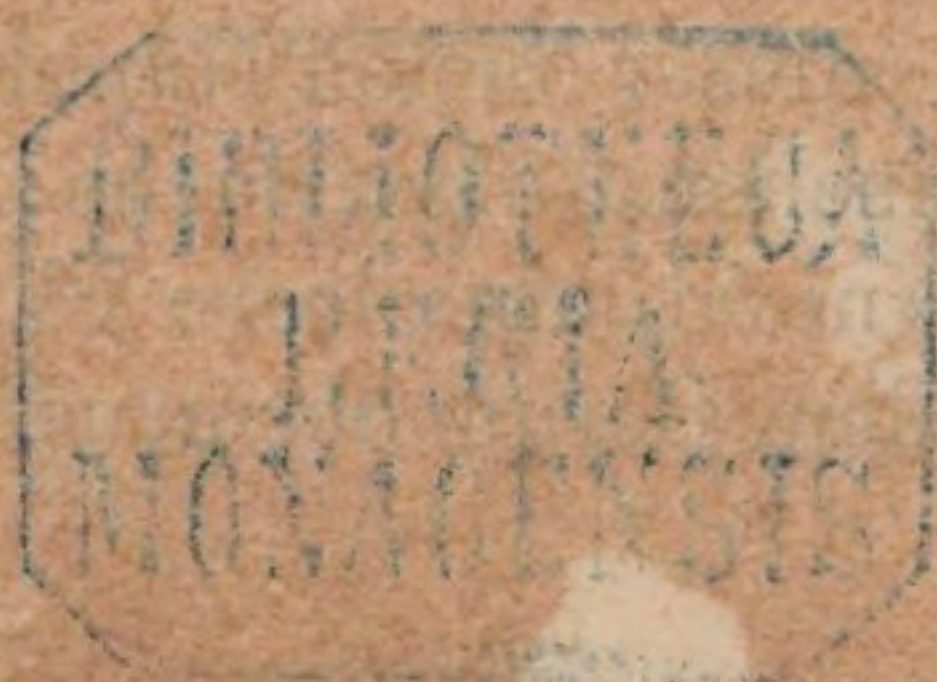
det ist« (S. 205), überlassen wir einer sorgfältigen Erwägung der in neuester Zeit geführten Kriege Frankreichs, ihrer Motive und Resultate. Sie haben auch in dieser Hinsicht manche Aehnlichkeit mit den früher von Frankreich für die Freiheit geführten.

Der vierte Abschnitt zerfällt in drei Kapitel und behandelt in denselben den ersten, zweiten, dritten und vierten Factor des Krieges. Diese Factoren werden schon zu Ende des dritten Abschnitts näher entwickelt.

Aus dem Dualismus des Absoluten und Relativen oder des Negativen und Positiven, des Idealen und Realen geht auf allen weitem Stufen des Erlebens der »zweifache Dualismus des Qualitativen und Quantitativen, d. h. des Bestimmenden und Bestimmten und des Materialen und Formalen d. h. des Innerlichen und Auesserlichen hervor« (S. 213). In der Wirklichkeit ist das »Aeusserliche, das Reale, das Formale und Bestimmte zuerst« und dann erst »das Innerliche, Materiale und Bestimmende.«

Im Kriege ergeben sich nach diesem zweifachen Dualismus vier Factoren 1) »als das real oder äusserlich Bestimmte« die Kriegsheere, 2) »als das real oder äusserlich Bestimmende« das Kriegswesen, 3) »als das ideal oder innerlich Bestimmte« die Kriegskunst, 4) »als das ideal oder innerlich Bestimmende« die Kriegswissenschaft (S. 214 u. 215). Es stellen demnach Kriegsheere und Kriegswesen die reale, Kriegskunst und Kriegswissenschaft die ideale Seite des Krieges dar. Kriegsheere und Kriegswesen verhalten sich, wie bestimmend zu bestimmt. Das Kriegsheer wird durch das Kriegswesen bestimmt. Gleiches weiss man von der Kriegskunst und Kriegswissenschaft. Sie stehen im Verhältnisse des Bestimmten zu dem Bestimmenden. Die Kriegskunst wird durch die Kriegswissenschaft bestimmt. Wie sich darum die Kriegsheere zum Kriegswesen verhalten, so verhält sich die Kriegskunst zur Kriegswissenschaft. Wie der Krieg die Nachtseite im Völkerleben darstellt, so der Friede die Tagseite desselben. Im Frieden ist nach der äusserlichen oder realen Seite das Bestimmte der Factor der Völker, das Bestimmende sind die durch Klima, Lage, Beschaffenheit auf die Völker wirkenden Länder. Nach der innerlichen oder idealen Seite ist der bestimmte Factor im Frieden die Kunst und der diese und alle Factoren bestimmende Factor die Wissenschaft (S. 219 u. 220).

(Schluss folgt.)





Zoepfl, Heinrich,

[Sammlung von Rezensionen aus Heidelberger Jahrbücher der Literatur 1854 -
1865]

[Heidelberg] 1854 - 1865

Jur.is. 303 p

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10741157-6